



Bor 81ⁿ

Heideman

41 406

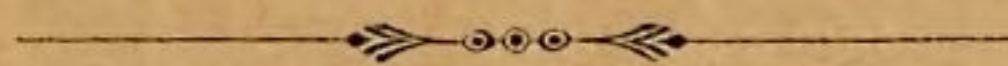
Die
Mark Brandenburg

unter

Jobst von Mähren

von

Julius Heidemann.



Berlin 1881.

Verlag von W. Weber.

Die
Mark Brandenburg.

Die
Mark Brandenburg

unter

Jobst von Mähren

von

Julius Heidemann.



Berlin 1881.
Verlag von W. Weber.



Die folgenden Blätter enthalten den Versuch einer Darstellung der märkischen Anarchie unter dem Markgrafen Jobst von Mähren mit Benutzung einer nicht unerheblichen Anzahl von Urkunden und Briefen, welche als geschichtliche Quellen bisher geringe Beachtung und Verwendung gefunden haben, weil sie entweder unzulänglich oder gar nicht datiert überliefert worden sind. Sie gehören der Mehrzahl nach der Korrespondenz des Markgrafen Jobst mit den märkischen Ständen und dem Rate von Berlin und der des Letzteren mit Dietrich von Quitzow an und finden sich in Riedels Cod. dipl. Brand. und in Fidicins histor.-diplomat. Beiträgen zur Geschichte Berlins abgedruckt¹⁾. Die Verwendung ihrer bedeutsamen thatsächlichen Angaben erforderte jedoch eine Ergänzung der fehlenden Jahreszahl oder des fehlenden Monatstages und bedingte dadurch die Reihe der chronologischen Erörterungen in den beigegebenen Noten. Von einzelnen Dokumenten konnte die Abfassungszeit hier nur annäherungsweise bestimmt werden, womit indessen die Möglichkeit einer genaueren Zeitbestimmung durch einen Kundigeren nicht ausgeschlossen ist.

Die Zustände und Vorgänge, von denen dies Buch erzählen muß, sind nicht erfreulicher Art, haben aber dessen ungeachtet immer ein allgemeines Interesse in Anspruch genommen. In der

¹⁾ Da diese Urkk. in dem noch erscheinenden Berliner Urkundenbuche ebenfalls ohne chronologische Ordnung abgedruckt sind, so habe ich dieselben hier zur Vereinfachung des Nachschlagens nach den Werken von Riedel und Fidicin citiert als den beiden Hauptquellen dieses Buches. — Auf die Bedeutung jener undatierten Urkunden hat auch G. Sello in seinem so eben erschienenen Werke „Lehnin“, S. 149 aufmerksam gemacht.

That giebt es keinen Zeitraum der älteren märkischen Geschichte, der so von Leben und Bewegung erfüllt gewesen ist und so mannigfache historisch-dichterische Bearbeitungen für Jung und Alt erfahren hat wie jene Periode der märkischen Anarchie. Die Thaten und Unthaten der märkischen Ritter und im besonderen der fast dramatische Ausgang der Quitzowschen Tyrannis bieten ebensowohl der dichterisch schaffenden Phantasie einen dankenswerten Vorwurf wie der wissenschaftlichen Betrachtung der Dinge einen bedeutsamen Gegenstand der Untersuchung dar. Gerade der bunte Wechsel der anarchischen Zustände ist es, der uns einen klaren Einblick in das mittelalterliche märkische Staatsleben gewährt. Wir lernen die Organisation des Landes, den Wirkungskreis der markgräflichen Hauptleute und der Ständevertretung, die Gemeindeverwaltung und das Finanz-, Rechts- und Gerichtswesen in ihren mannigfachen lebendigen Wechselbeziehungen kennen; gleichsam vor unseren Augen betätigen sich die guten und die üblen Eigenheiten der alten Märker, die Lust an Streit und Kampf, die zähe Kraft und Ausdauer im Unglück und der Mangel an Lenksamkeit und politischer Beweglichkeit. Man begreift dabei, was die Brandenburger zu werden und zu leisten im stande waren, sobald ein kräftiges Herrscherhaus sie einigte und ihnen die Segnungen eines geordneten Staatswesens dauernd bewahrte. Es war daher ein glückliches Zusammentreffen, daß ein geistvoller süddeutscher Fürst die Leitung des kernigen norddeutschen Stammes in dem Augenblicke übernahm, in welchem die staatliche Organisation desselben in voller Auflösung begriffen war. Auch die Reorganisation des Kurstaates durch den Burggrafen Friedrich von Nürnberg ist in einem Schlußkapitel hier noch mit in den Kreis der Darstellung gezogen worden, da 1411 zwar die Regierung, aber erst 1414 die „Zeit des Markgrafen Jobst“ zu Ende ging.

Berlin, im Juni 1881.

J. Heidemann.

Inhaltsangabe.

	Seite
I. Kapitel. Die Mark Brandenburg unter den Luxemburgern. Jobsts Persönlichkeit. Der Zustand der Mark um 1388. Verfall der märkgräflichen Gewalt. Das Fehdewesen	1
II. Kapitel. Jobsts erstes Erscheinen in der Mark Brandenburg. Die Neubesetzung der Hauptmannschaften. Lippold von Bredow. Schloß Plaue an der Havel	18
III. Kapitel. Einfall der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in die Altmark und Priegnitz 1390. Jobst erkaufte den Frieden. Der Vertrag zu Tangermünde über den Besitz von Plaue. Landtag zu Berlin 1391	29
IV. Kapitel. Lippold von Bredow zieht gegen das Schloß Milow; wird von den Magdeburgischen besiegt und gefangen genommen. Einigung zwischen Jobst und dem Erzbischof Albert. Lippold von Bredow in Freiheit gesetzt wird Hauptmann der Mittelmark	36
V. Kapitel. Der Zwist im Hause der Luxemburger	43
VI. Kapitel. Markgraf Wilhelm von Meissen Jobsts Mitregent in Brandenburg	49
VII. Kapitel. Die Grafen von Lindow-Ruppin	59
VIII. Kapitel. Die mecklenburgischen Fürsten und ihre Beziehungen zur Mark Brandenburg. Jobst acht Monate in der Mark 1398/99	64
IX. Kapitel. Kämpfe in der Uckermark. Niederlage der Märker am Karrenberge am 25. November 1399. Verlust von Prenzlau . .	74
X. Kapitel. Fehden in der Mittelmark. Lippold von Bredow im Zerwürfniß mit Jobst. Sein Rücktritt vom Amte. Bischof Johann von Lebus Verweser der Mittelmark	79
XI. Kapitel. Die Entwicklung Berlins zum Vororte der Mark Brandenburg	88
XII. Kapitel. Die Familie derer von Quitzow	99
XIII. Kapitel. Jobst in Berlin 1401. Kämpfe in der Mittelmark und Friedensversuche. Einfall der Pommern in den Barnim 1402. Eroberung Strausbergs durch die Pommern und die Quitzows. Die Herzöge von Mecklenburg-Stargard werden Statthalter der Mark	104

	Seite
XIV. Kapitel. Kriegerische Zustände in der Mittelmark bis zum Frieden mit dem Erzstifte Magdeburg im Juni 1403. Jobst in der Mark. Die Grafen Heinrich und Günther von Schwarzburg zu Verwesern der Alt- und Mittelmark ernannt	122
XV. Kapitel. Berlin und die Quitzows im Bunde. Der Sieg über die Pommern 1404	133
XVI. Kapitel. Jobsts Erfolge in Böhmen und Mähren. Die Nachbarfürsten der Mark im Streite unter einander. Die Grafen von Lindow übernehmen den Schutz der Mark. Innere Zustände des Landes	143
XVII. Kapitel. Das Regiment der Quitzows in der Mark Brandenburg. Die Gefangennahme und der Fluchtversuch des Herzogs Johann von Mecklenburg-Stargard	151
XVIII. Kapitel. Die politische Thätigkeit Jobsts in Böhmen. Sein Zug gegen die Raubritter in der Niederlausitz	165
XIX. Kapitel. Jobst in Verbindung mit den Quitzows. Die Opposition der Mittelmark gegen die Quitzows. Herzog Suantibor von Pommern-Stettin zum Statthalter der Mittelmark ernannt . . .	172
XX. Kapitel. Berlin im Streite mit Dietrich von Quitzow	183
XXI. Kapitel. Jobsts Königswahl und Tod	203
XXII. Kapitel. Der Ausgang des Streites zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow	209
XXIII. Kapitel. Das Ende der märkischen Anarchie	218

I.

*Die Mark Brandenburg unter den Luxemburgern.
Jobsts Persönlichkeit. Der Zustand der Mark um 1388.
Verfall der markgräflichen Gewalt. Das Fehdewesen.*

Am 22. Mai 1388 verpfändete der Markgraf Sigismund, der zweite Sohn Kaiser Karls IV., das brandenburgische Gebiet mit Ausnahme der Neumark östlich der Oder an seinen Vetter Jodocus oder Jobst von Mähren¹⁾ für die Summe von 565 263 ungarischen Gulden auf fünf Jahre²⁾. Er bestimmte zugleich, daß das Land als erblicher Besitz an Jobst fallen sollte, wenn die Pfandsomme nach fünf Jahren nicht zurückgezahlt werden könnte. Sigismund, seit 1382 mit Marie, der Tochter Ludwigs des Großen von Ungarn und Polen und Thronerbin jenes Landes, vermählt, bedurfte des Geldes zur Behauptung und Befestigung seiner hohen Würde unter den ungarischen Magnaten. Mit seinen Brüdern, König Wenzel von Böhmen und Herzog Johann von Görlitz, denen nach seinem Ableben ein Erbrecht an Brandenburg zustand, einigte er sich in besonderen Verträgen³⁾, worauf beide in die Verpfändung der Mark an ihren Vetter Jobst willigten⁴⁾.

¹⁾ In den Continuatores Pulkavae b. Dobner, Mon. Scr. Boem. IV, 140 und 141 wird er Josephus genannt. Dobner sieht in Jodocus eine slaw.-latein. Form jenes Namens. In den Urkk. nennt der Markgraf sich vorwiegend Jost, welchen Namen auch Lindner u. a. recipiert haben. Hier in der Mark ist der Name Jobst alt hergebracht und der bekanntere, weshalb er auch an dieser Stelle noch Verwendung gefunden hat. ²⁾ Riedel, Cod. diplom. Brand. (im folgenden einfach mit R. citiert) II, 3, 97—99. ³⁾ Über dieselben giebt eine erschöpfende Darstellung Lindner, Gesch. d. deutsch. Reiches unt. Kön. Wenzel II, 139. ⁴⁾ Neben Jobst wird zuweilen dessen Bruder Prokop von Mähren als Teilhaber an der Pfandschaft erwähnt. Dieser kam jedoch nur als Erbe des kinderlosen Jobst in Betracht, wie Lindner a. a. O. 138, Anm. 3 bereits erwiesen hat. Die Bürger von Stendal, Tangermünde und Osterburg (R. I, 16, 175, 334 u. 30) erklärten bei der Huldigung 1388, daß Prokop zwar einst die Mark erben solle, aber bis dahin nichts zu sagen habe; daher „wi uns an en nicht hulden, halden noch thyen“.

Der Übergang des Kurlandes an Jobst war ein für die geschichtliche Entwicklung dieses Gebietes folgenschweres Ereignis. Dieser Fürst schien dazu berufen zu sein, durch eine zweiundzwanzigjährige Mißregierung den politischen und materiellen Verfall Brandenburgs, den Waldemars Tod 1319 eingeleitet und Karls IV. Reform nur einige Jahre gehemmt hatte, einer Krisis entgegen zu führen, auf welche entweder die Auflösung des erkrankten Staatswesens oder eine durchgreifende Reaktion zum Besseren folgen mußte. Ein günstiges Geschick hat den zweiten Fall eintreten lassen. Sigismund, nach dem Tode Jobsts wieder im Besitze der Mark, übertrug dieselbe dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg, seinem durch politische Erfahrung ausgezeichneten und in treuen Diensten bewährten Freunde. Die bahnbrechende staatsmännische Wirksamkeit dieses Ahnherrn des preussischen Königshauses, in vortrefflichen Monographien bereits dargestellt und gewürdigt, hebt sich lichtvoll ab von dem dunkeln Hintergrunde der von wüster Anarchie erfüllten Zeit seines Vorgängers Jobst. Wenn hier der Versuch gemacht wird, gerade diese finstere Periode, ein Nachtstück unter den Bildern aus der vaterländischen Geschichte, zur Darstellung zu bringen, so geschieht es natürlich nicht aus Rücksicht auf die unsympathische Persönlichkeit jenes Luxemburgers. Ein lebendiges Interesse vermag allein die märkische Bevölkerung mit ihrem Leiden, Ringen und Hoffen in den Tagen einer allgemeinen, lang dauernden Not zu erwecken, denn auch inmitten der grenzenlosen Verwilderung des Staatswesens verleugneten sich nicht die Tüchtigkeit und Kraft des Volkes. Der Staatsorganismus, nicht das Volk war unter der Einwirkung eines schlechten Regimentes verkommen; und daher erklärt es sich, daß die Brandenburger sich bald wieder in eine neue Ordnung der Verhältnisse zu fügen verstanden, als hohenzollersche Fürsten auf märkischem Boden den Grundstein zum Aufbau eines neuen Staates legten. Die nachfolgenden Generationen erwachsen unter dem veredelnden Einflusse der staatlichen Zucht und bewahrten doch die Kraft der Vorfahren. Aus den fehdelustigen Rittergeschlechtern gingen später die Offiziere und Feldherren und aus dem Bürger- und Bauernstande die märkischen Regimenter hervor, welche in siegreichen Schlachten Preussens Ruhm und Weltstellung begründen halfen.

Es gereicht dem Markgrafen Jobst einigermaßen zur Entschul-

digung, daß die Anarchie in der Mark Brandenburg bereits in Blüte stand, als er die Regierung des Landes übernahm. Eine Reihe ungünstiger Ereignisse hatte sie zur Entwicklung gebracht, das Erlöschen der anhaltinischen Dynastie in Brandenburg, welcher ein mehrjähriges wirrenvolles Zwischenreich folgte, dann die Ernennung Ludwigs des Älteren, eines neunjährigen Knaben, zum Markgrafen, für welchen zunächst Vormünder die Regierung führen mußten, und endlich das Auftreten des Pseudowaldemar, welches den Bürgerkrieg in der Mark entfesselte und die Einmischung Kaiser Karls IV. in die märkischen Verhältnisse zur Folge hatte. Der Kaiser verstand es, durch eine ränkevolle, agitatorische Politik die Stellung der Wittelsbacher in Brandenburg zu erschüttern, so daß ihm Markgraf Otto 1373 halb gezwungen und halb freiwillig das Kurland für eine Geldentschädigung abtrat. Die Mark befand sich schon im Zustande innerer Auflösung, als sie mit der Krone von Böhmen vereinigt wurde. Adel- und Bürgerstand hatten den Gehorsam gegen die Gesetze verlernt und die benachbarten Fürsten sich märkische Grenzgebiete eigenmächtig angeeignet. Ein sehr glaubwürdiger Berichterstatter entwirft von der Lage der Mark um 1373 ein überaus trauriges Bild. Als nämlich Karl IV. sogleich nach der Erwerbung des Landes von der Kurie ein Aufsichtsrecht über Brandenburg für den Erzbischof von Prag erbat, forderte der Papst Gregor XI. ein Gutachten über das kaiserliche Gesuch von dem Nuntius Thomas von Amanatis ein, indem er diesem, offenbar nach Mitteilungen des Kaisers selbst, meldete, die Mark sei erfüllt gewesen von Räuberei, Mord, Diebstahl und unzähligen anderen Übeln. Der Kaiser habe es zwar mit Erfolg unternommen, die Missethäter zu strafen und Ordnung und Frieden wieder herzustellen, sein Verfahren aber sei den Märkern widersinnig und unerhört vorgekommen und habe Unzufriedenheit bei ihnen hervorgerufen¹⁾. Der Papst erklärte sich übrigens bereit, zur Besserung des ebenfalls verwilderten Klerus auch seinerseits alles mögliche zu thun. Die Anarchie im Innern fand ihre wesentlichste Nahrung jedoch in den Grenzfehden, welche die Märker mit den das Land bedrängenden Nachbarfürsten

¹⁾ Riedel II, 3, 56: (Imperator) studuit mala corrigere, licet haec punitio absurda summe incolis Marchionatus utpote insuetis ad talia videatur, ob quae etiam eis praebetur materia susurandi quasi de re ab eis inaudita. Das päpstl. Schreiben ist vom 9. Dec. 1374.

zu führen hatten; und deren Übergriffen zu steuern war niemand geeigneter als gerade der Kaiser. In der That gelang es ihm in der kurzen Zeit vom 28. April bis 20. Juli 1374¹⁾ die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin, Pommern, Mecklenburg-Stargard, Sachsen-Wittenberg, den Erzbischof Peter von Magdeburg, den Fürsten Heinrich von Anhalt, den Markgrafen von Meissen und die am Harze ansässigen Grafen dahin zu bringen, daß sie Friedensverträge mit ihm eingingen, als deren Zweck der Kaiser selbst angiebt, daß „von der Mark von den umgesessenen Fürsten und Herren fürbas nicht mehr abgebrochen und abgedrungen werde“²⁾. Nach diesem Erfolge konnte Karl IV. auch an Reformen im Inneren denken. Es ist bekannt, wie sehr er sich angelegen sein liefs, die Handelsinteressen der Märker zu fördern und das Rechts-, Steuer- und Verwaltungswesen zu ordnen. Der Schloßbau zu Tangermünde und das märkische Landbuch sind noch lebendige Zeugen seines vorsorglichen Wirkens für die Mark, dem zu einem nachhaltigen Erfolge nur die längere Dauer gefehlt hat. Mit seinem Tode im Sommer 1378 schwanden die guten Tage der Brandenburger auf mehr denn ein Menschenalter dahin.

Das Land fiel nun Sigismund zu, dem zweiten Sohne Karls IV., einem erst zehnjährigen Knaben, so daß von einer persönlichen Leitung der Regierungsgeschäfte durch den Landesherrn nicht die Rede sein konnte. Auch wurde der früh zur Selbständigkeit heranreifende Jüngling bald den Interessen der Mark durch seine Verlobung mit der Erbin des Ungarlandes entzogen und nach dem 1383 erfolgten Tode seines Schwiegervaters in die ungarischen und polnischen Thronstreitigkeiten verwickelt. Brandenburg hatte für ihn seit dieser Zeit nur als steuerzahlende Provinz und dann als Pfandobjekt bei der Aufnahme von Darlehen eine Bedeutung. Wie teilnahmslos er den Märkern gegenüber stand, das lehrt schon ein flüchtiger Einblick in die von ihm für sie erlassenen Urkunden. Die nächsten Urkunden vom 10. und 12. August 1379³⁾ erlauben den Städten der Altmark und der Uckermark sich zu ihrer Sicherheit in den Schutz Fremder zu begeben, jenen sich mit Magdeburg und diesen sich mit Stralsund, Stettin und Pasewalk zu verbinden. Die altmärkischen Städte machten von dieser Erlaubnis in der That im

¹⁾ R. II, 3, 30—50. ²⁾ R. II, 3, 45. ³⁾ R. II, 3, 71 und 72.

September 1379 und im December 1380 Gebrauch¹⁾. 1382 schloß Sigismund einen Landfrieden mit Mecklenburg und Pommern und ein Bündnis mit dem Erzbistume Magdeburg ab, mit welchem auch ein später noch zu erörterndes Abkommen hinsichtlich der märkischen Burg Plaue getroffen wurde²⁾. Wir wissen jedoch, daß diese Verträge nicht im stande waren, den Frieden zu sichern. Mit ihnen schloßen die auf die auswärtigen Verhältnisse der Mark bezüglichen Urkunden Sigismunds überhaupt ab, und erst vom Juli 1385 an folgen deren von neuem, aber es sind nur Dokumente, welche sich auf die Entäußerung der Mark durch Verpfändung beziehen. Im Sommer jenes Jahres verpfändete Sigismund die Altmark und die Priegnitz an seine Vettern Jobst und Prokop von Mähren für die Summe von 50 000 Schock böhmischer Groschen, da er zum „Beschützer des ungarischen Reiches“ von den Magnaten erhoben des Geldes bedurfte; allein gegen jenes Abkommen erhoben König Wenzel und Johann von Görlitz und nicht minder die Stände der beiden Landschaften so entschiedenen Protest, daß es nicht zum Abschlusse kam. Sigismund überließ daher Jobst Teile des ungarischen Gebietes zwischen Waag und Donau, wodurch er freilich das Nationalgefühl der Ungarn verletzte³⁾. Um sie zurücknehmen zu können und nach seiner Erhebung zum Könige von Ungarn im Mai 1387 neue Geldmittel zur Verfügung zu erhalten, entschloß sich Sigismund endlich 1388 zur Verpfändung der Mark Brandenburg an Jobst unter Bedingungen, welche von vornherein einer Veräußerung des Landes gleichkamen, denn an eine Rückerstattung der hohen Pfandsumme kann Sigismund selber kaum gedacht haben.

Die aus der Ferne erlassenen markgräflichen Verfügungen und selbst die Tüchtigkeit der den einzelnen Landschaften, wie der Altmark, Priegnitz und Mittelmark, vorgesetzten Hauptleute hatten nicht vermocht den Bewohnern der Mark über den Mangel eines persönlich die Regierung führenden und an dem Gesicke des Landes unmittelbar teilnehmenden Landesherrn hinweg zu helfen. Die Märker hätten daher mit dem Wechsel in der Oberleitung des Kurstaates zufrieden sein können, da sie einen Regenten empfingen, der mehr Zeit und Muße als Sigismund zu haben schien, sich um das Land

¹⁾ R. II, 3, 73 u. 75. ²⁾ R. II, 3, 79 u. 90 und I, 10, 13. ³⁾ Eine erschöpfende Darstellung dieser Vorgänge bietet Lindner a. a. O. S. 131 u. fg.

zu bekümmern. Sie sollten jedoch bald innwerden, daß sie aus dem Regen unter die Traufe gekommen waren, denn Jobst war bei aller geistigen Begabung und Bildung ein charakterloser Mann und nachlässiger Regent. Seine Zeitgenossen, wie ein Eberhard Windeck und Engelbert Wusterwitz, und ebenso die Geschichtsforscher unserer Tage sind einstimmig in der Verurteilung seines öffentlichen Verhaltens und seiner politischen Wirksamkeit; und dennoch fehlte es ihm nicht an persönlichen Eigenschaften, durch welche er sich bei der Mit- und Nachwelt hätte Achtung verschaffen können, wenn nicht auch er durch den Familienzist der Luxemburger auf Abwege gedrängt worden wäre. Was ihn vor vielen seiner fürstlichen Zeitgenossen auszeichnete, das war sein Interesse an Wissenschaft und Gelehrsamkeit. Unter den Büchern, welche er las, werden einmal die Antiquitäten des Flavius Josephus erwähnt; Johann Hufs widmete ihm ein Exemplar seiner böhmischen Übersetzung von Wiklefs Trialogus, und einer seiner Zeitgenossen nennt ihn geradezu den „gelehrtesten der Fürsten“ (principum doctissimum)¹⁾. Karls IV. Kanzler Johann von Gelnhausen dedizierte Jobst und dem Herzoge Albrecht III. von Österreich gemeinsam eine von ihm besorgte Sammlung von Musterbriefen²⁾.

Wie Karl IV., besaß auch Jobst Sinn und Verständnis für nationalökonomische Fragen, sah auch er in dem Gedeihen der Bürgergemeinden die Grundlage der staatlichen Wohlfahrt. Durch sehr verständige Gesetze regelte er z. B. 1403 die Oderschiffahrt von Frankfurt abwärts; selbst im Falle eines Krieges zwischen der Mark und Pommern sollten die Schiffe unbehindert die Oder wie ein neutrales Gebiet passieren dürfen³⁾. Gegen die Städte war sein Regiment durchaus wohlwollend und milde, wie denn überhaupt tyrannische Willkür und Härte seinem Charakter fern lagen. Viele Städte erhielten von ihm Zollfreiheiten und Schenkungen an Gütern und Besitzungen; Luckau z. B. Zollfreiheit durch die ganze Mark Brandenburg⁴⁾ und Brietzen so zahlreiche Schenkungen, daß diese Stadt Jobst als ihren besonderen Wohlthäter betrachten durfte⁵⁾. Wo die Geistlichkeit sich Übergriffe in die Gerechtsame der Städte

¹⁾ Palacky, Gesch. von Böhm. III, 1, 46 u. 251. ²⁾ Friedjung, Karl IV., S. 102, Anm. 2. ³⁾ R. IV, 1, 322. ⁴⁾ Laus. Neues Magaz. 46, 77. ⁵⁾ R. I, 9, 390—399.

erlaubte, trat er ihr mit Entschiedenheit entgegen, so in Frankfurt¹⁾ und in Guben, welcher Stadt er 1405 das Magdeburger Stadtrecht verlieh, damit sie sich gegen ihren Propst und den Abt von Neuzelle besser schützen könnte²⁾. — Selbst an militärischem Geschicke hat es Jobst nicht gefehlt, denn in den Fehden und kleineren Kriegen, die er nicht selten zu bestehen hatte, war der Erfolg meistens auf seiner Seite. Die Expedition, welche er 1408 zur Säuberung der Lausitz von Raubrittern unternahm, führte zu einem Ergebnis von nicht minderer Bedeutung als der Feldzug des Burggrafen Friedrich von Nürnberg gegen die Quitzows im Jahre 1414. Einsicht, Klugheit und Beweglichkeit sind ihm also nicht abzusprechen, allein ihm fehlte gänzlich, was diesen löblichen Eigenschaften erst Wert und Bedeutung zu geben vermochte, ein sittliches Ziel und ein folgerechtes Streben. Auch seine besten Absichten verdarb eine übertriebene, durch unlautere Geldgier und falschen Ehrgeiz hervorgerufene Vielgeschäftigkeit. Um jene Leidenschaften zu befriedigen, scheute er vor keiner Intrigue und keinem Rechtsbruche zurück, so daß er je nach den Umständen das Wohl des luxemburgischen Hauses wie seiner eigenen Länder auf das Spiel setzte, heute sein Wort verpfändete und morgen seine Zusage und seinen Eid brach. Seine langjährige Wirksamkeit war im Grunde ein widerwärtiger Geld- und Länderschacher, durch den er zu Mähren, seinem Erblande, noch Brandenburg, Luxemburg, das Herzogtum Görlitz und die Ober- und Niederlausitz hinzu gewann, ohne daß er jemals die Neigung besessen oder auch nur die Zeit gefunden hätte, das Erworbene nach Fürstenart zu pflegen, zu schützen und zu sichern. Da er nur auf die pekuniäre Ausnutzung seiner Nebenbesitzungen ausging, kam er zu keiner derselben in ein fruchtbares, landesväterliches Verhältnis; vielmehr wirkte sein Regiment nur störend und zersetzend auf jede überkommene staatliche Ordnung ein. Wohin er seinen Fuß setzte, da berührte sein Einfluß das Volksleben wie mit einem Hauche der Verödung, und selbst Mähren, das ihm und seinem Bruder Prokop sein Vater, der Markgraf Johann Heinrich, 1375 als ein Land mit wohlgeordneten Zuständen hinterlassen hatte, verfiel im Beginn des 15. Jahrhunderts der

¹⁾ R. I, 23, 137. ²⁾ Laus. N. Mag. 46, 17.

wütesten Anarchie¹⁾. Wie er überall das Wohl seiner Unterthanen hemmte, so untergrub er durch sein ruheloses Intrigieren auch die Eintracht unter den Mitgliedern der luxemburgischen Familie. Obgleich der Sprössling nur einer Nebenlinie dieser Dynastie, hatte er doch den vermessenen Ehrgeiz nach dem Besitze der Krone zu streben, die Wenzel trug und die nach ihm Sigismund gebührte. Dieses Verlangen wurde das Irrlicht, welches ihn in endlose Wirrsale verlockte und in revolutionäre Unternehmungen verstrickte, so daß er die eigentliche Aufgabe seines Lebens immer mehr aus dem Auge verlor. Als er bereits dem sechzigsten Lebensjahre nahe war, trat er als Bewerber um die deutsche Königskrone auf, die Wenzel noch trug und Sigismund ebenfalls begehrte, und er hatte sogar das zweifelhafte Glück, daß die Mehrheit der Wahlfürsten ihm die „unfruchtbare Krone“ zuerkannte; aber auch dieser letzte Erfolg seines politischen Wirkens verkümmerte unter seinen Händen. Seine verödeten Länder gewährten ihm nicht mehr die Mittel, die Krone zu behaupten, und so schied er im Januar 1411 von der Weltbühne als ein Schattenkönig von Kurfürstengnaden.

Es war eine unglückliche Fügung, daß ein Fürst von so unfürstlicher Art die Regierung eines Landes erhielt, welches mehr als irgend ein anderes eines kraftvollen Herrschers und arbeitsamen Regenten bedurfte, denn es befand sich bereits im Zustande der Anarchie. Die markgräfliche Gewalt hatte ihre wesentlichsten Befugnisse und ihre wichtigsten Einnahmequellen eingebüßt, war ohne Achtung im Innern und ohne Ansehen nach außen und nicht mehr im stande, Recht und Gesetz zu handhaben und Ordnung und Frieden aufrecht zu erhalten. Man muß diesen Umstand wohl ins Auge fassen, um die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen, mit welchen Jobst von vornherein in Brandenburg zu kämpfen hatte. Die Anarchie, die er hier vorfand und von Jahr zu Jahr wachsen sah und wachsen ließ, war das Ergebnis besonderer lokaler und politischer Verhältnisse, die man am besten versteht, wenn man

¹⁾ Der mähr. Geschichtsforscher Boczek (b. Chlumetzky, Regest. der Archive im Markgrafentum Mähren I, 4) bemerkt über die im Stadtarchive zu Iglau erhaltenen, mit 1409 beginnenden *Recognita praedonum, spoliatorum et maleficorum*, daß sie „das grellste Bild einer allgemeinen Anarchie in Böhmen und Mähren darbieten“. Boczek beschränkt damit selber das viel zu günstige Urteil, welches er über Jobsts Regierung in Mähren a. a. O. S. 172 und 173 gefällt hat.

sich die staatliche Entwicklung der Mark Brandenburg vergegenwärtigt.

Als das geist- und kraftvolle Geschlecht der Anhaltiner im 12. und 13. Jahrhundert das slawische Gebiet zwischen Elbe und Oder auf dem Wege der Eroberung der deutschen Kultur und der christlichen Religion zugänglich machte, da eilte der Adel aus der Altmark, aus Sachsen, Thüringen, Franken und dem Rheinlande herbei, um an dem Kampfe gegen die Heiden teil zu nehmen. Zu den Rittern aber gesellten sich auch die Cistercienser und Prämonstratenser Mönche, um die Unterworfenen zu bekehren, und der deutsche Bürger und Bauer stellte sich ein, das Land zu bestellen und Dörfer, Städte und Straßen zu bauen. Im Verlaufe eines Jahrhunderts füllten sich die Priegnitz, das Havelland, die Zauche südlich der Havel, der Teltow und Barnim an den Ufern der Spree, das Ukerland, das Land Lebus und das Gebiet östlich der Oder mit deutschen Ansiedlern, welche die slawische Bevölkerung absorbierten, und mit deutschen Ortschaften, Burgen und Klöstern, deren Erbauung das Zeichen dauernder Erwerbung des Landes war. Es verstand sich während dieser Zeit von selbst, daß die Markgrafen ihren deutschen Gehülfen und Genossen bei dem Werke der Eroberung auch einen entsprechenden Lohn zuerkannten. So teilten sie denn nach und nach den weiten Grund des Landes an die Ritter, Geistlichen und die Bürger und Bauern aus, an die einen als markgräfliches Lehen und an die anderen als steuerpflichtiges Eigentum. Der Löwenanteil dabei fiel dem Adel zu, der große, oft nach Quadratmeilen zählende Gütergebiete empfing, und dem Gregor IX. im 13. Jahrh. auch den Zehnten vom Slawenlande, den die Geistlichkeit beanspruchte, zuerteilte, weil ohne die Ritter, wie er erklärte, das Christentum in der Mark nicht gesichert sei¹⁾. Dafür übernahm der Adel auch den Schutz und die Verteidigung des Landes gegen die von Osten her drohende Slawenmacht durch eine auf das Lehnssystem gegründete militärische Organisation. In dieser Hinsicht war die Mark Brandenburg nicht minder als der preussische Ordensstaat eine Schöpfung des kriegerisch-christlichen Geistes, welcher im Mittelalter das Rittertum beseelte, nur daß dort ein Landesfürst mit bedeutsamer autonomer Gewalt an die Spitze des

¹⁾ R. I, 8, 146.

Staatswesens sich stellte und den Adel wie die Geistlichkeit von sich abhängig machte ¹⁾. In beiden Ländern aber beseelte die Bevölkerung jener rege Sinn, der in den deutschen Kolonien aller Orten vorzuherrschen pflegt und in einem für europäische und mittelalterliche Verhältnisse ungewöhnlich kurzen Zeitraume Preußen und die Mark emporblühen liefs. In einem Decennium entwickelte sich das etwa um 1232 gegründete Berlin so weit, dass es 1244 bereits den Sitz eines Propstes bildete. Ein ferneres Decennium sah Frankfurt a. O., Prenzlau in der Uckermark und Landsberg in der Neumark erstehen, die Hauptorte jener Landschaften, um welche her sich bald ein Kreis von Flecken und Dörfern erhob. Die Analogien der brandenburgischen und preussischen Staatsbildung machen sich jedoch auch in minder erfreulichen Erscheinungen bemerkbar. Hier wie dort erhob sich um dieselbe Zeit die Gefahr des Verfalles aus der besonderen Organisation beider Gebiete. Der deutsche Ritterorden in Preußen, welchem der Kampf gegen die Heiden religiös-kriegerischen Schwung verliehen hatte, verlor die sittliche und militärische Tüchtigkeit, als die Preußen vollständig unterworfen und 1386 die Lithauer Christen geworden waren. Ein ähnlicher Verfall ergriff gegen Ende des 14. Jahrhunderts auch den Adel der Mark Brandenburg, nachdem das Land erobert und organisiert war und die Gelegenheit für die Ritterschaft an bedeutsamen religiös-nationalen Kämpfen sich zu beteiligen immer seltener sich darbot. Der Adelstand, einst die lebendige Schutzwehr des Landes, befriedigte nun seinen Thatendrang in Händeln, Grenz- und Nachbarfehden, wurde dadurch eine Plage für das Volk und als eine mit Vorrechten und großer Macht ausgestattete Korporation eine Gefahr für den Landesfürsten, dessen Autorität aus den bereits angedeuteten Ursachen so bedeutende Einbußen erlitten hatte. In seinem Streben nach erweiterter Geltung begünstigte den Adel auch die allgemeine politische Entwicklung Deutschlands. Nachdem die weltlichen und geistlichen Fürsten die Kaiser- und Reichsgewalt gebrochen hatten, mußten sie es erleben, daß Adels- und Städtebünde sich auch gegen die fürstliche Gewalt auflehnten, daß die Korporationen der Stände bei dem Anspruch

¹⁾ Selbst die Erblichkeit ihrer markgräflichen Güter für ihre weiblichen Nachkommen wußten die Markgrafen zu erwerben; v. Ranke, Genesis d. Preuß. Staates I, 16.

auf Selbständigkeit sich nicht mehr mit Privilegien und Immunitäten zufrieden gaben, sondern sogar durch Selbstschutz sich gegen die Gebote ihrer Landesherren zu wahren und zu wehren suchten. Solche Bestrebungen fanden nun in der Mark einen um so günstigeren Boden, je mehr hier das Fürstentum nicht bloß politisch gesunken, sondern im wahren Sinne auch materiell verarmt war.

Den Anhaltinern hatte einst alles gehört, was die Mark an Erträgen einbrachte. In ihre Kassen war abgeliefert worden, was aus den Zöllen und Steuern, dem Münzrechte, der Nutzung von Wäldern, Flüssen und öffentlichen Straßen sowie an Sporteln aus dem Gerichtswesen einkam. Ein großer Teil dieser Regalien war jedoch schon von den Anhaltinern selbst und dann besonders von den Wittelsbachern veräußert oder als Belohnung für geleistete Dienste an Vasallen, Geistliche und Stadtgemeinden verliehen worden. Unter den gewinnbringenden Regalien darf man das Münzrecht oben an stellen, das den Markgrafen einst ausschließlich im ganzen Bereiche der Mark zugestanden hatte. Der bedeutende Ertrag desselben entsprang dem Umstande, daß jährlich eine Umprägung aller Münzen vorgenommen und als Prägegeld der vierte Teil der eingelieferten alten Münze zurückbehalten wurde. Die Umprägung mochte aus Rücksicht auf die damals sehr häufig betriebene Falschmünzerei notwendig gewesen sein, der Verlust an barem Gelde aber war für die Bevölkerung so drückend, daß Städte wie einzelne Edelleute mit Freuden die Geldverlegenheit ihres Fürsten dazu benutzten, ihm das Münzregal für einen bestimmten Distrikt abzukaufen. So hatten im Anfange des 14. Jahrhunderts die Grafen von Lindow-Ruppin und die Herren von Plote zu Kyritz das Münzrecht erworben¹⁾; die altmärkischen Städte Stendal, Gardelegen, Salzwedel, Seehausen, Tangermünde, Osterburg und Werben und Havelberg in der Priegnitz erkaufen es von dem Markgrafen Otto am 19. März 1369 für 5700 Mark brand. Silbers²⁾ und die mittelmärkischen Städte am 24. Juni 1369 für die Summe von 6500 Mark³⁾. Neben der Münze lieferten die Zölle an den Flüssen die bedeutendsten Erträge; und von diesen gingen der Oderzoll bei Oderberg und der Elbzoll bei Schnackenburg noch in Jobsts Hände über; andere Zölle jedoch waren

¹⁾ Riedel, die Mark Brand. um 1250, II, 95 u. fg. ²⁾ R. I, 15, 171. ³⁾ Fiedlein, Histor.-diplomat. Beitr. I, 62.

bereits verkauft. Schon im Jahre 1298 hatte Berlin den Zoll von allem Flossholz, das die Spree bei Köpenick passierte, und den Zoll von allen Schiffen auf der Spree zwischen Berlin und Fürstenwalde für 220 Talente Berliner Münze erworben¹⁾; Werben ferner kaufte den Elbzoll bei dieser Stadt und ein Bürger zu Osterburg den Zoll auf der Biese. Von den Einnahmen aus den Gerichtsporteln waren um 1375 etwa zwei Drittel in den Besitz der Städte, des Adels, der Geistlichkeit oder auch einzelner Privatleute übergegangen, an welche die Markgrafen die Gerichtsbarkeit überhaupt verpfändet oder verkauft hatten. Wie das märkische Landbuch nachweist, stand das Gericht in den Dörfern nur noch vereinzelt dem Landesherrn zu²⁾. Nicht minder übel stand es mit den Erträgnissen jener Steuer, welche man ihrer ursprünglich bittweisen Erhebungsart wegen Bede (*petitio sive precaria exactoria*) nannte, und die teils eine fest normierte, fortlaufende Abgabe, die sogenannte Orbede, bildete, teils als eine außerordentliche einmalige Steuer oder Landbede von den Ständen bei ungewöhnlichen Veranlassungen bewilligt wurde³⁾. Die Orbede ging infolge zahlreicher Verpfändungen zum großen Teile in fremde Hände über. Da sie eine feste, meistens auch regelmäßig gezahlte Abgabe bildete, so wurden die Beamten und die Gläubiger der Markgrafen gern mit Anweisungen auf dieselbe befriedigt. Daher kam es aber auch, daß nach dem Landbuche Karls IV. um 1375 in der Altmark nur noch 85 Dörfer die Bede direkt an die Regierungskasse abzuliefern hatten⁴⁾ und einzelne Orte jahrelang ihre Steuer an die Gläubiger des Landesherrn bezahlten⁵⁾. Auch das Recht des Letzteren, eine außergewöhnliche Bede von dem Lande zu fordern, war in der Zeit der Luxemburger nicht mehr uneingeschränkt. Einzelne Städte, wie Prenzlau und Stendal, hatten die Verpflichtung zur Zahlung der Landbede ein für allemal durch die Gewährung eines Kapitaless abgelöst⁶⁾. Trat nach solchen Einnahmeverlusten für die Regierung Geldverlegenheit ein, so griff man zu dem Auskunftsmittel der Verpfändung von Gütern, Dörfern, Städten und Landdistrikten, überließ aber dem mangelhaften Principe der damaligen Finanzwirtschaft zufolge das Pfand-

¹⁾ Fidicin, Histor.-diplomat. Beitr. I, 52. ²⁾ Riedel, die Mark Brand. II, 423.

³⁾ Ebd. II, 108. ⁴⁾ Ebd. S. 237. ⁵⁾ Die Orbede der Stadt Salzwedel hatte Sigismund 1382 an Mitglieder der Familie von der Schulenburg verpfändet, und diese erhoben sie noch im Dec. 1398, R. I, 5, 368. ⁶⁾ Riedel, Mark Brand. II, 114.

objekt selbst dem Gläubiger, damit er aus den Einkünften desselben die ihm gebührenden Zinsen einziehe. Ein solches Verfahren, welches dem Gläubiger die Hypothek und den Zinsertrag zugleich in die Hand gab, begünstigte die Umwandlung des Pfandobjektes in einen wirklichen Besitz des Gläubigers oder führte im anderen Falle wenigstens zu einer nachlässigen Bewirtschaftung der verpfändeten Besetzung. Auf diesem Wege waren im 14. Jahrhundert sehr viele der den heutigen Kreisen der Provinz Brandenburg entsprechenden märkischen Vogteien, deren Inhaber ursprünglich der Markgraf zu ernennen hatte, in feste Hände übergegangen¹⁾.

Es ergibt sich hiernach die volle Unzulänglichkeit der Staatseinnahmen zur Bestreitung der Kosten der Landesverwaltung, als Jobst die Regierung der Mark übernahm. Bei einer solchen Lage der öffentlichen Finanzen mußte jedem Fürsten die Erhaltung der staatlichen Ordnung beinahe unmöglich gemacht werden, und nun erschien unter den Märkern sogar ein Landesherr mit der Absicht, aus den Erträgen des Kurstaates die hohen Zinsen seines an Sigismund gezahlten Kapitals zu entnehmen und von seinem Darlehensgeschäfte wo möglich noch einen finanziellen Gewinn davon zu tragen. Unter diesen Umständen begreift es sich, daß das aus der Entartung des legitimen Faustrechtes hervorgegangene Fehdewesen, welches mehr oder minder alle deutschen Gebiete erfüllte, sich in der Mark zu einer Landplage gestaltete, die weit über unsere Vorstellungen hinausging.

Das Faustrecht, welches Adel und Städte in der ungesetzlichsten Weise handhabten, war ursprünglich das Recht der Selbsthülfe als Notwehr und auch zulässig bei einer Rechtsverweigerung von seiten des Gegners. Seine Anwendung erforderte die Innehaltung gewisser Formalitäten. Ein Landfriedensgesetz vom Jahre 1235 bestimmte darüber: „Was auch jemanden widerfahre, das er das nicht reeche (räche), er klag es seinem Richter. — Wer sein Klag aber volführet, wird ihm nicht gerichtet und muß durch Not seinen Feinden widersagen, das sol er thun zwey Tage, und von dem Tage bis an den vierten Tag sol er ihm keinen Schaden thun weder an Leib noch an Gut.“²⁾ Die Voraussetzung für jede Anwendung des Faust-

¹⁾ Riedel, d. Mark Br. II, 439. ²⁾ Vergl. Riedel, Zehn Jahre aus d. Gesch. der Ahnherren des Preuß. Königshauses, S. 364, woselbst die Hauptbestimmungen über das Faustrecht zusammengestellt sind.

rechtes war also, daß jeder Beschädigte zunächst vor dem öffentlichen Richter seine Klage anbrachte, der Beklagte aber sich weigerte, vor dem Richter zu erscheinen oder dessen Urtheilsspruch anzunehmen. In diesem Falle durfte ihm die „Widersage“ oder Ankündigung der Feindseligkeit zugesandt und nach Verlauf einiger Tage der Kampf wider ihn eröffnet werden. Wo eine kräftige Hand die Regierung leitete, waren auch die Gerichte in solchem Ansehen, daß die Fälle von Rechtsverweigerung zu den Seltenheiten gehörten; die Schwäche der landesfürstlichen Gewalt aber leistete überall dem natürlichen Hange der Menschen zur Selbsthülfe Vorschub. Die häufige Anwendung des Faustrechtes war also unter allen Umständen ein Zeichen des staatlichen Verfalles, den sie hinwieder in einer wahrhaft erschreckenden Weise beschleunigte. Die Fehde nahm die Gestalt des Krieges mit Überfällen, Plünderungen und Verheerungen durch Schwert und Feuer an und erzeugte aus sich selber, wie die Blutrache, immer neue Verwicklungen und Kämpfe. Händelsucht, Rauflust und Beutegier, welche dabei ihre Rechnung fanden, benutzten unerhebliche Streitfragen als willkommenen Anlaß zur „Widersage“, und verwickelte Rechtsfragen, deren Entscheidung die sorgsamste juridische Erwägung erforderte, suchte man durch die Raufereien einer Fehde zu erledigen. Da aber die Macht das Recht nicht zu ertönen vermochte, so setzten sich die Fehden wie langwierige Prozesse oft Decennien hindurch fort und vererbten sich wohl vom Vater auf den Sohn. Eine derartige Feindseligkeit bestand z. B. während der Regierung Jobsts zwischen dem Ritter Heinicke von Uchtenhagen zu Fürstenwalde und einem Ritter von Zassen. Als der letztere sich klagend an die märkischen Stände wandte und diese eine Aussöhnung der Gegner herbeizuführen suchten, antwortete jener, daß er eine Klage gegen den Ritter von Zassen schon bei dem Markgrafen Otto (1365—1373), dann bei Karl IV. und zuletzt noch bei Jobst von Mähren anhängig gemacht hätte; aber weder die Fürsten noch die Stände selber hätten den Gegner dahin bringen können, ihm „Gleich und Recht zu gewähren“ d. h. sich einer gerichtlichen Entscheidung zu fügen. Er habe jetzt seinen Kindern nichts weiter zu hinterlassen als die „Mahnung“ an den hartnäckigen Widersacher.¹⁾

¹⁾ Nu hadde ik anders mynen Kindern nicht to ghevende wen de Maninghe

Wie der Krieg hatte auch die Fehde, mochte sie in gesetzlicher oder ungesetzlicher Weise geführt werden, Verwüstung, Armut und Seuche, vor allem aber eine schreckliche Verwilderung der Gemüter in ihrem Gefolge. Die sittliche Entartung ergriff nicht nur den fehdelustigen Ritter und den von Haus und Hof verjagten armen Mann, sondern auch den Bürger- und den geistlichen Stand, welche sonst die Interessen der Ordnung und des Friedens zu vertreten pflegten. Um 1388 verklagten Herzog Wenzel von Sachsen¹⁾ und Graf Albrecht von Lindow²⁾ wegen Teilnahme an Raub und Plünderung den Bürger Heine Karre, einen sehr wohlhabenden Grundbesitzer in Berlin³⁾, und um 1400 führte Graf Günther von Lindow Beschwerde über die Mönche des Klosters Zinna wegen Ermordung eines Bürgers der Stadt Ruppin⁴⁾. — Solche Verbrechen mögen unter Bürgern und Geistlichen nur vereinzelt vorgekommen sein; ganz allgemein war dagegen infolge der andauernden Fehden die Verbreitung des Raubwesens durch wohlorganisierte Banden von Wegelagerern. Die Klage über die Thaten dieser Bösewichter ist die schmerzlichste, welche das Zeitalter Jobsts durchtönt; daß sie auch in vollem Maße berechtigt war, lehren wohl verbürgte Nachrichten. In dem unweit der Stadt Nauen belegenen Dorfe Schlabberndorf, dem Stammsitze eines heute noch blühenden Adelsgeschlechtes, hatte sich eine Räuberbande der Kirche bemächtigt, in welcher seit alter Zeit her die gestorbenen Familienmitglieder derer von Schlabberndorf bestattet worden waren. Die Kirche wurde von den Räubern in ein Kastell verwandelt, von dem aus sie das Dorf plünderten, dessen Einwohner verjagten und Streifzüge in die Umgegend unternahmen. Man darf als gewiß voraussetzen, daß die Herren von Schlabberndorf alles mögliche gethan haben werden, ihren Stammsitz und ihre Familiengruft zu retten, allein alle ihre Bemühungen waren vergebens. Am 19. März 1393 schenkten Michael und Peter von Schlabberndorf die Kirche mit ihrem Grundbesitz und allem Zubehör „zum Seelenheile derer, die in jener zur Erde bestattet worden“, dem Bischofe Dietrich von Brandenburg für die bischöf-

to deme von Zassen. Fidicin, Hist.-dipl. Beitr. II, 101. Der Brief ist ohne Jahreszahl.

¹⁾ Fidicin, Hist.-dipl. Beitr. IV, 90. ²⁾ Ebend. II, 101. ³⁾ Fidicin a. a. O. III, 255. ⁴⁾ Eb. III, 283.

liche Pfarre zu Markow¹⁾. Unter Anwendung auch der geistlichen Waffen mag es dem Bischofe wohl gelungen sein, die Räuber aus der Kirche zu vertreiben; eine kirchliche Gemeinde aber fand sich in ihr zum Gottesdienste nicht mehr zusammen. Das Dorf Schlabberndorf blieb verödet und ist in den folgenden Jahren spurlos verschwunden.²⁾ — Solchen Frevelthaten wegelagernder Banden waren jedoch nicht nur die Dörfer, sondern sogar die Städte ausgesetzt. Konnten diese, von ihren Mauern geschützt, auch nicht von den Räubern durch Überfall erobert werden, so mußten sie doch frevelhaft angelegte Feuersbrünste befürchten, welche jenen die Gelegenheit zu Plünderungen boten. Selbst Berlin war vor solchen Gefahren nicht sicher, denn einst ließ hierher der Rath von Gransee die Nachricht gelangen, dass Augustin Fahrenholz und Benedikt Linckern die Stadt Berlin und andere Missethäter die Stadt Bernau „ausbrennen“ wollten; Berlin möge wachsam sein und die Nachbarstadt Bernau warnen³⁾.

Dafs ein Land mit solchen Zuständen unter einem charakterlosen Fürsten der Auflösung entgegeneilte, ist so wenig wunderbar, dafs man vielmehr fragen darf, wie es möglich war, den Kurstaat vor dem gänzlichen Verfall zu bewahren. Vor diesem äufsersten Unheil beschützten ihn in Jobsts Zeit die Städte, welche nach Art der Republiken sich selbst regierten und durch Verbindungen unter einander die mangelhaft schirmende Staatsgewalt zu ersetzen oder zu ergänzen suchten. Mit der gröfseren Stadt einer Landschaft schlossen zunächst die kleineren Orte zu gegenseitigem Schutze ein Bündnis, dessen Leitung oder „Sprache“, wie man damals sagte, der Vorort führte, wovon die Verbindung selber den Namen „die Sprache“ erhielt. Die Mittelmark z. B. zählte deren zwei, die Sprache Brandenburg⁴⁾ und die Sprache Berlin⁵⁾, welche bei wichtigeren Landes-

¹⁾ R. I, 7, 344. Dietrich nahm dies Geschenk am 23. März 1393 an (I, 7, 346). Er erklärte dabei: *Ecclesia desertae villae Slabberndorp in terra Obule (Havel) — miserabiliter extitit per latrones desolata et in sui altaris tabula confracta et asportata et alias quam plurimum violenter execrata in suisque redditibus — nimium depauperata, quod ipsum sacerdotem sustinere non valeat. Ex ea quoque nonnulla latrocinia, furta et quam plurima maleficia ibidem vicinis et huic terre occurrebant et imminebant.* ²⁾ R. I, 7, 303. ³⁾ Fidicin a. a. O. IV, 83, ein Brief ohne Jahreszahl aus der Zeit Jobsts. ⁴⁾ Zu ihr gehörten Rathenow, Treuenbrietzen, Spandau, Belitz, Potsdam und Nauen. ⁵⁾ Sie umfasste Bernau, Eberswalde, Strausberg, Wrietzen, Bötzow, Liebenwalde, Oderberg, Mittenwalde, Trebbin und Köpenick.

angelegenheiten mit einander in Verbindung und Beratung traten. Die Stadtgemeinden bildeten das staatserhaltende Element, denn die Bürger hatten ein besonderes Interesse daran, daß das öffentliche Recht in Kraft blieb, der Landfrieden gehalten und Gewerbe, Verkehr und Handel geschützt wurden. Freilich waren auch sie nicht frei von dem Streben, die Schwäche der landesherrlichen Gewalt im eigenen Interesse auszunutzen und Hoheitsrechte an sich zu bringen oder drückende Staatslasten von sich abzuwälzen; der Gemeinsinn der bürgerlichen Bevölkerungen ging eben nicht auf die Förderung des Staates im ganzen, sondern nur auf die Weiterentwicklung ihrer kommunalen Verfassung und Selbständigkeit hinaus, aber in dieser Beschränkung bekundeten sie Rechtsgefühl und Verstand, so daß sie sich bei der allgemeinen Landesnot wohl einzurichten wussten. Hinter ihren Wällen und Mauern waren im allgemeinen noch Eigentum und Leben gesichert; hier fand der Kläger noch einen Richter und der Spruch des Letzteren Beachtung. Die Grundbedingungen für den Fortbestand der gewerblichen und wirtschaftlichen Thätigkeit, welcher die Mehrzahl der Bürger oblag, blieben somit erhalten, und dieser Umstand machte es den Städten möglich, eine zweiundzwanzigjährige Anarchie im Lande ohne erhebliche Schädigung zu überdauern. Einer Kommune mit reger Bürgerschaft gelang es sogar gerade in Jobsts Zeit sich zu einem nicht unerheblichen Wohlstande und zu einer nachhaltigen politischen Bedeutung aufzuschwingen, nämlich der Doppelgemeinde Berlin-Köln, welche anfangs in ihrer Entwicklung nur neben den größeren märkischen Städten wie Brandenburg, Stendal, Frankfurt und Tangermünde einherschritt, jetzt aber sie alle überholte und den Grund zu dem Range einer Landeshauptstadt legte.

In dieses Land voll Wirrnis, Fehden und Unruhe trat nun Jobst von Mähren mit dem Wunsche, Ordnung und Besserung zu schaffen, wurde aber selbst die Ursache zu neuen Verwicklungen und zu einer fortschreitenden Zerrüttung aller Verhältnisse.

II.

*Jobsts erstes Erscheinen in der Mark Brandenburg.
Die Neubesetzung der Hauptmannschaften. Lippold von
Bredow. Schloß Plaue an d. Havel.*

Die Verhandlungen Sigismunds mit Jobst über die Verpfändung der Mark, die im Juni 1388 zu Schintau zu Ende geführt wurden, schlossen mit dem Erlaß einer Proklamation des Königs an die Brandenburger, dem Markgrafen Jobst die Huldigung zu leisten¹⁾. Im Juli 1388 hatten die Bewohner der Mark die Ehre, ihren neuen Landesherrn in ihrer Mitte zu sehen. Jobst begab sich zunächst nach Tangermünde, der märkischen Residenz Karls IV. und Sigismunds. Am 20. Juli huldigte ihm hier der Vorort der Altmark, Stendal²⁾. Im August trat er seine Rundreise durch die übrigen Teile des Kurstaates an, um die Huldigung der Städte und des Adels entgegen zu nehmen, bei welcher Gelegenheit er allen ihre Privilegien und Rechte in formell gleich oder ähnlich lautenden Urkunden bestätigte³⁾. Gegen Ende des Oktober verweilte er wieder in Tangermünde. Im Anfange des folgenden Monats aber verließ er bereits die Mark wieder, und erst nach beinahe zwei Jahren, im August 1390, besuchte er sie von neuem.

Die Urkunden aus dem Sommer 1388 berichten nichts weiter von ernsteren Regierungsgeschäften des Markgrafen, als daß er am 27. Sept. einen Frieden mit den Herzögen Suantibor und Bogislaw von Pommern-Stettin abgeschlossen⁴⁾ und sich mit dem Herzoge Albrecht von Mecklenburg-Schwerin zur Aufrechthaltung des Landfriedens verbündet habe⁵⁾. Dennoch müssen in dieser Zeit wichtige

¹⁾ R. II, 3, 105 u. fg. ²⁾ R. I, 16, 175. ³⁾ Das Itinerar ergeben die Urk. Jobsts bei R. Cod. dipl. Register-Band I, S. 426 u. 427. ⁴⁾ R. II, 3, 107. Die Ursache des Krieges ist in der Urk. mit keiner Silbe angedeutet. ⁵⁾ Rudloff, Pragm. Handb. d. Meckl. Gesch. II, 517 setzt den Abschluß der Verbindung erst a. den 28. Nov. 1388.

Änderungen in der obersten Verwaltung des Landes von Jobst vorgenommen worden sein. Die Luxemburger, welche meistens außerhalb der Mark zu verweilen genötigt waren, hatten dieselbe durch Statthalter oder Hauptleute regieren lassen. Unter Karl IV. stand dem Lande Johann von Kottbus als Capitaneus totius Marchiae vor¹⁾, unter Sigismund aber erhielten die einzelnen märkischen Landschaften besondere aus dem landsässigen Adel gewählte Hauptleute. Die Mittelmark regierte anfangs ein Edelmann Reinhard von Strele und dann der Ritter Lippold von Bredow, welcher urkundlich zuerst am 14. März 1384²⁾ und unter Sigismund zuletzt am 4. Juni 1388³⁾ als Hauptmann erwähnt wird; die Altmark ferner Leuthold von Krumdors, dessen Bestallung am 15. April 1385 ausgefertigt worden ist⁴⁾; die Priegnitz endlich Koppeke von Königsmark, der als Hauptmann am 6. März 1387 genannt wird⁵⁾. Auch der am 10. April 1390 erwähnte Vogt von Lebus, Johann von Wulkow⁶⁾, bekleidete, wenngleich er wahrscheinlich zu dem Bische von Lebus in einem abhängigen Verhältnisse stand, eine den übrigen Hauptleuten ähnliche Stellung. Alle diese Hauptleute erhielten ein Jahrgehalt und vertraten den Landesherrn unter Vorbehalt der Bestätigung ihrer Anordnungen durch denselben als höchsten Richter und Kriegs- und Lehnsherrn⁷⁾. Als Jobst die Mark übernahm, hatte er auch diese obersten Beamten seines Landes zu bestätigen oder, sobald es sein Interesse erforderte, durch andere Edelleute zu ersetzen. In der That hielt es Jobst für angezeigt, der Alt- und Mittelmark neue Hauptleute zu geben. An Stelle Leutholds von Krumdors finden wir am 22. Januar 1390 einen Ritter Busso Dues⁸⁾ und am 14. Oktober 1391 Hüner von Königsmark⁹⁾ genannt, während an Stelle Lippolds von Bredow schon am 29. Januar 1389 ein Edelmann Offo oder Otto von Schliewen als markgräflicher Hauptmann amtierte¹⁰⁾.

¹⁾ R. I, 16, 31. ²⁾ R. I, 21, 217. ³⁾ R. II, 3, 102. ⁴⁾ R. I, 16, 29.
⁵⁾ R. I, 1, 111. ⁶⁾ R. I, 23, 128. ⁷⁾ Ihre Obliegenheiten sind in der Bestallungs-
urk. f. Leuth. v. Krumdors angegeben. Dieser selbst erhielt ein Jahresgehalt von
450 Schock böhmischer Groschen (das Schock im Werte von etwa 18—20 Mark
heutiger Währung) und bewohnte das Schloß zu Tangermünde. ⁸⁾ R. I, 5, 136.
⁹⁾ R. II, 3, 112. Wahrscheinlich war er schon am 26. Febr. 1391 Hauptmann,
nach R. II, 3, 111; jedoch nennt die Urk. ihn als solchen noch nicht. ¹⁰⁾ R.
I, 12, 166. Er scheint ein meißnischer Edelmann gewesen zu sein. Jene Urk.
nennt ihn „des heren Marggrafen Hofemann — tu deme male van der heren wegen
gewaldig“ (Bevollmächtigter).

Auf diesen folgte in derselben Stellung bald Potho von Chastolowitz, ein Böhme, welcher schon 1374 im Gefolge Karls IV. in die Mark gekommen war¹⁾ und 1377 als kaiserlicher Kammermeister die Verwaltung der Lausitz und der Mark über der Oder d. h. der Neumark übernommen hatte²⁾. Als Hauptmann der Mittelmark amtierte er am 5. März 1391 zu Templin³⁾ und am 14. Juni desselben Jahres zu Berlin⁴⁾. Am 11. December 1391 gebot Jobst allen Ratsleuten in den Städten der Mittelmark und in Prenzlau und Frankfurt, Potho von Chastolowitz als Hauptmann anzuerkennen und an ihn die Steuern zu entrichten, da er ihnen „nie einen anderen Hauptmann gesetzt habe als Potho, seinen lieben Getreuen“⁵⁾. Er beklagte sich zugleich über die Weigerung der Städte jenem die „Renten und Zinsen“ zu zahlen, die sie ihm, dem Markgrafen, schuldig seien; und diese Bemerkung eröffnet uns einen Einblick in die Lage der Dinge in der Mittelmark. Wenn man das Schreiben Jobsts überliest, erkennt man sogleich, daß die Ernennung des böhmischen Edelmannes an Stelle Lippolds von Bredow allgemeine Unzufriedenheit in der Mittelmark hervorgerufen hatte. Man nahm Anstoß ebensowohl an der Ernennung eines Böhmen zum Statthalter wie an der Beseitigung eines Mannes, der sich durch seine mehrjährige amtliche Thätigkeit das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung erworben hatte; und man erkannte in dem Vorgange, daß es sich nicht sowohl um einen Personen- als vielmehr um einen Systemwechsel handelte. Der Unterordnung des Landes unter die ihm fremden Interessen des mährischen Fürsten mußte ein böhmischer Statthalter viel eher Vorschub leisten als ein die Verwaltung der Mittelmark leitender märkischer Edelmann von der Energie eines Lippold von Bredow. Die Opposition der Städte gegen die Entfernung desselben von seinem Amte wurde in der That so entschieden bedrohlich, daß Jobst schon im nächsten Jahre den böhmischen Edelmann wieder absetzte und Lippold von Bredow von neuem zum Statthalter der Mittelmark ernannte. Dieser trat damit in eine Stellung zurück, in der er bereits unter Sigismunds Regierung Beweise von vaterländischem Sinne und starker Willenskraft gegeben hatte und im nächsten Decennium einen so bedeutsamen

¹⁾ R. II, 3, 47. ²⁾ R. II, 3, 59 und I, 19, 268. ³⁾ R. I, 8, 367. ⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ R. II, 3, 114.

Einfluß auf die Geschicke seiner Heimat ausüben sollte, daß seine Person, nicht die des Markgrafen im Vordergrunde der Ereignisse steht. Seine öffentliche Thätigkeit ging überhaupt und zu allen Zeiten über die eng umgrenzte Wirkungssphäre eines Verwaltungsbeamten hinaus, denn er stand von anfang an in scharfer Opposition gegen den Erzbischof von Magdeburg, der das Schloß Plaue begehrte, und gegen die Neigung der luxemburgischen Fürsten, es jenem zu überlassen. Lippold verteidigte Plaue, weil es zur Mittelmark gehörte und weil er selbst Eigentumsrechte daran geltend machte. Ein vaterländisches und ein persönliches Interesse reichten sich die Hand, um seinem politischen Auftreten Entschiedenheit und Schwung, aber auch einen Grad von Selbständigkeit zu verleihen, der mit der ihm übertragenen amtlichen Stellung nicht immer vereinbar war. Jobst hatte, wie wir sehen werden, hinreichenden Grund, ihm die Hauptmannschaft in der Mittelmark zu entziehen, weil seine, die markgräfliche Politik nach einer friedlichen Ausgleichung mit dem Magdeburger Erzbischof strebte, welche Lippold nicht zu billigen vermochte. Die Wiederernennung desselben zum Hauptmann ohne eine Änderung der Politik dem Erzstifte gegenüber war daher ein Fehler, der sich an Jobst wie an Lippold selber rächen mußte. In der That beendete dieser im offenen Zwiespalt mit dem Markgrafen seine lange und verdienstvolle staatsmännische Laufbahn.

Lippold von Bredow gehörte einem Adelsgeschlechte an, welches wahrscheinlich bereits unter Albrecht dem Bären in die Mark gekommen war und seinen Namen dem Dorfe Bredow bei Nauen im Havellande verdankte¹⁾. Die Familie gelangte namentlich unter den bairischen Markgrafen zu umfassendem Besitze und besonderem Ansehen. Sie erwarb 1335 Friesack als Pfand von Ludwig dem Älteren und erhielt 1354 von Ludwig dem Römer die Anwartschaft auf alle erledigten Lehen im Lande Friesack²⁾. Durch weitere Erwerbungen auf den kleinen Plateau-Landschaften Glin, Bellin und Rhinow, welche aus dem großen Moor- und Sumpfgebiete der mittleren Havel inselartig emporragen und damals allein der Kultur zugänglich waren, brachte sie endlich einen so umfangreichen Grundbesitz zusammen, daß die Mitglieder der Familie an eine Teilung desselben denken mußten. Diese wurde um die Mitte des 14. Jahr-

¹⁾ R. I, 7, 109. ²⁾ R. I, 7, 44.

hundreds von vier Brüdern in der Weise vorgenommen, daß sich eine ältere und eine jüngere Friesacker, eine Bredowsche und eine Kremmensche Linie bildeten. Die letztere, welcher Lippold von Bredow angehörte, hatte ihren Sitz zu Kremen, einem kleinen Orte in der Landschaft Glin westlich von dem heutigen Oranienburg. Lippold war der älteste Sohn eines Ritters Koppeke oder Jakob von Bredow und hatte noch zwei Brüder, Henning und Peter, von denen der erstere nach 1393 nicht mehr genannt wird, während der andere ihm bis in das Alter als Freund und Genosse seiner Politik zur Seite blieb. Lippold, wahrscheinlich um 1340 geboren, bekleidete 1369¹⁾ und 1370 unter Markgraf Otto das Amt eines Marschalls. Während dieser Zeit muß er das Amt Neustadt an der Dosse erworben haben, welches er 1375 nach dem Landbuche Karls IV. besaß. Auch unter der Regierung des Kaisers blieb er im öffentlichen Dienste. Einer handschriftlichen Familienchronik der Bredows zufolge, die jetzt nicht mehr vorhanden ist²⁾, begleitete er den damaligen Statthalter der Mark Johann von Kottbus auf mehreren militärischen Zügen durch das Land und erhielt von ihm die Vogteigewalt im Havellande und auf dem Glin³⁾. Wie zu Johann von Kottbus, so stand er auch zu Reinhard von Strele, dem Besitzer der damals zur Niederlausitz gehörenden Herrschaften Storkow und Beeskow⁴⁾, in nahen Beziehungen. Als dieser am 19. Januar 1382 eine Sühne zwischen den verfeindeten Städten Köpenick und Eberswalde stiftete, war Lippold als Zeuge dabei anwesend⁵⁾. Im nächsten Jahre finden wir ihn in amtlicher Thätigkeit als Vogt der Uckermark. Unter seinem Vorsitze entschied ein mit markgräflichen Vassallen besetztes Gericht, zu welchem auch Prenzlauer Ratsleute hinzugezogen worden waren, eine das Verhältnis freier Bauern zu dem Gutsherrn betreffende Frage⁶⁾. Es handelte sich dabei nicht um einen einzelnen Streitfall, sondern um eine Rechtsentscheidung von allgemeiner Gültigkeit auch für künftige Fälle. Das Gutachten er-

¹⁾ R. I, 15, 170. ²⁾ R. I, 7, 9. ³⁾ In dieser Eigenschaft verschrieb er 1381 dem Prenzlauer Rate eine Schuld von 100 Mark, R. I, 21, 212. ⁴⁾ Über Reinh. v. Strele vergl. v. Ledebur, Archiv 3, 130. Er starb 1384 ohne männliche Erben. Seine einzige Tochter war an Joh. von Bieberstein verheiratet, an welchen auch seine Besitzungen übergingen. ⁵⁾ R. I, 12, 6. Die Sühne fand nach R. I, 12, 312 zu Berlin statt. Jene Urk. giebt keinen Ort an. ⁶⁾ Riedel, Die Mark Brand. II, S. 282 u. 499.

weist, daß Lippold von Bredow nicht bloß ein Mann der praktischen Verwaltung war, sondern auch Rechtskenntnisse besaß. Beides befähigte ihn im hohen Grade zur Übernahme der Hauptmannschaft der Mittelmark, die im Jahre 1384 durch den Tod Reinhard's von Strele erledigt wurde¹⁾. Er trat dies Amt unter sehr schwierigen Verhältnissen an, denn die inneren Zustände waren bereits durch das Fehdewesen zerrüttet und von außen her drohte eine sehr folgenschwere Verwicklung, der Streit mit Magdeburg um den Besitz der Burg Plaue.

Unter den festen Schlössern der Mark war Plaue westlich von Brandenburg an der Havel das bedeutendste und wichtigste²⁾. Von Wasser, Sumpf und starken Mauern umgeben setzte es jedem Angriffe die schwersten Hindernisse entgegen, und durch seine Lage bildete es den wesentlichsten Verteidigungspunkt der Mittelmark gegen jeden von Westen her andringenden Feind. Trotz seiner augenscheinlichen Wichtigkeit hatten die letzten Anhaltiner, sogar noch der kräftige Waldemar, mit anderen märkischen Gebietsteilen auch Plaue dem Erzbischofe von Magdeburg als Lehen übertragen³⁾, an den es auch überging, nachdem jene Dynastie in Brandenburg erloschen war. Eine Zeitlang hatten magdeburgische Stiftsvasallen es als Pfand inne. Ludwig der Römer erkannte 1354 und Karl IV. noch 1373 das Eigentumsrecht der Erzbischöfe an Plaue an; der Letztere aber ließ sich das Schloß einstweilen „zum Zwecke des Krieges“ einräumen. Wenn hiernach auch die Anrechte der Erzbischöfe an Plaue aufs beste verbrieft waren, so gehörte das Schloß seiner geographischen Lage nach doch zu Brandenburg, und seine Zurückerwerbung für den Kurstaat geboten ebenso sehr politische wie strategische Rücksichten. Für Karl IV. waren dieselben auch so einleuchtend, daß er gleich nach Übernahme der Mark sein besonderes Augenmerk auf Plaue richtete. Noch im letzten Jahre seines Lebens gelang es ihm in der That sich in den Besitz dieser Burg zu setzen. Der Erzbischof von Magdeburg Peter von Brunna,

¹⁾ Nach einer Nachricht bei Rudloff a. a. O. II, 513 soll Lippold v. Bredow schon 1383 Hauptmann d. Mark gewesen sein. Entweder fungierte er damals als Stellvertreter Reinhard's v. Strele, oder dieser hatte sein Amt aus unbekannten Gründen schon ein Jahr vor seinem Tode aufgegeben. ²⁾ Über die Gesch. v. Plaue vergl. Riedel, die Mark Br. I, 361 u. fg. u. C. d. Br. I, 10, 1 u. fg. ³⁾ R. II, 1, 463.

ein Böhme, den der Kaiser auf den erzbischöflichen Stuhl befördert hatte, geriet um Pfingsten 1378 in eine Fehde mit der Priegnitz und mit Mecklenburg. Die Feinde entrissen ihm die Stadt Sandow an der Elbe, zogen dann vor Plaue und eroberten das Schloß ohne Sturm. Sofort mischte sich Karl IV. in die Sache und kaufte den Gegnern des Erzbischofs Sandow und Plaue um Geld ab¹⁾, das letztere wahrscheinlich um die Summe von 800 Mark oder Schock böhm. Groschen, denn Sigismund erklärte 1382²⁾, dass er so viel „Plaues wegen“ von dem damaligen Verweser des Erzstiftes Magdeburg, dem Bischofe Friedrich von Merseburg, fordern müsse, wenn dieser das Schloß wieder haben wolle. Der Kaiser hatte mit seinem Ankaufe geschickt den Hebel angesetzt, um dem Erzstifte das Schloß zu entreißen; sein Nachfolger Sigismund bewies ungleich weniger Interesse an dem Besitze desselben, sondern strebte, von einem allgemeinen Friedensbedürfnisse geleitet, nach einer gütlichen Einigung mit dem Erzstifte. Beide kamen 1382 dahin überein, daß König Wenzel über ihre Ansprüche an Plaue als Schiedsrichter ein Urteil fällen sollte³⁾. Würde der König Plaue dem Erzstifte zusprechen, so wolle Sigismund demselben das Schloß zurückgeben; wenn ihm dies aber nicht möglich sei — ein anderer war also faktischer Inhaber der Feste — so solle Friedrich das Recht haben, sich Plaues mit Gewalt zu bemächtigen⁴⁾. Wie des Königs Entscheidung gelautet hat, wissen wir nicht; sie scheint aber zu Gunsten des Erzstiftes ausgefallen zu sein, denn der Bischof Friedrich machte noch 1382 von der ihm eingeräumten Befugnis Gebrauch, sich des Schlosses mit Gewalt zu bemächtigen. Die Belagerung desselben, die er unternahm⁵⁾,

¹⁾ Die Magdeb. Schöffenchron., herausg. v. Janicke, erzählt z. J. 1378: De Markgreve (Karl IV) nam darna yn beyde Sandowe und Plawe und sede, he hedde se den Prignitzern afgekoft u. s. w. Das an das Erzstift verpfändete märkische Schloß Altenhausen hatte er am 3. Nov. 1377 durch die Rückzahlung der Pfandsumme von 600 Schock b. Grosch. wieder eingelöst. Ebend. S. 274, Anm. 1.

²⁾ R. I, 10, 13. ³⁾ Nach R. II, 3, 90 schlossen beide am 5. September 1382 ein Friedensbündnis, womit die Einigung hinsichtlich Plaues wohl in Verbindung stand. ⁴⁾ Were abir sache, das wir das nicht getun mochten ane geverde, so sal und mag sich der Bischof zu der genanten Vesten Plawen ziehen und sich der nehmen ane hindernisse und widerstehen unser und aller ander, der wir gewaltig sein, R. I, 10, 13.

⁵⁾ Chron. Magdeb. b. Meibom. II, 350: Praefatus etiam Fride-ricus posuit cum suis campum et obsedit castrum Plave, abinde tamen recedentis (sic!) nihil utiliter gesserunt.

blieb erfolglos, weil der Bischof am 9. November 1382 starb. Wer in diesem Jahre Plaue inne hatte und verteidigte, das ist unbekannt; nach dem weiteren Verlauf der Sache zu schließen war es jedoch Lippold von Bredow, der kurz darauf sich im Besitze des Schlosses befand und dessen Räumung an das Erzstift ohne Entschädigung verweigerte. Wer aber gab ihm, so darf man fragen, den Auftrag, gegen den Bischof zu kämpfen, dessen Expedition gegen Plaue Sigismund billigte? Ohne Zweifel handelte Lippold von Bredow im Einvernehmen mit einer patriotisch gesinnten märkischen Partei, welche von der Abtretung des Schlosses nichts wissen wollte, gegen die Politik Sigismunds in Opposition trat und selbst vor einem verwüstungsvollen Kriege mit dem Erzstifte nicht zurückschreckte, denn der mißglückte Belagerungsversuch des Bischofes war nur der Anfang schwerer Kämpfe um Plaue gewesen. Im Jahre 1383 wurde Albert von Querfurt, ein thatkräftiger, kriegerisch gesinnter Mann, zum Erzbischofe von Magdeburg erwählt, und dieser begann sofort die umfassendsten Rüstungen zum Kriege gegen die Mark, indem er sich mit den Grafen Sigismund von Anhalt, Günther und Johann von Barby und Johann von Querfurt, mit Heinrich zu der Dame (bei Jüterbogk) und am 27. April 1384 sogar mit Joachim und Busso Herren zu Putlitz in der Priegnitz verbündete¹⁾. Der Kampf richtete sich zunächst gegen Plaue und das Havelland, welches so verheert wurde, daß 1385 selbst die Domherren zu Brandenburg aus ihren reichen Besitzungen nicht mehr den nötigen Lebensunterhalt zu gewinnen vermochten²⁾. Andererseits waren aber auch die Märker opferwillig zur Verteidigung ihres Landes bereit. Lippold von Bredow, der in diesen Tagen als Hauptmann den Widerstand gegen den Erzbischof organisierte, dankte im Verein mit dem Landschreiber Propst Ortwin zu Berlin am 15. August 1384 dem Rate von Berlin-Kölln, daß er 100 Schock b. Gr. zur Errichtung einer Landwehr auf dem Teltow verwendet und ihm 60 Schock vorschußweise gezahlt habe³⁾. Der Hauptzweck des Krieges wurde von den Magdeburgern auch diesmal nicht erreicht; Plaue widerstand jedem ihrer Angriffe, und der Erzbischof mußte seinen Kriegsplan ändern. Im Jahre 1385 bemächtigte er sich eines minder festen Havel-

¹⁾ R. I, 3, 400 u. II, 3, 94. ²⁾ R. I, 8, 348, ein Schreiben des Domkapitels mit heftigen Anklagen gegen den Erzbischof. ³⁾ R. I, 7, 133.

schlosses als Plaue war, der Burg Milow in der Nähe von Rathenow¹⁾, welche ihm einen gesicherten Übergangspunkt über den Fluss in das nördliche Gebiet der Mittelmark und besonders zu den Bredowschen Gütern darbot. Der Widerstand der Märker mochte dadurch wesentlich geschwächt sein, denn in den nächsten Jahren errang der Erzbischof entschiedene Vorteile über sie. 1386 eroberte er das den von Lüderitz in der Altmark gehörende Schloß Bitkau an der Elbe, 1387 das Schloss Golzow, zwei Meilen südlich von Brandenburg, und endlich sogar die Stadt Görtzke. Andererseits hatten die Märker die Genugthuung, daß die Herren von Putlitz von dem Bündnisse mit dem Erzbischofe zurücktraten. Unter diesen Umständen regte sich auf beiden Seiten der Wunsch nach Frieden, und der Erzbischof gestand ihm am 10. April 1387 wenigstens auf ein Jahr von Pfingsten 1387 bis 1388 Lippold von Bredow und Busso Gans zu Putlitz zu, welche die Unterhandlungen mit ihm führten²⁾. Die Friedensbestimmungen, welche man verabredete, waren sehr merkwürdiger Art. Im Erzbistum und in der Mittelmark sollte der Krieg aufhören, aber nicht um das Schloß Plaue her. Der Erzbischof sollte vielmehr das Recht des Angriffes auf Plaue und der Inhaber desselben das Recht der Verteidigung haben, ein Kampf um Plaue aber den Frieden zwischen der Mark und dem Erzstifte nicht aufheben.³⁾ Diese Bestimmung ergiebt zur genüge, daß jene Burg der Anlass und das Ziel des ganzen Krieges war, welchen der Erzbischof Albert drei Jahre hindurch geführt hatte. Der Friedensvertrag vom 10. April 1387 bezweckte mithin nichts anderes als eine Beschränkung des Kampfes auf seinen Ausgangspunkt, wodurch beide Teile gewannen. Dem nutzlosen Verwüstungskriege wurde ein Ende gemacht, und der Erzbischof konnte seine gesamte Macht zum Angriffe auf Plaue verwenden, wie sein Gegner die märkische ungeteilt zur Verteidigung des Schlosses. Die Parteien hielten einander

¹⁾ Magd. Schöffenchron. z. J. 1385. Eine Fähre bei Milow, welche die Havelufer verband, gehörte noch am 15. März 1384 der Stadt Rathenow, R. I, 7, 428.

²⁾ R. II, 3, 94. ³⁾ Ebend. Ut dessen frede is ghenomen das hus to Plawe, so dat man darave edder to unsen heren van Magdeburg edder de sine nicht beschedyghen schal; und we up deme huse were, de schal sin eventure stan. Wolde ok unse here van Magdeburg edder de sine tu deme huse to Plawe icht don, da mogen se don, und we da weren (verteidigen) wolde, de scholen ok ere eventure stan und dar schal de frede nyth mede ghebraken wesen.

somit das Gleichgewicht, so daß ein Angriff auf Plaue in dem Friedensjahre nicht erfolgte. Dennoch blieben die Beziehungen der Mark zu dem Erzbistume in kriegerischer Spannung, da man dort ebensowenig auf das verlorene Schloß Milow wie hier auf Plaue Verzicht zu leisten gedachte. Der Ausbruch eines neuen Krieges nach Verlauf des Friedensjahres war unvermeidlich, aber der Übergang der Mark an Jobst von Mähren änderte plötzlich die Lage der Verhältnisse. Das einzige Interesse, das ihn zunächst an die Mark Brandenburg knüpfte, bestand in dem Wunsche, ihre Steuerkraft so schnell und so gründlich als möglich auszunutzen, und das geschah am besten, wenn der Friede mit dem Erzbischofe gewahrt blieb, selbst um den Preis der Hingabe von Plaue. Er lenkte somit in die Bahn der Politik ein, welche Sigismund durch den Vertrag mit dem Bischofe Friedrich im Jahre 1382 beschritten hatte und auf welcher auch Jobst selber zu einem entsprechenden Abkommen mit dem Erzbischofe Albert im Jahre 1390 gelangte. Die nächste Folge dieser Friedenspolitik war der Rücktritt Lippolds von Bredow von der Hauptmannschaft, die er als der Führer der Opposition gegen Magdeburg nicht länger bekleiden durfte und konnte¹⁾; die weitere, daß der Erzbischof auch nach dem Jahre 1388 sich des Angriffes auf märkisches Gebiet enthielt. Der eigentliche Streitpunkt freilich blieb auch jetzt noch unerledigt, denn Lippold von Bredow schied zwar aus seinem Amte, ging aber nicht aus Plaue, dessen Räumung er wahrscheinlich auch deshalb verweigerte, weil er aus dem letzten Kriege her noch eine Geldforderung an den Landesherrn hatte. Sein Verhalten allein verhinderte die Besitzergreifung der Burg durch den Erzbischof, und dieser Umstand macht es vielleicht erklärlich, daß man 1389 sogar die geistlichen Waffen der damaligen Hierarchie gegen ihn in Bewegung setzte. Ein Priester Ulrich Schröder und ein Bürger zu Brandenburg Nikolaus Pausin verklagten ihn einer Geldforderung wegen bei dem Papste Bonifacius IX. in Rom, und dieser übertrug die Untersuchung ihrer Klage dem Dechanten des Sebastianstiftes zu Magdeburg, unter Aus-

¹⁾ Mit ihm verlor wahrscheinlich auch der Propst Ortwin in Berlin das Amt des Landschreibers oder Finanzministers, denn 1391 zog Potho von Chastolowitz in der Mittelmark die Steuern ein. Nach der Wiedereinsetzung Lippolds v. Bredow in die Hauptmannschaft übertrug Jobst dem Propste das Steuerwesen von neuem (Fidicin, Hist.-dipl. Beitr. IV, 73).

schluß jeglicher Appellation gegen dessen Entscheidung¹⁾. Es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß die Klage nach Rom ihren Weg über Magdeburg genommen und hier die entsprechende Formulierung erfahren hat.

In dem Streite um Plaue, welches Jobst seinem Verteidiger Lippold von Bredow nicht lassen wollte und doch auch nicht gewaltsam entziehen konnte oder mochte, offenbarte sich von vornherein die schwächliche Halbheit dieses Fürsten und der Widerstreit seiner Interessen mit denen seiner neuen Unterthanen. Jene Interessen erheischten von ihm Nachgiebigkeit gegen den Erzbischof und festes Auftreten gegen Lippold, diese von beidem das Gegenteil. Jobst indessen that mit ganzer Kraft weder das eine noch das andere. Er verletzte Lippold und dessen Partei und befriedigte andererseits doch nicht den Erzbischof. Sein Verfahren war ganz dazu geeignet, Zweifel über seine wirklichen Absichten zu erzeugen, in Lippold die Neigung zu eigenmächtigem Handeln zu stärken und dadurch das Land in neue Wirren und Fehden zu stürzen. Während in der Mittelmark die Dinge durch Jobsts Schuld neuen Kämpfen mit Magdeburg entgentrieben, hatten sich bereits ohne sein Zuthun in anderen märkischen Gebieten kriegerische Zustände der gefährlichsten Art entwickelt. Edelleute aus der Priegnitz waren mit Mecklenburg in eine so schwere Fehde verwickelt worden, daß der Lübecker Chronist dieselbe sogar als einen „großen Krieg“ bezeichnete²⁾. Wie immer hatte auch dieser Kampf Seuchen und Räubereien in seinem Gefolge, welche die ganze Priegnitz heimsuchten. Der Bischof Johann von Havelberg erhob laute Wehklage über die Not in seiner Diöcese³⁾ und verfiel, um ihr zu steuern, auf das seltsame Mittel, eine strengere Feier des Festes der Heimsuchung Mariä in den Kirchen der Priegnitz am 24. März 1390 anzuordnen⁴⁾.

Noch schlimmer gestalteten sich die Verhältnisse in der Altmark, in welche Landschaft zwei Fürsten von Braunschweig-Lüneburg einen Einfall im größeren Stile machten.

¹⁾ R. I, 7, 134. ²⁾ Detmar b. Grautoff I, 349. ³⁾ Pestilentiis vere continuis, guerris et rapinis ac multifariis malignorum insultibus conturbamur. R. I, 3, 238.

⁴⁾ Ebend.

III.

Einfall der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in die Altmark und Priegnitz 1390. Jobst erkaufte den Frieden. Der Vertrag zu Tangermünde über den Besitz von Plaue. Landtag in Berlin 1391.

Die Ursache des verwüstenden Krieges, mit dem welfische Fürsten 1390 die Mark heimsuchten, lag nicht, wie behauptet worden ist¹⁾, in den Plünderungszügen altmärkischer Edelleute durch das welfische Gebiet, sondern in allgemeinen politischen Verhältnissen. An keiner Seite waren die Grenzen der Mark Brandenburg weniger bestimmt und zweifellos als im Norden. Bei der Unterwerfung der slawischen Bevölkerung hatten hier einst die Welfen das Beste gethan und später neben den Anhaltinern auch die Fürsten von Mecklenburg und Pommern mitgewirkt und demgemäß auch die Lehnshoheit über die Grenzdistrikte miterworben. Die Edlen zu Putlitz in der Priegnitz erkannten wie den Markgrafen von Brandenburg auch die Mecklenburger Fürsten als ihre Lehnsherren an²⁾, und die pommerschen Herzöge machten Lehnsanrechte auf den nördlichen Teil der Uckermark geltend. Ein Gegenstand des Haders war ferner das nördliche Gebiet der Altmark, welches an die Besitzungen der Lüneburger Welfen stieß. Die Orte Lüchow, Dannenberg und Gartow, sowie das am linken Elbufer belegene Schloß Schnackenburg, eine sehr einträgliche Zollstätte der Mark³⁾, lagen in einem früher von Slawen bewohnten Distrikte, der von Heinrich dem Löwen unterworfen worden und erst nach dessen Sturze an Brandenburg

¹⁾ Havemann, Gesch. d. Lande Braunsch.-Lüneb. I, 536. ²⁾ R. I, 1, 275 u. 305. ³⁾ Das märk. Landbuch giebt ihre jährliche Zolleinnahme auf 1000 Schock b. Gr. an.

gekommen war. Die Welfen hatten ihre Ansprüche an jene Orte niemals aufgegeben, oft schwere Kämpfe um sie bestanden, Lüchow, Dannenberg und Gartow auch zeitweise wiederum in Besitz genommen¹⁾ und sie dann an märkische Unterthanen als Lehen verkauft. Den letzteren Ort z. B. hatten als welfisches Lehen die von der Schulenburg in der Altmark inne, welche ihn 1364 dem Komtur der Johanniter zu Werben verkauften. Dieser Verkauf bedurfte der Bestätigung durch Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg, der sie auch erteilte, aber unter dem Vorbehalte des Einlöserechtes für sich und seine Nachkommen und mit der fernerer Bedingung, daß ihm in Kriegsfällen Gartow geöffnet bleibe, nur nicht in einem Kriege gegen den Markgrafen von Brandenburg²⁾. Herzog Magnus überließ 1371 den Johannitern Gartow zum vollen Eigentum, behielt sich aber nichtsdestoweniger das Öffnungsrecht in der gleichen Weise vor³⁾. Ein Mitbesitz fremder Fürsten im märkischen Gebiete war an sich schon geeignet, Zerwürfnisse und Fehden hervorzurufen, wurde aber vollends ein gefährlicher Zündstoff, wenn die Politik die Mitbesitzenden mit dem Landesherrn verfeindete, und dieser Fall war hier eingetreten. Welfen und Luxemburger standen als politische Gegner einander gegenüber, nachdem Karl IV. in dem Lüneburger Erbstreite (1371—1388) die Partei Herzog Wenzels von Sachsen gegen die Söhne Magnus' II., Friedrich, Bernhard und Heinrich mit solcher Entschiedenheit ergriffen hatte, daß diesen in der That ihr Erbland verloren ging. 1388 aber war eine günstige Wendung in dem Geschieke dieser Welfen eingetreten. Sie hatten vereint die Gegenpartei bei Winsen an der Aller geschlagen und Herzog Wenzels Söhne zu dem Vertrage von Ülzen genötigt, in welchem diese auf Lüneburg verzichteten und sich mit einer Erbverbrüderung mit den Welfen begnügen mußten. Darauf war das welfische Erbe von ihnen so geteilt worden, daß Friedrich Braunschweig und seine Brüder gemeinschaftlich Lüneburg erhielten. Dieser Erfolg aber hatte die Gesinnung der Luxemburger gegen sie keineswegs freundlicher gestimmt. Noch am 26. Juli 1393 erklärte König Wenzel den Lüneburger Herzögen, daß sie Lüneburg ohne Rechtsgrund besäßen, weil sie die Belehnung mit diesem Gebiete bei ihm

¹⁾ Über Lüchow und Dannenberg unter welfischer Herrschaft vergl. Havemann a. a. O. I, 460 u. fg. u. 512 u. fg. ²⁾ R. I, 6, 38. ³⁾ Ebd. S. 40.

nicht nachgesucht hätten¹⁾. Dieser politische Gegensatz macht es begreiflich, daß die Letzteren die wüsten Zustände im Brandenburgischen unter Jobst benutzten, ihre Herrschaft zu erweitern und die Luxemburger ihr feindseliges Auftreten gegen die Welfen entgelten zu lassen. Im Frühjahr 1390 zogen sie wohlgerüstet — ihre Truppenschar zählte 1100 Pferde — vor Schnackenburg und Gartow und eroberten beide Ortschaften; im Sommer umlagerten sie die Stadt Salzwedel in der Altmark und verheerten das zur Ernte heranreifende Getreide bis in die Gegend von Stendal²⁾. Nachdem sie die Altmark verwüstet hatten, drangen sie vereint mit dem Herzoge Erich von Sachsen-Lauenburg, der sich ihnen angeschlossen³⁾, auch in die Priegnitz ein und umlagerten das den Quitzows gehörende Schloß Kleetzke. Allein hier fanden sie den hartnäckigsten Widerstand an dem Besitzer des Schlosses Kuno von Quitzow, der durch die Verteidigung von Kleetzke den Ruf seines Geschlechtes begründete; und inzwischen war auch Jobst selber in der Mark erschienen. Am 8. August 1390 verweilte er in der Stadt Brandenburg und am 28. August in Tangermünde⁴⁾. Die Feinde mußten die Priegnitz räumen, und in der Altmark waren die Edelleute bereit, dem Markgrafen Heeresfolge zu leisten⁵⁾. Indessen nicht zum rühmlichen Kampfe mit den Lüneburger Herzögen war Jobst gekommen, sondern um einen diplomatischen Feldzug gegen sie zu eröffnen, der nicht minder kostspielig wurde als eine militärische Expedition geworden wäre. Zunächst bestimmte er durch die Zahlung von 1300 Schock b. Gr. den Herzog Friedrich von Braunschweig, von der Unterstützung seiner Brüder Abstand zu nehmen, und dann erkaufte er die Neutralität des Erzbischofs Albert von Magdeburg unter Vermittlung des

¹⁾ Sudendorf, Braunsch.-Lüneb. Urk.-Bch. VII, 206. ²⁾ Detmar b. Grautoff I, 349. ³⁾ Was diesen Fürsten zum Kampfe veranlaßte, wird nirgends berichtet. Vielleicht war auch bei ihm ein politischer Gedanke das treibende Motiv. Erich gehörte dem Geschlechte der Anhaltiner an, welches noch immer unveräußerliche Rechte an Brandenburg zu haben glaubte. Da nun Jobst am 19. Nov. 1403 mit Erich einen Vertrag schloß, demzufolge dieser seinen Ansprüchen auf Brandenburg entsagte, so ist es nicht undenkbar, daß eben diese Ansprüche den Lauenburger 1390 zur Teilnahme an dem Kriege bestimmten. ⁴⁾ R. I, 7, 341 und I, 10, 14. ⁵⁾ In einem Inventar der Registratur des Geschlechtes derer von der Schulenburg (R. I, 5, 294) findet sich zum 9. December 1390 die Notiz: „Marggraf Josten Brief wegen der Zehrung, wan die von der Schulenburg in seine Dienste kehmen“.

Markgrafen Wilhelm von Meissen durch weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich des Schlosses Plaue. Am 28. August schloß er mit ihm den Vertrag zu Tangermünde, dessen hauptsächlichste Bestimmungen folgende waren: Jobst überläßt dem Erzbischof Plaue als Pfand für die Summe von 800 bis 1000 Schock b. Gr. für die Zeit, in der er selber die Mark pfandweise inne hat. Sigismund bleibt das Recht vorbehalten, Plaue wieder einzulösen. Wenn Jobst aber die Mark als Eigentum erwerben sollte, überläßt er Plaue dem Erzstifte für immer. Zugleich verpflichtet er sich, Lippold von Bredow zunächst im Wege der Güte zur Räumung des Schlosses zu veranlassen, und wenn dieser Versuch fruchtlos bleiben sollte, ihn in Gemeinschaft mit dem Erzbischofe gewaltsam daraus zu vertreiben¹⁾. — Mit diesen Vereinbarungen waren jedoch die Zugeständnisse Jobsts an den Erzbischof noch nicht erschöpft. Auch das märkische Schloß Altenhausen, welches Karl IV. aus dem Pfandbesitz des Erzbistums durch die Rückzahlung von 600 Schock b. Gr. gelöst hatte, gab er dem Erzbischofe zurück, der ihm dafür jene 600 Schock wiedererstattete²⁾.

Um einen hohen Preis hatte Jobst die Neutralität zweier Fürsten erkaufte und damit wenigstens erreicht, daß durch deren Beitritt zu der Zahl seiner Feinde die Verwüstung des Landes nicht noch größer wurde; gegen die Lüneburger Herzöge selber jedoch wagte er auch jetzt nicht einzuschreiten und ebensowenig vermochte er es sie zum Frieden zu bewegen. Die Urkunden erweisen vielmehr, daß er im Herbste und Winter 1390 ziellos in der Mark umherzog oder nur den Zweck verfolgte, Geld aufzutreiben. Am 31. Oktober erschien er in Berlin³⁾, im December befand er sich wieder in Tangermünde⁴⁾, im Januar 1391 begab er sich abermals nach Berlin, wohin er die märkischen Stände, zum mindesten die der Mittelmark

¹⁾ Zu dem irsten, so sollen wir obgenant Marggraf Jost mit Ern Lupolden von Bredow reden und mit vlietse versuchen und uns getruwelichen darumb arbeiten, das wir Plawen das Hus, das Er Lupold inne hat, von den brengen. — Were auch, das er her Lupold das vorziehen und das Hus nicht widder inantworten wolle, so sall unser eyner dem andern getruwelichen darin beholfen und beratin sein, das wir das Hus erkriegen und ingewunnen (R. I, 10, 14). ²⁾ R. II, 3, 109. ³⁾ R. I, 12, 48. ⁴⁾ R. I, 11, 313. Am 26. December verkaufte Jobst zu Tangermünde den Berliner Bürgern Otto Pflug und Heinrich Horst das bei Berlin gelegene Dorf Lichtenberg für 200 Schock b. Gr.

und der Priegnitz, berufen hatte. Er bedurfte dringend des Geldes und forderte eine Beisteuer zu den Kosten der Landesverteidigung nicht bloß von den Vasallen, Adligen und Städten, sondern auch von dem Bistum Havelberg, welches das Privilegium der Steuerfreiheit besaß. Der Bischof Johann von Havelberg gewährte seinen Beitrag auch nur gegen die ausdrückliche Anerkennung seiner Steuerfreiheit seitens des Markgrafen, und dieser erklärte am 25. Januar in der That, daß jener nicht aus irgend welcher Verpflichtung, sondern aus reiner Freigebigkeit wegen der Notlage des Landes und damit nicht Schlösser und feste Plätze der Mark verpfändet würden, ihm das Geld gleich den übrigen Ständen gezahlt habe¹⁾. Die Urkunde Jobsts, die einzige historische Quelle über den Landtag zu Berlin im Jahre 1391, läßt zwischen den Zeilen erkennen, daß es in der Versammlung zu lebhaften Scenen gekommen sein muß. Auch Lippold von Bredow, in einer Schenkungs-Urkunde Jobsts²⁾ als Zeuge genannt, war in Berlin zugegen, und muß hier dem Markgrafen gegenüber entschieden die Räumung von Plaue verweigert haben, denn er blieb auch ferner in dessen Besitz. Wenn Jobst dessenungeachtet im freundlichen Verkehre mit ihm verharrte, wofür die Zeugenschaft Lippolds in einer markgräflichen Urkunde zu sprechen scheint, so war sein Benehmen diesem oder dem Magdeburger Erzbischofe gegenüber nicht ganz aufrichtig, denn der Vertrag vom 28. August verpflichtete ihn, jenen im Verein mit diesem anzugreifen. Entweder verbarg er also hinter seinem freundlichen Verhalten gegen Lippold bedrohliche Absichten oder er war damals schon nicht gesonnen, den Erzbischof bei einem Angriffe auf Plaue zu unterstützen. — Während der Anwesenheit Jobsts in Berlin muß auch die Ernennung des Böhmen Potho von Chastolowitz zum Hauptmann der Mittelmark erfolgt sein, mit dessen Verwaltung im Jahre 1391 niemand in diesem Landesteile zufrieden war. Die Einsetzung

¹⁾ R. I, 2, 413: *Recognoscimus — quod Episcopus Havelb. non ex necessitate alicujus obligationis seu debiti, sed de mera liberalitate propter evidentem et notoriam necessitatem de praesenti nos urgentem, ne videlicet castra et munitiones Marchie nostre Brand. ad alienas manus obligare compelleremur propter obtinendas certas pecunias nobis necessarias, hostilitatibus et inimicitiis diversorum nobis inimicantium ad resistendum et munitiones nostras retinendas una cum omnibus dominis consiliariis, nobilibus, vasallis et civitatibus nostris pecuniis suis nos iuvat etc.* ²⁾ R. I, 21, 223, Urk. vom 25. Januar 1391.

der Hauptleute geschah zwar durch den Landesherrn allein, aber wie spätere Vorgänge beweisen werden, hatten die Landstände insofern dabei mitzusprechen, als sie jenen die regelrechte Bezahlung ihres Gehaltes verbürgen mussten. Von einer solchen Bürgschaftleistung der Stände für den böhmischen Edelmann zeugt weder eine Urkunde noch ein chronistischer Bericht, was freilich auf einem zufälligen Umstande beruhen könnte; allein die allgemeine Nichtanerkennung des markgräflichen Statthalters in der Mittelmark läßt auch die Annahme zu, daß die Stände die Übernahme einer Bürgschaft für ihn ablehnten und Jobst ihn aus eigener Machtvollkommenheit in sein Amt einsetzte.

Bald nach Beendigung des Berliner Landtages verließ Jobst die Mark — am 25. Februar 1391 war er schon in Prag¹⁾ — ohne mit den Welfen Frieden geschlossen zu haben. Von ihrem Landesherrn verlassen, sahen die Altmärker sich genötigt, sich selber zu helfen. Zu ihrem Glücke besaßen sie in Hünér von Königsmark einen erfahrenen, umsichtigen und wohlwollenden Hauptmann, und dieser vermittelte am 26. Februar 1391 zunächst einen Waffenstillstand mit den Herzögen von Lüneburg und ihrer Ritterschaft bis auf den Johannistag²⁾ (24. Juni) und am 14. Oktober einen einjährigen Frieden³⁾. Die wichtigste Bestimmung des Friedensvertrages betrifft den Besitz der Zollstätte Schnackenburg, hinsichtlich dessen eine endgültige Einigung noch nicht erzielt werden konnte. Beide Teile kamen überein, die letzte Entscheidung dem Urteile von Schiedsrichtern vorzubehalten, welche unter dem Vorsitze des Bischofs Gerhard von Hildesheim beraten sollten⁴⁾. Bis diese einen Spruch gefällt haben würden, sollte Schnackenburg ein gemeinsamer Besitz sein, Hünér von Königsmark daselbst seinen „Pfaffen“, d. h. in diesem Falle seinen Zollschreiber⁵⁾ halten und derselbe die Hälfte des Zolles für die Mark einziehen. Der brandenburgische Zollschreiber war also in Schnackenburg der zugelassene und geduldete und die Hälfte des Zolles verloren; über dem märkischen Schlosse aber, einer wichtigen Grenzfeste am Elbestrom, wehte die Fahne der

¹⁾ R. I, 11, 314. ²⁾ R. II, 3, 111. ³⁾ Ebd. S. 112. ⁴⁾ Das Erkenntnis der Schiedsrichter ist nicht überliefert. ⁵⁾ Für dieses Amt wurden gern Geistliche verwendet. Auch in Oderberg war eine Zeit lang ein Geistlicher Steuereinnnehmer. Das Steuerwesen in der Mittelmark verwaltete, wie schon bemerkt, der Propst von Berlin.

Welfen. — Als nach Ablauf des Friedensjahres die Möglichkeit eines neuen Kampfes mit den Herzögen von Lüneburg den Altmärkern nahe trat und Hülfe von Jobst nicht zu erwarten war, entschlossen sie sich, dem Herzoge Friedrich von Braunschweig den Schutz ihres Landes gegen die Zahlung von 100 Mark Silber jährlich anzutragen, was jener auch annahm¹⁾. Durch eine Geldzahlung ferner bewogen sie die Herzöge von Lüneburg, sie auch weitere drei Jahre in Frieden zu belassen²⁾. Aus Fürsorge für die Ruhe des Landes schloß Hüner von Königsmark ferner einen vierjährigen Landfrieden mit Lorenz von Werle, aus dessen Gebiete wahrscheinlich nicht selten räuberische Einfälle in die Mark unternommen wurden³⁾. Um endlich Adel und Bürgertum im eigenen Lande in die Schranken der Ordnung und des staatlichen Gehorsams zu bannen, trat er 1394 durch einen Vertrag mit Lüneburg⁴⁾ dem hier 1392 beschlossenen Landfriedensgesetze, der Sate⁵⁾, bei, wodurch die Bestimmungen desselben auch für die Altmark Geltung erhielten. Indem er sie mit Ernst und Kraft in seinem Amtsbezirke handhabte⁶⁾, gelang es ihm in der That, der Altmark während der Dauer seines Regimentes den inneren und äußeren Frieden zu wahren, so dass diese märkische Provinz sich im ganzen der Ruhe erfreute, während in der Mittelmark Zwietracht und Fehden herrschten.

¹⁾ R. II, 3, 114. ²⁾ Detmar b. Grautoff I, 355; eine Urk. über diese Zahlung liegt nicht vor. ³⁾ R. I, 2, 336. ⁴⁾ R. II, 3, 117. ⁵⁾ Abgedruckt b. Sudendorf, Braunsch.-Lüneb. Urk.-Bch. VII, 112 u. fg. ⁶⁾ Über seine amtliche Thätigkeit geben seine Briefe bei Sudendorf a. a. O. S. 315, 324, 329 u. 330 Aufschluß.

IV.

Lippold von Bredow zieht gegen das Schloss Milow; wird von den Magdeburgischen besiegt und gefangen genommen.

Einigung zwischen Jobst und dem Erzbischof Albert.

Lippold von Bredow in Freiheit gesetzt wird Hauptmann der Mittelmark.

Das Verhältniß Lippolds von Bredow zu dem Erzbischofe von Magdeburg war infolge des Tangermünder Vertrages ein sehr gespanntes und feindseliges geworden, und noch während der Anwesenheit Jobsts in der Mark muß es zwischen den Rittern des Havellandes und den Vasallen des Erzbischofes zu Reibereien und Fehden gekommen sein, denn der Letztere führte schwere Klage bei dem Rate von Berlin, daß der Friede, der zwischen der Mark und Magdeburg errichtet sei, durch Einfälle aus den märkischen Schlössern und Städten in sein Gebiet gestört werde, besonders durch Lippold von Bredow, der durch Nichtachtung des Friedens mehr für seinen Nutzen als für den der Märker Sorge¹⁾. Bei diesen nutzlosen Plünderungszügen ließ es Lippold jedoch nicht bewenden. Im Herbste 1391 schritt er zu einem wohlgeordneten Angriffe gegen den Erzbischof. Als nächstes Ziel seiner Operationen ersah er die Burg Milow bei Rathenow, welche jener seit 1385 im Besitze hatte. Es

¹⁾ Er (scil. Lippold) meint seinen und nicht jenen fromen, da er in keines Frede zwischen juwe und uns staden will, Fidicin, Beitr. IV, 52. Der Brief des Erzbischofes, der nur das Datum des Nikolaustages (6. Dec.), aber keine Jahreszahl hat, wird von Fidicin in die Zeit um 1384 gesetzt, was jedenfalls zu früh ist. Um 1384 begann erst der Streit, und der Eingang des Briefes spricht schon von dem Abschlusse eines Friedens, den Lippold nicht achte. Um 1384 war Lippold Hauptmann der Mittelmark, und der Erzbischof nennt ihn nur einfach „Er Lippold v. Br.“ Ich glaube daher, daß man den Brief, der den Frieden zwischen dem Erzbischofe und der Mark vom J. 1387 voraussetzt, in die Zeit um 1390 verlegen muß, in welcher Lippold die Hauptmannschaft nicht bekleidete.

entsprach ebensowohl dem Interesse der Bredowschen Familie wie dem der gesamten Mittelmark, daß jener Übergangspunkt über die Havel dem Erzbischofe wieder entrissen und den Märkern zurückgegeben wurde, und daraus erklärt es sich zur genüge, daß nicht bloß Edelleute des Havellandes, sondern auch Bürger der Stadt Brandenburg sich dem Zuge anschlossen, welchen Lippold von Bredow im Anfange des Oktober gegen Milow antrat. Auch in Berlin gab es eine Partei, die es mit Lippold von Bredow hielt und zum Kriege mit Magdeburg drängte, denn das Berliner Stadtbuch erzählt, freilich ohne Angabe einer Jahreszahl, dass der Aldermann der Gemeinde Kölln an der Spree, Tilo Wardenberg, ein sehr unruhiger politischer Kopf, von dem noch weiteres zu erzählen sein wird, sich in Brandenburg, wohin ihn der Berliner Rat als Abgeordneten geschickt, ohne Ermächtigung für den Krieg erklärt habe, „den etliche von den Herren mit den Magdeburgischen führten“, so daß sich der Rat nur mit Mühe von den von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten habe lösen können¹⁾. Auch ohne die Teilnahme der Bürgerschaft Berlins gebot Lippold von Bredow über eine stattliche Kriegsschar, die er gegen Milow führen konnte²⁾. Selbst das um jene Zeit eben in Gebrauch kommende Belagerungsgeschütz der Feuerbüchsen hatte er sich zu verschaffen gewußt, um schnell die Mauern des Schlosses niederlegen zu können; allein gerade dieses neue Geschütz, mit dessen Bedienung man noch nicht ganz vertraut war, gereichte ihm zum Verderben. Gleich bei dem ersten Sturme auf Milow, am 4. Oktober, explodierte das Pulverfaß, wodurch Verwirrung und Un-

¹⁾ Fidicin, Beitr. I, 176. Tilo Wardenberg erhielt 1372 Pankow bei Berlin zum Lehen (Fidicin III, 247) und hatte Besitzungen zu Glase, Hohen-Schönhausen und Mühlenbeck (Fid. III, 259). Der Bericht über ihn im Stadtbuche gedenkt Karls IV. als eines gestorbenen; es regierte ein Markgraf, also entweder Sigismund oder Jobst. Unter Sigismund war um 1382 Tilo Wardenberg aus Berlin verbannt (Fid. IV, 51), und in dem Kriege gegen den Erzbischof von 1384—1387 wurde Lippold, wie oben erwähnt, von den Berlinern lebhaft unterstützt. Aus diesen Gründen glaube ich, daß Tilo W.'s Auftreten in Brandenburg in das J. 1391 zu setzen sein wird, zumal da in der That Berlin an dem Zuge gegen Milow sich nicht beteiligte. ²⁾ Mit der Erzählung von diesem Zuge eröffnete Engelbert Wusterwitz seine märkische Chronik, welche im Original verloren gegangen und nur in zwei von Angelus und Hafftiz gemachten Auszügen erhalten ist. Ich citiere hier einen Abdruck beider, den ich selbst besorgt habe unter dem Titel: Engelbert Wusterwitz' Märk. Chronik.

ordnung unter Lippolds Truppen entstanden. Diesen unglücklichen Zwischenfall benutzte Graf Johann von Barby, der im Dienste des Erzbischofs Albert das Schloß Jerichow bei Tangermünde inne hatte, zu einem plötzlichen Angriffe auf Lippolds Schar, wobei ihn der Ritter Ludolf von Alvensleben unterstützte. Nach tapferem Widerstande wurden die Märker besiegt, mehrere von ihnen erschlagen und andere gefangen genommen. Unter den letzteren befand sich Lippold von Bredow selbst, den ein Magdeburger Soldat Andreas Quibe oder Trübe¹⁾ ergriffen hatte. Man führte ihn nach dem Schlosse Jerichow, und hier hatte der Erzbischof die Genugthuung, seinen hartnäckigen Gegner in Fesseln zu finden, als er einige Wochen danach Jerichow besuchte²⁾. Es war nicht die Mittelmark, welche bei Milow eine Niederlage erlitten hatte, sondern der Ritter Lippold von Bredow samt einem Teile des havelländischen Adels, dennoch empfanden die Bewohner jenes Gebietes sämtlich die Folgen des unglücklichen Kampfes. Eine allgemeine Unsicherheit der Verhältnisse trat ein, da der Sieger sich wenig darum bekümmerte, ob Lippold als Privatmann oder als Vertreter der Mark gehandelt hatte. Ein Waffenstillstand, den die Streitenden vorläufig abgeschlossen hatten, ging schon am 6. Januar³⁾ 1392 zu Ende, und inzwischen rüstete sich der Erzbischof zu einem Kampfe gegen „die Mark“, für welchen er am 3. Januar die Ritter Gerhard von Hoym Vater und Sohn verpflichtete⁴⁾. Die weitere Ausdehnung, welche der Streit anzunehmen drohte, veranlaßte indessen auch Jobst, sich um die Sache zu bekümmern. Er leitete von Böhmen aus Verhandlungen mit dem Erzbischofe ein, welche einen friedlichen Ausgleich anbahnten. Am 10. Februar 1391 erklärte jener sich bereit, hinsichtlich „der Schlösser, der Gefangenen und der Teidigungsbriefe“ sich

¹⁾ Der Name dieses Mannes ist von den Epitomatoren des Chronisten Wusterwitz (S. 25) in doppelter Fassung überliefert worden. Die Namen der gefangenen Ritter und Bürger — unter jenen befand sich auch Lippolds Bruder Peter von Bredow — nennt eine Urk. des Erzbischofs vom 22. Oktober 1391 (R. I, 24, 389), in welcher dem Ritter Ludolf v. Alvensleben für seine Mitwirkung bei Milow die Summe von 400 Schock b. Gr. zuerkannt und als Pfand dafür das Gut Neuenhof eingeräumt wird. Andreas Quibe oder Trübe erhielt nach Wusterwitz (S. 25) ein paar Bauerhöfe zu Derben a. d. Elbe. ²⁾ R. I, 2, 142. ³⁾ R. Cod. dipl. Supplementband S. 47, Urk. v. 3. Jan. 1391; der Erzbischof erklärt, dass „unser frede mit den in derselbigen marke uff dy neysten tzwelfften heiligin tage uz gehet“. ⁴⁾ Ebd.

einem Schiedsspruche des Königs Wenzel fügen zu wollen¹⁾. Das Urteil Wenzels, dessen Wortlaut nicht überliefert ist, muß für die Sache Lippolds nicht ungünstig ausgefallen sein, denn derselbe erhielt 1392 die Freiheit wieder, wenn er auch noch in der „Bestrickung“ des Erzbischofs verblieb²⁾, d. h. bei Nichterfüllung gewisser Bedingungen, die er eingegangen war, sich dem Sieger als Gefangener zu stellen hatte. Das Schloß Plaue behielt Lippold nach wie vor, woraus man jedoch nicht schließen darf, daß der Tangermünder Vertrag aufgehoben oder wesentlich modificiert worden wäre. An die Mitwirkung bei einer Expedition der Magdeburger gegen das Schloß freilich dachte Jobst in dieser Zeit noch weniger als in einer früheren, denn er ernannte 1392 den freigelassenen Lippold zum Hauptmann der Mittelmark, in welcher Stellung Potho von Chastolowitz sich nicht hatte behaupten können. Am 28. August 1392 vollzog Lippold zu Eberswalde als Hauptmann der Mittelmark und im Auftrage Jobsts die erste Amtshandlung, für welche der urkundliche Nachweis erbracht werden kann³⁾. Um dieselbe Zeit erhielt auch der Berliner Propst Ortwin das Amt des Landschreibers zurück mit dem Rechte die Landessteuern einzuziehen, welche im December 1391 Potho von Chastolowitz einzunehmen gehabt hatte. Jobst meldete nun den Städten der Mittelmark, dass Ortwin dem Hauptmann Lippold von Bredow Zahlungen aus dem Steuerertrage machen sollte, damit er, „wo es not ist, von des Landes wegen zureiten möge“. Zugleich bemerkte er in seinem Schreiben, die Städte möchten daraus ersehen, daß er die Renten nicht für sich in Anspruch nehme und sie auch nicht außer Landes führe⁴⁾. Ohne

¹⁾ Riedel, Supplementband S. 48. ²⁾ Wusterwitz, S. 25. ³⁾ R. I, 23, 131. Kurz vor dem 24. Oktober 1392 wurde Lippold v. Br. auch in einer Streitsache des Bürgers Hermann Vorland gegen den Rat von Berlin als Richter angerufen, vergl. Fidicin, Beitr. II, 114 u. 115 und den Vermerk auf S. 115. ⁴⁾ Fidicin Beitr. IV, 73. Der Brief Jobsts hat keine Jahreszahl, sondern nur das Datum des 28. Oktobers. Der Inhalt setzt voraus, daß die Mittelmärker die Steuerzahlung auf einige Zeit hindurch verweigert hatten, weil sie fürchteten, das Geld ginge nach Mähren, was in der That zu befürchten war, so lange ein Böhme die Hauptmannschaft bekleidete und die Steuern einzog. Da der Brief ferner erweist, daß Lippold v. Br. wieder Hauptmann war, so kann jener nicht vor dem Jahre 1392 geschrieben sein. Von einer Amtsthätigkeit des Propstes als Landschreiber zwischen den Jahren 1388—1392 ist nichts bekannt. Bei Fidicin, Beitr. III, 265 findet sich zwar die Angabe, daß jener 1389 mit Jobst in amtlichem Verkehre gestanden habe; allein

Zweifel sollte diese Erklärung das Bedenken heben, welches die Märker gegen die Steuerzahlung an Potho von Chastolowitz gehegt hatten.

Die Beseitigung dieses böhmischen Edelmannes und die Wiederberufung Lippolds und Ortwins in die wichtigsten Landesämter der Mittelmark waren Zugeständnisse politischer Natur, mit welchen Jobst die Unzufriedenheit des Volkes mit seinem Regimente zu heben beabsichtigte. In der That durften die Bewohner der Mittelmark dieses Einlenken des Markgrafen in die alten Bahnen der Landesverwaltung als ein erfreuliches Ereignis begrüßen, denn Lippold und Ortwin waren des einheimischen Rechtes und der märkischen Verhältnisse kundig und erfreuten sich des öffentlichen Vertrauens. Jenem wird auch niemand in Anbetracht seiner achtjährigen mühevollen Wirksamkeit als Hauptmann die Anerkennung versagen können, daß er mit Eifer und Ausdauer den Pflichten seines Amtes nachgekommen ist. Dessenungeachtet vermag sich heute schwerlich jemand der Erkenntnis zu verschließen, dass seine Ernennung zum Stellvertreter Jobsts für die Mittelmark geradezu verhängnisvoll geworden ist, da er ihr in keiner Weise das zu werden vermochte, was Hünér von Königsmark der Altmark bereits geworden war, ein Begründer des Friedens und der Ordnung. Dieser Umstand beruhte in seiner persönlichen feindlichen Stellung gegen den Erzbischof von Magdeburg, mit welchem Jobst in Frieden zu leben wünschte, und in der Behauptung des Schlosses Plaue, welches der Markgraf dem Erzstifte abgetreten hatte. In der äußeren Politik gingen also der Landesfürst und sein Statthalter verschiedene Wege, jener geleitet von Gesichtspunkten, die sich ihm aus seiner Stellung als mährischer und brandenburgischer Fürst ergaben, dieser bestimmt durch ein persönliches und ein märkisches Interesse, von denen das erstere das überwiegende war. Die Mittelmark wurde daher in alle die Verwicklungen mitverflochten, in welche Lippold mit dem Erzbischofe geriet, und das hatte für sie die schlimmsten Folgen. Die Stadt Rathenow wurde von dem Erzbischofe erobert und von seinen Truppen geplündert und das Havelland weithin verwüstet. Die Plauer Streitfrage führte endlich zum Konflikte zwischen Lippold und Jobst selber

die Urk., auf welche Fidicin sich beruft, besitzt gar keine Datierung und gehört ihrem Inhalte nach, wie schon Riedel erkannte (I, 12, 8), in die Zeit um 1393.

und zum abermaligen Rücktritte des ersteren von der Hauptmannschaft; aber auch dieser Schritt Lippolds brachte keine Lösung jener Streitfrage. Lippold übergab bei seinem Scheiden aus dem Amte die Burg Plaue seinem Schwiegersohne Johann von Quitzow, welcher bestimmt war, die Geißel der Verwüstung über die Mark wie über das Erzstift zu schwingen.

Die Lage der märkischen Verhältnisse gestaltete sich durch den Eintritt Lippolds in die Hauptmannschaft wieder ebenso, wie sie vor seinem Rücktritte 1388 gewesen war. Unheilvolle Spannung mit Magdeburg und daher drohende Kriegsgefahr beunruhigten die Bewohner und lähmten die Aktionsfähigkeit des Hauptmanns gegen äußere wie innere Feinde. Im Anfange des Jahres 1393 fielen die Grafen von Anhalt — Graf Sigismund von Anhalt war ein Neffe des Erzbischofs von Magdeburg — „aus Feindschaft gegen den Markgrafen von Brandenburg“, wie der Chronist Wusterwitz erzählt¹⁾, in das Gebiet des Bischofs Dietrich von Brandenburg ein und drangen bis zu dessen Residenz Ziesar vor; allein von einem Einschreiten Lippolds gegen die Grafen wußte der Chronist nichts zu melden. Der schwer erkrankte Bischof — er starb am 27. April 1393 — mußte sich der Feinde, wie jener erzählt, vielmehr mit geistlichen Waffen erwehren. — Auch die Herzöge von Pommern benutzten 1393 die Abwesenheit des Markgrafen Jobst zu einem Einfalle in die Uckermark, wozu ihnen vielleicht der Umstand den Anlaß gab, daß Wenzel ihnen die Orte Boitzenburg, Zehdenick und Strasburg ohne Einwilligung Jobsts verpfändet hatte. Der Widerspruch des Markgrafen gegen das ungesetzliche Abkommen der Herzöge mit Wenzel sollte ohne Zweifel gewaltsam zum Schweigen gebracht werden. Hier aber griff Lippold mit Erfolg ein, denn das Schloß Boitzenburg — ein ukermärkisches Plaue — kam in den Besitz der Bredowschen Familie. An die Behauptung desselben durfte Lippold jedoch nicht denken. Noch im Jahre 1393 verpfändete er samt seinen Brüdern Henning und Peter von Bredow Boitzenburg auf vier Jahre für 400 Schock b. Gr. an den Ritter Lüdecke von Maltzahn zu Schönhagen²⁾. — Wie das Havelland und die Uckermark war endlich auch die Priegnitz 1393 der Schauplatz einer Fehde. Das

¹⁾ Wusterwitz S. 26. ²⁾ Kirchner, das Schloss Boytzenburg und seine Besitzer S. 67 nach einer im von Arnimschen Hausarchiv befindlichen Urkunde.

Geschlecht der Blankenburge auf dem Schlosse Wolfshagen wurde von den Herzögen von Mecklenburg-Schwerin und dem Schweriner Bischofe angegriffen; und damit entspann sich ein Kampf, der eine mehr als lokale Bedeutung gehabt haben muß, denn Jobst forderte am 23. Juni 1393 von Brünn aus die mittelmärkischen Städte auf, unter Führung Lippolds das belagerte Schloss zu entsetzen, „damit es bei der Mark bleibe“¹⁾. In diesem Falle wäre die Hülfe zu spät gekommen, denn schon am 22. Juni war das Schicksal der Blankenburge entschieden worden. Sie hatten sich den Feinden ergeben und Frieden geloben müssen; jedoch blieb Wolfshagen der Mark erhalten.

„Feinde ringsum“ war und blieb die Signatur der Zeit Lippolds von Bredow. Die unaufhörlichen Fehden, welche das Land bedrohten, erschöpften zwar nicht seinen Mut und seine Kraft, wohl aber seine Mittel und den Wohlstand der Bevölkerung. Nach vielen Seiten hin wurde seine Hülfe in Anspruch genommen und ohne Zweifel auch gern gewährt, aber der gute Wille war kein Ersatz für die Unzulänglichkeit seiner Geldmittel und seiner Truppenmacht. Indem er die Landesgrenzen schirmte, hatte er zugleich Plaue wie einen Augapfel zu hüten, und diese mühevollen Aufgabe wurde ihm fortan noch sehr erheblich erschwert durch den Markgrafen Jobst selber, der vom Jahre 1393 ab sich in endlose politische Händel mit König Wenzel und dessen Brüdern verstrickte und nicht bloß Jahre hindurch die Mark Brandenburg ihrem eigenen Schicksale überliefs, sondern auch das Wohl und Wehe derselben seinen besonderen Plänen und persönlichen Interessen unterordnete und dienstbar machte. In dem an Wirren so reichen 14. Jahrhundert dürfte es kaum eine widerwärtigere Episode geben als den Familienzweist, in welchen die Luxemburger durch Jobsts Intriguen verwickelt wurden; und doch müssen wir einen Augenblick vor diesem unerfreulichen Bilde verweilen, um die Gestaltung der märkischen Verhältnisse zu verstehen, die durch jenen Hader bedingt war²⁾.

¹⁾ Jobsts Brief ist datiert: Montags vor St. Johannis des Täufers Tag (23. Juni). R. II, 3, 115 hat irrig das Datum des 23. Februar, muß also dem Abdrucke bei Fiedlein, Beitr. III, 98 gefolgt sein, wo ebenfalls der 23. Februar genannt ist.

²⁾ Über die einzelnen Phasen dieses an Gewaltsamkeiten, Intriguen und Verrat überreichen Familienzweistes ist Th. Lindners Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel II, 185 u. fg., eine erschöpfende geschichtliche Darstellung, zu vergleichen.

V.

Der Zwist im Hause der Luxemburger.

Unter den zahlreichen Fürsten, welche die deutsche Krone getragen haben, dürfte schwerlich einer zu finden sein, der ihrer so unwürdig war wie König Wenzel. Wie alle Luxemburger besaß auch er geistige Fähigkeiten, und deren Ausbildung hatte sein Vater Karl IV. mit großer Sorgfalt überwacht. Dennoch zeigte er sich von anfang an wenig geeignet zum Regieren und verlor von Jahr zu Jahr immer mehr das Gefühl seiner Würde und seiner königlichen Pflichten. Er wurde nachlässig in seiner Arbeit, launenhaft in seinem Benehmen und tyrannisch in seinem Regimente. Trunksucht und Völlerei anderer Art, denen er fröhnte, stürzten ihn endlich in sittliche Verkommenheit, so dass er fortan zwischen Unzurechnungsfähigkeit und tyrannischer Willkür hin und her schwankte. Er erlaubte sich Übergriffe in die Justiz, welche das Volk erregten, entfremdete sich die mächtigen und reichen böhmischen Landherren und Barone durch Bevorzugung unwürdiger Günstlinge und brachte durch die Ermordung des Priesters Pomuk im Frühjahr 1393 den Klerus des Landes gegen sich in Aufruhr. Unter solchen Verhältnissen trieb Böhmen unaufhaltsam einer revolutionären Krisis entgegen, welche mit der Beseitigung Wenzels enden mußte; und einer der ersten, die das erkannten, war der Markgraf Jobst. Von diesem Augenblicke an ging sein Streben darauf hinaus, nicht nur einzelne Vorteile aus dem Zusammenbruch der Herrschaft Wenzels für sich zu erringen, sondern womöglich auch des Königs Nachfolger zu werden, obgleich hierauf die Brüder Wenzels das größere Anrecht hatten. Er begann damit durch ein unwürdiges Intriguenspiel Wenzels Stellung zu untergraben, und dann suchte er des Königs Bruder Johann von Görlitz, den moralisch besten unter den drei Söhnen

Karls IV., von dem ihm gebührenden Einflusse auf die Regierung Böhmens auszuschließen.

Diesem Plane gemäß trat Jobst mit der großen Partei der Unzufriedenen in Verbindung, während aus Opposition gegen ihn sein Bruder Prokop und im wohlerwogenen Interesse der luxemburgischen Dynastie Johann von Görlitz sich an Wenzel anschlossen. Auch der durch Verwandtschaft mit den Luxemburgern verbundene Herzog Suantibor von Pommern-Stettin eilte 1393 herbei, den König und seine Verbündeten zu stützen¹⁾. Unter diesen Umständen sah sich auch Jobst in die Notwendigkeit versetzt, Bundesgenossen zu suchen. Er fand sie in seinem Schwager, dem Markgrafen Wilhelm dem Einäugigen von Meissen, der seit 1391 mit Wenzel in Unfrieden lebte²⁾, und in Herzog Albrecht von Österreich, welcher damals die Politik des habsburgischen Hauses leitete. Die Verbindung Jobsts mit seinem Schwager war schon gegen den Herbst 1393 eine vollzogene Thatsache, als dieser jenem ein Darlehen von 12 000 Goldgulden gewährte und dafür am 8. September die märkischen Städte Brietzen, Belitz, Mittenwalde, Trebbin und Saarmund als Unterpfand erhielt. Einige Monate später, am 18. December 1393, schlossen beide mit Albrecht von Österreich und König Sigismund ein Verteidigungsbündnis³⁾, das gegen Wenzel gerichtet war, wenngleich in der Bündnisurkunde dessen Name nicht genannt wurde. Bevor aber aus dieser Verbindung eine unmittelbare Gefahr für Wenzel hervorgehen konnte, hatte Jobst sich bereits durch einen Gewaltstreich zum Herrn der Situation in Böhmen gemacht. Im Frühjahr 1394 war er einem geheimen Bunde der unzufriedenen Barone zum Zwecke der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Lande beigetreten, und am 8. Mai nahmen die Verschworenen den König im Kloster der Minoriten zu Beraun gefangen. Wenige Tage darauf nötigten sie ihn, Jobst zum Starosten oder Regenten in Böhmen zu ernennen und die Landstände nach Prag zusammen zu berufen. Die Bewohner der Hauptstadt schlossen sich den Aufständischen an, welche den König nach Österreich auf das Schloss Wildberg bei Linz brachten, als im Juni Johann von Görlitz und Prokop herbeieilten und Prag bedrohten. Auch Suantibor von Pommern-Stettin erschien mit 1600

¹⁾ Lindner II, S. 186. ²⁾ Ebd. S. 190 und Detmar b. Grautoff I, 356. ³⁾ R. II, 3, 116.

Pferden in Böhmen zur Unterstützung der königlichen Partei ¹⁾. Unter diesen Umständen hielten die Bürger der Hauptstadt es für geraten, mit Johann von Görlitz Unterhandlungen anzuknüpfen, welche zu einem friedlichen Ausgleiche führten. Prag öffnete dem Herzoge die Thore, und dieser erklärte sich selbst zum Verweser der böhmischen Krone, während die deutschen Kurfürsten den Pfalzgrafen Ruprecht zum Reichsvikar für die Zeit der Gefangenschaft Wenzels ernannten und eine Heeresmacht zur Befreiung desselben aufzubringen sich anschickten. Vom Reiche bedroht und von Johann von Görlitz und dessen Bundesgenossen bedrängt entliessen am 2. August 1394 die Verschworenen den König, nachdem er ihnen eine Amnestie bewilligt und die Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände verheissen hatte. Damit war der Plan Jobsts, sich eine politisch einflußreiche Stellung in Böhmen zu erwerben, zunächst gescheitert; die Regentschaft, nach welcher er gestrebt hatte, war Johann von Görlitz zugefallen. Indessen kannte er die Sinnesart des Königs zu gut, um nicht zu wissen, daß die Einsetzung des Herzog-Regenten nicht eine endgültige Lösung des Konfliktes sein würde. Die Verhältnisse lagen so, daß er auch ferner noch intrigieren und im Trüben fischen konnte. Zunächst suchten er und seine Partei sich wieder dem Könige zu nähern, wobei der Markgraf Wilhelm von Meissen die Rolle eines Vermittlers spielte ²⁾. Im Frühjahr 1395 berief Wenzel den Letzteren in seinen Rat, und am 13. März bezeichnete er Jobst wieder als seinen „lieben Vetter“ ³⁾. Im März war die Aussöhnung zwischen diesem und dem Könige erfolgt, aber bereits am 2. April schlossen Jobst und der Markgraf Wilhelm mit zwei bisherigen Anhängern Wenzels, mit Herzog Stephan von Baiern und Johann von Görlitz ein Bündnis zum Schutze wider jedermann, der sie in ihren Rechten und Besitzungen beeinträchtigen würde ⁴⁾. Dieser Bund war ein Ausdruck des Mißtrauens in die Aufrichtigkeit des von Wenzel an die Barone gemachten Zugeständnisses, in Böhmen fortan ein gesetzmässiges Regiment zu führen. Auch Johann von Görlitz, der in aufrichtiger Weise nach Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens strebte, theilte dieses Mißtrauen und einigte sich mit des Königs Gegnern, um diesen auch

¹⁾ Lindner II, 200, Anm. 4 nach einer Angabe Kanzows. ²⁾ Ebd. II, 207.
³⁾ Ebd. II, 208. ⁴⁾ R. II, 3, 121.

wider seinen Willen vor willkürlichen Handlungen und Rechtsverletzungen zu bewahren. Der König indessen war und blieb in seinen Entschlüssen unberechenbar. Als ihn Jobst am 9. Juni 1395 unter königlichem Geleite auf dem Karlstein besuchte, ließ der König ihn plötzlich gefangen nehmen und bis zum Ende des Monats in Gewahrsam halten. Sein Unwille gegen diesen Friedensstörer war so groß, daß er ihm das Markgrafentum Mähren absprach und dasselbe Prokop allein übertrug. Mit Mühe nur erreichten die Anhänger Jobsts dessen Befreiung. Kaum aber war derselbe dem Gefängnis entronnen, als er auch in Verbindung mit Albrecht von Österreich und Johann von Görlitz die Waffen gegen den König ergriff und denselben so bedrängte, daß er seinem Bruder Johann nochmals die Regentschaft übertrug und ihn anwies, die Forderungen der Gegner zu bewilligen. Allein auch dieses Zugeständnis widerrief er im Oktober, nachdem der Tod des Herzogs Albrecht ihn von einem gefährlichen Gegner befreit hatte. Nun folgten auf einander in buntem Wechsel Kämpfe und Unterhandlungen, Verabredungen und Bruch derselben, jenachdem Jähzorn oder das Gefühl der Ohnmacht die Politik Wenzels beeinflusste. Er erwies sich ebenso unfähig, eine Beschränkung seiner Macht zu ertragen wie nach Gesetzen das Land zu regieren, und betrachtete daher seinen Bruder Johann als seinen schlimmsten Widersacher. Unter dem Vorgeben, dass dieser ihn hintergehe und nur für das Wohl der Feinde des Königtums Sorge, entzog er ihm plötzlich am 22. Januar 1396 die Regentschaft. Tief gekränkt durch den Undank Wenzels und getäuscht in allen seinen Plänen kehrte der Herzog nach Görlitz zurück und beschloß unerwartet sein Leben am 1. März 1396.

In Jobst mochte die Beseitigung Johanns aus der Umgebung des Königs neue Hoffnungen rege gemacht haben, daß es ihm nun gelingen dürfte, einen maßgebenden Einfluss auf Wenzel zu erlangen; allein ein neuer Konkurrent trat ihm plötzlich hindernd in den Weg. Sigismund von Ungarn, der bis dahin nicht die Zeit gefunden hatte, sich unmittelbar in die böhmischen Wirren einzumischen, erschien im Februar 1396 in Prag und suchte hier bei Wenzel dieselbe Stellung zu gewinnen, welche Johann von Görlitz soeben verloren hatte. Das gute Einvernehmen zwischen Sigismund und Jobst, welches durch die Verpfändung Brandenburgs begründet worden war, hatte die letzten Jahre hindurch unvermindert fort-

bestanden. 1392 war ihm Jobst zum Kampfe gegen die Türken zu Hülfe gezogen¹⁾ und im Juni 1393, nach Ablauf der fünfjährigen Pfandzeit, war er in den wirklichen Besitz der Mark Brandenburg gekommen, ohne daß Sigismund ihm Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte. Der Übergang des Kurlandes an ihn geschah als etwas so Selbstverständliches, daß nicht einmal ein urkundliches Dokument darüber aufgenommen zu sein scheint und nur der Titel Kurfürst von Brandenburg, den Jobst fortan in den Urkunden sich beilegte, den Besitzwechsel anzeigt. Dieses freundschaftliche Einvernehmen der beiden Vettern störte jedoch der Versuch Sigismunds, die böhmischen Verhältnisse zum Besten des Königtumes zu ordnen und zum eigenen Vorteile auszunutzen. Er brachte zunächst Wenzel dahin, mit ihm eine Erbverbrüderung abzuschließen, der zufolge bei dem Mangel männlicher Erben einst Sigismund die Krone von Böhmen oder Wenzel die Krone von Ungarn erben sollte. Sodann liefs er sich zum Reichsvikar in Böhmen ernennen, in welcher Stellung er sich bemühte, die begründeten Beschwerden der Barone abzustellen, durch eine verfassungsmäßige Regierungsweise die Partei der Unzufriedenen mit dem Königtume wieder auszusöhnen und damit den Einwirkungen Jobsts zu entziehen. Dieser sah sich also zum zweiten Male um den Preis seiner Mühen und Intriguen gebracht und in die Notwendigkeit versetzt, vor dem glücklicheren politischen Nebenbuhler das Feld zu räumen. Wenzel indessen vermochte die Bevormundung Sigismunds ebensowenig zu ertragen wie die Johannis von Görlitz, und kaum hatte jener Böhmen verlassen und den Feldzug gegen die Türken angetreten, welcher mit seiner Niederlage bei Nikopolis im Herbst 1396 enden sollte, als es Jobst gelang, sich dem Könige abermals zu nähern. Er gewann dessen Gunst und verlor sie auch wieder, aber Wenzel fühlte selbst das Bedürfnis einer Stütze und eines politischen Beirates in dem von Parteien zerütteten Böhmen, und da Jobst bei der Abwesenheit Sigismunds jetzt der zum Ratgeben zunächst berechtigte Prinz des luxemburgischen Hauses war, so vermochte er schließlic doch zum Ziele seiner Wünsche zu kommen. Unter Vermittlung seines Schwagers Wilhelm von Meissen schlofs er am 6. Februar 1397 mit Wenzel einen Vertrag²⁾, der ihm die größten Vorteile gewährte, ohne ihn zu einer

¹⁾ Detmar b. Grautoff I, 359. ²⁾ R. II, 3, 133.

realen Gegenleistung zu verpflichten. Der König übertrug ihm das Herzogtum Görlitz, das er nach dem Tode seines Bruders Johann geerbt hatte, während die Neumark an Sigismund gefallen war, samt der Ober- und Niederlausitz auf fünf Jahre mit allen Einkünften, wofür Jobst im Falle seines Todes ihm den Anfall seiner Besitzungen Brandenburg und Luxemburg und der Landvogtei im Elsaß zusicherte. Zugleich wurde die einzige Tochter Johanns von Görlitz, Elisabeth, unter Zusicherung einer reichen Mitgift mit Friedrich, dem Sohne Balthasars von Meißen, eines Bruders des Markgrafen Wilhelm, verlobt. Im April 1397 endlich vollzog Wenzel auch in feierlicher Form die Belehnung Jobsts mit der Mark Brandenburg. Reicher an Ehren und Gewinn ging dieser aus dem Familienstreite der Luxemburger hervor, während seine Anverwandten nur Nachteile und Verluste aus demselben davon getragen hatten. Wie für die luxemburgische Dynastie, so war auch für die Mark Brandenburg der Kampf in Böhmen von unheilschweren Folgen begleitet gewesen, deren Nachweis wir jetzt nachzuholen haben. Schon die lange Dauer der Abwesenheit Jobsts, der seit 1391 Brandenburg nicht mehr betreten hatte¹⁾, mußte von üblem Einfluß auf die Geschicke des Landes sein, das sich im Zustande der Anarchie befand; daneben aber trafen dasselbe auch unmittelbare Folgen der politischen Verwicklungen, in welche Jobst sich gestürzt hatte: die Verpfändung der Mark an Wilhelm von Meißen, die Festsetzung der Pommern in der östlichen Lausitz und die Eroberung der Stadt Rathenow durch den Erzbischof von Magdeburg.

¹⁾ Nur die Magd. Schöffenchron. (herausgeb. v. Janicke, S. 294) berichtet, daß Jobst 1395 die Mark besucht und hier Steuern eingezogen habe, die er nach Mähren abführte. Diese Nachricht wird jedoch durch irgend welches urkundliche Zeugnis nicht bestätigt und ihre Glaubwürdigkeit von Janicke selbst (a. a. O. Anm. 3) in Zweifel gezogen.

VI.

Markgraf Wilhelm von Meissen Jobsts Mitregent in Brandenburg.

Die erste Einwirkung der luxemburgischen Streitigkeiten erfuhr die Mark in der Verpfändung von fünf Orten an Wilhelm von Meissen für ein Darlehen, welches dieser Jobst im Herbst 1393 gewährt hatte, wie oben schon erwähnt wurde. Das Land war kaum einige Monate in Jobsts Besitz, als es auch schon in Gefahr geriet, ein Gegenstand finanzieller Spekulationen seitens des Landesherrn zu werden. Mißtrauen und Unwillen aber wurden laut, als Jobst die fünf Orte aufforderte, Wilhelm von Meissen hinsichtlich des Darlehens die Huldigung zu leisten¹⁾, wie es damals bei solchen Geldgeschäften üblich war. Die Bürgerschaften von Brietzen, Belitz und Mittenwalde weigerten sich der Aufforderung nachzukommen; nur Potsdam und Saarmund fügten sich, da sie als Gemeinden markgräflicher Schlösser weniger selbständig waren als jene Kommunen. Am 9. Februar 1394 ersuchte Jobst die mittelmärkischen Städte und Lippold von Bredow, die erstgenannten drei Orte zur Huldigungsleistung anzuhalten²⁾; und nun mögen sich dieselben dem Befehle gefügt haben, wenn auch ein urkundlicher Beweis dafür nicht erhalten ist. Indessen bedurfte Jobst auch im Laufe dieses und des nächsten Jahres für die Durchführung seiner politischen Pläne des Geldes, und wiederum war es Wilhelm von Meissen, der ihm größere Summen, einmal von 4000 Schock b. Groschen und dann von 9128 ungarischen Gulden, vorschofs. Letztere schuldete ihm Jobst

¹⁾ Über diese Art von Huldigung und ihre staatsrechtliche Bedeutung vergl. den Exkurs über die Stellung Wilhelms von Meissen in der Mark Brandenburg bei Lindner, Wenzel II, 465 u. fg. ²⁾ R. II, 3, 119.

noch im December 1403¹⁾, während andere und wahrscheinlich viel bedeutendere Darlehen ihm damals schon zurückgezahlt sein mochten, denn nur unter dieser Annahme ist es erklärlich, daß Jobst ihm im Frühjahr 1395 für seine Forderungen die ganze Alt- und Mittelmark, d. h. den größten Teil des Kurlandes als Pfand überwies²⁾ und die Stände jener Gebiete aufforderte, Wilhelm von Meissen die Huldigung zu leisten. Er verband mit dieser Übertragung jedoch noch weiter gehende Absichten. Da ihn selbst die Verhältnisse in Böhmen von Brandenburg fern hielten und Mähren von dem Nebenlande überhaupt weit ablag, so wünschte er, daß die Erfahrung und Geschäftskenntnis des Meissners den Märkern zu gute kämen. Von diesen Erwägungen geleitet ernannte er seinen Schwager 1395 zu seinem Mitregenten oder Stellvertreter in Brandenburg. Am 2. April meldete er der Ritterschaft und den Städten der Altmark, daß er Wilhelm von Meissen die Alt- und Mittelmark „empfohlen und eingeweiht“ und ihn zum bevollmächtigten Vorsteher mit der Befugnis ernannt habe, erledigte geistliche und weltliche Lehen an geeignete Personen zu übertragen³⁾.

Die Kunde von dieser Überweisung der Alt- und Mittelmark an den Meissner nahmen die Bewohner mit unverhohlenem Mißtrauen und Unwillen auf. Als Pfandobjekt den Gläubigern des Landesherrn überantwortet zu werden, brachte die Bürgerschaften immer in eine mißliche Lage und nicht selten in große Gefahr, da die Verpfändungen leicht zu Streitigkeiten der Kontrahenten führten, weshalb wohlhabende Kommunen sich davor durch die Erkaufung des Privilegiums der Nichtverpfändbarkeit zu schützen suchten. Auch die Regentschaft Wilhelms von Meissen erregte großes Bedenken. Man hatte einen Befehlenden mehr in der Mark ohne die Gewähr, daß er auch nur so viel Gehorsam finden würde wie Jobst und Lippold von Bredow. Die Bewohner der Mark — und allen voran die Bürgerschaft Berlins — erhoben daher Widerspruch gegen die Errichtung eines meissnischen Regimentes in ihrem

¹⁾ Diese Summen nennt Jobst selber in einer Urk. vom 5. Dec. 1403, R. II, 3, 167. ²⁾ Detmar b. Graut. I, 368 giebt die Pfandsumme von 40 000 Schock b. Gr. an, ein urk. Nachweis ist nicht vorhanden. Bei Übertragung der Mark an Wenzel am 6. Febr. 1397 bestimmte Jobst, daß die Geldforderung des Meissners dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden sollte (R. II, 3, 135). ³⁾ R. I, 15, 186.

Lande und traten sogar in Opposition gegen Lippold und Ortwin, welche selbstverständlich auf Jobsts Befehl Wilhelm von Meissen sich untergeordnet hatten¹⁾. In einem wahrscheinlich an die mittelmärkischen Stände gerichteten Schreiben meldet dieser, daß er erfahren, wie der Propst Ortwin geäußert habe, er sei früher des Glaubens gewesen, daß Jobst in der Mark getreue Städte besitze; das finde er nun nicht, denn die Städte wollten sich jetzt einen anderen Herren wählen. Hinsichtlich der Berliner wundere ihn das nicht; die hätten schon früher so viel verbochen, daß sie des Markgrafen Strafe fürchteten. Lippold von Bredow, welcher zugegen gewesen sei, habe seinerseits bemerkt, er sei noch im Besitze des Schlosses (?) und mit seinen Freunden gewillt, den Städten Kriege genug zu bereiten²⁾. Am Schlusse des Briefes spricht Wilhelm von Meissen die Hoffnung aus, daß die Städte sich eines anderen besinnen würden. Er werde sie beschützen, ihnen helfen und sie nicht verlassen. Um ihren Widerspruch zu entkräften, kam er ihnen mit Wohlwollen entgegen. Am 20. Juni 1395 erschien er in Berlin und bestätigte hier der Bürgerschaft ihre „Freiheiten, Rechte und alten Gewohnheiten“³⁾; aber erst am 25. November des Jahres leisteten Berlin⁴⁾, Brietzen und Spandau und an den folgenden Tagen die übrigen Städte die Huldigung⁵⁾.

Zögernd und widerwillig hatten die Städte sich zur Anerkennung der Mitregentschaft des Meißners verstanden. Wenn schon Jobst, seit 1393 ihr Landesherr, ihnen so wenig Teilnahme bezeugte und die Landeseinnahmen zu seinen persönlichen Zwecken verwendete, wie konnten sie erwarten, daß ein fremder Fürst mehr Interesse an ihrem Wohle nehmen und uneigennütziger mit ihren Steuern

¹⁾ Wie Lippold v. Bredow hatte auch der Hauptmann der Altmark Hünér von Königsmark sich Wilhelm von Meissen angeschlossen, wie die Urk. v. 20. Mai 1395 (R. I, 10, 133) ergiebt. ²⁾ Der Brief ist aus Meissen am 16. April, wie ich glaube, im Jahre 1395 geschrieben, trägt aber keine Jahreszahl. R. II, 3, 131 setzte ihn auf den 5. April 1396. Da Berlin und die übrigen märk. Städte aber im Herbst 1395 dem Meißner wirklich huldigten und ihm auch faktisch Gehorsam leisteten, so scheint der Inhalt des Briefes, wenn letzterer in d. Jahr 1396 gesetzt wird, damit nicht in Übereinstimmung zu sein, während er der Lage der Dinge im April 1395 vollkommen entspricht. ³⁾ R. Supplement-Band S. 252. ⁴⁾ R. II, 3, 125. ⁵⁾ Vergl. R. Register-Band z. C. d. Brand. I, 445 und 446 über die Tage der Huldigung.

schalten würde? Dennoch erwies sich der meißnische Fürst nicht so schlimm, wie sie befürchtet hatten. Die Leiden der Mark freilich hat er nicht zu heilen vermocht, aber er hat sich redlich bemüht, sie wenigstens zu lindern. Er war vielleicht der einzige unter den Fürsten seiner Zeit, der mit treuer Freundschaft an Jobst hing und dessen Pläne und Wünsche zu fördern suchte. Niemals, soviel bekannt, ist das gute Einvernehmen zwischen beiden durch Mißhelligkeiten gestört worden, wozu nicht wenig die Markgräfin Elisabeth beitrug, eine Schwester Jobsts und eine charakterfeste, energische Frau. Wie ihr Gemahl vertrat auch sie zuweilen den abwesenden Jobst in der Regierung der Mark Brandenburg, und daß sie dabei nicht bloß eine äußerliche Form erfüllte, das bewies ihr Verhalten gegen den Bischof Heinrich von Brandenburg, dessen Offiziale sich Übergriffe in die Rechte der Stadtgemeinden erlaubt hatten. Vergeblich war von den Letzteren darüber Beschwerde bei dem Bischof geführt worden; der Bischof hatte ablehnend geantwortet¹⁾. Da trat die Markgräfin Elisabeth für die Städte ein, und nun erklärte sich der Bischof zur Abstellung der Beschwerde bereit²⁾.

Wenn durch die stellvertretende Regierung dieses fürstlichen Paares auch die Nachteile der langen Abwesenheit Jobsts von der Mark einigermaßen ausgeglichen wurden, so hatten die luxemburgischen Händel doch noch weitere üble Folgen für das Land gehabt, welche nicht so leicht gut gemacht werden konnten. Dahin gehörte zunächst, daß einer der hartnäckigsten Gegner der Mark, der Herzog Suantibor von Pommern-Stettin, durch die Unterstützung, welche er 1393 dem Könige Wenzel und Herzoge Johann von Görlitz gewährte, in den Besitz der damals zur Niederlausitz gehörenden Herrschaft Beeskow im Süden der Mark gelangte. Der frühere Besitzer dieser Herrschaft Reinhard von Strele hatte nur eine Tochter hinterlassen, die sich mit Hans von Bieberstein zu Sorau vermählte und diesem Beeskow als väterliches Erbe zubrachte. Allein der Landesherr Johann von Görlitz erkannte das Lehenerbrecht der

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 69. ²⁾ Ebend. IV, 53. Beide Schreiben sind ohne Jahreszahl überliefert. Das letztere fällt wahrscheinlich in das Frühjahr 1398, denn Elisabeth befand sich als Regentin am 11. Febr. dieses Jahres in Berlin (nach Fidicin IV, 102), wo ihr die Städte ihre Beschwerde vortragen konnten.

weiblichen Linie nicht an, sondern betrachtete Beeskow als ein eröffnetes Lehen, über welches er persönlich zu verfügen habe. Wahrscheinlich übertrug er es 1393 Suantibor als Lohn für seine Hülfeleistung gegen Jobst und zum Ersatze für die Kriegskosten, welche jenem aus seiner Expedition nach Böhmen erwachsen waren¹⁾. Am 23. Januar 1394 bestätigte Suantibor der Stadt Beeskow ihre Privilegien²⁾, und in einer im Mai desselben Jahres für Görlitz ausgestellten Schuldverschreibung nannte er sich auch „Herr zu Beeskow“³⁾. Er hatte damit nicht nur eine Erweiterung seiner Macht, sondern auch einen militärischen Stützpunkt unmittelbar an der Südgrenze des Barnim erhalten, welche Landschaft er fortan von Süden wie von Norden her bedrohen konnte. Der von ihm neun Jahre später unternommene Versuch sich auch im Barnim festzusetzen kann sehr wohl von dem Wunsche veranlaßt gewesen sein, einen unmittelbaren Übergang von Pommern zu der Herrschaft Beeskow zu gewinnen.

Auch dem Erzbischofe von Magdeburg gab der Streit zwischen Jobst und Wenzel den Anlaß, der Mark zu Ende des Jahres 1394 einen herben Verlust zu bereiten. Von dem im Besitze des Erzbischofes befindlichen Schlosse Milow wurden heimliche Verbindungen mit dem Hauptmann der Stadt Rathenow Johann von Treskow⁴⁾ und mit einzelnen Bewohnern des Ortes⁵⁾ eingeleitet zu dem Zwecke, daß sie Rathenow in die Hände des Erzbischofes spielten. In der Nacht vom 3. zum 4. December⁶⁾ 1394 überfiel dieser die Stadt, überließ sie seinen Truppen zur Plünderung und nötigte die Bürger, ihm die Huldigung zu leisten. Friedrich von Alvensleben wurde zu ihrem Hauptmann ernannt. Die Mehrzahl der Bewohner war jedoch gut brandenburgisch gesinnt, und so erfolgte in der Mitte des Winters eine Säuberung der Bürgerschaft von allen Elementen, welche dem Erzbischofe zweifelhaft erscheinen mochten. Eines Tages wurde die Ankunft des Erzbischofes in Rathenow angekündigt und die Bürgerschaft aufgefordert, denselben vor den Thoren der

¹⁾ Neumann, Über Herzog Suantibors Besitz von Beeskow in v. Ledeburs Arch. 11, S. 355 u. fg. ²⁾ R. I, 20, 370. ³⁾ v. Ledeburs Arch. 3, 132. ⁴⁾ Wusterwitz S. 26. ⁵⁾ Detmar b. Grautoff I, 364. ⁶⁾ Diese Zeit nennt Wusterwitz in Übereinstimmung mit dem Chron. Magd. bei Meibom. II, 351, während die Magd. Schöff.-Chronik z. J. 1394 den 2. December und Detmar a. a. O. sogar den 11. November als Tag des Überfalles angiebt.

Stadt zu empfangen und zu begrüßen. Kaum aber hatten die Bürger vor der Stadt sich zum Empfange ihres neuen Herrn aufgestellt, als man auch in Rathenow die Thore schloß und die Frauen und Kinder mißliebiger Einwohner aus der Stadt verwies¹⁾. Arm und elend und bei strenger Winterkälte zogen die Vertriebenen von dannen, während ihre Habe in Rathenow der Plünderung und Verwüstung preisgegeben war. Auch die markgräflichen Wappen wurden bei dieser Gelegenheit beschimpft oder entfernt. Für die Gewaltthat des Erzbischofes Wiedervergeltung übend fielen jetzt die Märker in das Gebiet des Erzstiftes, und eine zweijährige Fehde an den Ufern der Elbe machte die Eroberung Rathenows zu einer Erwerbung von zweifelhaftem Werte²⁾.

Dafs der Verlust dieser Stadt eine mittelbare Folge des Zerwürfnisses zwischen Jobst und Wenzel war, dafür spricht nicht nur der Umstand, dafs er erfolgte, als ein heftiger Ausbruch von Feindseligkeiten in Böhmen drohte³⁾, sondern auch die überraschende Thatsache, dafs Wenzel im Anfange des Februar 1395 den Erzbischof Albert von Magdeburg zum böhmischen Kanzler ernannte⁴⁾. Diese Beförderung muß eben um die Zeit geschehen sein, als die Vertreibung der „Feinde“ des Erzbischofes aus Rathenow vollzogen wurde, denn bald darauf begab sich dieser zum Könige nach Böhmen. Danach darf man wohl annehmen, dafs es Wenzel mehr darauf ankam, einen Gegner des Markgrafen Jobst für sich zu gewinnen als ihn durch Freundlichkeit zu einem nachgiebigen Verhalten gegen die Mark zu bewegen. Indessen kam es im Frühjahr 1395 nicht zu einem Kampfe zwischen Jobst und dem Könige, sondern zu einem Ausgleiche, und dessen Abschluß zu Ende des März bahnte den Weg auch zu einer friedlichen Beilegung des Streites zwischen Jobst

¹⁾ An eine Vertreibung aller Bürger Rathenows, von der Wusterwitz erzählt, ist nicht zu denken, denn was hätte die menschenleere Stadt dem Erzbischofe genützt? Detmar, welcher den Vorgang ebenfalls schildert, giebt ausdrücklich an, dafs nur die „Feinde“ des Erzbischofes vertrieben seien, erzählt aber, dafs dieser diejenigen als seine Feinde bezeichnet habe, welche ihm die Stadt verraten hatten. Unzuverlässige Leute waren diese jedenfalls, ihre Vertreibung aber wäre eine sehr unkluge Handlung gewesen. Die Auffassung Detmars ist wohl als eine moralisierende zu betrachten. Bemerkenswert aber bleibt die Angabe bei Wusterwitz, dafs Johann von Treskow den erhofften Lohn seiner Verrätereie nicht empfangen habe. ²⁾ Wusterwitz S. 29. ³⁾ Vergl. darüber Lindner II, 206. ⁴⁾ Ebend. S. 208.

und dem Erzbischofe von Magdeburg. Am 1. April 1395 schlossen beide einen Waffenstillstand bis Martini (11. Nov.) desselben Jahres, und zugleich bestimmten sie, daß Wilhelm von Meissen noch vor Jakobi (25. Juli) zu Torgau über die beiderseitigen Klagepunkte das Urteil als Schiedsrichter fällen sollte¹⁾. Dieser Punkt des Vertrages kam jedoch nicht zur Ausführung, da der Erzbischof Albert im Sommer 1395 in Sachen der damaligen Kirchenspaltung vom Könige nach Paris und Avignon gesandt wurde²⁾. Erst nach der Rückkehr desselben konnten die Verhandlungen mit ihm wieder aufgenommen und zu einem befriedigenden Abschlusse geführt werden. Am 1. Mai 1396 verpflichtete sich der Erzbischof, Rathenow an Lippold von Bredow auszuliefern und diesen von allen 1392 eingegangenen Verpflichtungen zu entbinden, Jobst hingegen sagte dem Erzbischofe eine Entschädigungssumme von 600 Schock b. Gr. zu³⁾. Auch die Streitfrage hinsichtlich des Schlosses Plaue war bei dieser Gelegenheit Gegenstand der Verhandlungen, fand aber keine Erledigung, sondern mußte einem späteren schiedsrichterlichen Spruche Wilhelms von Meissen vorbehalten bleiben. Bei dem fortdauernden Wechsel der Beziehungen Jobsts zum Könige und wahrscheinlich auch infolge des Geldmangels in der markgräflichen Kasse verzögerte sich die Ausführung des Maivertrages bis in den Herbst 1396. Im Oktober begab sich Lippold von Bredow persönlich nach Prag, und seinen Bemühungen gelang es endlich den Erzbischof zur Räumung Rathenows zu bewegen. Am 1. November erhielt Friedrich von Alvensleben die Weisung, die Stadt den Märkern zu übergeben⁴⁾ und nach Magdeburg zurückzukehren. Hier aber erregte die Rückgabe Rathenows einen solchen Sturm des Unwillens, daß man ihn einen Verräter nannte und dadurch nötigte, zu seiner Rechtfertigung den Befehl des Erzbischofs öffentlich verlesen zu lassen⁵⁾. Nicht bloß für Rathenow, sondern auch für die gesamte Mark war der Abschluß des Friedens zwischen Jobst und dem Erzbischofe ein glückliches Ereignis, dessen Herbeiführung man ganz besonders dem Vermittlungsgeschicke des Markgrafen von Meissen verdankte. Eine zweijährige Fehde hatte das Land schwer geschädigt, denn neben

¹⁾ R. II, 3, 120. ²⁾ Magd. Schöffenchron. z. J. 1395. ³⁾ R. II, 3, 131.

⁴⁾ Wusterwitz S. 31. ⁵⁾ Ebend. Im Oktober 1396 legte übrigens der Erzbischof Albert die böhmische Kanzlerwürde nieder, um wieder in seinen Kirchensprengel zurückkehren zu können, Lindner II, 226.

den magdeburgischen Stiftsvasallen waren auch die mecklenburgischen und braunschweigischen Herren in das schutzlose Gebiet der Mark verheerend und Beute suchend eingefallen. „Wir klagen Euer fürstlichen Gnaden kläglich“, so schrieben im September 1396 die in Berlin versammelten Stände dem Meißner, „daß das ganze Land mit uns in der Mittelmark alle Tage heftig von den umwohnenden Fürsten und Herren angegriffen wird als von den Mecklenburgischen, denen von Wenden, Herzog Bernhard und allen anderen Fürsten, dass wir niemand hinauslassen dürfen. Jene sind alle mit ihren Mannen Feinde des Landes und rauben, brennen, schätzen und schinden die Lande, daß dieselben nie bei Menschengedenken so verderbt worden sind, wie sie jetzt unverwindlichen Schaden erlitten haben und noch erleiden¹⁾.“ — Sie meldeten außerdem, daß Teurung im Lande herrsche und die Grafen von Lindow-Ruppin die Bewohner beunruhigten, und ersuchten endlich den Markgrafen, Lippold von Bredow aus seinem „Gefängnis“ d. h. von seinen Verbindlichkeiten gegen den Erzbischof von Magdeburg zu lösen. Gegen die Gefahren des Fehdewesens hatten im Februar 1393²⁾ und August 1394³⁾ die Städte der Mittelmark sich durch Bündnisse zu schützen gesucht, und Wilhelm von Meissen und die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin im December 1395 zu Perleberg einen sechsjährigen Landfrieden abgeschlossen⁴⁾, aber keine dieser Verbindungen brachte der Mark einen genügenden Schutz, da bei dem Mangel einer gesicherten obrigkeitlichen Gewalt auch von diesem Lande aus der Adel Plünderungszüge in die Nachbargebiete unternahm und deren Bewohner zur Wiedervergeltung veranlaßte. Wie der Bischof Otto von Minden klagte, war 1395 das Nonnenkloster Isenhagen durch

¹⁾ R. II, 3, 124. Der Brief hat keine Jahreszahl und wird von Riedel in das Jahr 1395 oder 1396 gesetzt. Daß das letztere das richtige ist, ergibt der Umstand, daß erst im November 1395 die mittelmärk. Städte die Regentschaft Wilhelms von Meissen anerkannten. Ehe dies geschehen war, konnten sie von ihm Hülfe weder erwarten noch beanspruchen. ²⁾ R. I, 11, 66. ³⁾ R. I, 10, 488. ⁴⁾ R. II, 3, 124 und 126. Detmar bei Grautoff I, 372 erwähnt, dass außer den beiden genannten Fürsten in Perleberg auch noch viele andere Landherren und ferner die Bürgermeister, Ratsherren und Sendboten der Seestädte anwesend waren; ungenau aber verlegt er die Zusammenkunft derselben in den Anfang des Jahres 1396, denn am 2. Januar 1396 war Wilhelm von Meissen, von Perleberg heimkehrend, bereits in der Stadt Brandenburg, begleitet von dem Grafen Heinrich von Schwarzburg, von Lippold v. Bredow, dem Propste Ortwin und mehreren Edelleuten, R. I, 9, 73.

Raubritter aus der Umgegend und auch aus der Altmark und Priegnitz so beschädigt worden, daß jener zur Unterstützung desselben die öffentliche Teilnahme in Anspruch nehmen mußte¹⁾. Aus der Priegnitz ferner zogen um Ostern 1395 Klaus Mallin und Moltke mit „einem großen Volke“, wie Detmar berichtet²⁾, gegen das Greifswaldische Schloß Gützkow und wurden vor demselben von den Greifswaldern angegriffen und mit Verlust zurückgetrieben. Ungewarnt durch diesen Mißerfolg griff Klaus Mallin die Lübecker an und fand dabei seinen Tod, während Moltke einen Streifzug gegen Stralsund unternahm und dabei in Gefangenschaft geriet. Die der obrigkeitlichen Zucht entwachsene märkische Ritterschaft gab selber durch solche Unternehmungen den Anlaß zu den verheerenden Einfällen der Nachbarn in das märkische Gebiet, und Bürger und Bauern büßten dann durch schwere Leiden, was die „Herren“ verschuldet hatten. Unter solchen Umständen begreift es sich, daß Lippold von Bredow die Verwaltung der Mittelmark verleidet wurde. Von Brünn aus, wohin er Jobst nach Beendigung der Verhandlungen in betreff Rathenows begleitet hatte, schrieb der letztere am 10. December 1396 seinem Schwager Wilhelm von Meissen, daß Lippold von Bredow über Mangel an „Zehrung“ in den markgräflichen Schlössern geklagt habe und deshalb „zu Hause nicht sein möge.“ Der Markgraf solle dem Mühlenmeister in Berlin die Anweisung erteilen, daß er Lippold an Korn und Malz je 10 Wispel liefere³⁾.

Der Frieden, den Jobst mit Wenzel im Februar 1397 abschloß, kam auch der Mark Brandenburg zu gute, und man darf wohl eine Folge desselben darin erblicken, daß Wenzel am 15. April ein Zollprivilegium aufhob, das er früher zum Nachteile der Märker dem Herzoge Suantibor von Stettin erteilt hatte⁴⁾. Zu einem Besuche der Mark fand Jobst auch jetzt noch nicht die Zeit, da es ihm darauf ankam, die freundlicheren Beziehungen auszunutzen, in welche er zu seinem königlichen Vetter getreten war. Auch Wilhelm von Meissen scheint 1397 das brandenburgische Gebiet nicht betreten zu haben, so daß die Verwaltung desselben den markgräf-

¹⁾ R. I, 25, 281. Das Kloster lag in fine Hildensemensis diocesis, ubi Marchionenses, Magdeburgenses, Halberstadenses, Brunsvicenses, Luneburgenses et Prygnicenses saepius per guerrarum disturbies pro dolor conveniunt. ²⁾ Detmar b. Grautoff I, 366. ³⁾ R. II, 3, 132. ⁴⁾ R. II, 3, 136.

lichen Hauptleuten überlassen blieb¹⁾. Lippold von Bredow war von Mähren her wieder in die Heimat zurückgekehrt und verweilte im Sommer auf seinem Schlosse Kremmen²⁾. Zu den vielen Schwierigkeiten, welche ihm die allgemein unsichere Lage der Mittelmark bereitete, hatte sich 1397 eine neue hinzugesellt, eine Fehde zwischen dem Domkapitel zu Brandenburg und den Grafen zu Lindow-Ruppin, welche zwar noch im Laufe des Jahres friedlich beigelegt wurde, aber wahrscheinlich von einer größeren politischen Tragweite war, als die karge Überlieferung in den Urkunden erkennen läßt. Die Grafen von Lindow-Ruppin nahmen seit alter Zeit her in der Mark eine Stellung ein, welche der Souveränität ziemlich nahe kam; und daher kann es nicht überraschen, wenn so thatkräftige Persönlichkeiten wie die Grafen Ulrich und Günther den Versuch machten, den Verfall der markgräflichen Autorität zur Erweiterung ihrer Unabhängigkeit auszubenten. Da die beiden Magnaten berufen waren, in der Folgezeit noch eine bedeutsame Rolle in ihrem Heimatlande zu spielen, so muß ihres Herkommens und ihrer politischen Stellung hier im besonderen gedacht werden.

¹⁾ Sehr bezeichnend für den ganzen Charakter der märkischen Verwaltung ist ein Schreiben des Meißners an den Rat von Berlin vom 16. Jan. 1397 (R. II, 3, 132). Ein Edelmann Poppo von Holzendorf hatte die Verpflichtung, für die Sicherheit der Straßen im Barnim zu sorgen und kam derselben sehr wenig nach. Wilhelm von Meissen ersuchte daher den Berliner Rat mit Poppo „zu reden“, daß er den Barnim auch ferner beschütze und wenn er daran verhindert wäre, einem seiner Freunde „befehle“, daß der es thun möge! ²⁾ R. I, 24, 392.

VII.

Die Grafen von Lindow-Ruppin

entstammten einem thüringischen Adelsgeschlechte, welches im 12. Jahrhundert die Burg Arnstein inne hatte¹⁾. Ein Mitglied desselben, Walter von Arnstein, nahm im Gefolge Albrechts des Bären und des Erzbischofs von Magdeburg teil an der Eroberung der Mark Brandenburg und wird mehrfach in den Urkunden jener Fürsten aus den Jahren 1135 bis 1166 genannt. Ein anderer Walter von Arnstein, dessen die Urkunden in der Zeit von 1172 bis 1199 gedenken, wahrscheinlich ein Sohn des erstgenannten, heiratete eine Enkelin Albrechts des Bären Namens Gertrud und begründete damit die Verwandtschaft derer von Arnstein mit dem markgräflichen Hause, welche diesem zu umfassendem Landbesitz in der Mark verhalf. Der dritte Sohn dieses Walter, Gerhard, erscheint um 1210 im Besitze der Herrschaft und des Schlosses Ruppin, welches letztere eine zwischen dem Rhin und dem Rhinsee belegene alte Grenzwehr gegen die Slawen bildete. Gerhards Sohn Günther erwarb um 1274 auch die anhaltinische Grafschaft Lindow und die Herrschaft Möckern, früher Lehen der Abtei Quedlinburg, und fügte sie den Besitzungen um Ruppin hinzu, die infolge weiterer Erwerbungen beinahe den ganzen heutigen Ruppiner Kreis samt dem Gebiete von Goldbeck im Norden und den Städten Wusterhausen im Westen und Gransee im Osten umfaßten. Dem bedeutenden Umfange der Grafschaft entsprach nun auch die politische Stellung der Grafen, welche ihre Erbgüter gemeinschaftlich besaßen, nachdem mehrere Linien sich gebildet hatten, und dieselben einträchtigen Sinnes verwalteten. Sie waren die vornehmste Adelsfamilie der Mittelmark und besaßen der übrigen Ritterschaft gegenüber große Standesvorrechte. Man nannte

¹⁾ Vergl. R. I, 4, 1 u. fg.

sie „Edle“ und „Edle Herren“, und sie selber bezeichneten sich in ihren Urkunden als „Grafen zu Lindow von Gottes Gnaden“¹⁾. Bei Staatsverträgen, welche die brandenburgischen Markgrafen mit fremden Fürsten abschlossen, wurde ihrer im besondern neben dem Landesfürsten gedacht und ihnen außerdem von dem Inhalte des Vertrages Mitteilung gemacht. In dem ganzen Umfange ihrer Herrschaft übten sie die höchste richterliche Gewalt aus, gründeten und dotierten nach freiem Ermessen Städte, Dörfer und Klöster und zogen die in der Mark üblichen Zölle und Steuern für ihre Kasse ein. Selbständig wie im Innern ihres Landes waren sie auch nach außen hin, denn sie besaßen das Recht des freien Herrenstandes, welches ihnen gestattete, Verbindungen für Krieg und Frieden mit auswärtigen Fürsten einzugehen. Nichts jedoch bezeichnete ihre bevorzugte Stellung in der Mark so sehr wie die Berechtigung, Ehebündnisse mit den fürstlichen Häusern Deutschlands abzuschließen. Unter den Gräfinnen von Lindow-Ruppin finden wir daher Anverwandte der herzoglichen Familien von Sachsen, Pommern und Mecklenburg oder der gräflichen von Holstein, Stolberg, Anhalt, Stade und Hohenstein, während ihre Töchter sich wieder mit den Prinzen aus diesen Häusern verheirateten. In diesen Verbindungen suchten die Grafen von Lindow-Ruppin ganz besonders die Würde und Hoheit ihrer Dynastie offen zu bekunden. Um den dadurch bedingten Aufwand bestreiten zu können, untersagten sie durch ein von Ludwig dem Älteren 1347 bestätigtes Hausgesetz ihren Descendenten die Erbteilung der Hausgüter, so daß es unter ihnen Gebrauch wurde, daß von mehreren gleichberechtigten Brüdern nur der eine sich vermählte. Auf diese Weise geschah es, daß sie zwar ihren Familienbesitz, aber nicht ihr Geschlecht erhielten, welches bereits 1524 ausstarb. Dafür hat freilich auch ein Graf von Lindow die Berechtigung gehabt, auf Grund seiner hohen Verwandtschaft sich um eine Königskrone zu bewerben, wenngleich nicht mit dem erwünschten Erfolge. Als 1448 König Christoph von Dänemark, Schweden und Norwegen kinderlos starb, trat neben Christian von Oldenburg auch Graf Albrecht von Lindow-Ruppin als Bewerber um den Thron auf, jedoch war sein Mitbewerber glücklicher als er.²⁾

Der höheren Stellung der Grafen unter dem märkischen Adel,

¹⁾ R. I, 4, 78. ²⁾ Ebd. S. 11.

mit dem sie im übrigen in dem gleichen Abhängigkeitsverhältnisse als Lehnsleute des Markgrafen standen, entsprachen auch zu fast allen Zeiten die persönliche Bedeutung und die politische Wirksamkeit der einzelnen Mitglieder. Beinahe unter allen Generationen des Hauses traten Männer hervor, welche in der Geschichte der Mark und der Markgrafen eine wichtige Rolle spielten. Wie unter den Anhaltinern waren sie auch unter den Wittelsbachern und dann unter den Hohenzollern¹⁾ von hohem Ansehen. Die Einführung Ludwigs des Älteren in Brandenburg im Jahre 1324 geschah zwar durch den Grafen Berthold von Henneberg, aber unter der hervorragenden Mitwirkung der Grafen Günther und Ulrich von Lindow-Ruppin, welche sich 1330 sogar der Person des jugendlichen Markgrafen bemächtigten, um das Land nach ihrem Willen regieren zu können²⁾. Als 1348 die Mehrzahl der Brandenburger dem falschen Waldemar folgte, blieb Graf Ulrich — sein Bruder war inzwischen gestorben — Ludwig dem Älteren getreu, aber zum Nachteile seines Vermögens. Die endlosen Wirren, welche jetzt die Mark erfüllten, verminderten den Ertrag und Wert der gräflichen Besitzungen, so daß Ulrichs Sohn Albrecht, der seit 1370 die Disposition über die Hausgüter hatte, sich genötigt sah, 1373 die Grafschaft Lindow und die Herrschaft Möckern an Karl IV. und dessen Sohn Wenzel für 12 400 Schock b. Gr. zu verkaufen. Schon nach drei Jahren gab ihm der Kaiser beides zurück gegen Abtretung der zur Herrschaft Ruppin gehörenden Landschaften Rhinow und Glin und des Schlosses Bötzow (heute Oranienburg bei Berlin), die er zur Mark Brandenburg schlug. Neue Geldverlegenheit nötigte um 1381 den Grafen Albrecht, die Herrschaft Möckern für 1200 Mark Silber an Busso und Friedrich von Alvensleben unter Wahrung des Rückkaufsrechtes zu veräußern. Da er jedoch nicht im Stande war, jene Summe zurückzuzahlen, so verkaufte mit seiner Genehmigung Friedrich von Alvensleben — sein Bruder Busso war gestorben — im Jahre 1390 Möckern dem Erzbischofe Albert von Magdeburg, der die Herrschaft seinem Domkapitel als Geschenk überwies³⁾. Graf Albrecht, der im

¹⁾ Unter den Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern bekleideten die Grafen das Erbschatzmeisteramt, das erste der Erbämter. ²⁾ Vergl. den Aufsatz: Berthold von Henneberg als Verweser der Mark Brandenburg, in den Forschung. z. deutsch. Gesch., Bd. 17. ³⁾ R. I, 4, 75.

Jahre 1391 starb, war also nicht dahin gelangt, sich von den finanziellen Bedrängnissen frei zu machen. Auch von dem allgemeinen Unheil jener Tage, dem Räuberwesen, hatte er zu leiden gehabt, denn in einem erhaltenen, undatierten Schreiben¹⁾ an die Berliner Ratsherren, seine „lieben Freunde“, führt er Klage darüber, daß Heine Karre, Otto von Schlieben, Reichenbach, Kuno Enut und Tilo Sparre, „die auf dem Barnim ansässig“, raubend in sein Gebiet eingefallen seien, weshalb die Ratsherren ein gerichtliches Verfahren gegen sie einleiten möchten. Graf Albrecht scheint danach eine friedliebende, passive Natur gewesen zu sein, dem der Mangel einer staatlichen Ordnung in der Mark mehr Not als Vorteil brachte und die Ausnutzung der Anarchie nicht wie seinen Standesgenossen am Herzen lag.

Anders als er dachten und handelten seine Söhne Ulrich und Günther, welche 1391 gemeinsam die Regierung der Grafschaft antraten. Graf Günther verließ zunächst die Mark²⁾, um im Gefolge eines fremden Fürsten, wahrscheinlich Sigismunds, „außer Landes“ Kriegsdienste zu leisten und das Kriegshandwerk zu erlernen. Bei seiner Heimkehr im Jahre 1396 brachte er auch den kriegerischen Sinn des Ritters mit, der Bethätigung in Kampf und Fehde suchte. Die Gelegenheit dazu bot ein Zerwürfnis der Grafen mit dem Domkapitel zu Brandenburg, über dessen Anlaß keine Nachrichten überliefert sind. Die Grafen fielen in die Güter des Bistums ein, beraubten oder verbrannten dieselben und fügten dem Domkapitel einen solchen Schaden zu, daß der Dompropst Henzo von Gersdorf sich

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 101. ²⁾ Am 29. April 1391 genehmigte Ulrich einen Pfandvertrag „van uns und unses leven bruders, greven Gunters, wegen, de uppe desse tyd by lande nicht en is“ (R. I, 4, 77). Im November 1395 verkaufte Ulrich der Stadt Ruppin das Dorf Treskow (R. I, 4, 308). Diesen Verkauf genehmigte später der Graf Günther mit der Bemerkung, daß er bei Abschluß desselben „buten Landes“ gewesen sei (R. I, 4, 315). Erst im Sommer 1396 war Günther wieder in der Heimat nach R. I, 4, 311. Gleich ihm hatte auch der Herzog Ulrich von Mecklenburg-Stargard sein Glück als Soldat in der Fremde und zwar bei Sigismund versucht. Im Jahre 1392 erbat Johann von Mecklenburg-Stargard von den märk. Ständen für seinen Sohn Ulrich einen Empfehlungsbrief an den König von Ungarn, damit der letztere Ulrich „in seinen Dienst empfangen und nehme“. Johanns Schreiben (R. I, 4, 77) ist „an des durchläuchtigsten Fürsten Markgrafen Sigismunds Räte in der Mark“ gerichtet, als ob dem Herzoge von Mecklenburg von der Verpfändung der Mark an Jobst gar nichts bekannt gewesen wäre.

endlich genötigt sah, am 5. December 1397 mit Ulrich und Günther Frieden zu schliessen, allen Ansprüchen auf Schadenersatz zu entsagen und sich in ihren Schutz zu begeben¹⁾. Die Grafen hatten damit einen Sieg errungen, der ihre persönliche Tüchtigkeit bekundete und ihr Selbstbewusstsein hob. Sobald sie den Versuch machten, die Hilfsquellen ihres umfassenden Grundbesitzes zur Erweiterung ihres politischen Einflusses und ihrer Selbständigkeit auszunutzen, gewannen sie die Bedeutung einer Macht, welche dem Markgrafen bedenklich und gefährlich erscheinen mußte. Dafs sie wirklich in jenem Sinne handelten und den Lehnverband, der sie an die Mark knüpfte, zu lockern suchten, das beweist das ungewöhnlich energische Einschreiten Jobsts gegen sie, welcher nach langer Abwesenheit im Sommer 1398 wieder in der Mark erschien und sein Verhältnis zu den Grafen von Lindow-Ruppin und zu den mecklenburgischen Fürsten neu zu gestalten versuchte. Die Beziehungen der letzteren zur Mark Brandenburg traten gerade um diese Zeit so bedeutsam hervor, dafs wir auch sie im besonderen in das Auge fassen müssen.

¹⁾ R. I, 8, 376 und I, 4, 78.

VIII.

Die mecklenburgischen Fürsten und ihre Beziehungen zur Mark Brandenburg. Jobst acht Monate in der Mark 1398/99.

Das mecklenburgische Gebiet zerfiel im 14. Jahrhundert in eine Anzahl selbständiger Herrschaften von sehr verschiedenem Umfange. Den größeren, westlichen Teil beherrschten die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin, den kleineren im Osten die Herzöge von Mecklenburg-Stargard, deren Territorium erst um 1348 unter Johann I. selbständig geworden war. Im Süden Mecklenburgs zu Güstrow und Parchim regierten die Fürsten von Werle und in der Mitte des Landes die Bischöfe von Schwerin, während an der Ostseeküste Rostock und Wismar unter dem Schutze der Hansa eine bedingte Selbständigkeit zu behaupten wußten. Die nahe Verwandtschaft hinderte die mecklenburgischen Dynasten keineswegs, gelegentlich das Sonderinteresse ihres Gebietes über das gemeinsame Interesse des Hauses zu setzen; im allgemeinen aber hielten sie doch in der Politik nach außen zusammen. Mit großen Hoffnungen trug sich die Dynastie, als 1363 Herzog Albrecht von Mecklenburg-Schwerin die schwedische Königskrone gewann, und einmütig scharten sich seine Anverwandten um seinen Nachfolger Albrecht, als es galt, diese Krone gegen die Angriffe der Königin Margarete zu verteidigen. Die Niederlage und Gefangennahme König Albrechts und seines Sohnes bei Axelwalde 1389 lähmte diese Bemühungen keineswegs. Als die deutsch gesinnte Hauptstadt Stockholm von den Truppen der siegreichen Königin eng umschlossen und belagert wurde, da unternahm es Herzog Johann I. von Mecklenburg-Stargard, ein Verwandter Albrechts, 1390 die Blokade zu durchbrechen; ein Orkan jedoch zerstörte seine Flotte. Von allen mecklenburgischen Fürsten und den Städten Rostock und Wismar unterstützt erneuerte Johann den Ver-

such im folgenden Jahre, aber mit keinem glücklicheren Erfolge. Stockholm wurde bereits von schwerer Hungersnot heimgesucht. Da faßten Rostock und Wismar den verhängnisvollen Beschluß, allen Seeräubern, welche es unternehmen würden nach Stockholm Lebensmittel hineinzubringen, Schutz in ihren Häfen zu gewähren und Kaperbriefe zu erteilen. Es gelang einzelnen verwegenen Seeräubern zwar Lebensmittel in die Stadt einzuführen, aber es geschah auch, was niemand gewünscht hatte, daß das Seeräuberwesen in der Ost- und Nordsee sich förmlich organisierte und in den Vitalienbrüdern eine Piratenverbindung erstand, welche den deutschen Küstenländern und Handelsstädten nicht minder verderblich wurde als den schwedischen¹⁾. Der Kampf um Stockholm währte bis zum Jahre 1395 und wurde durch den Vertrag zu Lindholm beendet, welchen Margarete am 17. Juni 1395 mit den Vertretern der Hansa, des deutschen Ordens sowie mit den mecklenburgischen Fürsten abschloß. Stockholm sollte einstweilen von der Hansa besetzt werden und König Albrecht samt seinem Sohne auf drei Jahre die Freiheit wieder erhalten, während welcher Zeit man einen endgültigen Frieden abzuschließen gedachte²⁾. Sobald der König in sein mecklenburgisches Stammland heimgekehrt war, knüpfte er auch Verhandlungen mit der Mark Brandenburg wegen des Abschlusses eines Landfriedens an, der noch im Laufe des Jahres 1395 zu Perleberg vollzogen wurde. Wie die Mark bedurfte auch Mecklenburg der Sicherung vor den Unthaten der Wegelagerer, aber neben diesem unmittelbaren Zwecke scheint der König den mittelbaren einer Annäherung an die Luxemburger im Auge gehabt zu haben. Schon in der Zeit Karls IV. hatte eine politische Verbindung zwischen diesem und Mecklenburg-Schwerin gegen die Wittelsbacher in der Mark bestanden; jetzt gebot ein ähnliches Interesse dem Könige, der nicht gesonnen war Schweden aufzugeben, die Anlehnung an die Luxemburger von neuem. Für die Märker erwuchs daraus ein nicht unerheblicher Vorteil, denn der König wurde für sie ein wohlwollender und für die Erhaltung des Landfriedens thätiger Nachbarfürst.

¹⁾ Der Name Vitalienbrüder ist aus Victualienb. verderbt. Vergl. den Aufsatz über die Vitalienbrüder von Joh. Voigt in v. Raumers hist. Taschenbuche, neue Folge II, S. 19. ²⁾ Detmar b. Graut. I, 368 u. fg. und Barthold, Gesch. v. Rüg. u. Pommern III, 526.

Weniger klar und bestimmt waren die Beziehungen zwischen der Mark und den Herzögen Johann und Ulrich von Mecklenburg-Stargard, welche gemeinsam nach dem Tode ihres Vaters Johann um 1393 die Regierung des kleinen Landes angetreten hatten. Im Jahre 1396 schlossen die Herzöge mit Wilhelm von Meissen ein Verteidigungsbündnis, dem auch die Herzöge von Sachsen, mehrere anhaltische Fürsten und der Erzbischof von Magdeburg beitraten, aber bereits im Jahre 1398 bemächtigten sie sich nach dem Berichte des Lübecker Chronisten¹⁾ des Schlosses Boitzenburg in der Uckermark, welches Lippold von Bredow 1393 erworben und auf vier Jahre an Lüdeke von Malzahn verpfändet hatte. Diese Pfandzeit war 1397 abgelaufen, und es mögen nun daselbst Zustände eingetreten sein, welche die beiden Fürsten zur Einmischung in die uckermärkischen Verhältnisse verlockten. Die Kunde von diesem Vorgange im Verein mit den vielen Klagen über die Not des Landes, welche nach Mähren drangen, bewirkte endlich, daß Jobst sich zu einer Reise in die Mark aufraffte. Am 2. Juli 1398 war er in Frankfurt²⁾ und am 22. Juli in der Stadt Brandenburg³⁾, wahrscheinlich von Wilhelm von Meissen begleitet, welcher bereits am 3. Juli in Berlin verweilt hatte⁴⁾ und hier mit seinem Schwager zusammengetroffen sein mochte.

Jobst erschien 1398 unter den Märkern zum ersten Male in der vollen Autorität des Landesfürsten. Der Kurstaat Brandenburg war sein Eigentum, Wenzel hatte ihm in feierlicher Weise den Rang und die Würde eines Kurfürsten zuerteilt und den zeitweisen Besitz der Ober- und Niederlausitz übertragen. Seine Stellung war politisch bedeutsamer geworden, und dem entsprach jetzt auch sein Auftreten in der Mark. Aus den Angaben von drei kurzen Briefen Jobsts, welche unbeachtet geblieben sind, weil ihnen die Jahreszahl fehlt, entnehmen wir die wichtige Thatsache, daß er im August und September 1398 eine Expedition gegen Boitzenburg antrat, deren Ziel nur die Befreiung dieses Schlosses aus den Händen der Herzöge von Mecklenburg-Stargard gewesen sein kann. Von Brandenburg aus, wo Jobst zu Ende des Juli verweilte, führte die Straße zur nördlichen Uckermark über Nauen und Kremmen, in dessen Nähe das sumpfige Havelbruch auf einem Damme überschritten werden mußte.

¹⁾ Detmar b. Graut. I, 387. ²⁾ R. I, 23, 135. ³⁾ R. I, 9, 392. ⁴⁾ R. I, 9, 77.

Es ist der Weg, auf welchem die Pommern von der Uckermark her im Jahre 1412 bis Kremmen und 1416 bis Nauen feindlich in die Mark vordrangen. Auf derselben Straße nun finden wir im Anfange des August an der Spitze einer Truppenschar Jobst persönlich gegen Norden ziehend. Von Nauen her forderte er am Dienstage vor Laurentius (6. August) den Rat zu Berlin auf, ihm Zimmerleute, Geld, Fische und Pferde nach Kremmen zu senden¹⁾. Am folgenden Tage hatte er bereits das Dorf Beetz bei Kremmen erreicht, und von hier aus beauftragte er denselben am Mittwoch vor Laurentius (7. August), ihm auch Bier und Brot zu schicken. Der Mühlenmeister — ein markgräflicher Steuerbeamter in Berlin — solle beides liefern; er, Jobst, werde sich dieser Forderung wegen mit seinem Schwager, dem Markgrafen von Meissen, zu einigen wissen²⁾. Im Anfange des September lagerte Jobst vor Boitzenburg, von wo aus er am Sonnabend vor Mariä Geburt (7. September)³⁾ dem Rate zu Berlin die Weisung erteilte, den markgräflichen Diener Hans Kordembeck mit seinen „neunzehn Spiessen“ aus der Herberge zu „lösen“ und ihm zuzusenden⁴⁾. Zehn Tage später jedoch war Jobst schon wieder nach

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 59 und R. II, 3, 171. ²⁾ Fidicin, Beitr. IV, 57 und R. II, 3, 172. ³⁾ Fidicin, Beitr. IV, 60. ⁴⁾ Da diese drei Schreiben nur die Monatstage und die Ausstellungsorte, aber keine Jahreszahl angeben, so bedarf es der Begründung, weshalb sie hier in das Jahr 1398 gesetzt worden sind. Die beiden ersten Schreiben verlegte Riedel in das Jahr 1409, das dritte hat er gar nicht in den Cod. dipl. Br. aufgenommen, und Fidicin sich enthalten eine Jahreszahl anzugeben. Daß Riedels Zeitbestimmung unrichtig ist, ergibt der Umstand, daß Markgraf Wilhelm von Meissen, mit dem sich Jobst vergleichen wollte, 1409 bereits über zwei Jahre tot war. Eher liefse sich an das Jahr 1403 denken, in welchem um Boitzenburg mit den Pommern gekämpft wurde; allein in diesem Jahre traf von Böhmen kommend Jobst erst am 18. August in Luckau ein, wo er noch am 30. August verweilte (R. I, 23, 141). Die Angabe Riedels (I, 4, 85), daß Jobst schon im Juni 1403 in Tangermünde verweilt habe, ist nur eine Vermutung auf Grund einer Urk. ohne Jahreszahl. Entscheidend für die vorliegende Frage ist folgendes. Jene drei Schreiben Jobsts sind unterzeichnet und beglaubigt durch den Protonotar Heinrich Spilner, dessen Unterschrift die Urkunden Jobsts von 1388 bis 1399 tragen, aber keine Urk., die nach dem Jahre 1400 ausgestellt ist. Jener scheint um 1400 gestorben zu sein, denn die nächsten Urkunden nach dieser Zeit sind von dem Protonotar Hinko beglaubigt. Da nun Jobst von 1391 bis 1398 der Mark fern blieb, und nach Detmar 1398 um Boitzenburg gestritten wurde, so können jene drei Schreiben nur in dieses Jahr gesetzt werden, in welchem sie auch mit dem Itinerar Jobsts aufs beste zusammenstimmen.

Brandenburg zurückgekehrt, was die Vermutung rechtfertigt, daß die Expedition gegen Boitzenburg einen unerwarteten und zwar erfolglosen Ausgang gehabt habe. Von welchem Unfalle dieselbe betroffen wurde, ist nicht mehr zu ermitteln; beachtenswert aber dürfte der Umstand sein, daß Jobst sofort nach seiner Rückkehr von Brandenburg mit aller Strenge gegen die Grafen von Lindow-Ruppin einschritt. Am 17. September 1398 mußten sie zu Brandenburg die Erklärung abgeben, daß sie Jobst fortan als „ihrem gnädigen Herrn“ getreulich dienen und beständig sein, auch sich so verhalten wollten, wie man „gegen den rechten Erbherrn billig thun soll“¹⁾. Jobst andererseits machte ihnen dafür weiter kein Zugeständnis, als daß er sie wieder in seinen Schutz und Schirm zu nehmen versprach²⁾; er verpflichtete aber — ein Beweis, wie großes Mißtrauen er gegen sie hegte — am 17. September die Stände der Herrschaft Ruppin, „mit ganzer Macht“ gegen die Grafen einzuschreiten, wenn diese das Gelöbnis der Treue nicht hielten³⁾. Diese Vorgänge geben der Vermutung Raum, daß das Verhalten der Grafen, deren Gebiet die Expedition gegen Boitzenburg berührte, nicht im Einklange mit den Pflichten eines Lehnsmanne gegen seinen Oberherrn gestanden habe und dadurch von nachteiligem Einfluß auf den Verlauf des Zuges gewesen sei.

Was Jobst nicht hatte zu stande bringen können, das vollbrachte noch im Laufe des Jahres 1398 Wilhelm von Meissen. Im November unternahm auch er einen Feldzug gegen die Herzöge von Mecklenburg-Stargard, der von besserem Erfolge begleitet war. Boitzenburg wurde von ihm erobert, das stargardische Gebiet verheert⁴⁾, und selbst die Stadt Strelitz samt dem herzoglichen Schlosse muß dabei in seine Hände gefallen sein, denn am 26. März 1399 stellte Hasso von Blankenburg⁵⁾ eine Urkunde zu Mittenwalde aus, in welcher er erklärte, daß er die Stadt und das Schloß Strelitz „in solcher Weise“ gekauft habe, daß beides bei dem Markgrafen

¹⁾ R. I, 4, 79. ²⁾ Ebd. ³⁾ R. I, 4, 80. ⁴⁾ Detmar b. Graut. I, 387: 1398 bi sunte Martens dage do toch Markgreve Wilhelm to Misen ut de Marke, wente eme do de Marke stont to pande, in dat land des hertoghen to Stargarde und vorherde dat to male dor des sloten willen Boysenborghes, dat he besat (= besetzte) mit mannes kraft, wente dat oldinges was der Marke. ⁵⁾ 1393 war er Besitzer des Schlosses Wolfshagen in der Priegnitz, R. I, 2, 337.

von Brandenburg verbleibe, der ihn damit belehnt und in seinen Schirm und Schutz genommen habe¹⁾. —

Während der Markgraf von Meissen kriegerische Lorbeeren errang, beschäftigte sich Jobst, welcher den Winter über in Brandenburg, Tangermünde und vom 18. Januar bis zum 20. Februar 1399 in Berlin verweilte, mit den inneren Angelegenheiten des Landes. Die zahlreichen von ihm in diesem Zeitraume erlassenen Urkunden geben Zeugnis von seiner den Städten wohlwollenden Gesinnung, sind aber zugleich auch dadurch charakteristisch für die damalige Landesverwaltung, daß sie aus lauter Specialverordnungen für Einzelne bestehen und die Rücksicht auf die Gesamtheit der Mark vermissen lassen²⁾. Für die Sicherung des öffentlichen Friedens sorgte Jobst höchstens durch eine Erneuerung des vor einigen Jahren zu Perleberg mit Mecklenburg geschlossenen Landfriedens, zu welcher Albrecht von Mecklenburg-Schwerin den Anlaß gab. Am 23. Februar 1399 traf dieser Fürst mit Jobst, Wilhelm von Meissen und den Fürsten von Werle in Perleberg zusammen zu einer Beratung über die Handhabung des Landfriedens³⁾. Man vereinbarte hier nicht nur gemeinsame Mafsregeln gegen Ruhestörer, sondern man ging auch daran, dieselben sofort praktisch ins Werk zu setzen. Im Norden der Priegnitz zwischen der Elbe und dem Rudower See lag auf schwer zugänglichem Boden das Raubschloß Lenzen, dessen Bewohner den Verkehr zwischen der Priegnitz und Mecklenburg durch

¹⁾ v. Raumer, Cod. dipl. Br. I, 10. Die Schicksale der Burg Strelitz in den nächsten Jahren sind nicht bekannt. Im Jahre 1416 jedoch stellte Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard eine Urk. aus „up unseme Schlotte to Strelitze“ (R. I, 13, 69).

²⁾ Die Städte hatten sich vieler Gnadenerweise von seiten Jobsts zu erfreuen. Am 23. Sept. 1398 schenkte er der Neustadt Brandenburg das Dorf Görrisgräben zum Bau einer Landwehr (R. I, 9, 77); am 18. Januar 1399 erließ er den Einwohnern von Brietzen den Zoll zu Oderberg (R. I, 13, 393); am 23. Jan. schenkte er dem Georgenhospital zu Bernau das Dorf Utstorp (R. I, 24, 392); am 25. Jan. erließ er Berlin den „ewigen Pfennig ewiglich“ (R., Supplementband S. 253); am 4. Februar erkannte er Eberswalde von neuem das Recht zu, von Reisenden einen Zoll zum Unterhalte des Dammes zu erheben (R. I, 12, 316); am 20. Februar erteilte er dem Rate zu Köpenick die Befugnis, von allen in seinem Gerichtsbezirke ansässigen Grundbesitzern Steuern zu erheben (R. I, 12, 11). ³⁾ Detmar b. Graut. I, 389: 1399 des anderen sondages in der vasten do weren versamelt in degdingen coning Albrecht van Schweden, markgreve Wilhelm van Misen, de markgreve van Meere (Mähren) unde de heren van Wenden to Parleberghe unde voltogen den landfrede u. s. w.

Räubereien belästigten und hemmten. Zum Schutze seiner Landesgrenze gegen ihre Einfälle hatte Albrecht von Mecklenburg ein festes Schloß erbauen lassen, und dies wurde von ihnen erobert und zerstört, gerade als die Fürsten in Perleberg zur Beratung beisammen waren. Auf die Kunde davon machten sich Letztere sofort auf, um an den Räubern Vergeltung zu üben. Es gelang ihren vereinten Anstrengungen Stadt und Schloß Lenzen in kurzer Zeit zu erobern und dem Unwesen der Wegelagerer ein Ende zu machen¹⁾. Dieser Erfolg ermutigte König Albrecht zu weiteren Unternehmungen gegen die Raubnester in der nördlichen Priegnitz, und im Juli 1399 zerstörte er die um Lenzen gelegenen kleineren Schlösser Wustrow, Mesekow, Mankemus und Kummerlosen²⁾, deren Insassen durch die Flucht ihr Leben retteten, sobald die Mecklenburger herannahten.

Gleich nach dem Falle des Schlosses Lenzen hatte Jobst die Rückreise nach Böhmen angetreten, wo neuerdings Unruhen ausgebrochen waren. Prokop von Mähren hatte inzwischen Einfluß auf König Wenzel und die Regierung gewonnen und durch sein Auftreten die böhmischen Barone verletzt³⁾, die zu Jobsts Freunden zählten. Noch bedenklicher aber war die Lage des Königs durch den von ihm verfolgten Plan geworden, die damals bestehende Kirchenspaltung dadurch zu beseitigen, daß er im Verein mit Frankreich beide Päpste zur Entsagung nötigte. Er hatte damit namentlich Bonifacius IX. so sehr in Harnisch gegen sich gebracht, daß derselbe mit den rheinischen Kurfürsten Unterhandlungen anknüpfte, deren Ziel die Absetzung des Königs bildete⁴⁾. Jobst hatte also Grund genug zur Heimkehr an den Hof des Königs, aber diese seine Rücksichtnahme auf Interessen, welche die Mark Brandenburg nicht berührten, hinderte ihn auch, die Zustände dieses Nebenlandes durch persönliche Fürsorge zu ordnen und zu bessern. Mancherlei war in den acht Monaten seines Aufenthaltes in der Mark wohl begonnen, aber nichts zum Abschlusse gebracht worden. Die Herzöge von Mecklenburg-Stargard hatten zwar eine Niederlage erlitten, aber der Streit mit ihnen war noch nicht beendet; und ferner war eine der dringendsten Angelegenheiten, der Ausgleich zwischen Lippold von Bredow und dem Erzbischofe von Magdeburg, wie es scheint, noch

¹⁾ Detmar a. a. O. ²⁾ Detmar I, 390. ³⁾ Palacky III, 1, 123. ⁴⁾ Ebd. S. 116—118 und Lindner II, 392 u. fg.

gar nicht zur Sprache gekommen. Die Absicht Jobsts durch Verzichtleistung auf Plaue das gute Einvernehmen mit dem Erzbischofe dauernd zu befestigen erwies sich unvereinbar mit dem Wunsche Lippolds, das Schloß zu behaupten, und mit seiner Erklärung, dasselbe nur gegen die Zahlung einer Entschädigungssumme abzutreten. Sein Verhältnis zu Jobst kann daher in der letzten Zeit nicht das beste gewesen sein, und daraus erklärt es sich wohl, daß von einer Teilnahme Lippolds an den Vorgängen des Winters 1398/99 nichts gemeldet wird. War seine Stellung als Landeshauptmann für ihn selber unerquicklich, so erwies sie sich für die Mittelmark sogar gefahrbringend, denn die bedeutendsten Magdeburger Stiftsvasallen östlich der Elbe, Ludwig von Neuendorf auf dem Schlosse Plote, Kuno von Wulffen auf Grabow und Werner Kracht auf Parchem suchten 1399 das Havelland mit verwüstenden Einfällen heim¹⁾. Eine Begünstigung ihres feindseligen Treibens durch den Erzbischof ist freilich nicht zu erweisen, aber dasselbe immerhin ein Zeugnis von dem schlechten Einvernehmen, das zwischen dem Erzstift und dem Vertreter der Mittelmark bestand. Lippolds Aufmerksamkeit und Sorge wurden dadurch von den inneren Landesfragen abgelenkt auf einen äußeren Gegner, um dessen Freundschaft Jobst sich bewarb. Von der Unbehaglichkeit dieser Lage bedrückt beschwerte sich Lippold über den Markgrafen bei den Städten, welche sich auch für ihn bei Jobst verwendeten; dieser jedoch vertröstete sie auf seine nächste Anwesenheit in der Mark, die zwischen dem 24. August und dem 29. September erfolgen und ihm Gelegenheit bieten würde, Lippolds Klage zu untersuchen²⁾. Dieser Bescheid war kaum von Prag her an den Rat von Berlin abgegangen, als dort ein Schreiben der mittelmärkischen Städte einlief, welches dem Markgrafen meldete, daß Neustadt-Eberswalde von den Herzögen von Pommern-Stettin und den Grafen von Lindow bedrängt werde. Jobst antwortete darauf von Brünn aus in drei Briefen vom 1., 6. und 16. September³⁾,

¹⁾ Wusterwitz, S. 32 u. 33. ²⁾ R. II, 3, 139. ³⁾ Das erste ist veröffentlicht bei R. II, 3, 140 und bei Fidicin, Beitr. IV, 74, das zweite und dritte bei Fidicin a. a. O. S. 56. Allen drei Briefen fehlt die Jahreszahl. Den Brief vom 1. September setzte Riedel in das Jahr 1399, worin ihm beizupflichten ist, weil der Brief noch von dem bis 1400 fungierenden Protonotar Heinrich Spilner unterzeichnet ist und Lippold von Bredow noch als Hauptmann der Mittelmark genannt wird, welches Amt er im September 1400 nicht mehr bekleidete. Dieselben Gründe

welche treffend die ganze Oberflächlichkeit seines politischen Urteiles und Wirkens kennzeichnen. In dem Briefe vom 1. September erwiderte er den Städten, daß er alles das „wohl vernommen habe“, was sie von des Landes Gebrechen geschrieben hätten. Am nächsten Michaelistage (29. September) werde er persönlich in die Mark kommen. Bis dahin solle Lippold von Bredow für den Schutz des Landes Sorge tragen. Jenem habe er noch im besonderen empfohlen, „mit allem Fleiße zu besehen“, wie er mit den Herzögen von Stettin und den Grafen von Lindow ein gütliches Abkommen treffen möge. Die Städte ferner möchten Neustadt-Eberswalde hinsichtlich der Gefahren beruhigen, von welchen die Bürger infolge der Verpfändung der Stadt an die Herzöge von Stettin sich bedroht wähten. Die von diesen ausgehenden Mahnungen sollten die Bürger „aufhalten“ bis zu seiner Ankunft in der Mark. Er werde sie „los und ledig“ machen, wie er sie versetzt habe¹⁾. Gleich nach der Absendung dieser Antwort muß Jobst von neuem einen Brief aus der Mittelmark mit einem noch dringlicheren Gesuche um Hülfe erhalten haben, denn am 6. September ersuchte er die Städte, mit den Herzögen von Stettin „zu tage zu reiten“ und eine Vermittlung mit ihnen hinsichtlich der Stadt Eberswalde anzubahnen. Lippold von Bredow sei von ihm angewiesen, „mit ihnen zu reiten“. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Was euch das beste dünket, das thut, und lasset euch daran nicht hindern“. Indessen mochte Jobst nicht viel Vertrauen zu der diplomatischen Geschicklichkeit der Stände und zu dem guten Willen Lippolds von Bredow hegen, denn er wandte sich am 16. September noch mit einem besonderen Schreiben an den Rat von Berlin, um diesen zu bitten, daß er „zu Frieden und zu Gnaden im Lande helfen und raten“ möchte, bis er, der Markgraf, „so Gott wolle“, zu ihnen kommen oder ihnen eine „redeliche Botschaft“ senden werde, nach deren Weisungen sie sich richten sollten.

nötigen uns, den Brief vom 6. September ebenfalls in das Jahr 1399 zu setzen. Dem Briefe vom 16. September fehlen zwar jene Kriterien, allein er ist auch aus Brünn geschrieben und gedenkt ebenfalls einer nahe bevorstehenden Ankunft Jobsts in der Mark, so daß man auch seine Abfassungszeit in das Jahr 1399 setzen darf.

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 74: „Wes wir sie versetzt hebben, des wollen wir sie deme redlichen lösen und leddig machen“. Über Zeit und Anlaß dieser Versetzung, wie über den Grund der Feindseligkeit der Lindower Grafen gegen Eberswalde, welche auch noch in den nächsten Jahren fort dauerte, ist nichts bekannt.

So verschleppte Jobst mit inhaltleerem Raten, Wünschen und Bitten eine Angelegenheit, die durch sachgemäße und bestimmte Weisungen von seiner Seite sich wie von selbst erledigt hätte. Aus seinen drei Briefen geht nur das eine hervor, daß er ebensowenig den Städten Ratschläge zu erteilen als Hülfe zu leisten im stande war. Auch die beabsichtigte Reise in die Mark unterblieb¹⁾, und die Städte der Mittelmark, welche bereits am 9. Juni 1399 ihren Bund zur Selbstverteidigung gegen innere und äußere Feinde erneuert hatten²⁾, ohne der Schwierigkeiten Herr werden zu können, sahen sich von dem Schutze ihres Landesherrn in einem Augenblicke verlassen, in welchem ihnen nicht nur von Stettin und Magdeburg, sondern auch von der Uckermark her Gefahren drohten.

¹⁾ Am 21. Oktober 1399 urkundete Jobst an einem Orte Godinghen (R. I, 19, 39). ²⁾ Fidein, Beitr. II, 123. Die Vereinigung wurde in der Neustadt Brandenburg von den Vertretern der Städte abgeschlossen „ihrem gnädigen Herrn und dem Lande zu Gute“. Die Bestimmungen des Vertrages sind mit Klarheit und Schärfe ausgedrückt. Alle Städte wollen miteinander bei „Ehren und brandenburgischem Rechte bleiben“. Keine Stadt solle Verbindungen eingehen, welche den übrigen Nachteile bereiten könnten u. s. w. Trotzdem ist von einer unmittelbaren Einwirkung des Städtebundes wenig zu spüren; erst in den nächsten Jahren unter der Leitung des Bundes durch die Stadt Berlin tritt dieselbe hervor.

IX.

Kämpfe in der Uckermark. Niederlage der Märker am Karrenberge am 25. November 1399. Verlust von Prenzlau.

Der Kampf gegen die Herzöge von Mecklenburg-Stargard, deren Tapferkeit größer war als ihr Landbesitz, hatte 1398 zwar einen für die Mark günstigen Verlauf genommen, aber noch keinen Abschluß durch einen Friedensvertrag gefunden. Es war daher vorauszusehen, daß die Herzöge, sobald Jobst die Mark verlassen hätte, den Streit erneuern würden, um das Verlorene wieder zu gewinnen. In der That erneuerten sie schon im Jahre 1399 ihre Angriffe auf das märkische Gebiet der Uckermark, wozu sie noch der Umstand ermutigt haben mag, daß in derselben Zeit auch die Herzöge Barnim und Wartislaw von Pommern-Wolgast ihre Hand nach ukermärkischen Besitzungen ausstreckten¹⁾. Die Fürsten von Stargard und Wolgast standen den Märkern als verbündete Gegner gegenüber, wenn sich auch nicht nachweisen läßt, daß ein Bündnisvertrag zwischen ihnen abgeschlossen worden ist. Auch ohne denselben mußte der doppelt geführte Angriff die Kräfte beider stärken, indem er die Macht des Widerstandes, den ihnen die Märker leisteten, teilte und schwächte. Die Erfolge indessen, welche sie dadurch errangen, riefen die Eifersucht zweier benachbarten Fürsten wach, der Herzöge Suantibor und Bogislaw von Pommern-Stettin, die ebenfalls nach Gebietserwerbungen in der Uckermark strebten. Schon seit dem Beginn des Verfalles der Mark Brandenburg hatten die pommerschen Fürsten der Stettiner wie der Wolgaster Linie die Wiedervereinigung der Uckermark, die in alten Zeiten einst zu Pommern gehört hatte, als ein Hauptziel ihrer Politik ins Auge gefaßt und dasselbe mit soviel Ausdauer verfolgt, daß bereits in Jobsts Tagen große Gebietsteile der Uckermark

¹⁾ Dies ergibt die Urk. b. R. II, 3, 139.

von ihnen erworben waren. Diese Bestrebungen hatte ganz besonders die Zeit der pseudowaldemarischen Wirren begünstigt. Um die Herzöge von Pommern-Stettin für sich zu gewinnen, war Ludwig der Römer genötigt gewesen, ihnen 1354 das ukermärkische Gebiet im Osten der Uker mit den Städten Angermünde, Stolp, Brüssow und Granzow abzutreten, und 1358 hatte er ihnen und den Herzögen von Pommern-Wolgast die Städte Pasewalk und Alt- und Neu-Torgelow im Norden der Ukermark als gemeinschaftlichen Pfandbesitz überlassen, den ihnen auch Karl IV. noch am 12. Juli 1377 bestätigte¹⁾. Es blieben mithin den Markgrafen von Brandenburg als ukermärkischer Besitz nur die Städte Prenzlau, Strasburg, Zehdenick, Boitzenburg und einige kleinere Orte, von welchen die drei erstgenannten Städte 1393 von König Wenzel den Herzögen von Pommern-Stettin und -Wolgast für die ihm gegen die böhmischen Barone und Jobst geleistete Unterstützung überlassen sein sollen²⁾. Natürlich dachte Jobst nicht daran, diese Übertragung von brandenburgischem Gebiete an seine Gegner anzuerkennen; nichtsdestoweniger behielten diese die Erwerbung auch des Restes der Ukermark im Auge. Ihnen kam dabei zu statten, daß mancherlei Umstände den Bewohnern den Anschluß an Pommern sehr nahe legten. 1379 hatte Sigismund die Städte Prenzlau, Strasburg und Templin angewiesen, zu ihrem Schutze eine Verbindung mit Stettin, Pasewalk und Stralsund einzugehen³⁾; Prenzlau ferner, der Vorort der südwestlichen Ukermark, gehörte zu dem pommerschen Bistume Cammin und unterhielt nach Pommern hinein wichtige Handelsverbindungen. Es war daher natürlich, daß die Prenzlauer mehr Sympathien für den Herzog Suantibor als für den Markgrafen Jobst hegten, der nicht im stande war, zum Schutze für sie einzutreten, und andererseits, daß jener nicht ein müßiger Zuschauer bei der Befehdung einer ihm befreundeten Landschaft durch die Fürsten von Wolgast und Stargard bleiben konnte. In der That ergibt eine bereits oben erwähnte Urkunde Suantibors vom 9. Mai 1399, daß Letzterer den Wolgaster Herzögen gegenüber als Friedensbürge für gewisse Teile der Mark Brandenburg, die nur in der Ukermark belegen sein

¹⁾ R. II, 3, 61. ²⁾ Riedel, Zehn Jahre aus d. Gesch. d. Ahnherren des Preufs. Königshaus. S. 348 nach Kantzows Pomm. Chron. ed. Medem S. 25 u. 26. ³⁾ R. II, 3, 72.

konnten, Verpflichtungen übernahm¹⁾. Die Wolgaster scheinen daraufhin die Feindseligkeiten eingestellt zu haben, während die Herzöge Johann und Ulrich von Mecklenburg-Stargard den Kampf gegen die brandenburgischen Ukermärker fortsetzten. Da beschlossen die Bürger von Prenzlau, durch den Zuzug markgräflicher Truppen aus der Mark ermutigt, die Angriffe jener Fürsten durch einen Einfall in das stargardische Gebiet zu rächen. Am Katharinentage (25. November) 1399 kam es zwischen ihnen und den Truppen der Herzöge am Karrenberge bei Neuensund an der Grenze zwischen dem stargardischen und dem ukermärkischen Territorium zu einem Kampfe, der nicht nur mit der Niederlage der Märker, sondern auch mit der Gefangennahme vieler Bürger von Prenzlau endigte. Die Märker scheinen an Zahl den Feinden überlegen gewesen zu sein, denn die Herzöge nahmen nicht ohne Besorgnis den Kampf gegen sie auf: sie suchten sich durch ein feierliches Gelübde auch des Beistandes der heil. Katharina zu versichern. Dann aber thaten sie als kriegstüchtige Führer ihre volle Schuldigkeit und nicht minder gewandt nutzten sie sogleich den errungenen Sieg aus. Noch auf dem Schlachtfelde mußten die gefangenen Prenzlauer sich verpflichten, ihnen die ungewöhnlich hohe Summe von 60 000 Schock b. Gr. als Lösegeld zu zahlen²⁾ und bis zu deren Abtragung ihre Stadt den

¹⁾ R. II, 3, 139: Suantibor und Bogislaw erklärten den Wolgaster Herzögen, „dat wy en staen unde loven vor enen vrede vor dy land, slote unde alle invonere der land der marke to Brandenborgh, dy wy unsen vedderen bescreven hebben gegeven. De frede, dy scal an stan — unde gensliken bliven wente to Bartolomeus dage negest to komende (24. Aug.). Hir binnen schole wir unsen veddern rechtes helpen over de marke unde land, dy wy verdedingen u. s. w.

²⁾ Als 1408 der heil. Katharina zur Erfüllung des Gelübdes eine Vicarei errichtet wurde, erklärten die Herzöge: Anno D. 1399 ipso die beatae Katharinae virginis in limitibus nostris prope villam Novesund in campo circa montem Carrenbergh contra hostes nostros, videlicet capitaneos, vasallos et civitatenses dom. Marchionis Brand. vexilla nostra ereximus et pro obtinenda victoria solempne votum fecimus, sicque divina miraculose favente elemencia victoriam obtinuimus contra praemissos (R. I, 13, 341). Hiernach sind Tag und Ort der Schlacht genau zu bestimmen und die Angaben Detmars (Graut. I, 392), daß am Lucientage (13. Dec.) und bei Prenzlau gestritten worden sei, als unbegründet abzuweisen. Richtig ist dagegen die von Detmar genannte Summe von 60 000 Schock b. Gr., welche die Prenzlauer als Lösegeld bezahlen sollten, denn die Angabe findet ihre Bestätigung durch ein Schreiben der Stargarder Herzöge selbst (bei Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 273). — Hinsichtlich des Ortes der Schlacht teilt Riedel I, 13, 341 eine Bemerkung des Sekre-

Herzögen als Unterpfand zu setzen. Die Niederlage am Karrenberge bedrohte also Prenzlau mit dem materiellen Ruin oder dem Verluste der Selbständigkeit, und um diesen Gefahren zu entgehen, entschlossen sich die Bürger zu dem bedeutsamen Schritte, die Herzöge von Stettin als ihre Herren anzuerkennen und deren Schutz gegen ihre Feinde anzurufen. Am 6. December 1399 bestätigten ihnen Suantibor und Bogislaw alle Freiheiten, welche sie von den Markgrafen von Brandenburg erhalten hatten¹⁾, und dieser Akt setzt voraus, daß die Huldigungsleistung von seiten Prenzlaus schon vorausgegangen war. Unter der pommerschen Oberhoheit waren die Bürger nun im stande, die Zahlung der 60 000 Schock b. Gr. zu verzögern, und als sie endlich unter dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg zu Brandenburg zurückgekehrt waren, dieselbe zu verweigern. Noch im Jahre 1415 wurden sie dieser Schuld wegen von den Herzögen Johann und Ulrich gemahnt, die ihnen die vorwurfsvollen Worte schrieben²⁾: „Ihr habt einst auf dem Karrenberge uns gelobt und geschworen, bis dahin unser Pfand zu sein, daß Ihr uns 60 000 Schock gezahlt hättet, weswegen wir Euch alle Katharinentage vergeblich mahnen. Anstatt euren Eid zu halten, habt Ihr Euch von uns zu den Stettinschen gesetzt und nun fortan mit Schanden auch diese wieder verlassen und, da Ihr mit eurem Schandstabe springt, wohin Ihr wollt, dem Burggrafen als Erbherrn gehuldigt und geschworen. — Daß wir Euch bis jetzt nicht befehdeten, das habt Ihr unserer Rücksicht auf die Stettinschen Herren

tärs Grischow zu Neu-Strelitz mit, daß auf der Feldmark des bei Neuensund belegenen Dorfes Gehren sich ein Höhenpunkt, der Dorrenberg genannt, befindet, an welchen sich jetzt noch die Sage von einer Schlacht knüpfe. Statt Karrenberg sei daher vielleicht Darrenberg zu lesen. Diese Vermutung ist jedoch abzuweisen, da der Name Karrenberg auch sonst überliefert ist. Eine Urk. vom Jahre 1415 (bei v. Raumer Cod. dipl. Br. I, 62) gedenkt der Schuldforderung eines Prenzlauer Bürgers Borchhart von 10 Schock b. Gr. für die Pferde, „dy nomen worden upp deme Karrenberge“. Barthold, Rügen-Pomm. Gesch. III, 561 verlegt das Schlachtfeld nach dem Vorgange Rudloffs (Pragm. Handb. d. Meckl. Gesch. I, 545) in das Gebiet des Dorfes Karwitz an der Grenze der Uckermark. Aufser dem Dorfe Karwitz giebt es auch einen Karwitz-See und eine Karwitzer Heide, ferner ein Dorf Krewitz, dessen erste Silbe mit der Silbe Kar identisch zu sein scheint. Wahrscheinlich wurde früher auch ein Berg dieser Gegend von anderen Bergen durch Vorsetzung der Silbe Kar unterscheidbar gemacht.

¹⁾ R. I, 21, 224 u. 225. ²⁾ Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 273.

zu danken.“ So hatte in der That der Anschluß an Pommern-Stettin den Bürgern von Prenzlau ihr Geld und ihre Freiheit gerettet, aber die Handlungsweise der Stadt war nichtsdestoweniger ein trauriges Symptom der Zeit. Der Kurstaat verlor damit den Vorort der Uckermark, und Pommern-Stettin gewann ohne Schwertstreich eine gewerbreiche Stadt und ein festes Ausfallthor zum Angriff auf den Barnim und das Havelland. Ein Einspruch gegen die Lossage Prenzlaus von der Mark scheint weder von seiten Jobsts noch der märkischen Stände erfolgt zu sein, und wäre überhaupt wirkungslos gewesen, wenn ihm nicht durch eine militärische Aktion in der Uckermark Nachdruck gegeben werden konnte. An eine Expedition zur Rettung der Stadt war in dieser Zeit gar nicht zu denken, denn die gesamte Mittelmark erfuhr noch 1399 das traurige Schicksal, der Schauplatz wüster Fehden und verderblicher Kämpfe zu werden.

X.

Fehden in der Mittelmark. Lippold von Bredow im Zerwürfnis mit Jobst. Sein Rücktritt vom Amte. Bischof Johann von Lebus Verweser der Mittelmark.

Wir sahen bereits, daß die Mittelmark im Jahre 1399 im Westen wie im Osten durch kriegerische Verwicklungen bedroht war und die Stände sich Hülfe suchend an Jobst wandten. Eberswalde befürchtete einen Angriff der Herzöge von Stettin und der Grafen von Lindow, und Brandenburg sah die magdeburgischen Stiftsvasallen Ludwig von Neuendorf, Kuno von Wulffen und Werner Kracht vor ihren Thoren streifen und plündern. Um sich ihrer Räubereien zu erwehren, griffen die Bürger der Stadt zu den Waffen, wurden aber bei den Bergen des Dorfes Marzahn, nördlich von Brandenburg, am 17. Nov. 1399 von ihren Gegnern besiegt. Eine Anzahl von Bürgern geriet dabei in Gefangenschaft und wurde nach dem Schlosse Plote geführt¹⁾. Um diese Niederlage zu rächen, verbanden sich die Brandenburger mit Wichard von Rochow auf dem der Stadt nahe gelegenen Schlosse Golzow zu einem Einfalle in das Gebiet ihrer Feinde. Am 6. Januar 1400 verbrannten sie das Dorf Hohenseeden bei Burg. Mit reicher Beute heimkehrend wurden sie von jenen angegriffen, aber diesmal war das Glück auf ihrer Seite. Sie schlugen nicht nur ihre Gegner zurück, sondern machten auch zahlreiche Gefangene, welche nach dem Schlosse Golzow in Sicherheit gebracht wurden. Dieser Sieg erleichterte dem Bischofe Heinrich von Bodendik und dem Propste Henzo von Gersdorf zu Brandenburg die Bemühung um Herstellung des Friedens. Am 25. März fand die Auswechselung der Gefangenen von beiden Seiten statt²⁾.

¹⁾ Wusterwitz S. 32 u. 33. ²⁾ Ebd. S. 34 u. 35.

Die hier geschilderten lokalen Vorgänge bildeten jedoch nur eine Episode inmitten eines allgemeineren Kampfes, den die Mittelmark damals zu bestehen hatte. Zu Ende des Jahres 1399 war der Graf Ulrich von Lindow in Verbindung mit Kuno von Quitzow und wahrscheinlich auch mit Vasallen der Herzöge von Mecklenburg-Stargard¹⁾ und mit den Herzögen von Pommern-Wolgast²⁾ in das Land eingedrungen. Welchen Zweck die Feinde dabei verfolgten, findet sich nirgends überliefert; es mag Raublust bei den einen und Eroberungssucht bei den anderen gewesen sein, genug das Havelland und der Barnim waren ihren Angriffen und Plünderungen preisgegeben, und die Stände mußten sich endlich entschließen, Friedensverhandlungen mit ihnen einzuleiten, welche nicht ganz ohne Erfolg blieben. Am 5. Februar 1400 gewährten Graf Ulrich und Kuno von Quitzow den Mannen und Städten des Havellandes, der Landschaften Rhinow und Friesack, des Potsdamer Werders sowie des Teltow und Barnim einen mehrwöchentlichen Waffenstillstand bis zum 7. März, und Hans von Schlieben und Hermann Bardeleben als Bevollmächtigte der Stände nahmen denselben an³⁾.

Inmitten dieser Fehden, Wirren und Verhandlungen sucht unser Auge vor allem nach der Person Lippolds von Bredow, dem der Schutz der Mittelmark übertragen war und die Friedensverhandlung mit den Feinden obliegen mußte. Indessen wir finden ihn weder unter den Verteidigern des Landes noch unter den Vertretern desselben, als der Waffenstillstand beraten wurde, sondern in einer

¹⁾ Ein Brief der mittelmärk. Städte vom J. 1402 (Riedel, Supplem.-Bd. S. 266, No. 20), welcher die Verwüstungen der Mittelmark schildert, erwähnt, daß des „Mecklenburgers Mannen mit gewesen seien auf allen Reisen.“ ²⁾ Nach dem Briefe b. Fidicin, Beitr. II, 104, über dessen Abfassungszeit am Schlusse dieses Abschnittes zu handeln ist. ³⁾ Riedel, Suppl.-Bd. S. 253. Hans von Schlieben gehörte wahrscheinlich dem zu Wusterhausen bei Berlin ansässigen Geschlecht der Schlieben an. Er wird noch erwähnt b. Fidicin, Beitr. II, 96 und R. II, 3, 161. Wusterwitz S. 42 nennt ihn z. J. 1402 als Besitzer von Friesack; S. 58 z. J. 1409 aber als Besitzer dieses Schlosses Balthasar v. Schlieben. — Hermann Bardeleben wird in den Jahren 1373, 1394 und 1404 als Bürger Berlins genannt, Fidicin, Beitr. II, 67 und 117; R. I, 11, 79. — Mit den oben bezeichneten Verhandlungen hängt vielleicht die Berufung der märk. Stände nach Guben zusammen, welche Jobst am 10. Febr. von Prag her erließ (R. II, 3, 143). Seinem noch von Heinrich Spilner beglaubigten Schreiben fehlt jedoch die Jahreszahl. Riedel nimmt das Jahr 1400 an, worin ihm beizustimmen sein dürfte. Jobst erschien jedoch nicht in Guben.

Lage, welche ihn nötigte, sich von Jobst und der Hauptmannschaft loszusagen. Diese Katastrophe in dem Leben des märkischen Edelmannes hatte Jobst selber durch sein Verhalten gegen den Erzbischof von Magdeburg herbeigeführt. In dem Vertrage, welchen die beiden Fürsten im August 1390 abgeschlossen hatten, war dem Erzbischofe das Schloß Plaue als Eigentum zugesichert worden, wenn Jobst Besitzer der Mark Brandenburg werden sollte. Dieser Fall war inzwischen eingetreten und Jobst von König Wenzel als Kurfürst anerkannt worden, so daß der Erzbischof jetzt mit Recht die Übergabe von Plaue fordern konnte. Lippold von Bredow aber betrachtete das Schloß nicht nur als ein sicheres Unterpfand für seine Geldforderungen an Jobst, sondern bereits als sein Eigentum, denn er hatte ein Flußwehr in der Havel, das er käuflich erstanden, dem Schloßbesitze hinzugefügt¹⁾. Unter solchen Umständen wäre es Jobsts Pflicht gewesen, seine Ansprüche durch eine Geldzahlung zu befriedigen und dann dem Erzbischofe das Schloß zu überlassen, womit der langwierige Streit seine Erledigung gefunden hätte. Jobst indessen wich dem Ausgleiche mit Lippold zögernd aus, wie seine oben erwähnten Briefe aus dem September 1399 beweisen, und unterhandelte dafür mit dem Erzbischofe von Magdeburg²⁾, bis das Eindringen der Stiftsvasallen und des Grafen Ulrich von Lindow in die Mittelmark Lippolds Lage mit einem Male veränderte. Von Feinden rings umgeben bedrohte ihn auch die Gefahr, daß jetzt der Erzbischof die Zeit für günstig erachten könnte einen Angriff auf Plaue zu unternehmen. Da erkannte er die Notwendigkeit, sein Heil auf einem anderen Wege suchen zu müssen, und er trat mit dem Erzbischofe selbst in Verhandlungen. Am 24. December 1399 schloß er mit diesem zu Calbe einen Vertrag ab³⁾, demzufolge er dem Erzstifte Plaue zu übergeben sich bereit erklärte, wenn ihm der Erzbischof dafür 1200 Schock b. Gr. zahlte. Von dieser Summe sollten ihm 800 Schock am 2. Februar 1400 ausgezahlt, für den Rest aber die Hälfte des Schlosses auf mindestens noch drei Jahre als Pfandbesitz eingeräumt werden, während die andere Hälfte einem erzbischöflichen Hauptmann unterstellt würde. — Soweit erscheint

¹⁾ Dies wird gelegentlich erwähnt in der Urk. R. II, 3, 141. ²⁾ Von diesen Verhandlungen redet Jobst selber in dem Briefe vom 6. Sept. 1399 b. Fidicin, Beitr. IV, 74. ³⁾ R. II, 3, 143.

der Calber Vertrag als ein Privatabkommen zwischen Lippold und dem Erzbischofe, welches den Absichten Jobsts hinsichtlich des Schlosses durchaus entsprechen mußte. Um so mehr fühlt man sich überrascht, in dem Vertrage eine Bestimmung von politischer Bedeutung zu finden, welche Lippold von Bredow in schroffer Opposition gegen seinen Landesfürsten erscheinen läßt. Er verband sich nämlich mit dem Erzbischof zu gegenseitiger Verteidigung wider alle Angriffe der Mark und des Markgrafen, während sein Bruder Peter, sein Vetter Hasso von Bredow und sein Freund Otto von der Hagen in den Schutz des Erzbischofes übertraten. Der Erzbischof andererseits verpflichtete sich, mit Jobst und der Mark nicht Frieden zu schließen, „es wäre denn, daß Lippolden von Bredow Recht und Gerechtigkeit widerführe.“

Dahin also hatte es die zaudernde, eigennützige Politik Jobsts gebracht, daß sein Stellvertreter in der Mittelmark in ein Bündnis mit dem Gegner trat, von welchem er Jahre hindurch Plaues wegen befehdet worden war. Durch die Behauptung des Schlosses hatte Lippold bisher ein vaterländisches und ein persönliches Interesse zugleich verfochten, bis er erkannte, daß Jobst weder das eine noch das andere beachtete, das märkische Anrecht an Plaue preisgab und die Forderungen Lippolds zu befriedigen säumte. Als nun die politische Lage der Mark mit jedem Jahre ernster wurde und Lippold die Überzeugung aufdrängte, daß Plaue nicht zu behaupten sei, da suchte er in dem allgemeinen Schiffbruche wenigstens sich und sein Interesse zu retten. Die Geldforderung an Jobst, für welche ihm Plaue als Unterpfand gedient hatte, sollte ihm jetzt der Erzbischof bezahlen. Damit vollzog er eine That, welche unsere heutige Auffassung von Pflicht und Ehre als unpatriotisch verurteilt und Lippolds Zeitgenossen schon befremdend fanden. Wie vieles auch zu seiner Entschuldigung gesagt werden kann, dennoch bleibt der Vorwurf auf ihm ruhen, daß er die Sache des Vaterlandes eher preisgegeben hat als seine Anrechte an Plaue, dem Kapitän gleich, der im Schiffbruche zunächst an sich denkt. Seine lange ehrenvolle politische Laufbahn hatte damit einen plötzlichen Abschluß gefunden.

Auf der andern Seite ist jedoch nicht zu übersehen, daß der Calber Vertrag nur die Kehrseite zu dem Tangermünder Vertrage vom Jahre 1390 bildet. Wie in diesem Jobst und der Erzbischof

von Magdeburg sich gegen Lippold von Bredow verbanden, so einigten sich dieser und der Erzbischof 1399 gegen den Markgrafen, woraus sich ergibt, daß das Verhältnis des märkischen Edelmannes zu dem Landesfürsten ein politisch freieres war als wir es uns gewöhnlich vorstellen. Jene Verträge fordern aber auch noch in einem anderen Punkte zur Vergleichung auf. Wie Jobst trotz der 1390 eingegangenen Verpflichtung nicht daran gedacht hat den Erzbischof gegen Lippold zu unterstützen, so hat auch dieser 1399 und in den folgenden Jahren nichts unternommen, was dem Erzbischofe im Streite gegen die Mark zu gute gekommen wäre. In dieser Hinsicht blieb das Bündnis Beider wirkungslos; ja man darf noch einen Schritt weiter gehen und behaupten, daß der Calber Vertrag überhaupt nicht zur Ausführung gelangt ist, da Lippold dem Erzbischofe niemals weder das ganze Schloß noch die eine Hälfte desselben eingeräumt hat. Im Jahre 1400, so erzählt Wusterwitz¹⁾, verheiratete er seine Tochter Agnes mit Johann von Quitzow, dem zweiten Sohne des alten Kuno von Quitzow, unter dem Versprechen ihr eine Mitgift von 800 Schock b. Gr. zu geben — ohne Zweifel die Summe, welche der Erzbischof am 2. Februar 1400 auszahlen sollte. Indessen ergab sich, daß Lippold nicht im stande war, seinem Schwiegersohne die Mitgift in barem Gelde zu übergeben, der Erzbischof also, so dürfen wir weiter schließen, den Zahlungstermin nicht inne gehalten hatte. Infolgedessen überließ Lippold das Schloß Plaue seinem Schwiegersohne als Unterpfand, und dieser dachte nicht daran dasselbe dem Erzbischofe jemals einzuräumen. Lippold zog sich jetzt samt seinen Söhnen Achim und Matthias nach seinem Stammsitze Kremmen zurück, während Johann von Quitzow auf Plaue die Wacht an der Havel übernahm, bald freilich seine Waffen ebenso gegen die Mark wie gegen Magdeburg schwingend. Jener verlebte nach seinem Rücktritte noch einige Jahre in trübem Mißmut über die Wendung, welche sein Schicksal genommen hatte. Ein datumloser Brief aus jenen Tagen, dessen unsichere Unterschrift einen Bredow nennt und dessen Inhalt auf Lippold von Bredow als den Verfasser hindeutet, gewährt uns einen Einblick in die gedrückte Stimmung des einst so mächtigen Mannes²⁾. Der Verfasser des Briefes schreibt dem Rate von Berlin der Hauptsache nach folgendes:

¹⁾ S. 36. ²⁾ Fidicin, Beitr. II, 104.

„Wisset, lieben Freunde, daß ich erfahren habe, wie bei Euch das Gerücht geht, daß Herzog Barnim und die Grafen von Lindow ihre Banner aus Kremmen ausgesteckt haben. Wer Euch das gesagt hat, der lügt wie ein käuzender Bube. Wenn ich das thun wollte, so würde ich mich wohl anders gegen Euch, meinen Herrn und sein Land (benehmen?)¹⁾, denn Ihr wisset wohl, daß ich nie Unrecht (offel) an meines Herrn Land gethan habe. Auch klage ich Euch, lieben Freunde, über die von Schlieben und die Bürger von Rathenow, daß sie mich berauben, obwohl ich ihnen nie zu leide gethan habe. — Dünket Euch, lieben Freunde, daß ich meinem Herrn nicht gut genug bin zu einem Manne (d. h. Lehnsmann), so würde ich, wenn Ihr — oder meines Herrn Lehnsmannen — Kremmen kaufen wolltet, Euch das gerne gönnen, da ich es wegen Armut nicht länger besitzen kann. Wenn Ihr das nicht thun wollt, so muß ich es verkaufen, wem ich vermag. Könntet Ihr noch bewirken, daß ich nicht von meines Herrn Dienst und von seinem Lande mit so viel Gefahren vertrieben würde, so nähme ich das gern an. Eure Antwort“²⁾. Hiernach war in der That Lippold von Bredow tief ge-

¹⁾ Dieses Wort oder ein entsprechendes ist zu ergänzen. Fidicin vermutete: verwahren. ²⁾ Da der hier mitgeteilte Brief weder Jahreszahl noch Datum trägt und außerdem die unsichere Unterschrift Jan von Bredow führt, so bedarf es der Rechtfertigung, weshalb er hier Lippold von Br. beigelegt ist. Jedenfalls ergibt sein Inhalt, daß der Verfasser des Briefes Besitzer von Kremmen war, dem Markgrafen von Brandenburg lange Zeit Dienste geleistet hatte und zu seinem großen Bedauern aus seinem Amte entlassen worden war. Seine Führung hatte ferner den Verdacht rege gemacht, daß er die Gegner der Mark in Kremmen aufgenommen habe. Das alles paßt durchaus auf Lippold von Bredow, während ein Jan von Br. als Inhaber jenes Schlosses unbekannt ist, so daß bereits Fidicin die Richtigkeit des Vornamens in Zweifel zog. Hinsichtlich der Abfassungszeit des Briefes scheint Riedel (Zehn Jahre u. s. w. S. 106) an das Jahr 1412 gedacht zu haben, in welchem der Burggraf Friedrich mit den Pommern bei Kremmen stritt, „an einem Orte, der ihnen wohl gastliche Aufnahme geboten.“ Allein 1412 war Lippolds Sohn Achim v. Br. Besitzer des Schlosses, und die pommerschen Herzöge, mit denen Friedrich damals kämpfte, hießen Otto und Casimir, die Söhne Suantibors, während der Brief einen Herzog von Barnim (von Pommern-Wolgast) nennt. Daß die Grafen von Lindow 1412 gegen Friedrich gekämpft haben, ist nicht zu erweisen, wohl aber gewiß, daß sie um 1400 die Mittelmark befehdeten. Der Verfasser des Briefes redet ferner von „seinem Herrn“ als einem noch lebenden und weiß nichts von dem Burggrafen Friedrich. Die Verbindung endlich derer von Schlieben und der Bürger von Rathenow, welche ihn bedrohte, konnte leicht zu stande kom-

sunken. Der Volksmund bezichtigte ihn des verräterischen Einverständnisses mit den Feinden des Landes, so daß er öffentlich seine Ehre wahren mußte. Ohne Entgelt hatte er sein Vermögen im Dienste für die Mittelmark aufgewendet, und es war zweifelhaft, ob er sein Stammschloß Kremmen werde erhalten können. Selbst der Bann der Kirche lastete auf ihm, denn am 24. August 1403 wurden von Magdeburg aus die Augustinermönche in Brandenburg von einer Exkommunikation freigesprochen, in welche sie wegen Zulassung Lippolds von Bredow zu ihrem Gottesdienste geraten waren ¹⁾. Am 24. November 1403 wohnte er noch einer Versammlung der mittelmärkischen Stände in Berlin bei ²⁾, und bald darauf scheint er gestorben zu sein, da sein Name fortan nicht mehr genannt wird ³⁾.

Nach seinem Rücktritte von der Hauptmannschaft suchten die Stände, wie bemerkt, der Mittelmark Ruhe und Frieden auf dem Wege eines gütlichen Abkommens mit den Feinden zu verschaffen. Während des vierwöchentlichen Waffenstillstandes, den sie mit diesen abschlossen, ernannte Jobst zum Nachfolger Lippolds in der Hauptmannschaft den Bischof Johann IV. von Lebus, aus dem Hause der Borschnitz, einen Prälaten, mit welchem der Markgraf zu allen Zeiten in freundschaftlichem Verhältnis gestanden hat. Ihm zur Seite stand Balthasar von Schlieben, ein zugleich kriegstüchtiger und friedliebender Edelmann, der ebenfalls den Titel eines Hauptmanns der Mittelmark führte ⁴⁾. Dieser scheint vorzugsweise die militärischen

men, so lange die von Schlieben das nahe gelegene Friesack inne hatten, mußte sich aber von selbst lösen, nachdem am 28. Januar 1409 Dietrich und Johann von Quitzow Rathenow von dem Markgrafen pfandweise erworben hatten (Wusterwitz, S. 55.) Wenn also der Brief überhaupt von Lippold v. Br. herrührt, wofür der Inhalt beinahe überzeugend spricht, so muß er in das Jahr 1400 oder 1401 gesetzt werden.

¹⁾ R. I, 9, 82. ²⁾ R. II, 3, 166. ³⁾ Der im Jahre 1412 bei R. I, 7, 138 als Zeuge erwähnte Lippold von Bredow, dessen Name auch noch in den folgenden Jahren genannt wird, gehörte bereits einer späteren Generation an. ⁴⁾ In einem Verzeichnis von kriminellen Vergehen, die in Berlin im 14. und 15. Jahrhundert vorgekommen waren, wird von einem Straßenraub, den zwischen 1399 und 1402 die Söhne eines Bürgers Czitkob begangen hatten, berichtet und bemerkt, daß die Räuber samt ihrem Raube auf dem Hofe ihres Vaters ergriffen worden seien, „als Er Baltzar von Sliben wol witlichen is, der tu den tiden houfftman was“, Fidicin, Beitr. I, 189. Nach Riedel, Supplem.-Bd. S. 266 kämpfte er im Verein

Obliegenheiten eines Hauptmannes und der Bischof die diplomatischen übernommen zu haben. Am 9. März 1400 schrieb der Letztere dem Rate von Berlin, daß er die Beschlüsse der Stände hinsichtlich des Friedens gern bestätigen wolle und binnen drei Tagen in Berlin eintreffen werde¹⁾. Der Friede kam jedoch nicht zu stande, die Fehde dauerte fort und wurde nur durch einen abermaligen Waffenstillstand unterbrochen, welchen der Bischof Johann und Gericke von Holzendorf am 16. Juli 1400 auf vier Wochen hinaus mit den Gegnern abschlossen²⁾. Auch nach dessen Ablauf war man mit den Friedensverhandlungen nicht weiter als am Anfange des Jahres. Die streitsüchtigen Feinde begannen ihre Einfälle in die Mittelmark von neuem und setzten sie auch im nächsten Jahre noch fort. Aller Versprechungen ungeachtet war Jobst nicht in der Lage, persönlich in der Mark zu erscheinen, und so entwickelte sich im Havellande und Barnim ein Zustand der Gesetzlosigkeit und staatlichen Auflösung, welcher nach einem allgemeingültigen geschichtlichen Gesetze entweder mit dem Untergange des Staatswesens endigen oder die Tyrannis aus sich erzeugen mußte. Es ist hinlänglich bekannt, wie auf dem Boden der märkischen Anarchie die Brüder Dietrich und Johann von Quitzow eine Macht begründeten, welche der landesfürstlichen nahe kam und sie zu verdrängen suchte. Indessen nicht nur die kühne Verschlagenheit märkischer Edelleute wufste aus dem Verfall der Landesregierung Vorteile zu ziehen, sondern auch der kluge Sinn einer regsamen Stadtgemeinde, welche durch ihre Lage in der Mitte der Mark und ihre langjährige glückliche Entwicklung dazu bestimmt war, die Hauptstadt des Kurfürstentumes zu werden. Die Bürgerschaft Berlins gewann, die Geldnot des Markgrafen ausnutzend, autonome Rechte, durch welche sie größere Gemeinwesen, wie Brandenburg, überflügelte und in den Stand gesetzt wurde, unter den märkischen Städten die politische Führung zu übernehmen. Dieser Aufschwung Berlins und das Emporkommen der Quitzows sind ihrem Ausgangspunkte nach so verwandte Erscheinungen, daß wir eine Zeit lang Bürgerschaft und Edelleute vereint nach demselben

mit dem Bischofe von Lebus um 1401 gegen die Grafen von Lindow. Die Angabe bei Wusterwitz S. 36, daß Johann von Quitzow an Lippolds Stelle Hauptmann geworden sei, beruht demnach auf einem Irrtume.

¹⁾ R. I, 4, 81. ²⁾ Ebend.

politischen Ziele streben sehen, bis das gesetzmäßige Verhalten der einen und die gewaltsame Handlungsweise der anderen die Verschiedenheit ihrer politischen Tendenzen offenbarte. Da die Wirksamkeit Beider nach dem Jahre 1400 die Gestaltung der märkischen Verhältnisse in hervorragender Weise bedingt, so verdient sowohl die Vorgeschichte Berlins wie die Familiengeschichte der Quitzows eine besondere Beachtung.

XI.

Die Entwicklung Berlins zum Vororte der Mark Brandenburg.

Die Doppelgemeinde Kölln-Berlin, hier der Kürze wegen nur mit dem letzteren Namen bezeichnet, verdankte ihr Emporkommen und ihre wachsende Bedeutung¹⁾ zunächst ihrer geographischen Lage in der Mitte der Mark und zwischen dem Elbe- und dem Odergebiete, welche durch die Havel und die Spree, einen beinahe vollständigen natürlichen Kanal, verbunden werden. Die allgemein günstigen Bedingungen einer solchen centralen Lage für das Wachstum einer Stadt wurden noch erhöht durch den Umstand, daß Berlin einen Übergangspunkt zwischen den durch die Spree geschiedenen plateauartigen Landschaften des Teltow und Barnim bildete. Die Spree wird wie die Havel auf weite Strecken hin von Sumpfniederungen begleitet, welche den Verkehr zwischen jenen Landschaften im Sommer erschwerten und in den übrigen Jahreszeiten beinahe unmöglich machten. An einer Stelle nun, an welcher die Vorberge jener Plateaus einander sich nähernd die Spreeniederung einengen und in dem Flusse zugleich eine inselartige Bodenerhebung den Übergang erleichterte, da erhob sich die Doppelstadt aus bescheidenen Anfängen. Eben auf jener Spreeinsel entstand zuerst der Ort Kölln, dessen Name wahrscheinlich von dem slawischen Kolna d. h. Erhebung abzuleiten ist²⁾. Die Petrikirche in Kölln, dem Schutzpatron der Fischer geweiht, läßt genugsam erkennen, daß die Bevölkerung des Ortes vorzugsweise vom Fischfang lebte. Als gegen

¹⁾ Schon zum Jahre 1410 nennt Wusterwitz S. 72 und 73 Berlin das „Haupt“ der Mark Brandenburg. Vergl. J. G. Kohl, die Lage der Hauptstädte Europas, S. 311 u. fg. ²⁾ Rich. Andree, Wendische Wanderstudien, S. 145.

die Mitte des 13. Jahrhunderts die Uker- und die Neumark von deutschen Kolonisten bevölkert und der Kultur und dem Handel erschlossen wurden, da bahnte sich der Verkehr eine Straße von der Spree her über den Barnim bis zur Oder, und diese Straße nahm ihren Ausgangspunkt Kölln gegenüber am rechten Spreeufer, wo eine sandige Bodenerhebung einen bequemen Landungsplatz darbot. An dieser Stelle entwickelte sich die Stadt Berlin, welche auf einem größeren Raume sich ausbreitend und von anderen Lebensbedingungen abhängig als Kölln die Fischerstadt sehr bald überholte¹⁾. Berlins älteste Kirche ist dem heiligen Nikolaus, dem Schutzpatron der Kaufleute, geweiht und kennzeichnet den Ort sogleich als Handels- und Verkehrsplatz. In der That ergiebt es sich, daß mit der Gründung Berlins ein Mittelglied und ein Kreuzungspunkt der wichtigsten Handelsstraßen in das Leben gerufen war, welche die Mark Brandenburg damals wie heute noch durchziehen; und dieser Umstand erklärt in erster Linie den schnellen Aufschwung der Stadt im Verlaufe von einigen Decennien. Die Handelswege von Magdeburg nach Frankfurt a. d. O. und von Wittenberg und Leipzig nach Stettin trafen hier zusammen, und die Industrieerzeugnisse aus dem Elbegebiete und die Naturprodukte des Oberlandes, auf der Havel und der Spree ausgeführt, begegneten sich hier. Getreide, Holz, getrocknete Fische, Honig, Wachs, Garn und Häute kamen von Osten her von Oderberg aus zu Lande oder von Fürstenwalde nahe bei Frankfurt a. d. O. die Spree herab nach Berlin, um hier nicht minder als die Kolonialwaren, die der Westen sandte, an bestimmten Plätzen ausgeladen und der Bürgerschaft dem von ihr erworbenen Niederlagsrechte gemäß zum Ankaufe dargeboten zu werden, ehe sie weitergeführt werden durften. Vermöge dieses Rechtes, welches schon 1298 der Markgraf Otto als ein althergebrachtes von neuem bestätigte²⁾, belastete man in Berlin zwar den Handelsverkehr mit einem Eingangs- und Schutzzoll, verschaffte aber auch vielen Einwohnern täglichen Verdienst und der Stadtkasse eine erhebliche Einnahme. Dem Handel indes verdankte die aus deutschen, zum teil niederländischen Kolonisten³⁾ bestehende Bevölkerung nicht nur ihren

¹⁾ Urkundlich wird Berlin zuerst im Jahre 1244 genannt. ²⁾ Fr. Holtze: Das Berliner Handelsrecht im 13. und 14. Jahrhundert, Schrift. des Vereins f. d. Geschichte der Stadt Berlin, Hft. XVI, S. 6. ³⁾ Niederländer waren: die Familien

Wohlstand, sondern auch die geistige Regsamkeit, die sie in den Stand setzte, auch die politischen Verhältnisse der Mark nach dem Tode Waldemars im Interesse Berlins auszunutzen. Das Interregnum nach dem Jahre 1319 und das ordnungslose Regiment der Wittelsbacher gewährten Rat und Gemeinde die Gelegenheit zur Erwerbung von Privilegien, welche die Entwicklung Berlins zur kommunalen Selbständigkeit außerordentlich begünstigten. Beachtenswert unter den mancherlei Vorrechten der Stadt sind besonders die folgenden: der Landesherr war verpflichtet, den Besitz der Lehngüter den Bürgern gegen Zahlung eines nicht erheblichen Betrages unweigerlich zu bestätigen; durfte bei Erhebung einer allgemeinen Landessteuer von Berlin nie über 150 Mark Silber hinaus fordern, die Bürger der Stadt nicht wie Vasallen zu landesherrlichen Diensten heranziehen und in Berlin ohne Einwilligung des Rates keine Truppen halten.¹⁾ Noch bedeutsamer war das Vorrecht der Bürgerschaft, dem Landesfürsten erst dann zur Huldigung verpflichtet zu sein, nachdem er die Privilegien Berlins bestätigt hatte.²⁾ Um sich vor Übervorteilungen durch die markgräflichen Münz- und Zollbeamten zu schützen, kaufte die Berliner Gemeinde im Verein mit anderen Städten 1369 das landesherrliche Münzrecht in der Mittelmark Otto dem Finnen ab³⁾, und gegen Ende des 14. Jahrhunderts erwarb

Brügge oder Brück, Aken oder Achen, Gruningh (b. Fidicin, Beitr. II, 519), Plumperdum (Fid. II, 215), Grevelhut (Fid. I, 70; II, 36), Garnekoufer u. a. Die Reiche oder Ryke stammten aus Köln a. Rhein (Fid. III, 526). Wendische Personennamen kommen in der ältesten Geschichte Berlins nur vereinzelt vor. Rat und Zünfte duldeten unter ihren Mitgliedern Wenden nicht. Eine Wendenstrafe, in der ursprünglich die wendische Bevölkerung, wie in den altmärk. Städten z. B. Stendal, zusammen wohnte, gab es in Berlin niemals.

¹⁾ Fidicin, Beitr. III, 201 und 52. ²⁾ Von diesem Vorrechte spricht zwar erst eine Notiz im Berliner Stadtbuche zum Jahre 1440, aber in der Weise, daß man leicht erkennt, daß ein althergebrachtes Recht gemeint sei. Es heißt nämlich bei Fidicin, Beitr. I, 253: „Item tu merken in künftigen tyden: Ee man unse gnedigen hern dy huldinge dat, mußte he uns irst confirmiren unse privilegia — in gegenwordicheit des Radis und aller Borger“. Friedrich II. ließ 1440 bei seinem Regierungsantritt dieses Privilegium Berlins zum Verdrufs des Rates außer acht. Erst nachdem die Bürgerschaft ihm gehuldigt hatte, erklärte er, die Rechte derselben wahren zu wollen, aber — so heißt es an der obigen Stelle — „he sede des nicht in eydes stad tu den hilgen, dat lichte versumet wart“. ³⁾ Fidicin, Beitr. I, 62 und III, 53.

sie auch das Recht, die markgräflichen Zölle in dem Stadtgebiete durch städtische Beamte zu erheben¹⁾. Für den Abschluß ihrer Entwicklung zur Selbstverwaltung fehlte ihr nur noch ein wesentliches Recht, welches die Markgrafen bisher zu behaupten gewußt hatten, nämlich das Recht, selber in ihrem Gebiete die höchste Gerichtsbarkeit und den Blutbann auszuüben. Diese dem Markgrafen zustehende richterliche Gewalt wurde in vielen märkischen Städten durch Schultheißen ausgeübt, denen das Amt mit seinen Einkünften als ein Lehen übertragen war, so daß es vom Vater auf den Sohn übergehen konnte²⁾. In Berlin war das Schultheißenamt ein Erb-lehen der Familie Brügge oder Brück geworden, welche nicht nur die mancherlei Sporteln und Zinsen, die es trug, für sich einzog, sondern auch einen damit verbundenen Grundbesitz von 26 Hufen Landes zu Wiesenthal inne hatte³⁾. Es liegt auf der Hand, daß die Erwerbung der höchsten Gerichtsbarkeit um so lebhafter von der Bürgerschaft erstrebt werden mußte, je mehr ihr Wohlstand sich hob und je kraftloser das landesfürstliche Regiment wurde. Der Verfall der Mark bald nach dem Übergange derselben an Jobst brachte der Gemeinde die Erfüllung ihres Wunsches. Im Anfange des Jahres 1391, als Jobst in großer Bedrängnis und Geldnot die märkischen Stände in Berlin um sich versammelt hatte, um sich eine außerordentliche Steuer bewilligen zu lassen, traten die Bürger mit dem Gesuche um Überlassung der höchsten Gerichtsbarkeit hervor, und Jobst willigte ein, um den Rat Berlins auf seiner Seite zu haben. Mit seiner Genehmigung kaufte dieser am 31. Januar das höchste Gericht an sich, indem er den Schultheißen Tilo Brügge für die Aufgabe seines Amtes und der damit verbundenen Einnahmen durch eine Geldzahlung und die Überlassung von städtischen Ländereien entschädigte⁴⁾. Jobst bestätigte das von beiden Seiten getroffene Abkommen am 25. Februar 1391 von Prag aus mit der Erklärung, daß er alle Rechte, die er an dem höchsten Gerichte als Markgraf besitze, an Berlin abtrete, so weit er des Königs Sigismund Einwil-

¹⁾ Fidicin, Beitr. III, 53. ²⁾ Über die Bedeutung der Schultheißen in den märk. Städten vergl. Riedel, die Mark Brandenburg um 1250, II, 514 u. fg. ³⁾ Im märk. Landbuche heißt es unter Berlin: Supremum iudicium habet Tyl Brugke. Bei Fidicin, Beitr. II, 39 und 58 heißt der Schultheiß Tilo von Brück und T. v. Brügge. ⁴⁾ v. Raumer, Cod. dipl. Bd. I, 13.

ligung dazu erlangen würde¹⁾. Damit übernahm der Rat von Berlin das Schultheißenamt, das in dem benachbarten Brandenburg noch markgräfllich war und blieb²⁾, und trat Berlin in die Reihe der autonomen Gemeinden, die einem Landesfürsten zwar huldigen mußten, im übrigen aber nur dem Reiche noch untergeben waren.

Der politische Aufschwung einer Gemeinde setzt immer auch ein Gedeihen ihrer Erwerbsquellen und Finanzen und ein wohlgeordnetes Stadtre Regiment voraus. Daß es mit beidem um diese Zeit nicht übel stand, dafür zeugt ein finanzielles Unternehmen der Bürgerschaft zur Sicherung ihrer Handelsinteressen, das für die Schicksale der Stadt unter der Regierung Jobsts von durchgreifender Bedeutung werden sollte. Wie bereits erwähnt, ging eine der Handelsstraßen, die Berlin berührten, von Fürstenwalde aus die Spree hinab. An dieser sieben Meilen langen Flußstrecke lag östlich von Berlin die alte Landesfeste Köpenick, welche zugleich eine Hebestelle für den Schifffahrts- und Landhandelszoll bildete, den der Markgraf von Schiffern und Handelsleuten einzog. Es war eine der ersten Unternehmungen der aufblühenden Kommune Berlin, daß sie den Schifffahrtszoll beseitigte, indem sie ihn 1298 von dem Markgrafen Otto für 220 Pfund Silber an sich kaufte³⁾. Der Handelszoll für Waren, die nach Berlin zu Lande über Köpenick geführt wurden, blieb bestehen, weil er nur von geringer Bedeutung war⁴⁾. Die Flußschifffahrt hatte in jenen Zeiten zwar weniger Gefahren zu bestehen als der Warentransport zu Lande, aber auch den Schiffer bedrohten die Angriffe von Flußpiraten, so daß die Handelsstädte genötigt waren, für die Sicherheit der Flüsse zu sorgen. Auch Berlin kam in diese Lage, als Sigismund bald nach der Übernahme der Mark Brandenburg Schloß und Stadt Köpenick an die Brüder Hans und Ulrich von Bieberstein verpfändete, welche die Herrschaften Sorau, Storkow und Beeskow, und Friedland in Böhmen inne hatten. Wahrscheinlich erfuhr jetzt die Flußschifffahrt zwischen Berlin und Fürstenwalde allerlei Hemmnisse und Belästigungen durch die fremden Söldner, welche die Besatzung von Köpenick bildeten,

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 110. ²⁾ Noch am 18. Januar 1399 bestätigte Jobst dem dortigen Bürger Klaus Rauch und dessen Sohne das Schultheißenamt als Lehen (R. I, 9, 78). ³⁾ R. I, 12, 1. ⁴⁾ Er betrug nur den dritten Teil des Wasserzolles nach Klöden, Gesch. d. Oderhandels, 3. Stück, S. 66.

und dieser Umstand erzeugte in der Gemeinde Berlin den Wunsch das Schloß Köpenick in ihren Besitz zu bringen. Am 20. December 1387 erwarben sie es in der That von den Herren von Bieberstein als Pfandbesitz für die Zahlung von 320 Schock b. Gr. und für ein Darlehen von 200 Schock, welches sie jenen noch besonders gewährten¹⁾. Von dem Schlosse aus konnten den Schiffen nun keine Hindernisse mehr bereitet werden; allein der Stadt Berlin fiel jetzt die Aufgabe zu, in Köpenick eine Besatzung zu halten, was der Bürgerschaft nicht unerhebliche Kosten verursachte. Infolge dessen kam man in Berlin auf den Gedanken, das Schloß durch Abbruch zu beseitigen, und der Rat sandte um 1393 den Berliner Propst Ortwin zu Jobst, um von diesem die Erlaubnis dazu zu erbitten. Jobst lehnte das Gesuch mit der Erklärung ab, daß er zwar nichts gegen den Abbruch des Schlosses einzuwenden habe, daß die Stadt dasselbe jedoch später wieder aufbauen müsse, worauf selbstverständlich der Rat nicht eingehen konnte. Im übrigen wünschte er auch selber in den Besitz des Schlosses zu treten und am 4. Februar 1393 wies er den Rat von Berlin an, die 600 Schock b. Gr., für die ihnen Köpenick verpfändet sei, aus den Zolleinnahmen zu Oderberg zu entnehmen²⁾, oder wie eine andere Weisung lautet, die Orbede dafür inne zu behalten. Indessen war es der Gemeinde Berlin nicht um die Wiedererlangung jener Pfandsumme, sondern um eine möglichst billige Sicherung der Flußstraße nach Fürstenwalde zu thun. Da nun die volle Beseitigung des Schlosses nicht erlangt werden konnte, so beschloß der Rat von Berlin, seinen Pfandbesitz daran einem Bürger der Stadt zu übertragen, welcher als ständiger Hauptmann des Schlosses für die Sicherheit der Schiff-

¹⁾ R. I, 12, 7. ²⁾ Aus diesem Schreiben vom 4. Febr. 1393 (R. I, 12, 8) ergibt sich auch die Zeit, in welcher Berlin mit Jobst durch den Propst Ortwin unterhandelte und einige andere hier benutzte jahreszahllose Briefe Jobsts (R. a. a. O.) geschrieben sind. Fidicin, Beitr. III, 265 verlegte die Sendung des Propstes viel zu früh in das Jahr 1389, Riedel ferner (I, 12, 10) dasjenige Schreiben, in welchem Jobst sich gegen die dauernde Beseitigung des Schlosses aussprach, zu spät auf den 4. Mai 1394, denn an diesem Tage war dasselbe bereits an Heinrich Reichenbach verpfändet, so daß von einem Abbruch desselben nicht gut mehr die Rede sein konnte. Außerdem nennt sich Jobst in dem Schreiben noch nicht Markgraf von Brandenburg, wie in sonstigen Urkunden des Jahres 1394, sondern noch Markgraf von Mähren.

fahrt auf der Spree eine Garantie bot. Auch dagegen erhob Jobst Einspruch, da er „desselben Schlosses zu seinen Sachen bedürfe“; aber der Rat beachtete denselben nicht, sondern übertrug am 14. April 1394 dem Bürger Heinrich Reichenbach den Pfandbesitz von Köpenick für die Summe von 550 Schock b. Gr., obgleich jener nicht im stande war, das Geld zu zahlen. Der Rat erklärte sich dadurch befriedigt, daß zwanzig Bürger Berlins Bürgschaft für Heinrich Reichenbach leisteten. Damit erhielt die Angelegenheit vorläufig einen Abschluß. Man hatte in Berlin Ausgaben und Mühen nicht gescheut, war mit Umsicht und Klugheit verfahren und freute sich nun des Erfolges, daß die Handelsleute auf der Spree bei Köpenick Schutz und Förderung fanden und der Stadtkasse die Ausgabe für eine Schloßbesatzung erspart blieb¹⁾.

Über das politische Treiben innerhalb der Gemeinde fehlt uns zwar eine umfassende und treue Kunde, aber selbst das Wenige, was davon überliefert ist, läßt uns erkennen, daß die Mauern der Stadt eine regsame und bewegliche Bürgerschaft umschlossen. Oft hemmend und störend, aber auch die Geister erregend wirkte in ihr der alte Widerstreit fort, der bald nach der 1307 erfolgten Vereinigung der beiden Schwesterstädte Köln und Berlin zu einer Kommune zwischen denselben ausgebrochen war. Berlin entwickelte sich schneller und gewann größere Erträge aus seinem Grundbesitz und Handel als Köln und sah es ungern, daß die Bewohner der Schwesterstadt an den gemeinsamen Einnahmen gleichen Anteil hatten; diese hingegen ertrugen es mit Unmut, daß in der städtischen Vertretung nur ein Bürgermeister und sechs Ratsherren aus Köln saßen, während Berlin dazu zwei Bürgermeister und zwölf Ratsherren wählte. Bei dieser Spannung der Gemüter bedurfte es nur eines geringfügigen Anlasses, um Streit und Hader zwischen den beiden Gemeinden zu entfachen. Wenngleich es sich dabei gewöhnlich nur um Fragen lokalen Interesses und um das Mein und Dein handelte, so fehlte es doch auch nicht an unruhigen Köpfen, welche den Streit der Gemeinden zu einer politischen Frage erhoben

¹⁾ Aufser den Kosten für die Erwerbung des höchsten Gerichtes und des Schlosses verwendete Berlin 1391 noch 200 Schock b. Gr. zum Ankauf des Dorfes Lichtenberg mit 65 Hufen Ackerland (Fidicin, Beitr. III, 272), so daß es also in wenigen Jahren an 1000 Schock für kommunale Zwecke ausgegeben hatte.

und mit starrer Einseitigkeit für ihre Parteizwecke ausbeuteten. Ein solcher Charakter war der oben bereits erwähnte Aldermann und Ratsherr von Köln, Tilo Wardenberg, dessen agitatorisches Treiben die Bürgerschaft beider Städte ein Menschenalter hindurch in Atem und Aufregung erhielt. Er begann seine politische Laufbahn in den letzten Zeiten der wittelsbachischen Kurfürsten durch eine schroffe Opposition gegen die „bairischen Herren“ und brachte dadurch Stadt und Land in „unverwindlichen Schaden“, wie das Berliner Stadtbuch erzählt¹⁾. Den Luxemburgern setzte er, wie es scheint, offenen Widerstand entgegen, denn dieselbe Quelle berichtet von einem Aufstande, welchen er gegen den Kaiser Karl IV. erregte²⁾. Der Kaiser ließ ihn dafür aus dem Rate ausschließen und untersagte den Bürgern seine Wiederwahl. Allein jetzt „arbeitete er von Freunden zu Freunden“, wie er den Rat und die Bürgerschaft und zugleich auch die beiden Städte mit einander verfeindete. Er wurde Demagoge im schlimmsten Sinne des Wortes, indem er die Ratsherren der untreuen Verwaltung des Gemeindevermögens beschuldigte, was ihm eine gerichtliche Klage von seiten des Rates zuzog, und durch das Versprechen, die Bürgerschaft „ewiglich steuerfrei“ zu machen³⁾, eine Partei um sich sammelte, die in ihm ihren politischen Messias erblickte. Mit Hülfe seiner zahlreichen Anhänger gelangte er nach Karls IV. Tode wieder in den Rat⁴⁾. König Sigismund, an den er sich gewendet, hatte 1382 seine Wiederaufnahme in die Stadt und eine abermalige Untersuchung der gegen ihn vorgebrachten Klagen angeordnet, die jedenfalls günstig für ihn ausgefallen war⁵⁾. Die letzte Kunde von seinem Wirken betrifft sein Verhalten auf dem Ständetage zu Brandenburg und sein Drängen zum Kriege gegen die Magdeburgischen im Jahre 1391, wobei er seinen Instruktionen zuwider handelte. Bald darauf scheint er gestorben zu sein.

Der Bericht des Berliner Stadtbuches über den Kölner Aldermann ist einseitig und daher unzulänglich zur Begründung eines

¹⁾ Fidicin, Beitr. I, 178 u. fg. ²⁾ He makede den upstot kegen deme keysere Karl, unseme heren, dat deme lande und uns tu groten schaden is gekomen. ³⁾ He hadde den gemeynen borgern gelovet, wolden sy em volgen, he wolde en schaffen, dat sy ewichliken schotevri solden bliven — und he wiste wol, dat he di sake unmogelike kunde vort bringen. ⁴⁾ Darna wart he dorch eyner vuge und bescheidenheit (d. h. Klugheit!) weder in den Rad gekoren. ⁵⁾ Fidicin, Beitr. IV, 51. Das Schreiben ist hier irrtümlich in das Jahr 1387 gesetzt.

sicheren Urtheiles über die Bestrebungen desselben; aber er genügt, uns einen Einblick in die Gemeindeverhältnisse Berlins zu gestatten. Wir sehen einen von Parteileidenschaft beherrschten Patrizier vor bewegten Bürgerversammlungen als Redner auftreten, nicht bloß um Gemeindeangelegenheiten zu erörtern, sondern auch um politische Theorien zu entwickeln. Mit dem Evangelium der Steuerfreiheit, welches er verkündet, bietet er die Volksmenge gegen den Rat auf¹⁾, der die bestehende Ordnung der Dinge gegen einen Agitator verteidigt. Das alles setzt unter den Bürgern einen regen Sinn und ein lebendiges Interesse für kommunale und politische Fragen voraus; ja wir dürfen annehmen, daß es auch in Berlin öffentliche Scenen einer allgemeinen Erregung gab, wie solche die größeren Städte Magdeburg, Lübeck, Stralsund und andere so oft in Spannung versetzten und in Gefahr brachten. — Daß übrigens nicht die kühne Vermessenheit des Aldermannes, sondern die Besonnenheit des Rates den Sieg davon trug, ergibt der Umstand, daß die Thaten des ersteren in dem Berliner Stadtbuche mit der Bezeichnung „Tilo Wardenbergs Übertretungen“ beschrieben wurden.

Eine Bürgergemeinde, die in so lebendiger innerer Entwicklung begriffen war, mußte bald auch einen Einfluß über ihr städtisches Gebiet hinaus auf die sie umgebende Landschaft ausüben. In der That sehen wir Berlin in Jobsts Zeit immer mehr in den Mittelpunkt der Ereignisse treten und den Rang eines Vorortes der Mittelmark einnehmen. Das von den Luxemburgern bevorzugte Tangermünde mit seinem Königsschlosse und dem Sitze des markgräflichen Hofgerichtes trat in den Hintergrund, und an politischem Einflusse kam selbst das reichere Brandenburg Berlin nicht gleich, denn Jobst stand zu dem letzteren in viel lebhafteren Beziehungen als zu jenem. Schon der Umstand ist dafür bezeichnend, daß Jobst von Tangermünde aus seine an die märkischen Städte gerichteten Briefe nicht nach dem näher gelegenen Brandenburg, sondern an die Berliner Ratsherren zur Weiterbeförderung sandte. „Alle Briefe, die wir

¹⁾ Wenn Rat und Bürgerschaft Beschlüsse gefaßt hatten, so „schikkede he (T. Wardenberg), dat de gemeynen Borger weder tusammen quemen — so warp Tile alle dedinghe weder umme, der die Radmanen met den gemeynen weren eyndrechtlich worden“, Fidicin, Beitr. I, 180.

Euch senden, — so trägt er diesen auf — die sendet von Stunde an fürbas ohne Säumen an die Städte und die anderen, als Ihr wohl sehen werdet, wem wir die geschrieben haben. — Des Markgrafen von Meissen Brief sendet nicht fürder denn gegen Luckau und säumet daran nicht“¹⁾). Indessen betraute er den Rat zu Berlin nicht bloß mit dem äußerlichen Dienste der Briefbeförderung, sondern er erbat auch dessen Beihülfe zuweilen in politischen Angelegenheiten. So ersucht er ihn einmal dringend „zu Frieden im Lande zu helfen und zu raten“²⁾), und zu einer anderen Zeit, dafür zu sorgen, daß es bis zu seiner bevorstehenden Ankunft in der Mark nicht zu „einem großen Kriege“ komme. „Seid des fleißig — so schließt sein Brief³⁾ — als wir Euch das zutrauen, und wie Ihr das bestellet und schicket, das lasset uns zu Händen gen Prag wieder wissen.“ Nach der Niederlage des deutschen Ordens bei Tannenberg 1410 sandte er seinen Vertrauten Johann von Waldow nach Berlin mit Vorschlägen, wie dem Orden in seiner Not zu helfen sei; zugleich aber ersuchte er die Ratsherren, ihm mitzuteilen, wenn sie etwas Besseres als seine Vorschläge wüßten; er wolle sich darnach richten⁴⁾). Die Berliner Ratsherren nahmen also die Stellung von Vertrauenspersonen bei ihm ein, deren Wort und Meinung er befragte und beachtete.

Wie bei Jobst so erfreuten sie sich auch in der Mark selbst der Achtung und des Vertrauens unter den Edelleuten und Bürgern. Da die Versammlungen der Stände vorwiegend in Berlin abgehalten wurden, so fiel jenen die Aufgabe zu, die Mitglieder zu berufen⁵⁾), die zur Beratung stehenden Sachen vorzubereiten und demnach die Debatten zu leiten. Es geschah dabei auch wohl, daß sie für ihre eigenen Vorschläge schon im voraus die Zustimmung der einzelnen Städte zu gewinnen suchten⁶⁾). Für die Beglaubigung der Schlusprotokolle bedienten sich die Stände nicht selten des Berliner Stadtsiegels ausschließlich⁷⁾). Nimmt man hinzu, daß märkische Edel-

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 92. ²⁾ Ebd. S. 54. ³⁾ Ebd. S. 55. ⁴⁾ Ebd. 55.

⁵⁾ Die Anregung zur Berufung der Stände ging ebensowohl von einzelnen Mitgliedern derselben wie von Jobst aus. Nach Fid., Beitr. II, 108 ersuchten Brandenburg, Belitz, Rathenow und Nauen den Berliner Rat, eine Ständeversammlung nach Berlin zu berufen; nach Fid., Beitr. IV, 69 forderte Jobst denselben dazu auf. ⁶⁾ Ein Antwortschreiben des Rates zu Eberswalde auf ein solches Gesuch teilt Fidicin mit, Beitr. II, 102. ⁷⁾ R. II, 3, 124.

leute und benachbarte Fürsten ihre an die märkischen Stände gerichteten Gesuche häufig dem Berliner Rate zur Befürwortung einsandten¹⁾, so ersieht man leicht, welche Arbeitslast den Ratsherren oblag und welcher Achtung sie sich erfreuten.

Gegen den Ausgang des 14. Jahrhunderts gewährt demnach Berlin das erfreuliche Bild einer durch ihre centrale Lage in der Mark begünstigten und durch Verkehr und Handel sich hebenden Kommune mit einer regsamen Bevölkerung, die zwar nicht immer in sich einig ist, aber einmütig verfährt, wenn es sich darum handelt, die Rechte der Stadt nach außen hin zu vertreten und im Sinne der Weiterentwicklung der kommunalen Selbständigkeit auszu dehnen. Die Ohnmacht des Markgrafentumes kam ihr dabei zu stat ten und wurde von ihr ebenso bereitwillig ausgenutzt wie von den Mitgliedern des Adelsstandes, besonders den Quitzows, zu deren Familiengeschichte wir uns jetzt wenden; aber welch eine Kluft trennte doch das bürgerliche Gemeinwesen, das um diese Zeit seine Rechte in einem Stadtbuche codifizierte²⁾, von den Raubrittern, welche jedes Recht mit Füßen traten!

¹⁾ Auch Beschwerden und Vermittlungsgesuche Auswärtiger gingen direkt an die Berliner Ratsherren. Bei diesen, seinen „lieben, besonderen Freunden“, beklagt sich Herzog Wenzel von Sachsen über den Schloßhauptmann zu Saarmund (Fid., Beitr. IV, 54); Johann von Torgau, Herr zu Zossen, über den Abt zu Lehnin, der seinen, Johanns, Gegner unterstütze (Ebd. S. 75); ein Edelmann von Hackeborn zu Grüningen bittet um des Rates Fürsprache bei Herzog Rudolf von Sachsen und Fürst Waldemar von Anhalt in einer Klagesache (Ebd. S. 78). Vergl. dazu Fid., Beitr. IV, 66, 67, 81. ²⁾ Das Berliner Stadtbuch (Fidicin, Beitr. I, 1 u. fg.) ist in den Jahren 1397 und 1398 verfaßt worden.

XII.

Die Familie derer von Quitzow.

In keiner der märkischen Landschaften war die ritterlich-militärische Verfassung, welche die anhaltinischen Markgrafen einst zur Schutzwehr des Landes gegen die Slawen in das Leben gerufen hatten, im 14. Jahrhundert noch so wohl erhalten, wie in der Priegnitz am östlichen Elbeufer. Hier hatten die Deutschen nach blutigen Kämpfen mit den Heiden sich festgesetzt und den schwer erstrittenen Besitz durch Grenzfesten umwehrt. Eine Reihe starker Burgen, wie Lenzen, Putlitz und Meyenburg schirmten den Norden, und eine Anzahl ähnlicher ummauerter Plätze begleitete die Ostgrenze der Priegnitz. Auch im Inneren dieses Gebietes fehlte es nicht an festen Schlössern, in welchen die Bevölkerung in Zeiten der Kriegsnot Schutz suchte und fand. Die Hauptburgen und die zu ihnen gehörenden Bezirke standen unter der Obhut kriegserfahrener Edelleute, denen rittermäßige Vasallen, Besitzer der einzelnen Rittergüter, zur Heeresfolge verpflichtet waren. Diese Ritterschaft, im Frieden dem Landbau obliegend, in Kriegszeiten bewaffnet die Burgen füllend, bildete eine stehende Miliz, die nicht bloß in Kämpfen mit äußeren Feinden, sondern auch in inneren Fehden ihre Kriegstüchtigkeit sich erhielt. Zu ihr gehörte auch die Familie derer von Quitzow, welche nicht slawischen Ursprungs war, wie früher zuweilen behauptet wurde¹⁾, sondern nur nach dem einst von Slawen erbauten und benannten Dörfle Quitzow nördlich von Perleberg den Namen führte; im übrigen waren die Quitzows deutsche Ritter und wie ihre Standesgenossen aus einer deutschen Landschaft²⁾ in die Priegnitz

¹⁾ Ueber die Reste des slawischen Adels in der Mark vergl. die Ausführungen Riedels, C. d. Bd. I, 7, 42 und I, 1, 18 und 269. ²⁾ Nach der freilich unkontrollierbaren Angabe des altmärk. Chronisten Entzelt von Salvelt stammten sie aus Franken.

zum Kampfe gegen die heidnischen Slawen eingewandert und hier mit Grundbesitz belehnt worden. Ein Dietrich von Quitzow, der im Jahre 1295 erwähnt wird¹⁾, ist der erste urkundlich nachweisbare Träger dieses Familiennamens. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts werden bereits mehrere Mitglieder der Familie in Urkunden neben Adligen aus den angesehensten Geschlechtern der Priegnitz genannt. Als nach Waldemars Tode Fürst Heinrich von Mecklenburg sich der Priegnitz bemächtigte, erklärten am 20. August 1319 im Dorfe Quitzow Johann und Koneke von Quitzow und Mitglieder der adligen Familien von Plessen, Lützow, Malin und Wedel, daß sie jenen als ihren Herrn anerkennen wollten, wenn er ihnen das Geld zurückzahlen würde, das Markgraf Waldemar ihnen schuldig geblieben sei²⁾. Im Februar 1325 ferner schlossen die Städte und die Ritterschaft der Priegnitz ein Bündnis zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, und auch in diesem Bündnisbriefe³⁾ stehen die Namen Johannis und Konekes von Quitzow gleichberechtigt neben denen der Königsmark, Kröcher, Schepelitz, Krusemark u. a. Die Priegnitz kam jedoch unter Ludwig dem Älteren wieder an die Mark Brandenburg zurück, und die Quitzows traten nun zu dem Wittelsbacher in ein freundschaftliches Verhältnis. Im Jahre 1343 gewährte dieser den Brüdern Koneke, Klaus und Tydeke von Quitzow für eine Geldforderung Lehnstücke in den altmärkischen Dörfern Großschwechten, Dahlen und Döbbelin⁴⁾, und 1345 verpfändete er Konrad und Johann von Quitzow für ein Darlehen von 70 Mark Silber auf drei Jahre Hebungen von 7 Hufen in dem Dorfe Wolterschlage in der Altmark⁵⁾. Etwa ein Menschenalter später lebte in dem Dorfe Quitzow ein Wedego von Quitzow, den eine Nonne des Klosters Eldena, Gesa Radolf genannt, der gewaltsamen Beeinträchtigung ihres Einkommens aus dem Dorfe Quitzow beschuldigte⁶⁾. Ein wichtiger Umstand für das Emporkommen der Familie wurde 1375 die Belehnung derselben mit dem Schlosse Kleetzke im Südosten von Perleberg, welches den drei Brüdern Klaus, Kuno und Tydeke von Quitzow und deren Vetter Klaus als gemeinsames Lehen

¹⁾ R. I, 2, 196. ²⁾ R. I, 2, 207. ³⁾ R. I, 1, 136. ⁴⁾ R. I, 2, 213. ⁵⁾ Ebd. S. 214. ⁶⁾ Quos (census) Wedego von (sic!) Quitzow famulus usurpavit minus juste, R. II, 3, 70. Um den Streitigkeiten mit Wedego v. Q. zu entgehen, verkaufte die Nonne ihre Gerechtsame in Quitzow an einen Priester in Havelberg.

übertragen wurde¹⁾. Ein nicht minder bedeutender Gütererwerb folgte dieser Belehnung sehr bald. 1384 verlieh der Bischof Dietrich von Havelberg an Wedego von Quitzow die Dörfer Rühstädt, Gnewsdorf und Bälów westlich von Wilsnack und nahe der Elbe²⁾. Nicht fern davon, Werben a. d. Elbe gegenüber, lag das schon 1310 urkundlich erwähnte Dorf Quitzhöfel oder heute Quitzöbel, das ebenfalls von den Quitzows erworben wurde und von dem her nach Wusterwitz³⁾ die Quitzows in die Mittelmark gekommen sein sollen⁴⁾.

Die in den Urkunden enthaltenen Nachrichten über die Quitzows vor dem Jahre 1400 sind zwar gering an Zahl, lassen aber doch erkennen, wie die Familie im Laufe des 14. Jahrhunderts unaufhörlich ihren Besitz an Lehngütern vergrößerte und denselben über mehrere Gegenden der Priegnitz ausdehnte. Wenn sie in solcher Weise neben den alten reichbegüterten Adelsgeschlechtern emporkam, so setzt das von seiten der Mitglieder eine besondere Umsicht und Tüchtigkeit voraus, und wir dürfen uns daher die oben genannten Quitzows als kluge, gewandte und tapfere Leute denken. Indessen gab es zu jener Zeit auch noch einen anderen Weg, auf dem man es zu etwas bringen konnte, den des gewinnbringenden Fehdekampfes, und auch diesen haben sie mit Erfolg betreten, indem sie sich lebhaft an Fehden und Beutezügen beteiligten. Von Kuno von Quitzow wissen wir, daß er nicht nur ein tüchtiger Kriegermann war, der seine Burg Kleetzke 1391 gegen zahlreiche Feinde mutvoll verteidigte, sondern auch ein gefürchteter Parteigänger bei allen den Händeln, welche seiner Zeit die Priegnitz und Altmark erfüllten⁵⁾. Reiche Beute an Pferden, Waffen und Waren wurde in der Burg Kleetzke zusammengebracht, und bedeutende Geldsummen fielen dem Schloßherrn aus den Lösegeldern zu, welche die Gefangenen für ihre Freilassung zu zahlen hatten. Unter dem Eindrucke eines solchen Treibens wuchsen Kuno von Quitzow vier Söhne heran, Diet-

¹⁾ Nach einem Verzeichnis alter in der Kirche zu Kleetzke aufbewahrter Briefschaften, R. I, 2, 197. ²⁾ Ebd. ³⁾ S. 36. ⁴⁾ Eine andere Linie der Quitzows lebte in der Nähe von Pritzwalk zu Sarnow und Beveringen (R. I, 25, 47), wo Iwan von Quitzow und sein Sohn Lippold Lehngüter des Bischofs von Havelberg inne hatten. — Die Namen fast sämtlicher Quitzows und ihrer Frauen enthält das Verzeichnis der Kalandbrüder zu Pritzwalk R. I, 25, 99—102. ⁵⁾ Vergl. über ihn Sudendorf, Braunsch.-Lüneb. Urkundenbuch, Einl. S. LXXIII.

rich, Johann, Konrad und Heinrich, von denen die beiden ältesten an kühnem Mute dem Vater gleichkamen, an Fehdelust und Beutegier aber es ihm zuvorthaten. Die Losung der Quitzows wurde nun: Durch Kampf zum Reichtum und durch Reichtum zum Güterbesitz. Die Mehrzahl der Güter, welche sie nach 1400 erwarben, wurde durch Barzahlungen angekauft oder als Unterpfand für Darlehen in Besitz genommen. Welche Ausdehnung der Grundbesitz Dietrichs und Johanns von Quitzow erlangte, wird im folgenden eine genaue Darstellung erfahren; hier sei nur hervorgehoben, daß auch die Nebenlinien der Quitzows sich durch Geldreichtum hervorthaten und durch Kauf ihre Besitzungen erweiterten. So erstand 1405 ein Klaus von Quitzow im Verein mit denen von Lützw und von dem Krüge die festeste Burg der Priegnitz, das Schloß Stavenow zwischen Lenzen und Putlitz, für die Summe von 6000 Lübeck. Mark, machte sich aber nach wenigen Jahren zum alleinigen Besitzer desselben, indem er seine Mitbesitzer durch Geldzahlungen abfand¹⁾.

Die Erwerbung von Geldmitteln zur Erweiterung ihrer Macht ermöglichte den Quitzows nur der Verfall des landesfürstlichen Regiments, den sie mit Klugheit auszubeuten verstanden. Wenn man Dietrich und Johann von Quitzow in ihrer Thatenlust und Verschlagenheit dem schlaffen Jobst allein gegenüberstellt, so gewähren beide in der That das Bild urwüchsiger Ritterkraft, welche im Streite mit dem indolenten Markgrafen lebhaftes Sympathien zu erwecken vermag; und oft genug ist in neuerer Zeit der Wunsch laut geworden, daß es jenen gelungen sein möchte, den Verfall der Mark durch Beseitigung Jobsts zu hemmen. Allein man darf nicht übersehen, daß sie nach kurzem Anlauf zu einer national-brandenburgischen Politik, wenn dieser Ausdruck gestattet ist, und trotz der Sympathien, welche die Märker ihnen anfangs entgegenbrachten, sich schließlich doch mit Jobst einigten, um die Bevölkerung der Mark selbst zu bedrücken und auszusaugen, denn sie benutzten die Schwäche und Geldnot des Markgrafen vornehmlich dazu, sich die Strafflosigkeit für ihre Raub- und Mordthaten zu sichern und unbehelligt durch das Gesetz Beute auf Beute zu häufen. Selbstsüchtige Ziele mit Anwendung auch verwerflicher Mittel verfolgend, bald ihren

¹⁾ R. I, 2, 197 und 221 u. fg.

Landsleuten und bald den Gegnern derselben dienend, so griffen jetzt die Quitzows in den Gang der märkischen Ereignisse ein, deren Schilderung oben mit der Bemerkung abgebrochen wurde, daß es den Hauptleuten Bischof Johann von Lebus und Balthasar von Schlieben nicht gelingen wollte, im Jahre 1400 der Mittelmark zu einem dauernden Frieden mit den Grafen von Lindow und den Quitzows zu verhelfen, und also die Fehde zum Unheile des Landes fortwährte. Indem wir den Faden der Erzählung wieder aufnehmen, beginnen wir mit einem Überblick über die politischen Verhältnisse in Böhmen, welche die Wirksamkeit Jobsts bedingten und damit indirekt die Lage der Mark Brandenburg beeinflussten.

XIII.

Jobst in Berlin 1401. Kämpfe in der Mittelmark und Friedensversuche. Einfall der Pommern in den Barnim 1402. Eroberung Strausbergs durch die Pommern und die Quitzows. Die Herzöge von Mecklenburg-Stargard werden Statthalter der Mark.

König Wenzel erwies sich mit jedem Jahre unfähiger das Reich und Böhmen zu regieren und wurde mehr und mehr ein Spielball der Parteien, an deren Spitze seine Anverwandten standen. Im Jahre 1400 übte auf seine Entschliessungen Prokop von Mähren den größten Einfluß aus, und diesem arbeitete wiederum Jobst entgegen, der nach wie vor die Partei der unzufriedenen böhmischen Landherren leitete und auch mit König Sigismund in Verbindung getreten war. Die Notwendigkeit, Prokops Schritte zu überwachen, erlaubte ihm natürlich nicht Böhmen zu verlassen und für die Mark anders als durch schriftliche Verfügungen zu sorgen. Nur auf kurze Zeit begab er sich im Juli 1400 nach Dresden zu seinem Schwager Wilhelm¹⁾, kehrte aber bereits im August nach Prag zurück²⁾, weil ein die ganze luxemburgische Dynastie bedrohendes Ereignis am Rheine sich vorbereitete, die Thronentsetzung des Königs Wenzel durch die rheinischen Kurfürsten. Unzufrieden mit dem willkürlichen und schwachen Regimente des launenhaften Königs erklärte am 20. August die Mehrzahl der Kurfürsten zu Oberlahnstein denselben für

¹⁾ Auch märkische Angelegenheiten beschäftigten ihn hier in der Zeit vom 13.—16. Juli. Von Dresden aus wies er die Zolleinnehmer in der Mark an, die Städte nicht mit ungebührlichen Zöllen zu beschweren; ferner überwies er Eberswalde eine Hofstätte, während der Stadt Spandau wegen der von ihr erlittenen Kriegsschäden die Orbede auf ein Jahr erlassen wurde (R. I, 9, 80; I, 12, 317; I, 11, 69). ²⁾ Am 24. August verpfändete er zu Prag seinem Schwager die Hälfte der Zolleinnahme zu Oderberg (R. I, 12, 358).

abgesetzt und erhob an seiner Stelle den Kurfürsten Ruprecht von der Pfalz zum deutschen Könige. Auf die Kunde von diesem Vorgange erklärten sich die Mitglieder der luxemburgischen Familie bereit, mit aller Macht für Wenzel einzutreten und dessen Rechte zu verteidigen; allein schon im Oktober waren sie unter einander wieder in Zank und Hader geraten, da Jobst und Sigismund einen zu hohen Preis für die dem Könige zu leistende Hülfe forderten. Der Erstere, mit Wenzel gänzlich zerfallen, trat sogar mit dem Gegenkönige Ruprecht in Unterhandlungen; und wenn diese auch noch nicht seinen Anschluß an denselben herbeiführten, so bewirkten sie doch, daß Jobst nichts gegen ihn zu unternehmen vermochte, als er von der Oberpfalz her zum Angriffe gegen Wenzel mit einem Heere in Böhmen eindrang. Jener benutzte daher die Zeit zu einem Besuche in der Mark, woselbst seine Anwesenheit dringend notthat. Am 9. März 1401 war er in Luckau und vom 29. März bis 24. Mai verweilte er in Berlin¹⁾.

Die mannigfachen Regierungsgeschäfte, welche hier der Erledigung durch ihn harrten²⁾, traten alle zurück hinter der Aufgabe, den Märkern endlich Ruhe und Frieden zu verschaffen, denn die Fehde mit den Grafen von Lindow und den Quitzows währte nicht nur fort, sondern hatte sich noch dadurch verschlimmert, daß die Letzteren eine enge politische Verbindung mit dem Erzbischofe von Magdeburg, dem hartnäckigsten Gegner der Mark, eingegangen waren. Die Verbindung fand darin ihren Abschluß und ihre Bekräftigung, daß der Erzbischof seine am rechten Elbufer belegene Stadt Sandow nebst der dazu gehörenden Burg am 17. April 1401 an Kuno von Quitzow, dessen Söhne Dietrich und Johann und deren Vettern Klaus und Kuno von Quitzow für 1100 Schock b. Gr. verpfändete.

¹⁾ Hierhin hatte ihn Wilhelm von Meissen begleitet, dessen Anwesenheit in Berlin wenigstens im Mai 1401 durch R. I, 4, 82 bezeugt ist. Auch der Bischof Johann von Lebus fand sich bei Jobst in Berlin ein, denn dieser überwies am 7. April jenem *propter specialia obsequiorum et beneficiorum merita* das Dorf Tschernow. (R. I, 20, 246). ²⁾ Auch kirchliche Angelegenheiten waren darunter, wie die Neubesetzung des erledigten Bistumes Havelberg, für welches Otto von Rohr aus einem Adelsgeschlechte der Priegnitz erwählt war. Jobst erbat für ihn, einen *vir vetulus et constans, in virtuosus jam actibus notabiliter approbatus* die päpstliche Bestätigung (R. I, 2, 476). Am 8. April 1401 ferner wies er den Pfarrer zu Frankfurt an, sich nicht in die Rechte der Stadt zu mischen (R. I, 23, 137).

Stadt und Schloß waren bis dahin für denselben Preis an Koppe und Redekin von Königsmark verpfändet gewesen und wurden nun durch Rückzahlung des Geldes durch den Erzbischof eingelöst und den Quitzows übergeben. Der Erzbischof wechselte also nur die Besatzung des Ortes ohne einen Groschen dabei zu verdienen, und daraus ergibt sich, daß seinem Verfahren nicht ein finanzieller, sondern ein politischer Zweck, die Gewinnung der Quitzowschen Familie, zu Grunde lag. Jeden Zweifel an der politischen Natur des Pfandhandels beseitigt übrigens die Urkunde des Erzbischofs selbst, welche ausdrücklich erklärt, daß das Erzstift und die Quitzows in Krieg und Frieden zusammenhalten wollen¹⁾. Unter diesen Umständen finden auch die Klagen des Brandenburger Chronisten ihre Erklärung²⁾: „Ob nun wohl die Märcker verhofft, daß Johann von Quitzow zu einer guten Stunde und Glückseligkeit der Marcke in Abwesen Herrn Jodoci Marggraffen solle zu ihnen gekommen seyn, so hat sich doch (weiß nicht, wie sichs begeben) so viel befunden, daß er dem Vater aus angebohrner Natur in allen Sitten und Fürhaben nicht allein nachgeschlacht, sondern auch übertroffen hat. Derowegen da er das Schloß Plaue erlangt, hat ers also practicieret und sich beflissen mit den Magdeburgischen³⁾, den alten Zwietracht, so sie mit den Märckern zuvor gehabt und schwerlich (d. h. mit Mühe) vertragen, wieder zu erwecken und zu erneuern und hat darauf 1401 am Tage St. Margarethen (13. Juli) über 300 Schweine für der Neustadt Brandenburg mit den Magdeburgischen geraubt.“ Das Bündnis der Quitzows mit dem Erzbischof von Magdeburg äußerte seine den Märckern feindselige Tendenz aber nicht bloß in dem Raube von Herden, sondern auch in einer Befehdung der ganzen Stadt Brandenburg, denn die Ratsherren derselben mußten dem in Berlin weilenden Bischofe Johann von Lebus melden: „Während wir nach Eurem Begehr morgen bei Euch in Berlin sein sollten, leiden wir solche große Not von Raub, Plackerei und an unseren

¹⁾ R. I, 25, 51: Were auch, das wir oder unsere nakomelinge Ertzbischoffe und goteshus zu Meidborg mit ymand iezunt in krige weren oder hirnach mit ymand zu krige kemen von unsers — oder von der von Quitzow wegen — wenn wir uns denne mit deme freden oder sonen — mit dem sullen und wollen sy (d. Quitzows) ouch frede und sone halden und lieden mit Sandow. ²⁾ Wusterwitz, S. 37. ³⁾ In meiner Ausgabe des Wusterwitz a. a. O. ist irrtümlich das Komma hinter „beflissen“ statt hinter „Magdeburgischen“ gesetzt.

Bürgern, die auf der Havel und vor unseren Thoren bei Nacht und auch bei Tage gefangen und nach Plaue geführt werden, daß wir unsere Stadt nicht verlassen dürfen vor Furcht und großen Ängsten. — Schreibet uns, was jetzt zu Berlin verhandelt wird wegen der Not des Landes¹⁾.“

Einen solchen Zustand der Unsicherheit und Gefahr im Lande konnte nur die Waffengewalt beseitigen, und dieser Erkenntnis verschloß sich auch der Bischof von Lebus so wenig, daß bereits 1400 von seiner Seite ein Aufgebot von Mannschaften zum Kampfe erging. Die Jahresrechnungen der Stadt Frankfurt, welche 1571 der Stadtschreiber Stajus zusammenstellte²⁾, beginnen mit der Bemerkung zum Jahre 1400: „Das Jar ist Kriegsrüstung gewesen, so auf Erfordern des Bischoffs (Johann von Lebus) auf allerlei Örtern gehalten.“ Der Unterhalt der Militärmacht aber erforderte Geld, und daher war es Jobsts erste That nach seinem Erscheinen in der Mark, daß er auf den 17. April 1401 die märkischen Stände nach Berlin zusammenberief, damit sie ihm eine besondere Landessteuer bewilligten. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Stände in Berücksichtigung der allgemeinen Landesnot sich diesem Ansinnen fügten; aber wir wissen zugleich, daß die Steuer wenigstens nicht in ihrem ganzen Umfange zum Besten der Mark Verwendung finden sollte. Jobst nämlich schuldete der Stadt Frankfurt ein Darlehen von 200 Schock b. Gr. und scheint von dem Frankfurter Rate um diese Zeit an die Zurückzahlung der Schuldsumme gemahnt worden zu sein, denn er schrieb demselben am 8. April 1401 von Berlin aus, daß das Geld aus dem Zolle zu Oderberg zurückerstattet werden solle. Geschähe es aber, so fügt er hinzu, daß ihm die Städte und

¹⁾ Fidicin, Betr. IV, 83. Der Brief ist am Freitage nach Mariä Heimsuchung (2. Juli) geschrieben, aber ohne Jahreszahl. Da er die Hauptmannschaft des Bischofs Johann, die von 1400 bis 1402 währte, und ferner die Verbindung Johanns v. Quitzow mit den Magdeburgischen zur Voraussetzung hat, so dürfte er in das Jahr 1401 zu setzen sein. — So wenig wie die Brandenburger nach Berlin, konnten übrigens die Berliner nach Brandenburg der Unsicherheit der Straßen wegen gelangen. Der Rat von Berlin ersuchte daher den Papst Bonifacius IX. um Befreiung der Bürger Berlins von jeder geistlichen Gerichtsbarkeit außerhalb dieser Stadt, und der Papst genehmigte dies Gesuch am 21. Nov. 1401 propter guerras in illis partibus notorie ingruentes (Fid., Beitr. II, 126). ²⁾ R. IV, 1, 321. Die Schrift des Stajus führt den Titel: Extract etlicher nothwendiger Geschichten und Historien, was sich in Frankfordt a. d. O. ab anno 1400 zugetragen.

das Land die Hülfe gewährten, welche er jetzt von ihnen begehre, so möchten die Frankfurter die 200 Schock von dem von ihnen zu zahlenden Steuerbeitrage innebehalten. Er erwarte die Ratsherren von Frankfurt vom nächsten Sonntage über acht Tage (17. April) in Berlin ¹⁾. Ein Teil der zur Abwehr der Feinde geforderten Gelder war also von vornherein von Jobst zur Befriedigung seiner Gläubiger bestimmt, aber auch das übrige fand nicht die von den Ständen gewünschte Verwendung. Denn obgleich der Frankfurter Stadtschreiber von einer Heerfahrt gegen Neustadt-Eberswalde im Jahre 1401 zu erzählen weiß ²⁾, welche Frankfurt 65 Schock b. Gr. gekostet habe, so hören wir doch nichts von einem kriegerischen Unternehmen des Markgrafen selbst, sondern von Unterhandlungen mit den Grafen von Lindow, welche eine bedenkliche Ähnlichkeit mit dem Nachgeben des Besiegten verraten und gerade deshalb wohl zu einem Friedensschlusse führten. Am 14. Mai 1401 wurde unter Vermittlung Wilhelms von Meissen in Berlin ein Friedensvertrag zwischen Jobst und den Grafen abgeschlossen, welcher mehrere vorangegangene specielle Vereinbarungen voraussetzend, in seiner summarischen Fassung für uns manches Dunkle enthält ³⁾. Nur so viel ist deutlich erkennbar, daß den hauptsächlichen Gegenstand des Zwistes das Schloß zu Eberswalde gebildet hatte, denn die erste Bestimmung des Vertrages besagt, daß der Markgraf an dem Schlosse einen freien Handelsweg haben und die Neustadt so „bestellt“ werden solle, daß weder die Mark noch das Land Ruppin daher geschädigt werden könne. Ein anderer Vertragspunkt betrifft das Schloß Boitzenburg, hinsichtlich dessen die Grafen sich verpflichten, zu helfen und zu raten, was dem Markgrafen und seinem Lande frommen mag. Sehr dunkel bleibt dagegen die dritte Bestimmung: „Um das Schloß Friesack soll man es halten, als darum getheidinget ist,“ über deren Sinn nur Vermutungen geäußert werden können. Bis zum Jahre 1399 war Hasso von Bredow, ein Vetter Lippolds, Besitzer von Friesack gewesen und, weil er sich wie der Letztere dem Erzbischofe von Magdeburg angeschlossen hatte, wahrscheinlich seines Lehens verlustig erklärt worden. Bald darauf finden wir Friesack

¹⁾ R. I, 23, 138. Dieser Brief Jobsts ist zugleich die einzige Quelle, welche von einer Ständerversammlung in Berlin im April 1401 Kunde giebt. ²⁾ R. IV, 1, 321. ³⁾ R. I, 4, 82.

im Pfandbesitze Balthasars von Schlieben, welcher es für ein Darlehen von 200 Schock b. Gr. von Jobst erworben hatte¹⁾. Ohne Zweifel wünschten die Grafen von Lindow die Einsetzung Hassos von Bredow in den Besitz von Friesack, um der Nachbarschaft Balthasars von Schlieben entledigt zu werden, der als ein Anhänger des Markgrafen und als eine Stütze der Ordnungspartei die Grafschaft Lindow-Ruppin von Westen her bedrohte. Es ist ein trauriger Beweis von Schwäche, daß Jobst sich verpflichtete, dem um die Mark hochverdienten Balthasar von Schlieben Friesack wieder zu entziehen und dasselbe einem Manne einzuräumen, welchen er als Rebellen betrachten mußte. Er handelte dabei sogar in doppelter Weise charakterlos, denn er nahm die Vertragsbestimmung an und unterließ es hinterher sie auszuführen. Noch im Jahre 1406 erklärten die Grafen von Lindow, daß die Sache Hassos von Bredow zu Mißshelligkeiten Anlaß gegeben habe und noch immer unerledigt sei²⁾. Der Friedensvertrag vom 14. Mai 1401 wurde durch Jobsts Schuld also nicht in allen Punkten erfüllt, und schon dieser Umstand macht es erklärlich, daß die Grafen bereits im Jahre 1402 wieder als Feinde der Mark auftraten.

Wie gegen die äußeren Feinde des Landes, so offenbarte Jobst auch gegen die Räuber und Wegelagerer im Innern nur Schwäche und Halbheit. Es war jedenfalls eine Maßregel ohne Wert, wenn er am 24. Mai den Rat zu Berlin anwies, über Räuber und Missethäter ein strenges Gericht zu halten, und allen „seinen Grafen, Freien, Rittern und Knechten“ anbefahl, jenem „die Droher, Fehder und Beschädiger krenken zu helfen³⁾.“ Nicht darauf kam es an, einen Frevler zu bestrafen, sondern ihn dingfest zu machen, denn ebensowenig wie in Nürnberg henkte man in Berlin jemand ohne ihn zu haben. — Gleich nach der Unterzeichnung jenes Befehles verließ Jobst Berlin, um nach Böhmen zurückzukehren. Am 26. Mai war er schon in Mittenwalde, bis hierher von dem Bischofe von Lebus begleitet, welcher ihm hier die Lehnshoheit über Drossen im Lande Sternberg abtrat, wofür Jobst ihm die Lehnshoheit über die Dörfer Steinhöfel, Tuchband und Friedrichsdorf im Bistume Lebus überließ⁴⁾. Von dem Orte Hayn aus, wahrscheinlich dem heutigen Großenhain nördlich von Dresden, schrieb er am 30. Mai

¹⁾ Wusterw. S. 58. ²⁾ R. I, 4, 87 u. 88. ³⁾ R. I, 12, 507. ⁴⁾ R. I, 20, 247.

an die Städte der Altmark¹⁾, daß er zu Johannis (24. Juni), wie er auch dem Stendaler Propst Dietrich Lange gesagt habe, wieder in die Mark und zu ihnen kommen werde. Wenn er nicht erscheinen, aber „nötige Geschäfte zu Handen kommen“ sollten, so werde der Markgraf von Meissen sein Stellvertreter sein, dem sie Gehorsam erweisen möchten. Darauf eilte er über Dresden der Heimat zu, da inzwischen ein Bündnisvertrag zwischen ihm und König Ruprecht abgeschlossen war, welchem auch Wilhelm von Meissen und dessen Vettern beitraten²⁾. Ruprecht, von diesen seinen Verbündeten und einem großen Teile der böhmischen Barone unterstützt, drang im Juni 1401 bis Prag vor, fand hier jedoch einen so entschiedenen Widerstand, daß er im August die Belagerung der Hauptstadt aufgeben und sich aus Böhmen zurückziehen mußte. König Wenzel befriedigte nun vor allem die unzufriedenen Barone, indem er sich die Ernennung eines aus drei Edelleuten und einem Bischofe bestehenden Regentschaftsrates gefallen liefs³⁾. Dieses Zugeständnis führte auch zu einem friedlichen Abkommen zwischen ihm und Jobst. Am 14. September 1401 übergab Wenzel diesem die Lausitz, welche er ihm früher bereits für einige Jahre abgetreten hatte, auf Lebenszeit⁴⁾, worauf Jobst von dem Bündnisse mit Ruprecht zurücktrat. Aus Böhmen in die Pfalz heimgekehrt, unternahm jetzt der Gegenkönig den nicht minder erfolglosen Zug nach Italien zur Erwerbung der Kaiserkrone, der ihn um Ansehen und Macht in Deutschland brachte.

In der Mark Brandenburg setzte Johann von Lebus nach Jobsts Abreise seine Bemühungen fort, dem Lande die äußere Ruhe zu sichern, die nicht nur durch die Quitzows, sondern auch durch die Herzöge von Mecklenburg-Stargard bedroht war. Die Letzteren betrachteten noch immer die Prenzlauer in der Uckermark als ihre Gegner, weil sie sich in den Schutz der Herzöge von Stettin begeben hatten, um der Zahlung der 60000 Schock b. Grosch. zu entgehen. Im übrigen aber zeigten sie sich nicht abgeneigt, mit den anderen Landschaften der Mark Brandenburg in Frieden zu

¹⁾ R. II, 3, 148. ²⁾ Rufus bei Grautoff II, 461 berichtet: 1401 togen de Markgreve van Mysen Frederik und Wilhelm mit erme vedderen Markgreven Wilhelm mit dem enen ogen vor Prage mit grotem volke und bestalleden de Stad und deden davor groten schaden. ³⁾ Palacky III, 1, 130 u. fg. ⁴⁾ R. II, 3, 149.

leben, und daher gelang es Johann von Lebus und dem zum Bischofe von Havelberg beförderten Otto von Rohr, mit ihnen am 27. August 1401 einen dreijährigen Landfrieden abzuschließen und sie für ein Jahrgeld von 400 Schock b. Gr. zur Verteidigung der Priegnitz zu verpflichten¹⁾. Dagegen behielten sich die Herzöge das Recht vor, die Uckermark nach ihrem Ermessen zu befehlen. Jener Vertrag schloß also einen Teil der Mark von der Wohlthat des Friedens aus, was die Leiter der märkischen Politik nur zugestanden haben können, weil ohne diese Beschränkung die Stargarder Fürsten nicht zu gewinnen waren. Erleichtert wurde ihnen jedenfalls das Zugeständnis durch den Umstand, daß der Unwille der Herzöge sich vor allen gegen die Bürger von Prenzlau richtete und diese selber durch ihren Anschluß an Pommern-Stettin auf die Hülfe und Fürsorge der Regierung Jobsts verzichtet hatten. Trotz allem dem bleibt der Augustvertrag vom Jahre 1401, der fremden Fürsten den Schutz der Priegnitz anvertraute und ihnen das Recht der Kriegführung und Plünderung in der Uckermark zugestand, eine der staatsrechtlichen Absonderlichkeiten, welche eben die Regierungszeit Jobsts zu einer Unglücksperiode der Mark Brandenburg machten. Nicht der Friede, sondern der Unfriede wurde durch ihn gewährleistet, und schon das Jahr 1402 brachte neue Kämpfe und neue Leiden für die märkische Bevölkerung.

Wer nach den besonderen Ursachen und dem nächsten Anlasse des unheilschweren Krieges forscht, der in der Mark im Jahre 1402 geführt wurde, wird schwerlich zu einem sicheren Ergebnis gelangen, da das geschichtliche Material über die diplomatischen Verhandlungen fehlt, welche ihm vorangegangen sein müssen. Nur so viel ist erkennbar, daß seit dem Anfange jenes Jahres eine unruhige Geschäftigkeit alle nördlichen Nachbarfürsten der Mark ergriffen hatte, weshalb wir von Bündnissen und Verträgen derselben unter einander hören. Zu Mittfasten 1402 schlossen sämtliche mecklenburgische Fürsten, wie König Albrecht von Schweden, die Stargarder Herzöge Johann und Ulrich, die Herren von Werle Balthasar und Johann mit den Herzögen von Pommern-Wolgast und denen von

¹⁾ Rudloff, Pragm. Handb. d. meckl. Gesch. II, 546 nach urkundlichen Mitteilungen bei Chemnitz; die Vertragsurk. selber ist jedoch nicht von ihm aufgenommen.

Braunschweig-Lüneburg ein Schutzbündnis unter sich zu Boitzenburg, welchem am 2. April 1402 auch die Grafen von Lindow zu Gnoiien mit der Erklärung beitraten, daß sie im Falle eines Krieges zwischen dem Bunde oder einem Mitgliede desselben und der Mark neutral bleiben wollten, wenn ihre mit der Mark geschlossene Sühne „zu Ende käme“, d. h. durch Erfüllung aller Bedingungen von seiten Jobsts ihren Abschluß erhielte¹⁾. Welches Ziel jener Fürstenbund verfolgte, ist nirgends angegeben, und eine praktische Bethätigung von ihm überhaupt nicht ausgegangen. Daß er gegen die Mark von vornherein gerichtet war, hat nach der Erklärung der Lindower Grafen keine Wahrscheinlichkeit für sich und muß um so mehr bezweifelt werden, als am 13. Juli 1402 die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg sogar den Schutz der Altmark für ein Jahrgeld von 800 Schock b. Gr. übernahmen²⁾. Gegen die Mark bildete sich vielmehr im Beginne des Sommers eine Verbindung auf wesentlich anderer Grundlage. Herzog Suantibor von Pommern-Stettin, die Herzöge von Pommern-Wolgast, die Quitzows, die Grafen von Lindow und der Erzbischof von Magdeburg vereinigten sich zu einem Angriffe auf die Mark, wobei wahrscheinlich jeder seine besonderen Interessen verfolgte, der Eine Eroberungen und der Andere Beute machen wollte³⁾. Die Seele des Unternehmens war der Herzog Suantibor, der im Juli 1402 den Kampf durch die Einnahme von Zehdenick in der Uckermark eröffnete⁴⁾ und dann, um sich seinen Verbündeten im Havelgebiete zu nähern, sein Heer vor das Schloß Bötzwow führte, dessen Stelle die Stadt Oranienburg vier Meilen

¹⁾ R. I, 4, 84. ²⁾ R. II, 3, 151. ³⁾ Wusterwitz S. 39. Auffallender Weise berichtet Rufus b. Graut. II, 463 auch von einer Teilnahme Herzog Ulrichs von Meckl.-Stargard an dem Kriege gegen die Mark und daß derselbe 1402 die Orte Freudenberg und Strausberg erobert habe. Wusterwitz meldet davon nichts, und Strausberg wenigstens wurde von den Pommern und den Quitzows eingenommen. Ferner suchte noch im August 1402 Ulrich eine Vermittlung zwischen dem Erzbischofe und der Mark anzubahnen nach R. I, 4, 84. Die Nachricht bei Rufus erscheint dadurch höchst zweifelhaft. Für sie würde nur eine Stelle in einem Berichte der Berliner an Jobst über den Krieg von 1402 sprechen, worin es heißt: „Ouch haben des Mekelborgis Mannen mitgewest uff dem Barnim in allen Reysen“ (R. Supplem.-Bnd. S. 266, Nr. 20.) Ferner wird hier auch von einem Kampfe des Lebuser Bischofs gegen „den von Meckelenburg“ geredet, aber nicht erwähnt, daß es Ulrich von Stargard war. ⁴⁾ Nach einer Notiz in Micrälius Pommerania I, 238.

nördlich von Berlin heute einnimmt. Nicht weit von Bötzw auf der Gemarkung des heutigen Dorfes Sachsenhausen befanden sich damals eine Mahl- und Sägemühle und ein Eisenhammer, zu deren Schutze man einen den Namen Neumühle führende Befestigung errichtet hatte¹⁾. Am 25. Juli wurden Bötzw und Neumühle von den Feinden erobert und besetzt²⁾. Dafs die Märker dem gewaltsamen Vordringen ihrer Gegner ruhig zugeschaut haben sollten, ist an sich unwahrscheinlich, wenn auch die geschichtlichen Quellen nichts von ihren Gegenmafsregeln melden. Nur eine dunkle Notiz in den Frankfurter Stadtrechnungen läfst der Vermutung Raum, dafs ein Städteheer zur Verteidigung Bötzw ausbezogen war³⁾. Im übrigen aber bemühten sich die Vertreter Jobsts, dem Kampfe durch Verträge mit den Feinden vorzubeugen. In der That gelang es den Herzögen von Mecklenburg-Stargard mit dem Erzbischofe von Magdeburg einen Waffenstillstand bis zum 8. September abzuschliessen. Herzog Johann meldete dies am 13. August dem Rate von Berlin mit dem Bemerkten, dafs leider der Friede mit den Grafen von Lindow, den Quitzows und denen von Wulffen zu Grabow noch nicht zu stande gekommen sei⁴⁾. Indessen wurden die Unterhandlungen mit den Grafen fortgesetzt, denn diese sicherten noch am 20. August den Abgeordneten von Brandenburg, Berlin, Spandau und Nauen freies Geleite zu einem in Kremmen oder Fehrbellin abzuhaltenden Tage zu⁵⁾. Wenn an einem dieser Orte eine Zusammenkunft der städtischen Sendboten mit den Grafen wirklich stattfand, so mufs sie ohne Ergebnis für den Frieden gewesen sein, denn ihr folgte beinahe unmittelbar der Wieder-

¹⁾ Diese Besitzungen gehörten Gerhard von Holzendorf, welcher ohne Zweifel identisch ist mit dem Gerike von Holzendorf, der um 1415 die Zurückgabe von Neumühle von den märkischen Ständen erbat (R. I, 12, 244). Bötzw wird 1349 als das „neue Haus“ bezeichnet (R. I, 12, 238). ²⁾ Wusterwitz S. 40. ³⁾ Stajus bemerkt hier: „Dis Jar (1402) ist eine Herfart auf Betzow gewesen und hat dieselbe Frankfurt gestanden, dieweil sie die ihren hingeschickt, 103 Schock Groschen.“ In diesem Betzow glaubte jedoch Wohlbrück, Lebus II, 199 ein im Sternberger Kreise belegenes Schloß Bottschow zu erkennen, welches von den Frankfurtern zerstört sei, weil am 4. Jan. 1402 ein Petz von Lossow sich mit jenen aussöhnte und sich dabei verpflichtete, das zerstörte Schloß Bottschow nicht wieder zu erbauen (R. I, 23, 140). Jenem Datum nach aber mufste die Expedition gegen Bottschow bereits 1401 stattgefunden haben. Auch scheint die Schreibweise des Namens eher auf Bötzw als auf Bottschow hinzudeuten. ⁴⁾ R. I, 4, 84. ⁵⁾ R. Supplement-Band S. 255.

ausbruch der Feindseligkeiten. Die pommerschen Fürsten, welche im August nach Pommern zurückgekehrt waren¹⁾, drangen mit ihren Verbündeten im September in den Barnim ein, dessen Ortschaften sie weithin verwüsteten, und erschienen um die Mitte des Monates vor der Stadt Strausberg östlich von Berlin. Am 21. September wurden die Häuser derselben durch feurige Pfeile in Brand geschossen, und als das Feuer die Einwohner in Schrecken und Verwirrung gesetzt hatte, die Mauern erstürmt und die Einwohner niedergemacht oder vertrieben. Nach dem Berichte des Strausberger Chronisten Andreas Angelus hatte die Stadt vor dem Brande 600 Bürger gezählt, mithin eine Einwohnerzahl von 2000 bis 3000 Seelen; in der folgenden Zeit zählte die Gemeinde nur 200 Bürger²⁾. Die Stadt Eberswalde im östlichen Teile des Barnim, von den pommerschen Herzögen lange schon begehrt und bedroht, schloß in diesen Tagen mit den Gegnern einen besonderen Frieden und trennte sich damit von dem märkischen Städtebunde³⁾. Das märkische Heer, den Niederbarnim preisgebend, zog sich nun auf die waldigen Höhen von Buckow und Müncheberg zurück, welche ihm treffliche Stützpunkte zur Verteidigung boten. Seine Haltung mochte auch den Gegner bedenklich machen, denn am 24. September sandten Suantibor und die Wolgaster Herzöge Barnim und Wartislaw den Hofschreiber Elsholz an den Berliner Rat mit dem Ersuchen, Abgeordnete zu Unterhandlungen nach Strausberg zu schicken; nicht nur in ihrem Namen, sondern auch in dem der Grafen von Lindow und der Quitzows sicherten sie denselben freies Geleite zu⁴⁾. Dieser Aufforderung scheint jedoch der Rat nicht nachgekommen zu sein, denn wir hören nichts von Friedensverhandlungen, sondern von erneuerten Kämpfen um Strausberg. Das märkische Heer, für dessen bessere Ausrüstung Frankfurt allein weit über 1000 Schock b. Gr. im Jahre 1402 ausgab, ging von Müncheberg her zum Angriffe über. Zwei-

¹⁾ Suantibor und sein Bruder Bogislaw waren um die Mitte des August zu Garz a. d. O., Barthold III, 566 nach einer Urkunde bei Dreger. ²⁾ Angelus, Breviarium z. J. 1402. ³⁾ Dafs die Märker Eberswalde zu schützen versucht hatten, beweist Stajus mit der Notiz z. Jahre 1402: „Zur Neuenstadt dem Markgrafen 57 Schock 4 Grosch.“, R. IV, 1. 321. Dagegen meldeten die Berliner am Ende des Jahres Jobst: „Ouch die von der Neustadt mit 30 Dörffern sessen in guten frieden mit den vyenden“, R. Suppl.-Bd. S. 266. ⁴⁾ R. Supplem.-Bnd. S. 255.

mal suchte man den Feinden Strausberg wieder zu entreißen¹⁾, aber ohne Erfolg; die pommersche Besatzung wufste den Ort tapfer zu verteidigen. Das feindliche Heer jedoch mußte den Barnim räumen und sich nordwärts zurückziehen. Sie verließen eine weithin verwüstete Landschaft, die ihnen den Lebensunterhalt nicht mehr zu bieten vermochte. Die Dörfer um Strausberg, Bernau²⁾ und Bötzw bildeten rauchende Brandstätten, und viele derselben sind auch nicht wieder aufgebaut, da die Einwohner getödtet oder vertrieben waren. Zu den verschwundenen Ortschaften gehören Helwigsdorf bei Blumberg, Slawen bei Friedland, Altena bei Rüdersdorf, Groß-Bensdorf bei Buckow und Blumenthal und Kehnsdorf bei Strausberg³⁾. In der Umgegend von Bötzw lagen die Dörfer Neudorf, Nassenhaide, Grabsdorf und Bernhöfde noch im Jahre 1418 wüste⁴⁾ und Neudorf sogar noch 1541⁵⁾. Der Rat von Berlin meldete dem Markgrafen nach Mähren, daß die Feinde 22 Dörfer auf dem Barnim verbrannt und von den Bewohnern an 3000 Schock b. Gr. erpreßt hätten⁶⁾.

Der Abzug der Pommern und ihrer Verbündeten konnte nicht als ein Sieg der Märker betrachtet werden, denn jene behielten Bötzw und Strausberg in ihrer Gewalt, und ein neuer Angriff der Feinde im nächsten Frühjahr dürfte als sicher vorausgesehen werden. Daß die Mittelmark so schwere Verluste erlitten und trotz energischer Anstrengungen nur wenig erhebliche Erfolge errungen hatte, daran trug die Führerlosigkeit der Märker nicht geringe Schuld, denn im September war der Bischof Johann von Lebus freiwillig von der Statthalterschaft zurückgetreten und in sein Bistum heimgekehrt⁷⁾.

¹⁾ So berichtet der Frankfurter Stajus R. IV, 1, 321 u. 322. ²⁾ Daß auch Bernau von dem vor den Märkern sich zurückziehenden Heere der Feinde in Brand geschossen sei, wie Klöden (d. Quitzows II, 85) erzählt, wird von Wusterwitz nicht berichtet. Klöden scheint es daraus geschlossen zu haben, daß 1406 die Bernauer sich verbrannte Privilegien von Jobst erneuern ließen. Sie meldeten diesem jedoch nur (R. I, 12, 167), daß bei einem Brande ihres Rathauses „etliche ihrer Briefe von Feuersnot verbrannt seien“. Dergleichen Brände in den Städten waren bei der Holzkonstruktion der Gebäude damals nichts seltenes. ³⁾ Klöden, d. Quitz. II, 85. ⁴⁾ R. I, 12, 245. ⁵⁾ R. I, 12, 260. ⁶⁾ R., Suppl.-Bd. S. 266. ⁷⁾ Ebd. Der Rat von Berlin meldete darüber an Jobst: „Als wir euwer gnaden haben vormals geschrebin, wie das der erwirdige her Johans, bischoff von Lubus, hatte ufgesaget die hauptmanschaft der Mark z. Br. und den geeziten tzöug der bischoff von uns ezu Lubus, indeme zogin der greve von Lindow und die Quitzowin

Welche Gründe ihn zu diesem Schritte bewogen hatten, das wissen wir nicht. In einem Gefechte, welches er und Balthasar von Schlieben bei Fehrbellin gegen die Quitzows und die Grafen von Lindow geliefert hatten, waren ihnen 56 Pferde verloren gegangen, worauf jene in den Barnim vordrangen. Dieser unglückliche Ausgang des Unternehmens mag den ersten Anlaß zu dem Rücktritte des Bischofes gegeben haben. Als ein friedliebender und wohlwollender Prälat hatte er stets für die Erhaltung des Friedens zu wirken gesucht; den Schwierigkeiten einer kriegerischen Lage gegenüber scheint er jedoch die Unzulänglichkeit seiner Kraft gefühlt und deshalb seinen Abschied genommen zu haben. — Auch der Städtebund hatte sich nicht bewährt, denn Eberswalde war ihm nicht treu geblieben. Im Barnim fehlte es sogar nicht an Leuten, welche es mit den Feinden hielten. Der Müller des Dorfes Utstorp bei Bernau wurde 1402 in Berlin mit dem Tode bestraft, weil er „den Feinden seines Landes Bier, Brot, Futter, Wege und Stege gegeben hatte“¹⁾; und in Berlin selbst gab es Bürger, die beschuldigt werden konnten, den Feinden bei Strausberg Vorschub geleistet zu haben²⁾.

Um den Leiden der Mittelmark die Krone aufzusetzen, war auch Jobst 1402 nicht in der Lage, seinen bedrückten Unterthanen Hülfe zu bringen oder auch nur unter ihnen persönlich zu erscheinen. Nachdem es ihm soeben geglückt war, den Einfluß seines Bruders Prokop auf König Wenzel zu beseitigen, trat unerwarteter Weise König Sigismund wieder mit dem Anspruche hervor, daß ihm die Fürsorge für seinen Bruder und die Leitung der böhmischen Politik zukomme. Als Wenzel im Bunde mit Jobst sich dem widersetzte, nahm Sigismund im März 1402 den König gefangen und als Reichsverweser die Regierung Böhmens an sich³⁾. Jobst sah damit alle seine Pläne durchkreuzt und seine ganze Stellung bedroht; und ein schwerer Konflikt erhob sich zwischen ihm und Sigismund, nachdem sie jahrelang zusammen dahin gewirkt hatten, die Macht und die Würde König Wenzels zu untergraben. Nicht nur aus Böhmen, sondern sogar aus der Mark Brandenburg suchte Sigismund jetzt seinen Vetter zu verdrängen. Trotz aller Gegenagitation von seiten Jobsts

uff deme Barnim“ u. s. w. Der Brief ist am 13. December geschrieben, aber ohne Jahreszahl. Er gehört ohne Zweifel in das Jahr 1402.

¹⁾ Fidein, Beitr. I, 191. ²⁾ Ebd. S. 192. ³⁾ Palacky III, 1, 142.

verkaufte er 1402 die Neumark östlich von der Oder an den deutschen Ritterorden¹⁾, und am 16. August schloß er ein Bündnis mit den österreichischen Herzögen Wilhelm, Albrecht und Ernst gegen Jobst, wobei er sich verpflichtete, einem derselben die Mark Brandenburg zu überliefern²⁾. Wie es scheint, erhielt Jobst von diesem Vertrage Nachricht und dadurch den Anlaß, die Mark in andere Hände zu bringen, damit sie nicht in den Besitz eines Habsburgers käme. Noch im Herbst 1402 traf er mit Wilhelm von Meissen ein Abkommen, welches diesen unter Voraussetzungen, die wir nicht kennen, zum Besitzer des Kurlandes machte, denn der Hochmeister Konrad von Jungingen gratulierte diesem am 6. November 1402 wegen der Besitznahme der Mark, die Wilhelm ihm gemeldet hatte, und zugleich sprach er diesem seine Freude darüber aus, daß beide nun unmittelbare Nachbarn werden würden³⁾. Eine praktische Folge für die Mark hat der Vertrag nicht gehabt, denn auch Wilhelm von Meissen war nicht im stande, etwas für das Land zu unternehmen. Als zu Ende des Oktobers die Stände in Berlin zu einer Beratung zusammentraten, erschienen hier zwar von Wilhelm gesandt der meißnische Hofmeister Otto von Schlieben, ferner Jan von Heinitz und der Domherr Martin Appelmann, aber nicht um eine wirksame Hülfe zu bringen, sondern nur um der Versammlung „des Markgrafen Meinung“ zu sagen⁴⁾, womit unter den ob-

¹⁾ Wie sehr Jobst gegen den Verkauf war, beweisen die Briefe des Hochmeisters Konrad von Jungingen vom 30. Sept. und 27. Nov. 1402 (R. I, 24, 111 u. 113). Der Hochmeister entschuldigt sich damit, daß er den Kauf nicht gewollt habe, die Verhältnisse ihn aber dazu genötigt hätten. ²⁾ R. II, 3, 87. Die Urk. ist hier jedoch irrtümlicher Weise in das Jahr 1382 gesetzt. ³⁾ Das Schreiben des Hochmeisters war die Antwort auf einen Brief, in welchem Wilh. v. Meissen von Verbindungen gesprochen hatte, die er mit dem Orden einzugehen wünschte. Darauf beziehend, bemerkt der Hochmeister: „Wenn nu in der Innemunge der alden Marke Euer Durchleuchtigkeit nehen sich wirt den greniczen unser lande, ist es Euch beheglichen, so gerucht uns eigentlichen zu unterrichten alle Euwer begerunge, in welcher weyse die vorbindunge Ir begert zu haben“ (R. I, 24, 112). Die hier in Aussicht genommene Verbindung der Mark und des Ordens war vielleicht gegen Pommern-Stettin gerichtet, deren Herzöge selber nach dem Besitz der Neumark strebten und bald auf Grund einer Schuldforderung eine Fehde gegen den Orden eröffneten (R. I, 24, 110, 112, 116 u. 117). ⁴⁾ Sie überbrachten ein am 21. Okt. 1402 ausgefertigtes Beglaubigungsschreiben, gerichtet an die Bischöfe von Lebus, Brandenburg und Havelberg und alle Mannen u. s. w. Johann von Lebus wird darin nicht mehr als Hauptmann der Mittelmark bezeichnet (R. II, 3, 157).

waltenden Umständen wenig genug gesagt und gar nichts gethan war. Nicht die Männer der Rede, sondern den Mann der That gebrauchte man, und als solcher erwies sich in diesen Tagen der Hoffnungslosigkeit der zum Schutze der Priegnitz berufene Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard, welcher hülfreich sich auch der Bewohner der Mittelmark annahm. Im Verein mit den Bürgern von Spandau gelang es ihm, Dietrich von Quitzow auf einem seiner Raubzüge in der Nähe des Thürberges bei Trebbin, vier Meilen südwestlich von Berlin, gefangen zu nehmen und damit einen gefährlichen Ruhestörer auf einige Zeit unschädlich zu machen¹⁾. Welche Freude aber auch die Kunde von diesem Ereignis unter der Bevölkerung erwecken mochte, die nächsten Folgen desselben waren sehr bedenklicher Art, denn nicht nur die Quitzowsche Partei kam dadurch in Alarm, sondern auch die mit ihr verbündeten Vasallen des Erzbischofs von Magdeburg. Die mächtigsten von diesen, Hasso von Steinfurt, Busso von Alvensleben, Hartwig von Ütze auf Erxleben und der Ritter Johann von Treskow nebst Jordan von Alsleben aus der Priegnitz fielen im November 1402 mit einer großen Schar von Gewappneten, wie Wusterwitz erzählt²⁾, in das Havelland ein und nahmen ihren Weg gerade auf Spandau zu, hinter dessen Mauern wahrscheinlich Dietrich von Quitzow als Gefangener bewahrt wurde. Sie waren bereits bis Tremmen vorgedrungen, einem Dorfe auf der Hälfte des Weges zwischen Brandenburg und Spandau, als ihnen eine Schar von brandenburgischem und mecklenburgischem Kriegsvolke unter der Führung Heinrichs von Manteuffel entgegentrat, der das Marschallsamt unter Johann von Stargard bekleidete. Unter seinen Truppen befanden sich das Aufgebot der Alt- und Neustadt Brandenburg und viele havelländische Leute, die von Hans oder wahrscheinlicher Balthasar³⁾ von Schlieben auf dem Schlosse Friesack und von Hans Zicker aus Hohennauen bei Rathenow gesammelt waren. Die Feinde zogen sich vor diesen Scharen wieder rückwärts der Havel zu, wurden aber von ihnen am Wernitzer Walde nahe am Beetzsee eingeholt und am 10. November vollständig besiegt.

¹⁾ Wusterwitz (S. 41), der allein von Dietrichs Gefangennahme Nachricht giebt, verlegt dieselbe zwischen den 21. Sept. und 10. Nov. 1402 und den Thürberg in die Nähe von Trebbin. Es ist ein neben dem Dorfe Thürow befindlicher Berg, jetzt der Thürower Berg genannt. Klöden, Quitzows II, 99 sucht ihn ohne Grund nördlich von Brandenburg bei dem Dorfe Tremmen. ²⁾ Ebd. ³⁾ S. 42, Anm. 2.

Mehr als 60 Mann, darunter Busso von Alvensleben, fielen den Siegern in die Hände und wurden als Gefangene nach Brandenburg gebracht. Die Bevölkerung dieser Stadt war durch das lange Kriegselend bereits so erbittert, daß es jenen Edelmann zum Tode verurteilte, obgleich er 1000 Schock b. Gr. für seine Befreiung bot.

Die Gefangennahme Dietrichs von Quitzow und der Sieg am Wernitzer Walde, erfochten unter einem mecklenburgischen Führer, lenkten naturgemäß die Augen der Märker auf Johann von Stargard, der das ihm geschenkte Vertrauen durch seine Thaten gerechtfertigt hatte. Wenn die in Berlin im November versammelten Stände die Mittel erwogen, wie der Not des Landes zu steuern sei, so konnte ihnen nicht entgehen, daß jener der Mann sei, welcher wirklich Hülfe zu schaffen vermöchte. Man darf es wohl als das Ergebnis solcher Erwägungen betrachten, daß ihm und seinem Bruder am 25. November zu Berlin nicht nur der Schutz der Priegnitz auf fernere 6 Jahre für ein Jahrgeld von 400 Schock b. Gr. übertragen, sondern auch der Schutz des ganzen Kurlandes für den Fall eines Krieges empfohlen wurde¹⁾. Infolge dieser letzteren Bestimmung traten denn auch die Stargarder Herzöge mit ganzer Hingebung und Entschiedenheit für die Interessen der Mittelmark ein, indem sie nicht nur deren Feinde bekämpften oder zum Abschlusse eines Friedens nötigten²⁾, sondern auch um die innere Verwaltung dieser Landschaft sich kümmerten. Wusterwitz³⁾ bezeichnete sie daher

¹⁾ R. II, 3, 157. Die Bestallungsurkunde für die Herzöge ist zwar in Jobsts Namen in Berlin ausgestellt, kann aber nicht als Beweis dafür angesehen werden, daß Jobst persönlich am 25. November 1402 in Berlin anwesend war, denn erstens zeugt für seine Anwesenheit daselbst keine zweite Urkunde oder sonst glaubwürdige Nachricht und zweitens meldet eine böhmische Quelle, die Palacky III, 1, 149, Anm. 175 mitteilt, daß Jobst dem im December 1402 in Böhmen mit Heeresmacht eindringenden Sigismund bei Kuttenberg persönlich Widerstand geleistet habe. Nach Dobner Scr. rer. Boh. IV, 397 war Jobst am 20. December 1402 in Brünn und erst am 24. Januar 1403 meldete er nach Berlin, daß er zu Lichtmels (2. Februar) in die Mark kommen wolle (R. II, 3, 160). — Die Stelle der Urkunde, worin den Stargarder Herzögen in Zeiten der Gefahr der Schutz der ganzen Kurmark empfohlen wird, lautet: Wer iz Sache, daz die — Hertzogen von Mecklenburg ein Folge teten mit andere unsire Landen — nach unsir Lande besten uppe unsir und unser Lande Vyende, was sy in sulcher Folghen redelichen Schaden nemen eddir Koste teten, den se wol bewisen muchten nach unsir Manne unde Stete Bekantnisse, solchen Schaden wollen wir se entledigen u. s. w. ²⁾ R. II, 3, 161. ³⁾ S. 39.

nicht mit Unrecht als „Hauptleute und Statthalter in der Mark“, denn die Bewohner der Mittelmark betrachteten sie in der That als die höchsten Stellvertreter des Markgrafen. Am 18. Juni 1403 ersuchten die Ratsleute von Brandenburg, Belitz, Rathenow und Nauen den Rat von Berlin, den Herzog Johann zu bitten, daß er die Stände der Mittelmark zu einer Versammlung berufen möchte¹⁾.

Das scheidende Jahr 1402 sah die Mittelmark an offenen Wunden dahin siechen. Von Ost und West bedrängten sie Feinde, die wohl augenblicklich vor der märkischen Tapferkeit zurückgewichen waren, aber keineswegs an Frieden dachten. Selbst der Schnee des Winters hinderte sie nicht, die Ruhe der Bevölkerung durch Raub und Brandlegung zu stören, denn noch im December wurden von ihnen Dörfer auf dem Barnim und im Havellande in Asche gelegt²⁾. Besser als die Landbewohner, welche Haus und Hof geplündert oder in Flammen aufgehen sahen, waren die Bürger in ihren ummauerten Städten daran, aber die Verwüstung des Landes rings umher brachte ihrem Gewerbe und Handel schwere Verluste, so daß die Not ihren Einzug auch in die Städte hielt. Sehr bezeichnend dafür ist das Steigen des Geldwertes in den eben geschilderten Jahren. 1397 hatte der Rat von Berlin ein Darlehen von 100 Schock b. Gr. noch zu 8 % Zinsen aufgenommen³⁾, 1401 zahlte er für 30 Schock bereits 3 Schock jährlicher Zinsen⁴⁾ und 1402 für ein Darlehen von 40 Schock sogar 5 Schock, also 12½ %⁵⁾. Diese Notlage bewog den Berliner Rat dem Markgrafen die traurigen Zustände des Landes in dem oft schon hier angeführten Briefe vom 13. December zu schildern und von ihm selber Hülfe zu erbitten⁶⁾. „Gnädiger Herr — so schlossen sie ihren Bericht — es steht jetzt so gar übel in der Mark, daß es kein Mann Euer Gnaden sagen noch schreiben

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 108. Das Schreiben ist ausgestellt am Sonntage Marcii und Marcellini (18. Juni), hat aber keine Jahreszahl. Während der Hauptmannschaft der Stargarder Herzöge, 1402 und 1403, fiel der 18. Juni in dem letzteren Jahre auf einen Sonntag. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 266. ³⁾ Fidicin, Beitr. I, 219. ⁴⁾ Ebd. S. 222 u. 223. ⁵⁾ Ebd. S. 223. ⁶⁾ Die Altmärker, welche 1402 unter einer Fehde mit den Herzögen von Sachsen-Lauenburg schwer gelitten hatten, schlossen am 13. December 1402 mit ihren Gegnern nicht nur Frieden auf eigene Hand, sondern verpflichteten dieselben auch wie schon vorher die Herzöge von Braunschweig zum Schutze der Altmark für ein Jahrgeld von 100 Mark Lübeck. Pfenn. und die Lieferung von 6 Tonnen Bier.

mag; und gedenket Euer Gnaden nicht anders davor, so sorgen wir, daß Euer Land in solchen Schaden und solche Verderbnisse kommt, daß es sie nicht verwinden mag. Auch kann kein Mensch dasselbe schützen als Euer Gnaden allein“¹⁾. — Es fehlte indessen viel, daß der Markgraf auf diesen Notschrei sofort herbeigeeilt wäre; er versprach nur, wie wir bereits hörten, im Anfange des Februar 1403 in die Mark zu kommen; und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das seine ernste Absicht war. Allein erst am 14. April 1403 wurde der Kampf zwischen ihm und Sigismund durch den Abschluß eines bis zum 20. Mai währenden Waffenstillstandes beendet²⁾, dem der Friede gefolgt zu sein scheint, denn Sigismund kehrte im Sommer nach Ungarn zurück, und Jobst begab sich, seinen Weg durch die Lausitz nehmend, in die Mark Brandenburg.

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 266. ²⁾ Palacky III, 150. Am 17. April 1403 befand sich Jobst in Olmütz nach R. I, 7, 137.

XIV.

Kriegerische Zustände in der Mittelmark bis zum Frieden mit dem Erzstifte Magdeburg im Juni 1403. Jobst in der Mark. Die Grafen Heinrich und Günther von Schwarzburg zu Verwesern der Alt- und Mittelmark ernannt.

Die kriegerischen Wirren, welche das Jahr 1402 über die Mittelmark gebracht hatte, währten ungemindert im folgenden Jahre fort. Der Frankfurter Stadtschreiber Stajus eröffnet seinen Bericht zum Jahre 1403¹⁾ mit der Bemerkung: „Viel auf Kriegsrüstung verwendet. — Die Mönchpergsche Kriegsexpedition hat bis um dies Jahr gewehret; daselbst aufgegangen 156 $\frac{1}{2}$ Schock 3 Groschen“ u. s. w. Für die Lösung von Frankfurter Mannschaften, die vor Strausberg in Gefangenschaft geraten waren, zahlte die Stadt noch im besonderen 3 $\frac{1}{2}$ Schock. Jene Bemerkung läßt erkennen, daß die Lage auf dem Barnim noch immer eine kriegerische war. Wie es scheint, ging das Bestreben der Städte, vor allen Frankfurts, dahin, dem Feinde Strausberg zu entreißen, von dem aus die Pommern den Handelsweg zwischen Frankfurt und Berlin sperrten²⁾ und die Schifffahrt auf der Spree gefährdeten. — Nicht minder bedenklich als auf dem Barnim sah es im Havellande aus. Dietrich von Quitzow freilich befand sich noch in der Gefangenschaft, die nach Wusterwitz³⁾ bis zur Ankunft Jobsts gewährt haben soll; sein Bruder

¹⁾ R. IV, 1, 322. ²⁾ Von der Unsicherheit auf dem Barnim zeugt auch der folgende sicher überlieferte Vorfall. Eine Nonne aus Guben, Imma Wolf, war im Juni 1403 in Begleitung ihres Vetters, des Bürgers Ulrich Tilemann aus Guben, zum Besuche ihrer erkrankten Mutter nach Nauen gereist. Auf dem Heimwege wurden beide in der Nähe von Berlin ermordet und ihre Habe geraubt. Der Propst von Guben Ulrich Wildow führte darüber bei Jobst Klage, erhielt aber keine Antwort. Sausse, Gesch. d. Jungfrauen-Klosters zu Guben, im N. Laus. Magaz. 43, 292. ³⁾ S. 41.

Johann aber rächte das Unglück, welches jenen betroffen, durch eine dauernde Befehdung der Stadt Brandenburg. Als er sah, daß die Bürgerschaft auf ihrer Hut war, suchte er ihr durch eine Kriegslust zu schaden. In der Nacht des 8. März 1403 erschien er mit mehreren Vasallen des Erzbischofs von Magdeburg, unter denen Ludwig von Neuendorf, der Besitzer des Schlosses Plote, Johann von Treskow, Nickel von Wettin und Heinrich von Isenburg namhaft gemacht werden, vor der Altstadt Brandenburg, vor deren Mauern eine dem heiligen Nikolaus geweihte Kirche lag. In dieser wurde ein Teil seiner Mannschaften versteckt. Am anderen Morgen machte Johann von Quitzow einen Scheinangriff auf das Stadtthor, um die Bürger in das Freie zu locken und den in der Kirche versteckten Truppen Gelegenheit zu geben, sie im Rücken anzugreifen. Dieser Plan wurde jedoch von den Bürgern durchschaut oder ihnen verraten. Ruhig wiesen sie den Angriff von ihren Mauern zurück, ohne den Feinden nachzusetzen. Inzwischen aber hatten sie Boten an den im Kloster Lehnin weilenden Herzog Johann von Stargard und an Wichard von Rochow auf dem Schlosse Golzow südlich von Brandenburg gesandt und um Hülfe gebeten. Beide eilten mit Mannschaften herbei, griffen mit den Bürgern vereint die Feinde an und brachten ihnen eine empfindliche Niederlage bei. Johann von Quitzow entkam zwar glücklich nach Plaue, aber 40 Mann, darunter die oben genannten Vasallen, wurden gefangen genommen und der Altstadt Brandenburg zur Bewahrung übergeben. Ludwig von Neuendorf bot für seine Freilassung ein Lösegeld von 1000 Schock b. Gr. und mehrere der anderen Edelleute entsprechende hohe Summen, worauf sie die Freiheit gegen ihr Ehrenwort erhielten, sich wieder als Gefangene zu stellen, wenn sie das Lösegeld nicht bezahlen könnten¹⁾. Der Erstere jedoch zahlte nur einen Teil desselben und die übrigen, wie es scheint, gar nichts. Sie wurden daher durch Schmä- oder

¹⁾ Einige blieben jedoch bis in das nächste Jahr als Gefangene in Brandenburg. Zu ihnen gehörte ohne Zweifel ein Heinrich von Brandis, für dessen Freilassung am 18. Sept. 1404 (R. I, 10, 135) Bertram von Baruth und andere Edelleute ein Lösegeld von 50 Schock an Johann von Stargard, Wichard von Rochow, den Rat der Alt- und Neustadt Brandenburg und Friedrich von Schlieben zu zahlen versprachen. Die Empfänger des Lösegeldes sind die Verbündeten vom 8. März 1403, zu denen wir auch den von Wusterwitz nicht erwähnten Friedr. v. Schlieben zählen müssen.

Scheltbriefe an ihr Ehrenwort gemahnt, und als das keinen Erfolg hatte, ihr Bild öffentlich in Brandenburg an den Pranger geschlagen. Man stellte sie in einem Gemälde nach Art der Totentänze dar, den einen hinter dem anderen einherschreitend. Allen hatte man blaue Hände gegeben zur Bezeichnung des begangenen Eidbruches, der nach alter Anschauung die Finger schwärzen sollte¹⁾. Als Vortänzer schritt Ludwig von Neuendorf voran, den Kopf mit einem weissen Hute bedeckt, den eine rote Schnur umgab. Es war die Kopfbedeckung des Henkers in jenen Tagen.

Diese verwüstenden Kämpfe zwischen Märkern und Magdeburgern hätten vielleicht noch viel Unheil über die beiden Parteien gebracht, wenn nicht ein fremder Fürst, der bisher mit der Mark in keiner Verbindung gestanden hatte, durch das Interesse seiner eigenen Familie dahin geführt worden wäre, als Friedensvermittler zwischen den Streitenden aufzutreten. Das war der Graf Günther von Schwarzburg, welcher damals mit seinem älteren Bruder Heinrich die Herrschaften Sondershausen, Frankenhausen, Arnstadt und Blankenburg gemeinsam besaß und einträchtiglich verwaltete. Sein Sohn Günther, ein sehr junger Mann, war von dem Magdeburger Erzbischofe Albert in das Domkapitel aufgenommen und dann zum Coadjutor ernannt worden. Damit hatte er die Aussicht gewonnen, der Nachfolger des regierenden Erzbischofs zu werden, dessen hohes Alter und große Hinfälligkeit eine baldige Erledigung des erzbischöflichen Stuhles erwarten ließen. Graf Günther, der Vater, welcher mit Umsicht den Plan seines Sohnes unterstützte, erkannte mit Recht, daß die Verwirklichung desselben ohne die Zustimmung der Luxemburger schwer zu erzielen und vor allem eine Änderung der Politik des Erzstiftes gegen Brandenburg notwendig sei. Im Frühjahr 1403 erkrankte der Erzbischof Albert so ernstlich, daß er die Leitung der Geschäfte seinem Coadjutor überlassen mußte, welchem der in Magdeburg weilende Vater als Beirat zur Seite stand. Dieser nun benutzte die Gelegenheit, einen vollständigen Umschwung in den Beziehungen des Erzstiftes zur Mark herbeizuführen, indem er mit Johann von Stargard Friedensunterhandlungen anknüpfte. Am 10. Juni 1403 wurde ein Waffenstillstand zwischen Magdeburg und der Priegnitz und Mittelmark bis zu Michaelis des-

¹⁾ Wusterwitz S. 45.

selben Jahres vereinbart¹⁾, welchem später der Friede folgte. Die Vertragsurkunde ist nicht mehr vom Erzbischofe Albert, sondern von seinem Coadjutor unterzeichnet²⁾, und zwei Tage später, am 12. Juni, beschloß jener sein Leben auf dem Giebichenstein bei Halle³⁾. Sein Tod befreite die Mark von einem sehr hartnäckigen und gefährlichen Gegner, der von Natur ehrgeizig und geldgierig ohne Wanken seine Ansprüche auf Plaue aufrecht erhielt und lebhaft verteidigte. Eben jene Ansprüche liefs nun der Coadjutor Günther von Schwarzburg auf sich beruhen, denn die Vertragsurkunde vom 10. Juni gedenkt derselben mit keinem Worte, und gerade dieses Zugeständnis von seiten des Erzstiftes ermöglichte nicht nur den Abschluss des Waffenstillstandes, sondern auch nach dessen Ablauf die Fortdauer des Friedens. Günther, am 25. Juni 1403 zum Nachfolger Alberts gewählt, obgleich er, wie der Lübecker Chronist sich ausdrückt⁴⁾, „sehr jung und sehr wild“ war, gehörte zwar nicht zu den friedliebenden Kirchenfürsten, aber sein stürmischer Thatendrang fand zunächst Befriedigung in blutigen Kämpfen mit den Herzögen von Sachsen-Wittenberg und den Fürsten von Anhalt, die an sich schon genügt hätten, ihm die Erhaltung des Friedens mit der Mark zur Pflicht zu machen, auch wenn nicht sein Vater und sein Oheim, wie bald geschah, zu Verwesern dieses Landes berufen worden wären.

Der officiële Frieden, der nun zwischen der Mark und dem Erzstifte bestand, hinderte indessen keineswegs die verheerenden Streifereien einzelner Edelleute durch die benachbarten Grenzgebiete. Ob Johann von Quitzow dem Waffenstillstand beitreten werde, erschien zweifelhaft, und auf dem Barnim stand noch der Feind in

¹⁾ R. II, 3, 161. ²⁾ Ausser dem Coadjutor unterzeichneten den Vertrag für den Erzbischof Hans von Schirstädt, der Hauptmann des Erzstiftes, Gebhard von Plote, Klaus von Quitzow und Werner Kracht. Bürgen der Friedens von der anderen Seite waren Hans von Zickeritz, Hans von Schlieben, Achim von Kerkow (nach Wusterw. S. 56 Pfandinhaber von Rathenow) und Czaslau von Kunsdorf oder Kunersdorf, damals Vogt zu Brietzen und Belitz, welches Amt ihm für ein Darlehen von Jobst übertragen worden war (v. Raumer, C. d. Br. I, 44). Der Beitritt zu diesem Waffenstillstande sollte auch freistehen den Fürsten Sigismund und Albrecht von Anhalt, dem Grafen Johann von Barby und Johann von Quitzow, der also die Kriegspolitik aufzugeben im Juni 1403 noch nicht bereit war. Dietrich v. Q. wird in der Urk. nicht erwähnt. ³⁾ Chron. Magd. ed. Meibom II, 351. ⁴⁾ Grautoff II, 465.

Waffen. Von einer Besserung der öffentlichen Zustände konnte also noch lange nicht die Rede sein. Dazu verzögerte sich die Ankunft Jobsts von Monat zu Monat, so oft sie auch schon verheißten und verkündigt worden war. Am 18. Juni 1403 sandten Wichard von Rochow, die Ratsherren von Brandenburg, Rathenow, Belitz und Nauen und der Vogt Czaslau von Kunersdorf ein Schreiben nach Berlin, in dem es heisst: „Ihr wisset wohl, daß unser Herr der Markgraf uns einen Tag zu Luckau beschieden hatte, dahin er kommen wollte. Der Tag ist lange vorüber und nichts erfolgt, als Ihr selber wohl vernehmet. Deshalb sind wir bei dem Herrn von Mecklenburg zu Lehnin gewesen, der eben wieder zu seinem Lande reiten wollte; dem haben wir zugeredet, daß er noch mit Euch zu Berlin bis zum Donnerstage harren möchte, ob uns inzwischen Botschaft, Hülfe oder Rat von unserem Herrn zu wissen käme¹⁾.“ Sie baten darauf in dem Schreiben den Rat von Berlin um die Berufung der Stände und versprachen, sich ebenfalls in Berlin einzufinden, „um der Lande Gebrechen und große Not zu betrachten.“

Endlich nach langem Säumen traf Jobst zu Luckau in der Lausitz im August 1403 ein. Wie aus dem obigen Briefe erhellt, hatte er die Stände der Mittelmark dorthin zu einer Beratung beschieden, da ihn voraussichtlich die Verhältnisse der Lausitz an der schnellen Weiterreise in die Mark hindern würden. Einige Ständemitglieder wurden jedoch des langen Wartens müde und wünschten auch ohne Teilnahme Jobsts über die Landesangelegenheiten in Berlin zu beraten, andere dagegen müssen sich bei dem Markgrafen in Luckau eingefunden haben, darunter vor allem die Vertreter der Stadt Frankfurt, denn am 18. August erließ jener in Luckau eine für die Oderschiffahrt wichtige Verordnung²⁾, die nur durch die Frankfurter in Anregung gebracht sein kann. Der Krieg mit Pommern-Stettin hatte nämlich nicht allein den Landhandel

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 108. Schon oben ist erwähnt, daß dieser am Sonntage Marcii und Marcellini (18. Juni) geschriebene jahreszahllose Brief in das J. 1403 gesetzt werden muß, da nur in diesem während der Hauptmannschaft der Stargarder Herzöge der 18. Juni auf einen Sonntag fiel. — Dadurch ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Jobst am 3. Juni 1403 in Tangermünde gewesen sei, wie Riedel (I, 4, 85) aus einem ebenfalls jahreszahllosen Briefe Jobsts geschlossen hat. Riedel selbst berichtete jedoch später diesen Irrtum, indem er (II, 3, 171) jenen Brief noch einmal abdrucken ließ und ihn in das J. 1409 setzte. ²⁾ R. I, 23, 141.

Frankfurts mit Berlin unterbrochen und die Schifffahrt auf der Spree gefährdet, sondern auch den ganzen Oderhandel lahm gelegt. Kein Frankfurter Fahrzeug durfte es wagen die Oder abwärts am Barnim vorüber nach Stettin zu segeln, denn es lief Gefahr den Feinden in die Hände zu fallen¹⁾. Damit war die Lebensader der Stadt unterbunden und die Frankfurter Kaufmannschaft von schweren Verlusten bedroht. Nur der Friede mit Pommern konnte dieselben abwenden und, da derselbe nicht zu erlangen war, nur die wenn auch einseitig von der Mark erlassene Neutralitätserklärung des Oderstromes sie ermäßigen und mildern. Von dieser Überzeugung ausgehend versprach Jobst allen die Oder befahrenden Schiffen und Kaufleuten während des Krieges mit den „niederländischen Herren“, d. h. den Herzögen von Pommern-Stettin und Wolgast Schutz und sicheres Geleite, und zugleich wies er die Frankfurter und seinen Hauptmann in Oderberg an, diese Bestimmung zur Ausführung zu bringen. Damit war der Fortbestand der Handelsverbindungen zwischen Frankfurt und Stettin gesichert, denn wenn auch die pommerschen Herzöge nicht Gegenseitigkeit übten und die Frankfurter Fahrzeuge nicht die Oder passieren ließen, so konnten doch die Stettiner Kaufleute frei und ungehindert mit Frankfurt verkehren. Dafs dies der Sinn und Zweck jener Oderschiffahrts-Akte war, bestätigt auch der Frankfurter Stadtschreiber, welcher den Inhalt der Urkunde Jobsts mit den Worten wiedergibt: „Dies Jahr (1403) hat Markgraf Jobst zu Brandenburg allen und jeden Kaufschief und Furlenten, so mit ihren Gütern die Oder auf und niederfaren, einen besonderen Schutz- und Geleitsbrief gnädigst mitgeteilet“²⁾.

Nach einem mehrwöchentlichen Aufenthalte in Luckau begab sich Jobst nach Berlin, woselbst er nach dem Berichte des Chronisten Wusterwitz um den 21. September angekommen sein soll³⁾. Ohne diese Nachricht wüßten wir nichts von seinem Aufenthalte in der Mittelmark, denn keine Urkunde giebt davon Zeugnis; und somit erfahren wir auch nicht, was in Berlin beraten worden ist⁴⁾.

¹⁾ Dafs übrigens auch die Märker selbst die Oder unsicher machten, bezeugt die Klage eines Bürgers aus Jüterbogk, dafs ihm eine halbe Last Heringe und eine Tonne Hechte samt seiner Armbrust auf der Oder geraubt und nach Bernau gebracht seien, Fidicin, Beitr. IV, 82. Der Raub geschah im Jahre 1402 od. 1403.

²⁾ R. IV, 1, 323. ³⁾ S. 46. ⁴⁾ Wusterwitz berichtet irrtümlich, dafs er die

Am 25. Oktober finden wir Jobst zu Tangermünde in der Altmark ¹⁾ und hier ernstlich bemüht für die Begründung eines dauerhaften Friedens, den auch diese Landschaft so schmerzlich vermifste. Es waren besonders zwei ihrer Nachbarn, welche in letzter Zeit Krieg und Unruhe über sie gebracht hatten, das Erzstift Magdeburg und der Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg; und richtig erkannte es Jobst als seine Aufgabe, zwischen beiden und der Altmark die Ursachen des Haders zu beseitigen. In Magdeburg waren jetzt die Grafen von Schwarzburg an das Ruder gekommen, und diese wünschten mit ganzem Ernste in Frieden mit Jobst zu leben. Aus diesem Grunde ernannte derselbe am 28. Oktober die Grafen Heinrich und Günther zu seinen rechten Vögten und Amtleuten in der Altmark ²⁾, indem er den bisherigen Hauptmann Friedrich von Alvensleben, den Nachfolger Hüners von Königsmark, seines Dienstes entließ. Er erfüllte durch jene Ernennung eine Pflicht der Dankbarkeit gegen die Schwarzburger und zugleich ein Gebot der Politik, denn die beiden Grafen erschienen ihm als die sichersten Bürgen des Friedens zwischen Magdeburg und der Altmark. Mit Erich von Sachsen-Lauenburg andererseits einigte er sich am 31. Oktober in friedlicher Weise durch die Anerkennung einer von jenem geltend gemachten Forderung von 750 Mark Lüb. Pfenn., deren Zahlung die altmärkischen Stände übernahmen ³⁾. Dieser Einigung folgte am 19. November noch ein besonderes Abkommen zwischen Jobst und Erich, nach welchem dieser verpflichtet wurde, für sich und seine Erben allen Ansprüchen auf die Mark Brandenburg zu entsagen und alle alten Briefe, welche seine Vorfahren von den früheren Markgrafen erhalten hätten, an Jobst auszuhändigen ⁴⁾. Damit erledigten sich ohne Zweifel die Ansprüche, welche die Lauenburger Herzöge als ein Zweig der anhaltinischen Dynastie auf die Mark geltend gemacht hatten. Nach Abschluß dieses Vertrages begab sich Jobst in die Mittelmark zurück und nach Berlin, wohin die Stände zu einer Beratung über die Not des Landes berufen waren. Eine zahlreiche Versammlung erwartete hier den Markgrafen. Die Bischöfe von Lebus, Brandenburg und Havelberg und die Abgeordneten der

Grafen von Schwarzburg in dieser Zeit zu Statthaltern der Mark ernannt habe, was erst im November geschah.

¹⁾ R. I, 3, 409. ²⁾ R. II, 3, 162. ³⁾ R. II, 1, 163. ⁴⁾ Ebd. S. 164.

Städte hatten sich eingefunden, und die Adelsfamilien der Rochow, Bredow, Schlieben, Holzendorf, Arnim, Waldow u. a. waren durch ihre angesehensten Mitglieder vertreten. Selbst der frühere Hauptmann der Mittelmark Lippold von Bredow, der bei dieser Gelegenheit urkundlich zum letzten Male genannt wird, war in Berlin erschienen. Die wichtigste Angelegenheit, welche zur Beratung stand, betraf die Ernennung eines Statthalters der Mittelmark, dessen amtliche Funktionen seit dem 25. November 1402 die Herzöge von Stargard provisorisch zwar, aber doch mit Hingebung und Erfolg verrichtet hatten. Dem Interesse der Mittelmark hätte am besten die Übertragung der Statthalterschaft an Herzog Johann entsprochen, der das Vertrauen der Bevölkerung besaß und derselben nach Sprache und Denkweise nahe stand. Jobst indessen, von einem allgemeinen politischen Gesichtspunkte ausgehend, wünschte auch in der Mittelmark die Schwarzburger Grafen mit der Hauptmannschaft betraut zu sehen, „in der Hoffnung und Zuversicht — wie Wusterwitz bemerkt ¹⁾ — die Mark würde um Graf Günthers willen mit dem Magdeburger Lande in Frieden und Eintracht gebracht werden.“ In der That fügten sich die Stände auch diesem Wunsche des Markgrafen, obgleich ihnen die Schwarzburger fremd und unbekannt waren, und am 24. November wurden die Grafen Heinrich und Günther „nach dem Rate und unter Genehmigung der Stände“, wie die betreffende Urkunde lautet ²⁾, zu Statthaltern der Mittelmark ernannt. Die Stände erklärten sich zwar auch bereit, den Grafen alle Unkosten zu ersetzen, die ihnen aus ihrem Amte erwachsen würden, aber zugleich legten sie ihnen die Beschränkung auf, ohne die Erlaubnis der Stände weder einen Krieg beginnen noch einen Frieden abschließen zu dürfen ³⁾. In der Altmark waren jene in dieser Hinsicht nicht an einen Ständebeschluß gebunden, und daher erklärt es sich wohl, daß sie zu dem Adel und den Städten der Mittelmark überhaupt nicht in ein für beide Teile ersprießliches Verhältnis zu kommen vermochten. Ihre Einführung in diese Landschaft erwies sich demnach gerade nicht als eine politisch kluge Maßregel, obgleich die Grafen darin den Erwartungen Jobsts entsprachen, daß sie den Frieden zwischen der Mark und dem Erzstifte zu erhalten wußten.

¹⁾ S. 46. ²⁾ R. II, 3, 165. ³⁾ Ebd. S. 166.

Die Herzöge Johann und Ulrich von Mecklenburg-Stargard mußten ihre Thätigkeit fortan auf den Schutz der Priegnitz beschränken, zu welchem sie durch den Vertrag vom 25. November 1402 noch bis zum Jahre 1408 verpflichtet waren. Dem Ersteren gebührt der Ruhm, unter den Statthaltern Jobsts der einzige gewesen zu sein, welcher mit Waffengewalt dem gesetzlosen Treiben der Quitzows erfolgreich entgegentrat und mutig den Stier bei den Hörnern packte. Der materielle Gewinn aber, den er und sein Bruder für ihre der Mark geleisteten Dienste erhofft hatten, wurde ihnen durch Jobsts Zahlungsunfähigkeit beeinträchtigt und lange vorenthalten. Als alle an diesen gerichtete Mahnungen sich erfolglos zeigten, bat Herzog Ulrich den Berliner Rat, daß er sich für ihn und seinen Bruder Johann bei dem Markgrafen verwenden möchte¹⁾. Die Klagen über Jobsts Saumseligkeit im Bezahlen, die er dabei erhob, waren um so gerechtfertigter, als Herzog Johann selber in Berlin Schulden gemacht und ein Bürger dieser Stadt Hans Zülke für ihn Bürgschaft geleistet hatte. Die Gläubiger hielten sich, da der Herzog nicht bezahlte, an den Bürgen, und dieser forderte nun jenen auf, in Berlin einzureiten und hier das „Einlager“ zu halten, bis die Schuld abgetragen wäre. Für den Fall der Weigerung bedrohte er ihn mit dem drastischen Strafmittel, daß er seine alte kranke Frau ihm als Mahnerin zusenden werde²⁾. — Erst kurz vor seinem Tode verstand sich Jobst dazu, den Herzögen für ihre Schuldforderung ein Unterpfand zu übergeben.

Mit dem 24. November scheinen die Beratungen der Ständeverammlung ihren Abschluß genommen zu haben³⁾, denn wenige Tage später verließ Jobst Berlin. Am 5. December befand er sich schon zu Freiberg in Sachsen, von wo aus er die Grafen von Schwarz-

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 67. Der Brief, ohne Jahreszahl überliefert, ist wahrscheinlich nach 1408 geschrieben, denn Ulrich spricht noch von Jobst als „unserem Herrn“ und gedenkt bereits der Gefangennahme seines Bruders Johann durch die Quitzows im November 1407 mit den Worten: „also wy in unsers Herrn Bodeschap gegrepen und fangen worden von den synen“. ²⁾ Fidicin, Beitr. IV, 84: „so muth myn wiff juw nafahren, dy dorch alder krank is“. ³⁾ Am 24. Nov. 1403 ver schrieb Jobst zu Berlin der Stadt Frankfurt für den Schaden, welchen sie bei der Beschützung „des Landes Lebus und anderswo“ erlitten hatte, 1200 Schock b. Gr. aus dem Zolle zu Oderberg, die ihr in Teilzahlungen von jährlich 120 Schock ausgezahlt werden sollten (R. I, 23, 143).

burg anwies, im Falle seines Todes mit der Mark Wilhelm von Meissen gehorsam zu sein, weil das Land diesem Fürsten noch immer für ein Darlehen von 4000 Schock b. Gr. und 9128 ungarischer Gulden verpfändet sei ¹⁾. Am 12. December endlich war Jobst in Kuttenberg in Böhmen eingetroffen ²⁾, wo der so eben aus seiner Gefangenschaft zu Wien geflüchtete Wenzel seiner harrte und wichtige politische Aufgaben den Gedanken an die Mark bei ihm schnell in den Hintergrund drängten. Was er in dem Kurlande auch in wohlwollendem Sinne angeordnet und angebahnt hatte, das wurde durch seine schnelle Rückkehr nach Böhmen sofort wieder in Frage gestellt; und die dringendste Angelegenheit, die Beilegung des Krieges mit den Pommern, war um keinen Schritt ihrer Erledigung näher gebracht worden. Von Friedensverhandlungen mit den pommerschen Fürsten oder vorbereitenden Schritten zur Erneuerung des Kampfes verlautet keine Silbe, und schmerzlich genug muß das Gefühl der Enttäuschung gewesen sein, mit dem die Bürger Berlins den Markgrafen die Abreise antreten sahen, denn nach wie vor streifte der Feind bis an ihre Thore und sperrte ihnen die Handelsstraßen nach Oderberg und Frankfurt. So lange die Pommern Strausberg und Bötzwitz besetzt hielten, befand sich Berlin gewissermaßen in einem Blockadezustande, der bei längerer Dauer den Wohlstand der Bürger untergraben mußte. Für sie war demnach die Befreiung des Barnim von den Feinden nicht eine Landesangelegenheit allein, sondern auch eine ernste Lebensfrage. Es begreift sich daher leicht, daß unter dem Drucke der den ganzen Winter noch fortdauernden Notlage Rat und Bürgerschaft zu der Überzeugung gelangten, daß man nur durch energische Selbsthülfe und ohne Rücksicht auf Jobst und die von ihm eingesetzten Statthalter die Verhältnisse zum besseren gestalten könne. Auch die übrigen Städte des Barnim und selbst ein Teil der Adligen hatten erkannt, daß von Jobst nichts zu hoffen, aber auch nichts zu befürchten war, denn niemals hatte die luxemburgische Dynastie ein traurigeres Bild tiefer Erniedrigung und moralischer Vorkommenheit dargeboten als in den eben verflossenen Jahren. 1400 war Wenzel von den Kurfürsten des Thrones entsetzt, 1401 Sigismund von den ungarischen Magnaten eine zeitlang gefangen gehalten und 1402 Wenzel

¹⁾ R. II, 3, 167. ²⁾ Aschbach, Sigismund I, 192.

von Sigismund den österreichischen Herzögen als Gefangener übergeben worden, deren Händen er sich nur durch heimliche Flucht am 11. November 1403 zu entziehen vermochte. Diese Ereignisse und der ununterbrochene Familienhader der Luxemburger mußten das Ansehen Jobsts in der Mark untergraben und in der Bevölkerung das Verlangen nach einer selbständigen Regelung ihrer Angelegenheiten wachrufen. Unter den Antrieben, die von Berlin ausgingen, gewannen diese Bestrebungen 1404 eine unerwartete Bedeutung und einen überraschenden Erfolg, womit der Beweis geliefert war, daß die Volkskraft noch Tüchtiges vollbringen konnte, sobald sie nur einheitlich und zielbewußt von einem Führer geleitet wurde. Nicht weniger merkwürdig war dabei auch der Umschwung, welcher sich unter den märkischen Parteien selber vollzog: die Städte des Barnim reichten unter der Führung Berlins ihren bisherigen Gegnern, den Brüdern Dietrich und Johann von Quitzow, die Hand zum Bunde und diese traten von ihren Verbündeten zurück, um mit den Städten die Verteidigung des vaterländischen Bodens zu unternehmen.

XV.

Berlin und die Quitzows im Bunde. Der Sieg über die Pommern 1404.

Die Einigung der Städte mit den Quitzows war in erster Linie eine politische That der Bürgerschaft Berlins, welche das Gefühl der Feindseligkeit gegen die beiden Brüder zuerst in sich niederkämpfen mußte und dann schwere Bedenken bei ihren Freunden zu überwinden hatte, als ihr Vorschlag die Quitzows zu Führern zu erwählen 1404 vor die versammelten Stände gebracht wurde. Im Barnim fanden sie damit Beifall; im Havellande, wie hier vorläufig nur angedeutet werden soll, Widerspruch und Zurückweisung, und es gelang ihnen daher nur, im Namen der Städte des Barnim mit den Quitzows einen Bund zu schließen. Daß sie ihre Gegner zu ihren Freunden erkoren, dazu drängte sie zunächst ihre Notlage, die von jenen mitgeschaffen war und miterhalten wurde. Es war daher schon ein Gewinn, wenn sie den Bund der Quitzows mit den Pommern erschütterten. Sodann aber hatten sie an ihren Gegnern die Tapferkeit und Unternehmungslust schätzen gelernt, welche in hervorragender Weise zu dem Siege der Pommern beigetragen hatten, und die Anerkennung jener kriegerischen Eigenschaften erweckte das Verlangen, sie für das Interesse des märkischen Landes selbst nutzbar zu machen. Daß andererseits auch die Quitzows die Partei und die Farbe wechselten, wird bei Männern nicht überraschen, welche nicht sowohl aus politischen Rücksichten als vielmehr um des materiellen Gewinnes willen sich an den Kämpfen jener Zeit zu beteiligen pflegten. In dem vorliegenden Falle indessen bestimmten beide Motive sie zugleich zur Annahme der von Berlin aus ihnen dargebotenen Verbindung. Jene politische Kombination nämlich, welche Jobst zur Sicherung des Friedens zwischen der Mark und Magdeburg ins Leben gerufen hatte, indem er die Schwarzburger Grafen zu seinen Statthal-

tern berief, brachte die Quitzows in eine sehr bedenkliche Lage. Zunächst war durch dieselbe die den Märkern feindliche Politik des Erzstiftes, welcher die Quitzows gedient hatten, endgültig beseitigt worden und damit auch der Beweggrund, aus dem man ihnen die Stadt und das Schloß Sandow pfandweise überlassen hatte. Sodann aber bedrohte sie die Gefahr, von neuem die Frage wegen des Besitzes von Plaue auftauchen zu sehen. Wenn jetzt der Erzbischof Günther die Anrechte des Erzstiftes auf das Schloß geltend machte und die Grafen von Schwarzburg dieselben anerkannten, so war Plaue für Johann von Quitzow so gut wie verloren. Es ist demnach erklärlich, daß die Quitzows jenen, sobald sie die Mark betraten, nicht nur mit Mißtrauen, sondern auch mit offener Feindseligkeit begegneten. Als Graf Günther von Berlin nach Tangermünde zurückkehrend eben die Elbe in einem Kahne überschritt, während sein Gefolge mit dem Reisegepäck noch am rechten Elbeufer verweilte und die Rückkehr des Fahrzeuges erwartete, überfiel Dietrich von Quitzow, aus einem Hinterhalte plötzlich hervorbrechend, die Zurückgebliebenen, nahm sie gefangen und bemächtigte sich auch des Gepäckes, das ihrer Obhut anvertraut war¹⁾. Damit war von seiner Seite den Schwarzburgern der Krieg erklärt, der für die Quitzows unheilvoll genug werden konnte, wenn es ihnen nicht gelang, in der Mark selbst einen Anhang zu gewinnen, der ihnen als Stütze diene. Das Bündnis, welches ihnen von Berlin aus angetragen wurde, mußte ihnen also in hohem Grade erwünscht kommen.

Die nächste Folge jenes Überfalles an der Elbe war indessen nicht ein kriegerisches Auftreten der Schwarzburger gegen die Quitzows, sondern ein so behutsames Verhalten derselben gegen die mittelmärkischen Stände und Städte, daß der zeitgenössische Chronist Wusterwitz der Ansicht war, Graf Günther habe sogleich nach seinem Unfalle der Hauptmannschaft in der Mark entsagt. Dem Namen nach zwar bekleideten die Schwarzburger dies Amt noch im Juli 1405²⁾, in Wirklichkeit aber hatten sie es aufgegeben, einen durchgreifenden Einfluß auf die Regierung des Landes auszuüben. Im Mai 1404 ernannten sie Günther von Bartensleben zum Hauptmann der Altmark für die Verwaltungsgeschäfte³⁾; die Mittelmark aber überließen sie dem eigenen Schicksale. Das Lehniner Gedenkbuch

¹⁾ Wusterwitz S. 47. ²⁾ R. I, 17, 265. ³⁾ Ebd. S. 264.

freilich nimmt Bezug auf amtliche Verhandlungen Günthers von Schwarzburg mit den Ständen der Mittelmark, indem es erzählt¹⁾, daß der Abt Heinrich von Lehnin das Beste des Landes geraten habe, wenn jener „Rat hielt mit den Mannen und Städten“; urkundliche Beweise einer von Günther ausgegangenen Berufung der Stände liegen indessen nicht vor. Im Gegenteil ist ein Schreiben eines Mitgliedes der Stände, Bertrams von Holzendorf, erhalten, in welchem dieser Edelmann den Berliner Rat um eine Mitteilung ersucht, wohin sich der Herr von Schwarzburg begeben habe und wie er sich „stelle“²⁾. Offen drückt sich darin die Verwunderung des Schreibenden aus, daß man von den neuen Statthaltern Jobsts in der Mittelmark so wenig erfahre und wisse, und daraus ergibt sich, daß dieselben in diesem Teile des Kurlandes eine belangreiche Wirksamkeit nicht entwickelten³⁾ und um die Leiden der Bevölkerung auf dem Barnim sich nicht kümmerten. Diese Teilnahmslosigkeit der Schwarzbürger an dem Geschehe der Mittelmark mußte hier also den Trieb zu selbständigem Handeln wecken und rege erhalten, wenn man nicht in Not und Drangsal verkommen wollte; und aus dieser Erkenntnis gingen die Maßregeln hervor, welche Berlin zur Rettung des Barnim unternahm. „Als die Märker ohne Haupt und Regenten waren — so erzählt Wusterwitz z. Jahre 1404 — und sahen, daß sie überall im Schaden blieben und ihre Sachen sich nirgend bessern wollten, machten sie mit den Grafen von Lindow und denen von Quitzow Frieden“⁴⁾. Das Lehniner Gedenkbuch aber ergänzt diesen unzulänglichen Bericht mit der genaueren Angabe: „Darnach (1404) geschah es, daß die von Berlin Hans von Quitzow 800 Schock b. Gr. gelobten von seiten des Landes, daß er ein Jahr hindurch die Mark treulich verteidigen und beschützen sollte; aber das billigten nicht die Brandenburgischen und die von Rochow, unsere Nachbarn,

¹⁾ R. I, 10, 415. ²⁾ „War user here van Schwartzeburg is und wo he syck stellet,“ Fidicin, Beitr. II, 106. Das Schreiben ist ohne Jahreszahl, gehört aber selbstverständlich in das Jahr 1404 oder 1405. Es gedenkt einer Zusammenkunft Wilhelms von Meissen und der Herzöge von Sachsen-Wittenberg mit Günther von Schwarzburg, mit welcher vielleicht die Urk. vom 16. Juni 1405 (R. II, 3, 169) in Zusammenhang steht. ³⁾ Daß Kuno Rathenow in Berlin als „des Schwarzbürgers Mühlenmeister“ fungierte, will nicht viel besagen, denn derselbe stand dem markgräflichen Rentamte in Berlin vor und war somit ein Unterbeamter der Statthalter für das Steuerwesen (Fidicin, Beitr. II, 93). ⁴⁾ S. 47.

und mehrere Mannen und Städte aus dem Grunde, weil unser Herr (der Abt von Lehnin) das auch nicht gutheissen wollte“¹⁾. Hier- nach kam es 1404 zu einer Spaltung unter den Ständen der Mittel- mark und einer Trennung des Barnim unter der Führung Berlins von dem Havellande, in welchem Brandenburg und der Abt von Lehnin an den offiziellen Statthaltern Jobsts festhielten und die Er- hebung Johanns von Quitzow zum Beschützer der Mittelmark ab- lehnten. Ohne indes auf den Widerspruch der havelländischen Stände zu achten, schloß Berlin, von Frankfurt unterstützt, das Bündnis mit den Quitzows ab. Johann wurde als Hauptmann der Mittelmark anerkannt und Dietrich zum Anführer des Heeres be- stellt, welches die Städte des Barnim noch im Sommer 1404 zum Kampfe gegen die Pommern aufbrachten. Berlin zahlte ihm für die Übernahme des Kommandos 80 Schock b. Gr.²⁾; Frankfurt ver- wendete für die Ausrüstung seiner Mannschaft 469 Schock³⁾ und die übrigen Städte gaben entsprechende Summen gemäßs ihrer Be- völkerungszahl und Gröfse. Im September war man so weit, ein wohlgerüstetes Heer aussenden zu können, dem ein kriegstüchtiger Führer voranzog und die Hoffnung auf Sieg und Gewinn belebte.

Dafs man im Barnim zur Selbsthülfe gegen die Feinde schreiten durfte auch ohne die Teilnahme des Havellandes, das wird in jenen Tagen schwerlich jemand bestritten haben; dafs man in Berlin aber eigenmächtig Johann von Quitzow zum Hauptmann der Mittelmark ernannte, obgleich Jobst dieses Amt den Schwarzburgern anvertraut hatte, das mußte die luxemburgische Partei in der Mark in Harnisch bringen. In der That war es ein Akt revolutionärer Politik, der eine Auflehnung gegen das bestehende Landesregiment in sich schloß und Zeugnis giebt von einer grofsen und allgemeinen Erregung der Gemüter im Barnim. Zur Erklärung des Unwillens der Bevölkerung würde schon der Hinweis auf die luxemburgische Politik des Nichts- thuns gegen die Pommern genügen; allein noch ein anderer Grund war hinzugekommen, ihn zu steigern und die Vorgänge in Berlin begreiflich zu machen. Ein Krieg im grofsen Mafsstabe war zwischen

¹⁾ R. I, 10, 415. In der Erläuterung dieser Stelle Wusterwitz S. 38, Anmerk. ist der Ausdruck „unser Herr“ irrtümlich auf Jobst bezogen. ²⁾ Wusterwitz, S. 73 und 74. ³⁾ Der Frankfurter Stadtschreiber bemerkt zum Jahre 1404: „Herfart auf Strauspergk, die Zeit, wie T. (Dietrich) Quitzow Strauspergk den Städten übergeben, ist Frankfurt allein aufgegangen 469 Schock“ (R. IV, 1, 322).

den ewig hadernden Luxemburgern 1404 entbrannt, der in seinen mittelbaren Folgen wie gewöhnlich die gesamte Mark und diesmal im besonderen den Barnim berührte. Sigismund mit den österreichischen Herzögen verbündet, hatte König Wenzel angegriffen, und da für diesen Jobst eintrat, mit den Österreichern einen Einfall in Mähren gemacht. Mit besonderer Heftigkeit suchte er gerade Jobsts Stellung und Macht zu erschüttern, der in der That noch Wenzels einzige Stütze war; und nicht nur ließ er Mähren verwüsten, sondern er bereitete ihm auch Schwierigkeiten in Brandenburg. Am 23. März 1404 richtete er ein Manifest an die märkischen Stände¹⁾ mit der Erklärung, daß er die Mark an Jobst weder „ewiglich versetzt noch erblich verschrieben“ habe, sondern noch immer der „rechte natürliche Erbherr“ des Landes sei und als solcher von den Ständen Gehorsam fordere. Jobst suche ihm zwar sein Eigentum durch die Verpfändung von Städten und Herrschaften zu schmälern, aber die Stände sollten sich nicht von ihrem Erbherrn trennen lassen, sich vielmehr an den Herzog Bogislaw von Pommern-Stettin halten und dessen Weisungen folgen als seinen, des Königs, eigenen Worten. Diese Erklärung, rechtlos zwar und unbegründet an sich, weil Jobst unbestreitbar Inhaber der Mark und Kurfürst von Brandenburg war, mußte doch niederschmetternd auf die Stände und Städte des Barnim wirken, denn diese erkannten mit Schrecken, daß die Politik Jobsts in Böhmen und Mähren im Falle einer Niederlage sie der Gefahr aussetzte, in eine politische Abhängigkeit von den Herzögen von Pommern-Stettin zu geraten. Das traurige Schicksal der Mark, ein Familiengut der Luxemburger geworden zu sein, kam damit jedermann im Barnim offen zum Bewußtsein. Der eine Luxemburger that nichts gegen die Feinde dieser Landschaft, und der andere verband sich sogar mit denselben; Hülfe und Beistand vom Hause Luxemburg war nicht zu erwarten; in dieser Überzeugung schloß man sich in Berlin 1404 an die Quitzows²⁾.

¹⁾ R. Supplem.-Bd., S. 49. ²⁾ Es wäre nicht ohne Interesse zu wissen, wie Jobst diesem Vorgange gegenüber sich verhalten hat; doch fehlt darüber jegliche Kunde. Im Hinblick auf die schwere Bedrängnis Mährens und besonders der Stadt Znaim, welche Sigismund und Herzog Albrecht im August 1404 belagerten, zwei mährische Edelleute aber, Hynek von Kunstat und Johann von Lamberg, tapfer verteidigten (Aschbach, Sigismund, I, 198 und Palacky, III, 1, 202), könnte man glauben, daß Jobst gar nicht Zeit gehabt habe, sich um die Mark zu bekümmern.

Als das Städteheer im September zum Kampfe gegen die Pommern auszog, waren ihm seine nächsten Unternehmungen durch die Lage der Verhältnisse im Barnim klar und bestimmt vorgezeichnet. Es galt zuerst diejenigen Orte zurück zu erobern, welche die Feinde vor zwei Jahren eingenommen hatten und noch besetzt hielten. Dietrich von Quitzow rückte demnach vor Strausberg, erstürmte den Ort am 17. September und nahm die pommersche Besatzung gefangen¹⁾. Der Städtebund legte einen Teil der Bundestruppen in die entvölkerte Stadt und betrachtete Strausberg als einen gemeinsamen Besitz²⁾. Suantibor von Pommern mußte seine gefangenen Mannschaften um ein hohes Lösegeld zurückerkaufen, welches als Bundesschatz dem Rate von Berlin zur Aufbewahrung überwiesen wurde³⁾. Nach der Einnahme von Strausberg zog Dietrich von Quitzow vor das Schloß Bötzw, eroberte dasselbe und nahm es

Dennoch liegen Gründe vor zu der Annahme, daß er im August 1404 sich kurze Zeit in Berlin aufgehalten habe. Nach einer im kurmärk. Lehnscopialbuche befindlichen Urk. (R. I, 12, 12) gewährte er am Bartholomäustage 1404 in Berlin dem Pfarrer Otto des Dorfes Rudow bei Köpenick das Recht, für seinen Bedarf unentgeltlich Bau- und Brennholz aus der Köpenicker Heide zu entnehmen, in der Erwartung, daß er für ihn zu Gott beten werde. Allerdings ist ein anderes Zeugnis seiner Anwesenheit in Berlin damals nicht vorhanden und im 15. Jahrh. der Ausstellungsort einer fürstlichen Urk. nicht immer auch der Aufenthaltsort des Fürsten selber gewesen. Der Inhalt jener Urk. jedoch macht den Eindruck, als ob er die Gewährung einer von dem Pfarrer persönlich bei Jobst vorgebrachten Bitte wäre. Da nun schwerlich der Pfarrer von Rudow Jobst während eines Krieges in Mähren aufgesucht haben wird, so bleibt die wahrscheinlichste Annahme, daß der Letztere im Aug. 1404 in Berlin sich aufgehalten habe. Freilich wissen wir damit noch nicht, wie er sich zu der Politik Berlins stellte. Erweisbar ist, daß er Johann von Quitzow als Hauptmann nicht anerkannte, aber dazu brauchte er nicht nach Berlin zu kommen. Somit bleiben nur Vermutungen über den Zweck seiner Reise übrig. Wenn man nun in betracht zieht, daß Wenzel in derselben Zeit nach Breslau eilte, um den Beistand des Polenkönigs zu erbitten (Palacky III, 1, 204), so darf man auch wohl annehmen, daß Jobst nach Berlin ging, um Geld und Steuern für den Krieg in Mähren zu holen.

¹⁾ Wusterw. S. 48. ²⁾ 1407 verwendete Frankfurt für die „Knechte“, die es in Strausberg halten mußte „zur Bewachung der Thore daselbst“ 44 Schock b. Gr. (R. IV, I, 323). ³⁾ Dieses Geld wurde später Gegenstand eines Streites zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow. Dabei gab der Rat von Berlin die Erklärung ab, „dat sy dy pennynge tu allen tiden dar hebben gehad und synt noch aldar, alze dat dy hertoghe van Stettin gedynget hadde“ (R. Supplem.-Bd., S. 260, No. 3). Ausdrücklich wird das Geld hier als die „Pfennige von den strausbergischen Gefangenen“ bezeichnet.

vorläufig selbst in Besitz¹⁾). Der Verlust dieser Plätze nötigte die Pommern, den Barnim zu räumen und selbst einen Teil der Uckermark wieder frei zu geben, denn am 23. März 1405 amtierte in Prenzlau Thitzo von Gloyen als „Mannrichter Jobsts im Ukerlande“, indem er den Prenzlauer Rat ermächtigte, sich an den Gütern eines Edelmannes schadlos zu halten, welcher sich einen Raub hatte zu schulden kommen lassen²⁾). Der Erfolg des Kampfes war somit auf seiten der Märker, doch konnte von einer Besiegung der Pommern nicht die Rede sein. Vor dem energischen Ansturm der märkischen Tapferkeit waren sie zurückgewichen und ihre festen Stellungen im Barnim verloren gegangen; aber es stand zu erwarten, daß sie ihre Kräfte sammeln und von neuem gegen die Mark vordringen würden. Auch war zu befürchten, daß nach den ersten Erfolgen die Opferfreudigkeit und Begeisterung in der Bevölkerung des Barnim nachlassen würde, wenn es galt, das Errungene gegen wiederholte Angriffe zu verteidigen. In der That ist das eine wie das andere eingetreten. Schon am 6. December 1405 war Herzog Suantibor wieder im Besitze von Prenzlau³⁾), und bald darauf — die Zeit ist leider nicht genauer zu bestimmen — war auch Bötzw von einem Angriffe bedroht. Dietrich von Quitzow meldete dem Rate von Berlin, daß die „Herren“ gegen Bötzw zu Felde ziehen wollten. Der Rat habe ihm zwar verheißsen, das „ganze Land“ solle ihm in Bötzw Hülfe leisten, aber es sei von einigen Dörfern nur ein Wagen gekommen. Er bitte daher um einen Geldbeitrag aus dem Lösegelde für die strausbergischen Gefangenen und um 10—12 Wispel Roggen⁴⁾). Wie man daraus ersieht, war der Kriegseifer im Barnim bereits soweit erkaltet, daß man die Fürsorge für das Schloß Bötzw als eine lästige Pflicht betrachtete und sie widerwillig übernahm. Es

¹⁾ In Bötzw hielten 1408 die Quitzows den aus Plaue geflüchteten, aber wieder ergriffenen Herzog Johann von Stargard gefangen (Wusterwitz S. 52, Anm. 1). — 1410 empfing Dietrich hier die Abgeordneten Berlins und den Bischof von Lebus, die zur Erledigung des Streites zwischen ihm und Berlin an ihn abgeschickt waren. „Wolde gi — so schrieb er nach Berlin — mit deme Biscope van Lebus gegen uns ryden wente vor Buthzow, dat schulde wesen sunder argelist veylich to und af“ (R. Supplem.-Bd. S. 260, No. 4). ²⁾ R. I, 21, 239. ³⁾ Ebd. S. 244. In einem Sühnebriefe der Stadt Prenzlau für Albrecht von Blankenburg wird erklärt: „Det sin we geblewen an byden syden by unsen gnädigen Hern Hartich Suantiborn van Stettin“. ⁴⁾ R. Supplem.-Bd. S. 265, No. 16. Das Schreiben Dietrichs ist ohne Datierung.

bedurfte schon der dringlichen Vorstellungen Dietrichs von Quitzow an den Städtebund, um die Mittel zur Verteidigung jener Burg von ihm zu erlangen. Wie Dietrich das Beste bei der Befreiung des Barnim gethan hatte, so war er später auch die Seele der Verteidigung desselben gegen die Pommern.

In dieser fürsorgenden Thätigkeit wie in seinen Siegen beruhte ein Verdienst desselben, welches zu seiner Zeit in der Mark allgemeine Anerkennung gefunden und in Berlin sogar lebhafte Begeisterung erweckt hat. Das Land erblickte in ihm einen nationalen Helden, Berlin begrüßte ihn als seinen tapferen Beschützer. Sobald er hier erschien, war er der Gegenstand ungewöhnlicher Huldigungen. Die wohlhabenden Kaufherren gaben ihm zu Ehren glänzende Feste, und wer ihn nicht zu Gaste laden konnte, erzählt Wusterwitz¹⁾, wurde nicht zu den Reichen gezählt. Eine bewegte Volksmenge geleitete am Abend unter Fackelschein und mit Gesang den gefeierten Mann von dem Gastmahle zu seiner Herberge. Reiche Geschenke, besonders an „wälschem“ Weine, von dem Gastgeber ihm zugesandt, erfreuten ihn hier am anderen Morgen. Große Hoffnungen und Entwürfe mögen sich von seiten Dietrichs und der Stadt Berlin an dieses Freundschaftsverhältnis geknüpft haben. Jener in der Blüte des Lebens stehend, als Kriegermann und Führer bewährt und deshalb der populärste Mann im Barnim, mußte um so mehr nach höheren Dingen trachten, als er das ganze Geschlecht der Quitzows in lebendigem Aufstreben begriffen sah. Eine Reihe wichtiger Landesburgen, wie Kleetzke, ihr Eigentum, Plaue, Sandow und Bötzwow dienten den Quitzows schon als militärische Stützpunkte. 1405 gewann dazu Klaus von Quitzow den Mitbesitz des priegnitzschen Schlosses Stavenow, dessen alleiniger Inhaber er nach wenigen Jahren wurde. 1404 waren die Quitzows auch bereits mit Kaspar Gans zu Putlitz, dem Vertreter des ersten adligen Hauses in der Priegnitz, in Verbindung getreten, denn jener befohdete unter Billigung Johanns von Quitzow den Abt von Lehnin²⁾, der zu den Gegnern der Quitzows zählte. Nicht minder kraftvoll als Dietrich erwies sich dessen Bruder Johann als Streiter und Truppenführer. Bereits fühlte er sich mächtig genug, die Hauptmannschaft über die Mittelmark, die ihm in Berlin angetragen worden war, gegen den

¹⁾ S. 74. ²⁾ R. I, 10, 417.

Willen hervorragender Mitglieder des Landtages anzunehmen und zu behaupten. Mehrere Jahre hindurch erhob er im Verein mit Dietrich den Landschofs in der ganzen Mittelmark und sogar von den steuerfreien Gütern des Klosters Lehnin, dessen Abt ohne Erfolg dagegen geltend machte, daß er Johann von Quitzow als Hauptmann gar nicht anerkenne¹⁾. Dieser ließ sich den Einwand nicht anfechten, sondern beraubte die Lehniner Güter, bis der Abt sich willig zeigte, einen Vergleich mit ihm einzugehen. So erhob sich vom Jahre 1404 ab eine Nebenregierung neben der landesfürstlichen in der Mittelmark, von denen die eine zwar noch das Recht und die Legitimität für sich hatte, aber zusehen mußte, wie die andere alle Macht an sich riß und mehr und mehr an Bedeutung gewann. 1405 übten die Stellvertreter Jobsts, die Grafen von Schwarzburg, einen nennenswerten Einfluß in der Mittelmark nicht mehr aus; an ihren Platz waren die Quitzows getreten, die das Land zwar noch nicht im eigentlichen Sinne regierten, aber darin bereits dominierten. — In Berlin freute man sich offenbar über diese Entwicklung der Dinge. Man sah mit Genugthuung die schwerfällig und unzulänglich wirkende Regierung Jobsts durch die frische, aufstrebende Kraft der Quitzows bei Seite geschoben. Niemand bezweifelte, daß Dietrich und Johann die Stadt und ihre Handelsinteressen um vieles besser zu schützen vermöchten als der Markgraf, der meistens in nebelhafter Ferne weilte. So lange die Bürgerschaft mit den beiden Brüdern auf freundschaftlichem Fusse lebte, kam es niemandem in den Sinn, daß jenes Verhältniß auch große Gefahren für Berlin in sich barg. Man kannte eben die Quitzows noch nicht, welche von dem Drange nach Machterweiterung getrieben bald dahin gelangten, daß ihnen die Interessen einer Stadt ebenso gleichgültig waren wie die Gesetze des Markgrafen. Die Eintracht zwischen ihnen und Berlin währte daher auch nur wenige Jahre und ging dann in offene, langwierige Fehde über. Zunächst jedoch war ihre Bundesgenossenschaft von wohlthätigen Folgen für beide Teile, denn sie sicherte der östlichen Mark den Frieden und den Quitzows die ruhige Entwicklung ihrer Macht. Die drohende Haltung der Pommern erhielt den Bund in Thätigkeit und Bestand, in-

¹⁾ R. I, 10, 416. Der Abt erklärte: „Dat vy dat Landschott ny gefulbordet hebben over unse ghudern, ok Hanse nicht gelovet hebben.“

dem sie die allgemeine Aufmerksamkeit von inneren Fragen ablenkte¹⁾).

Während die Städte des Barnim und Dietrich von Quitzow mit den Waffen in der Hand die Ruhe an der Ostgrenze schützten, fügte es sich, daß auch die übrigen Landesteile im äußeren Frieden leben konnten, weil die Nachbarfürsten der Mark unter sich in Streit und Kampf geraten waren. Wenn daneben der innere Friede mangelte und der einheimische Adel nach wie vor in Fehden und Raubzügen seine Beschäftigung suchte, so ist das der triftigste Beweis, daß dem Lande nichts so sehr fehlte als ein thatkräftiges Oberhaupt. Ein durchgreifendes polizeiliches Regiment wäre in den nun folgenden Jahren des äußeren Friedens im stande gewesen, auch im Innern Ruhe und Sicherheit von neuem zu begründen. Die Mark, von äußeren Feinden nicht bedrängt, befand sich ohne Zuthun Jobsts in einer Lage, wie sie später der Burggraf Friedrich von Nürnberg mühsam sich erst schaffen mußte, ehe er an die Unterdrückung des widerspenstigen Adels denken durfte. Der günstige Moment aber ging unbenutzt vorüber, denn Jobst wurde anfangs durch die Not Wenzels und das Unglück Mährens und dann durch die glücklichen Erfolge, die er in dem Kriege erzielte, bis zum Jahre 1408 von der Mark fern gehalten.

¹⁾ Daß man vor einem Angriffe der Pommern noch immer nicht sicher war, das fühlte auch der Bischof Johann von Lebus, denn er erbaute nahe an der Grenze des Barnim zu Fürstenwalde ein Schloß (castrum novum), zu dessen „Bewachung“ ihm Jobst am 28. Jan. 1407 das Dorf Buchholz schenkte, R. I, 20, 248.

XVI.

Jobsts Erfolge in Böhmen und Mähren.

Die Nachbarfürsten der Mark im Streite untereinander.

Die Grafen von Lindow übernehmen den Schutz der Mark.

Innere Zustände des Landes.

Der Kampf zwischen Sigismund und Wenzel und den Bundesgenossen beider hatte 1404 einen Ausgang genommen, den niemand hätte voraussehen können. Mähren freilich war von den Feinden in einer schrecklichen Weise verheert und dann von Räuberbanden, die aller Orten auftauchten, heimgesucht worden, aber das belagerte Znaim hatte sich mutig verteidigt und die Angriffe der Ungarn und Österreicher zurückgewiesen. Als der Herbst sich meldete, traten auch Seuchen bedenklicher Art in dem Belagerungsheere auf. Sigismund und Herzog Albrecht von Österreich erkrankten ebenfalls, der Letztere erlag bald seinem Leiden, und die Belagerung der Stadt mußte abgebrochen werden. Die Feinde zogen sich aus Mähren zurück, und Jobst und Wenzel durften sich als die Sieger betrachten. Am 25. September des nächsten Jahres starb unvermählt der Markgraf Prokop, und Jobst sah sich nun im ausschließlichen Besitze Mährens, den ihm Wenzel am 21. December noch im besonderen zuerkannte¹⁾, und von einem Bruder befreit, mit welchem er selten eines Sinnes gewesen war. Jetzt war niemand mehr am Hofe, der ihm den ersten Rang neben dem Könige streitig machen und seinen Einfluß auf die Regierung Böhmens durchkreuzen konnte. In der That hat er fortan mit Wenzel in Frieden und Eintracht gelebt und gewirkt, denn es lag in seinem eigenen Interesse, das gute Einvernehmen mit seinem Vetter zu wahren, dessen Nachfolger er zu werden hoffte. Der enge Anschluß Jobsts an Wenzel hatte sogleich

¹⁾ Palacky, III, 1, 209, Anm. 1.

auch günstige Folgen für die Stellung des Königs im deutschen Reiche. Die Herzöge von Österreich, Herzog Ernst von Baiern, Herzog Rudolf von Sachsen und mehrere Reichsstädte, wie Aachen, Lüttich, Regensburg, Rothenburg traten im Laufe der nächsten Jahre von Ruprechts Partei auf Wenzels Seite zurück. Der Gegenkönig sah nicht nur die Zahl seiner Anhänger sich mindern, sondern auch einen Teil seiner ehemaligen Freunde bereit, ihn mit den Waffen zu bekämpfen. Der Marbacher Bund, welchen am 14. September 1405 mehrere Fürsten und Städte des Rheinlandes unter der Führung des Mainzer Erzbischofes Johann von Nassau abschlossen, war gegen Ruprecht gerichtet.

Je mehr Einfluß Jobst auf die Politik des böhmischen und des deutschen Reiches infolge seiner Stellung zu Wenzel gewann, um so mehr verlor für ihn die Mark Brandenburg an Wert und Bedeutung. In den politischen Entwürfen für die Zukunft, mit denen er sich trug, spielte sie nur die Rolle eines wenig einträglichen Nebenlandes; und er begnügte sich, dasselbe beinahe vier Jahre hindurch nur aus der Ferne zu regieren¹⁾. Die Märker durften es also als ein besonderes Glück betrachten, daß sie während dieser Zeit nicht noch den Angriffen äußerer Feinde ausgesetzt waren und die benachbarten Fürsten mit sich selber zu thun hatten. Im Norden der Mark führten nach Ostern 1404 die Lübecker im Bunde mit Ulrich von Stargard, Kaspar Gans zu Putlitz und Heinrich von Bülow einen verheerenden Kampf gegen die Fürsten von Werle zur Vergeltung mehrerer Raubzüge, welche die letzteren 1403 in das Lübecker Gebiet unternommen hatten. Da die Lübecker zu diesem Rachezuge ausdrücklich von Ulrich von Stargard aufgefordert waren²⁾ und Edelleute aus der Priegnitz der Stadt zur Hülfe eilten, so darf man schon daraus vermuten, daß auch der Hauptmann der Priegnitz und jene Edelleute Ursache zu einer Fehde gegen die Fürsten von Werle hatten. In der That wird berichtet, daß die letzteren am 9. März

¹⁾ Seine Erlasse aus dieser Zeit betreffen fast ausnahmslos Schenkungen an Klöster (R. I, 20, 6; II, 6, 115), Geistliche und Kirchen (R. I, 15, 199 u. I, 5, 162; I, 20, 248; I, 16, 34) und endlich an die Städte (R. I, 9, 83 u. I, 11, 483). Gesetzliche, allgemein gültige Bestimmungen aus den Jahren 1404 bis 1408 sind nicht vorhanden. ²⁾ Ergänzungen zur Chronik Detmars b. Grautoff II, 618. Vergl. dazu S. 466 u. S. 589. Rudloff, Pragm. Handb. II, 550 und Boll, Land Stargard II, 95 verlegen den Kampf gegen die Lübecker Chronik in das Jahr 1403.

1404 ein Bündnis mit den Herzögen Albrecht und Johann von Mecklenburg-Schwerin eingegangen waren, um gemeinsam alte Ansprüche auf die Priegnitz und besonders auf Lenzen wieder geltend zu machen ¹⁾. Der Einfall der Lübecker und Ulrichs von Stargard in das Werlesche Gebiet war gleichsam die Antwort auf jenen Vertrag, welche auch auf die Schweriner Herzöge nicht ohne Eindruck blieb. Sie erklärten sich, da die Städte Wismar und Rostock vermittelnd eintraten, zu einer friedlichen Einigung mit ihren Stargarder Vettern bereit, und diese wurde am 18. Juli 1404 zu Schwan feierlich besiegelt ²⁾. Herzog Ulrich hatte demnach als ein kluger Staatsmann einen den Frieden der Priegnitz bedrohenden Sturm beschwichtigt.

Die Fürsten von Werle waren dem Schwaner Vertrage nicht beigetreten. Am 10. November 1405 schlossen sie auf vier Jahre ein Bündnis mit dem Erzbischofe Günther von Magdeburg ³⁾, wobei sie kaum einen anderen Zweck im Auge gehabt haben können, als in Magdeburg Hülfe gegen die Statthalter der Priegnitz zu gewinnen. In dieser Hoffnung sahen sie sich aber getäuscht, denn Günther kam gar nicht in die Lage, sie zu unterstützen, da er bald nach seinem Regierungsantritt in einen langwierigen Streit mit seinen fürstlichen Nachbarn im Süden von Magdeburg verwickelt wurde. Zu den Bundesgenossen des verstorbenen Erzbischofs Albert hatte auch der Fürst Sigismund von Anhalt gehört, welcher infolge einer mit seinem Bruder Albrecht 1396 vorgenommenen Erbteilung den nördlich von der Elbe gelegenen Teil des anhaltinischen Fürstentums mit der Hauptstadt Zerbst besaß, während seinem Bruder der andere Teil des Landes mit Dessau und Köthen im Süden der Elbe zugefallen war ⁴⁾. Wie es scheint, hatte Sigismund noch aus der Zeit Alberts her eine Geldforderung an das Erzstift, welche Günther zu bezahlen säumte oder sich weigerte, denn nur bei dieser Annahme wird es erklärlich, daß jener den Zehnten einbehielt, den er dem Erzbischofe zu zahlen verpflichtet war. Darüber kam es zum Kriege zwischen Günther und Sigismund. Im Anfange war der Letztere entschieden im Vorteile, indem er das Gebiet von Gommern verwüstete

¹⁾ Rudloff II, 552. ²⁾ Ebd. Boll, II, 95 giebt auch hier das Jahr 1403 an.
³⁾ Rudloff II, 553. ⁴⁾ Die Elbe nimmt im Anhaltischen bekanntlich ihren Lauf von Osten nach Westen und scheidet das Fürstentum in zwei fast gleiche Teile.

und das Schloß Parchem eroberte, das einem magdeburgischen Stifts-vasallen Kuno von Lüderitz gehörte. Bald darauf aber griff auch die Bürgerschaft von Magdeburg in den Kampf ein. Die Bürger von Zerbst hatten von ihr ein Kapital von 8000 Kreuzgroschen geliehen und erwiesen sich außer stande die Zinsen dafür zu entrichten. Die Magdeburger zogen daher vor Zerbst, belagerten die Stadt eine zeitlang und zerstörten den Ort Ankun¹⁾. Unter diesen Wirren starb Sigismund 1405 mit Hinterlassung von acht Kindern, deren ältestes, ein sechzehnjähriger Sohn Namens Waldemar, am Hofe der österreichischen Herzöge den Kriegsdienst erlernte. Jetzt erhob Sigismunds Bruder Albrecht Ansprüche auf dessen Besitztum, weil es Herkommen in der anhaltinischen Familie sei, daß der älteste Vertreter derselben das Gebiet von Zerbst regiere. Vergebens suchte Waldemar sein besser begründetes Erbrecht darzuthun; er mußte dem Oheim weichen, welcher Zerbst in Besitz nahm²⁾. Indem er sich aber in dem Erbe seines Bruders festsetzte, übernahm er auch die Fortsetzung des von Sigismund gegen den Erzbischof Günther begonnenen Kampfes, zu welchem Zwecke er sich mit dem Herzoge Rudolf von Sachsen-Wittenberg und mehreren Grafen verband. Zwei Jahre hindurch wurde nun von beiden Seiten mit großer Erbitterung gestritten. Die Magdeburger drangen südwärts bis Köthen und ostwärts bis Belzig vor, einem Orte nicht weit von Potsdam, der damals zu Sachsen-Wittenberg gehörte und 1406 von ihnen erobert wurde. Dafür aber entriß Herzog Rudolf dem Erzstifte die Stadt und das Schloß Jüterbogk³⁾. Erst am 26. Juni 1407 kam

¹⁾ Vergl. über diese Vorgänge die Magdeburger Schöffenchronik, herausgeb. v. Janicke z. d. Jahren 1404 u. fg. ²⁾ Als Waldemar auf gütlichem Wege nicht zu seinem Rechte zu gelangen vermochte, wandte er Gewalt an, indem er sich unversehens des festen Schlosses zu Dessau bemächtigte, während sein Oheim Albrecht eben in Zerbst verweilte. Die Bemühungen des Letzteren, Waldemar daraus wieder zu vertreiben, blieben erfolglos. Da verband er sich mit Johann von Quitzow, welcher 1405 das Schloß in Brand steckte und dadurch Waldemar zur Flucht nötigte. Zum Lohne für diese Hülfe übergab Albrecht Johann von Quitzow das Schloß Hundeluft, einige Meilen östlich von Zerbst, als Pfandbesitz, und Johann setzte als Hauptleute darüber die drei Brüder Liborius, Kuno und Godmar von Walwitz. — Diesen Vorgang erzählt mit vielen Einzelheiten Peter Beckers Zerbster Chronik (Lindner, Mitteil. aus der Anhalt. Gesch., Dessau, 1830, Hft. I, 48). ³⁾ Heffter, Gesch. von Jüterbogk, S. 212. Das Schloß hatte Erzbischof Günther am 4. Sept. 1406 an Wichard von Rochow auf Golzow und dessen Sohn Wichard für 400 Schock b. Gr. verpfändet (R. I, 24, 401).

der Friede zwischen Magdeburg und Anhalt zu stande, der den Verheerungen beider Parteien im Elbegebiete ein Ziel setzte.

Im Beginne des Kampfes hatten die Grafen von Schwarzburg als Vertreter der Mark Brandenburg die Neutralität dieses Landes zu wahren gewußt. Am 16. Juni 1405 schloß Graf Günther sogar noch einen Vertrag mit dem Erzbischofe Günther und den Herzögen von Sachsen-Wittenberg zum gemeinsamen Schutze gegen Räuber und gegen alle Feinde, welche die Mark angreifen würden¹⁾. Als jedoch nach kurzer Frist der Streit zwischen Anhalt und dem Erzbischofe mit größerer Heftigkeit neu entbrannte und auch Herzog Rudolf gegen Magdeburg Partei nahm, müssen Umstände eingetreten sein, welche den Schwarzburgern die Vertretung Jobsts in der Mark unrätlich erscheinen ließen. Sie legten die ihnen übertragene Würde nieder, und Jobst trat mit den Grafen von Lindow in Unterhandlung, um diese zur Übernahme des erledigten Amtes zu bestimmen. Widerwillig nur und zögernd gingen dieselben auf Jobsts Antrag ein. Am 18. Mai 1406 erklärten sie sich bereit, die Beschützung der Mark bis zu Weihnachten desselben Jahres zu übernehmen, aber nur als „Helfer“, nicht als „Hauptleute“²⁾. Sie stellten ferner die Bedingung, daß Jobst endlich die Sache des aus Friesack vertriebenen Hasso von Bredow zur Entscheidung führte. Der Markgraf ging darauf ein und versprach den Grafen als Belohnung für ihre Mühen die Einnahme aus der Landessteuer der Mittelmark, so weit dieselbe noch nicht verpfändet sei. Weshalb jene sich weigeren, die Hauptmannschaft im eigentlichen Sinne zu übernehmen, darüber besitzen wir keine von ihnen selbst ausgegangene Erklärung. Entweder suchten sie der Sorgen überhoben zu bleiben, welche die Verwaltung des Steuer-, Gerichts- und Lehenwesens mit sich führte, oder einem Konflikte mit Johann von Quitzow aus dem Wege zu gehen, welcher sich als Hauptmann der Mittelmark betrachtete und in dieser Eigenschaft die Steuern einzog. Somit übten die Grafen von Lindow über die Mark eine Art ideeller Schutzherrschaft, von der man wenig gewahr wurde, weil der Friede von außen her keine Störung erfuhr. Der Mangel an praktischer Bethätigung ihres Schirm-

¹⁾ R. II, 3, 169. ²⁾ Wir sollen und wollen unserm gnädigen heren den Margraffen unde syme lande der Marke to Brandenburg mit ganzen truwen dinen, helpen unde raden — als hulper unde nicht als hovetlude (R. I, 4, 87).

amtes spricht sich auch darin aus, daß weiter kein urkundliches Zeugnis davon vorliegt als ein Brief des Grafen Ulrich von Lindow mit der Aufforderung an den Rat von Berlin¹⁾, die zu Martini (11. November) 1406 fällige Orbede von 110 Schock b. Gr. an „seinen Wirt Hans Hacke“ auszuzahlen. Das Schutzamt nötigte also den Grafen Ulrich wie früher den Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard zeitweilig seinen Aufenthalt in Berlin zu nehmen, und dies gab auch ihm den Anlaß in der Herberge Schulden zu machen. Beides konnte die Grafen von Lindow nicht gerade ermutigen, die Würde eines „Helfers“ der Mark über die vertragsmäßige Zeit hinaus noch ferner zu bekleiden; von einer Erneuerung ihres Vertrages mit Jobst wenigstens ist nirgends die Rede. Da ferner am 10. Februar 1407 Wilhelm von Meissen aus dem Leben schied, der sich bisher um die Schicksale der Märker bekümmert hatte, so entbehrte das Land eines von Jobst anerkannten Statthalters. Unbehelligt von einer höheren Gewalt konnten die Quitzowschen Brüder jetzt ihre Macht weiter und weiter ausdehnen; und bald kam die Zeit, da Jobst selber sich genötigt sah mit ihnen zu paktieren.

Blicken wir noch auf die inneren Zustände der Mark während der Jahre des äußeren Friedens, so gewähren sie ein doppeltes Bild. In den größeren Städten, welche dem Übermute des Adels und der Gewaltthätigkeit der Räuber eine Schranke zu setzen wußten, begannen Gewerbleiß und Wohlstand neu aufzuleben; die kleineren Orte dagegen, die Dörfer, die einsam gelegenen Klöster, der reisende Kaufmann und der wandernde Pilger waren vor Friedensbruch und Beraubung niemals sicher. Wer die märkischen Urkunden dieses Zeitraumes durchblättert, findet daher auch Angaben, welche zu verschiedenen Urteilen über die allgemeinen Verhältnisse führen können. Der Widerspruch ist jedoch nur ein scheinbarer; die Klage, welche hier über drückende Not und erlittene Gewaltthat ertönt, beeinträchtigt nicht die Anzeichen sich bessernder Zustände an einer anderen Stelle, wie eine Umschau unter den märkischen Orten leicht ergiebt. Die Stadt Brandenburg, um mit dem historischen Vororte der Mittelmark zu beginnen, bot ungeachtet der schweren Fehden, die sie bestanden hatte, doch das Bild eines in fortschreitender günstiger Entwicklung begriffenen Gemeinwesens. 1401 hatte sie den

¹⁾ Fidicin, Beitr. IV, 109.

Bau der großen Katharinenkirche, des architektonisch bedeutendsten Backsteinbaues in der Mittelmark, vollendet; 1404 ersetzte sie die hölzerne Rolandssäule, das Wahrzeichen ihrer kommunalen Selbständigkeit, durch eine Säule von Stein und 1407 waren die Geldverhältnisse soweit gebessert, daß ein Kirchenkapital zu etwa $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen verliehen wurde¹⁾. Außerhalb der Stadt aber herrschte nach wie vor die größte Unsicherheit. Als nach dem Tode des Brandenburger Bischofs Heinrich Bodendyk 1407 Henning von Bredow, ein Anverwandter des früheren Statthalters Lippold, eben auf den bischöflichen Stuhl erhoben worden war, nahmen ihn am 4. December Johann von Treskow und Wipert von Barby gefangen und hielten ihn auf einem Schlosse bis zum 12. März 1408 in Gewahrsam²⁾. — In einer ähnlichen Lage wie Brandenburg befand sich auch Perleberg, der Vorort der Priegnitz. Die Bürger waren im stande 1408 eine jährliche Rente von 70 Mark Silber abzulösen, welche sie zu zahlen hatten³⁾, und von einem ihrer Mitbürger Otto Brizeke ein Buch „vom Kaiserrecht, Lehenrecht und anderem Rechte“ für 6 Mark Silber käuflich zu erwerben⁴⁾; vor ihren Thoren aber erwehrten sie sich mit Mühe der Wegelagerer und Räuber. 1407 saßen in dem Stadtgefängnis neun Edelleute, Stephan Kerselitz und acht Brüder von Lüderitz als Gefangene, welche auf den Landstraßen geraubt hatten⁵⁾. Vier Räuber, welche Pilger auf dem Wege zum Hostienwunder in Wilsnack überfallen und ausgeplündert hatten, erlitten 1409 in Pritzwalk den Tod durch das Rad⁶⁾. Stendal zeichnete sich in diesen Jahren durch zahlreiche geistliche Stiftungen aus⁷⁾ und sorgte durch die Errichtung neuer Landwehren für den Schutz der Stadt; aber die Sicherheit ihrer Umgebung außerhalb der Mauern ließ viel zu wünschen übrig. Prenzlau in der Uckermark litt noch unter den Nachwehen der schweren Niederlage am Karrenberge und des letzten Krieges zwischen der Mark und den pommerschen Herzögen. Die Stadt mußte 1407 noch Orbede an die Herzöge von Wolgast zahlen; und weil das nicht zu rechter Zeit geschah, nahmen jene

¹⁾ 65 Schock b. Gr. trugen 3 Schock Rente (R. I, 9, 84). ²⁾ Chron. Magdeb. ed. Meib. II, 352: Anno D. 1407 in die St. Barbarae dom. Henningus de Bredaw episc. Brand. statim post coronationem a Johanne Trescaw et Wiperto de Barby captus fuit et in castro eorum Muslo (?) usque ad festum Georgii detentus; data pecunia a sede apostolica fuerunt absoluti. ³⁾ R. I, 1, 172. ⁴⁾ Ebd. ⁵⁾ R. I, 25, 53. ⁶⁾ R. I, 2, 13. ⁷⁾ R. I, 15, 197—204.

mehrere Prenzlauer Bürger gefangen, zu deren Auslösung der Rat eines Kapitals von 100 Schock b. Gr. bedurfte¹⁾. Der Bürger Klaus Lehmann, welcher es darlieh, bestimmte, daß der Rat fortan die Zinsen jener Summe mit 9 % an die Marienkirche zu Prenzlau zahlen sollte²⁾. Die große Unsicherheit in der Umgegend von Prenzlau erklärt sich zum teil aus der Lage der Stadt an den Grenzen zweier Landschaften, die sich im Zustande des bewaffneten Friedens befanden. — Wie die Bürger in den Städten erwies sich auch der Adel freigebig in Schenkungen an Kirchen und Klöster, schwankte aber hin und her zwischen solchen Äußerungen des kirchlichen Sinnes und den Ausbrüchen einer natürlichen Neigung zum Streit und zur Gewaltthätigkeit. 1406 schenkten die Brüder Hans und Bernd von der Schulenburg dem Nonnenkloster Diesdorf in der Altmark das Gut Werle als Ersatz für „den mannichfachen Schaden“, den sie dem Kloster zugefügt hatten; und dieser Schade war nicht gering, denn nach einem beigefügten Ausweise hatten sie dem Kloster 980 Schafe, 336 Rinder, 40 Schweine und 18 Pferde geraubt³⁾. Auch Dietrich und Johann von Quitzow, zu deren Thaten wir uns zurückwenden, waren nicht ohne kirchlichen Sinn nach der Weise ihres Jahrhunderts. In einem Verzeichnisse der Mitglieder des Kaland zu Pritzwalk, welches zufällig erhalten ist, finden sich nicht nur die Namen der beiden Brüder vor, sondern auch die ihrer Frauen und Anverwandten⁴⁾.

¹⁾ R. I, 21, 244. Der Rat benutzte das Geld zum Besten der „Medeborger, dy gefangen wyren van der Orbede wegghen, — dy wy den Wolgastschen heren wyren schuldig geblewen“. ²⁾ Ebd. ³⁾ R. I, 5, 375. Andere kirchliche Stiftungen derer von der Schulenburg s. I, 5, 161 und 162. ⁴⁾ R. I, 25, 100 u. fg.

XVII.

Das Regiment der Quitzows in der Mark Brandenburg. Die Gefangennahme und der Fluchtversuch des Herzogs Johann von Mecklenburg-Stargard.

Die Zeit vom Jahre 1404 bis zum Tode des Markgrafen Jobst kann man in der märkischen Geschichte als „die Zeit der Quitzows“ bezeichnen, denn es sind die Jahre, in welchen Dietrich und Johann ihre Macht begründeten und auf diese gestützt das Regiment im Lande führten. Es ist nicht leicht, die Art und Beschaffenheit dieses ihres Regimentes durch einen Begriff klar zu bezeichnen. Daran ist nicht zu denken, daß sie jemals die Absicht gehabt hätten, den Markgrafen Jobst aus dem Lande zu verdrängen und die markgräfliche Gewalt zu usurpieren. Jener blieb in ihren Augen immer doch der „gnädige Herr“, wie oft sie auch gegen alle seine Gesetze fehlten. Ebensowenig darf man ihr Regiment nur als eine bloße Gewaltherrschaft über die Märker bezeichnen, so viel Leid und Kummer sie denselben auch bereitet haben; sie sahen in ihrer Stellung auch die Verpflichtung, in Zeiten der Gefahr als Verteidiger des Landes aufzutreten und sind derselben mit Treue nachgekommen. Wenn die Zeitgenossen der Quitzows, wie der Chronist Wusterwitz und der Verfasser des Lehniner Gedenkbuches, das Andenken daran weniger bewahrten als recht ist, so lag die Schuld an den Quitzows selber, denn die Gewaltthaten, welche sie später im Lande begingen, verdunkelten ihre Heldenthaten im Streite mit äußeren Feinden und ihr Eigennutz übertraf bei weitem ihren Patriotismus. Um ihre Stellung und ihr Verhalten zu verstehen, muß man davon ausgehen, daß Johann von Quitzow die ihm nur von einem Teile der mittelmärkischen Stände übertragene Hauptmannschaft über die Mittelmark als ein ihm rechtmäßig zukommendes Amt betrachtete und mit Hülfe seines Bruders Dietrich zu behaupten suchte, obgleich der

andere Teil der Stände gegen seine Amtsführung Widerspruch erhob und der Markgraf ihr die Anerkennung versagte. Wie die Quitzows damit in Opposition gegen Jobst und dessen Stellvertreter, die Grafen von Schwarzburg, traten, so sahen sie selber die Stände und Städte des Havellandes in feindlicher Stimmung gegen sich und mußten nach zwei Seiten hin ihre Stellung mit Mafsregeln der Gewalt verteidigen. Die Schwarzburger Grafen freilich räumten ihnen bald das Feld, Jobst war nicht im stande gegen sie einzuschreiten, und die Grafen von Lindow begnügten sich mit dem Titel des „Helfer“ der Mark; die Stände aber, welche ihnen die Anerkennung versagten, sahen sich bald von ihnen verfolgt, bedrückt und sogar befehdet, wie unter anderen ganz besonders der Abt von Lehnin, der Führer der antiquitzowschen Partei. Das Lehniner Gedenkbuch berichtet darüber¹⁾: „Unser Herr (der Abt) und wir (die Mönche) hatten die Ungunst der Quitzows aus keinem anderen Grunde, als weil unser Herr dem Lande und des Landes Hauptleuten (den Schwarzburgern) getreulich beistand mit Rat und That, wo er konnte und vermochte, und den Quitzows nicht beistimmen wollte, die nicht des Landes Beste, sondern ihren eigenen Vorteil suchten. Deshalb that uns Johann von Quitzow grofsen, schweren Schaden durch Raub und Brandstiftung und erdichtete mancherlei Schuld und Anspruch an unsern Herrn den Abt.“ Vergebens rief dieser gegen die Plünderung seiner Güter von seiten der Quitzows die Hülfe der Gerichte an; er fand nirgends einen Anwalt für seine Sache. „Niemand von den Mannen oder Städten — so heifst es in dem eben genannten Buche — wollte sich der Sache annehmen um der Gewalt und Fehde willen, die ihm von Johann von Quitzow entstehen möchte, wenn sie uns gegen Johann das Recht zusprächen.“

Die Oppositionspartei, von Jobst ohne Unterstützung gelassen, vermochte den Quitzows, zu denen Berlin und der Barnim hielten, keinen nachhaltigen Widerstand zu leisten. Auch der Tod Wilhelms von Meifsen im Februar 1407 kam den Brüdern gelegen. Noch in demselben Jahre bemächtigten sie sich der markgräflichen Schlösser Saarmund südlich von Potsdam und Köpenick bei Berlin, welche 1398 der Markgraf von Meifsen durch Kauf an sich ge-

¹⁾ R. I, 10, 415.

bracht hatte¹⁾. Wahrscheinlich trieb sie dazu ein Beweggrund, der eben sowohl in ihrem Patriotismus wie in ihrem Eigennutze wurzelte, der Wunsch, den Einfluß der meißnischen Partei in der Mark zu brechen. Indem sie den Erben Wilhelms jene Schlösser entrissen und mit ihren eigenen Kriegsleuten besetzten, gewannen sie selber derart an Macht und Ansehen, daß sie kein Bedenken trugen, einen Akt des offenen Ungehorsams gegen Jobst selber zu begehen. Im November 1407 nahmen sie den auf Jobsts Geheiß nach Berlin reisenden Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard in der Nähe von Liebenwalde gefangen, führten ihn auf das Schloß Plaue und hielten ihn hier Monate lang in harter Gefangenschaft²⁾.

Fast scheint es überflüssig zu fragen, welche Gründe Dietrich und Johann von Quitzow, die den Straßenraub des Gewinnes wegen übten, zu der Gefangennahme des Herzogs bewogen haben; allein gerade die zunächst liegende Vermutung, daß sie ein hohes Lösegeld von ihm zu erpressen suchten, ist die am wenigsten stichhaltige, da während der langen Gefangenschaft des Herzogs von Verhandlungen behufs seiner Lösung durch Geld niemals die Rede gewesen ist. Eher könnte man in dem Überfalle einen Akt der Wiedervergeltung an einem Fürsten erblicken, welcher 1402 den einen der Quitzowschen Brüder gefangen genommen und 1403 den anderen bei Brandenburg besiegt hatte. In der That mögen die Quitzows mit Befriedigung gesehen haben, wie der alte Gegner in die ihm gestellte Falle ging³⁾; aber das schließt nicht aus, daß auch politische Gründe sie zu der Gefangennahme des Herzogs veranlaßten. Die Mittelmark entbehrte 1407, wie oben hervorgehoben wurde, eines von Jobst eingesetzten Hauptmannes und litt schwer unter diesem

¹⁾ Wusterwitz, S. 48. Urkundl. Nachrichten über diesen Ankauf sind nicht vorhanden. ²⁾ Wusterwitz, S. 49 erwähnt ausdrücklich, daß der Herzog einem Rufe Jobsts folge leistend sich nach Berlin begab, als seine Gefangennahme erfolgte, und diese Angabe findet ihre Bestätigung in dem Briefe Herzog Ulrichs an den Berliner Rat (Fidicin, Beitr. IV, 67), in welchem Ulrich der Zeit gedenkt, „als wir in unsers Herrn Botschaft gegriffen und gefangen wurden von den Seinen“.

³⁾ Daß der Herzog gerade nach Berlin berufen wurde, wie Wusterwitz erzählt, dürfte zu bezweifeln sein; Jobst wenigstens war 1407 nicht in Berlin. Im Mai dieses Jahres befand er sich in Brünn (Dobner, Scr. r. B. IV, 401) und Prag (R. I, 16, 34), am 11. Sept. wieder in Brünn (Laus. N. Magazin, 46, 80); jedoch soll er noch 1407 (nach Pelzel, Wenzel I, 537) in der Lausitz gewesen sein, um Unruhen in Görlitz und Bautzen beizulegen.

Mangel. Die Wiederbesetzung jenes Amtes mußte von den havelländischen Ständen immer dringender betrieben und von Jobst selber lebhaft gewünscht werden. Auch über die zu berufende Persönlichkeit konnte schwerlich ein Zweifel obwalten. Der Herzog Johann von Stargard hatte sich 1402 und 1403 Sympathien in der ganzen Mark, besonders aber im Havellande unter den Gegnern der Quitzows erworben; er mußte daher vor allen als der geeignete Mann erscheinen, die Quitzows wieder in die Schranken des Gehorsams zurückzuführen. Der Ruf des Markgrafen, dem er Folge leistete, konnte bei jenen sehr wohl die Vermutung erwecken, daß dem Herzoge die Verwaltung der Mittelmark übertragen werden sollte, und dem beschlossen sie durch seine Gefangennahme vorzubeugen. Wie eine sehr glaubwürdige Quelle berichtet, gewährten sie selber ihm freies Geleit durch die Mark¹⁾, überfielen und ergriffen ihn aber schon an der märkischen Grenze. Die Hartnäckigkeit, mit der sie seinen Anverwandten und Freunden seine Freilassung verweigerten, läßt ebenfalls erkennen, daß ihnen vor allem daran gelegen war, den Herzog in Gewahrsam zu behalten und politisch unschädlich zu machen. Da auch Jobst seine Freilassung nicht zu erwirken vermochte, so blieb den Angehörigen und Anhängern des Herzogs kein anderes Mittel übrig, als einen Plan zur Rettung des Gefangenen durch heimliche Flucht zu ersinnen und zur Ausführung zu bringen. In der That ist auch ein Fluchtversuch Johannis mit großer Geschicklichkeit vorbereitet und ins Werk gesetzt, aber dem Gelingen schon nahe durch unberechenbare Zufälle dennoch zuletzt vereitelt worden. Sein Verlauf führt uns Szenen voll Leben und Bewegung vor Augen, wie sie spannender kaum ein Romandichter zu erfinden vermag.

Den ersten Gedanken, dem Gefangenen zur Flucht aus Plaue zu verhelfen, muß man in der Neustadt Brandenburg gefaßt haben²⁾,

¹⁾ Dies ergibt ein Brief des Fürsten Johann von Werle an den Rat von Berlin (Riedel, Supplem.-Bnd., S. 261, 6), in dem es heißt: „Hertog Olrik (des Gefangenen Bruder) secht, dat he (Dietrich v. Q.) sinen Broder Hertogen Johannen vrede und velicheit gesecht hefft, dar he en sine knechte hefft binnen gripen laten.

²⁾ Der ausführliche Bericht des Chronisten Wusterwitz über den Fluchtversuch des Herzogs (S. 50—53) findet eine sehr wesentliche Ergänzung und Berichtigung durch die Akten über einen später vor dem Kurfürsten Friedrich I. verhandelten Streit der Alt- und Neustadt Brandenburg (R. I, 9, 109 u. fg.). Vergl. dazu Forschung. z. deutsch. Gesch. 17, 546 u. 573 u. fg.

deren Bürgerschaft dem Herzoge für den Sieg am Wernitzwalde und die Bekämpfung Johanns von Quitzow dankbar war. Sie ließen es sich daher auch nicht nehmen, denselben in seinem Gefängnisse mit Lebensmitteln zu versorgen, und da ihre Boten Zutritt zu dem Schlosse und vielleicht zu dem Herzoge selber erhielten, so hatte der Rat der Neustadt damit ein Mittel gewonnen, unter der Schlossmannschaft Verbindungen anzuknüpfen und dem Herzoge mitzuteilen, daß ein Plan zu seiner Rettung entworfen sei. Ein „Bäckerknecht“, der auf dem Schlosse diente, ließ sich bereit finden, als Mittelsperson zwischen dem Herzoge und seinen Freunden in Brandenburg zu dienen und auch persönlich dem Gefangenen bei der Flucht behülflich zu sein. Die Ausführung des Planes wurde auf den 2. Februar 1408 festgesetzt, einen Marienitag, dessen Feier allem Vermuten nach ihren erheiternden und zerstreuenden Einfluß auch in der Wachstube des Schlosses äußern würde. Der Herzog sollte im Dunkel der Nacht die Mauer übersteigen, dann die an Plaue vorbeifließende während des sehr kalten Winters gefrorene Havel überschreiten und bei einem Gehölze von einer aus Brandenburg abgesandten Reiterschar erwartet und nach der Stadt geleitet werden.

Von diesem Plane war auch die Familie des Herzogs in Kenntnis gesetzt worden, und infolge dessen erschien einige Tage vor dem 2. Februar die Gemahlin Johanns, eine litthauische Prinzessin, die vom Heidentum zum Christentum übergetreten war, in Brandenburg, machte von hier aus einen Besuch in der Stadt Plaue und kehrte dann wieder nach Brandenburg zurück, wo sie einen regen Verkehr mit den Mitgliedern des Rates der Neustadt unterhielt¹⁾. Während man hier das Vorhaben mit allen Mitteln der weltlichen Klugheit betrieb, war man in Mecklenburg-Stargard bemüht, auch die himmlischen Mächte für das Unternehmen günstig zu stimmen. Vor dem Siege über die Märker bei dem Karrenberge am Katharinentage (25. Nov.) 1399 hatten die Herzöge Johann und Ulrich gelobt, der Heiligen dieses Tages eine fromme Stiftung zu weihen, ihr Gelübde aber nicht zur Ausführung gebracht. Jetzt in der Zeit der Not gedachte Ulrich seiner Verpflichtung, indem er zu Neubrandenburg im Lande Stargard in Gegenwart vieler Zeugen der heiligen Katharina eine Kapelle in Friedland zu gründen und mit einem Jahres-

¹⁾ R. I, 9, 115.

einkommen von 60 Mark Silber zu dotieren beschloß¹⁾, wozu auch der Bischof Otto von Havelberg in Wittstock seine Einwilligung gab²⁾. Beide Urkunden tragen, obgleich die eine in Neubrandenburg und die andere in Wittstock ausgefertigt worden ist, das Datum des 2. Februar 1408, des verhängnisvollen Fluchttages, und müssen absichtlich vordatiert sein, da der Bischof unmöglich schon in Wittstock eine Stiftung gutheißsen und amtlich bestätigen konnte, welche an demselben Tage acht Meilen davon in Neubrandenburg erst beschlossen wurde. Jener Tag sollte offenbar in besonders feierlicher Weise der Gnade der Heiligen empfohlen werden³⁾.

Als nun der 2. Februar herankam, hatte der Rat der Neustadt Brandenburg noch eine ganz besondere Schwierigkeit zu überwinden, um den Erfolg des zu Gunsten des Herzogs ersonnenen Planes zu sichern. Es ergab sich nämlich für ihn die Notwendigkeit, die Gemeinde der Altstadt Brandenburg, welche eine besondere Gemeindevertretung besaß und oft ganz andere Interessen als die Neustadt verfolgte, von dem in der Nacht des 2. Februar bevorstehenden

¹⁾ R. I, 13, 341. ²⁾ R. I, 25, 24. ³⁾ Da die in Neubrandenburg vollzogene Stiftungsurkunde auch die Unterschrift des Herzogs Johann selber trägt, so folgerte Riedel (Cod. dipl. I, 10, 5) daraus, daß Johann am 2. Febr. 1408 frei gewesen und sein Fluchtversuch auf den 2. Februar 1407 zu setzen sei, zumal da Hafftiz der eine der Epitomatoren der Chronik des Wusterwitz, auch die Gefangennahme des Herzogs in das Jahr 1406 setze (vergl. Wusterwitz S. 48). Indessen der zweite, viel zuverlässigere Epitomator, Angelus, nennt 1407 als das Jahr derselben, und daß er damit die Zeitangabe des Wusterwitz richtig überliefert, geht daraus hervor, daß er wie auch Hafftiz von dem ungewöhnlich kalten Winter redet, den Johann in Plaue zubrachte, dieser Winter aber nicht in 1406/7, sondern in 1407/8 fällt, wie der Lübecker Chronist Rufus (Grautoff II, 472) beweist. Die Stiftung der Katharinenkapelle ist daher von Ulrich allein vollzogen, die Urkunde jedoch in seinem und seines Bruders Namen ausgestellt, weil die beiden Brüder einst gemeinsam das oben erwähnte Gelübde gethan hatten. Es finden sich auch sonst noch Beispiele, daß Ulrich während der Gefangenschaft seines Bruders Regierungsakte und Urkunden in seinem und seines Bruders Namen vollzog. Übereinstimmend berichten nämlich Angelus und Hafftiz nach der Chronik des Wusterwitz, daß Herzog Johann erst um Weihnachten 1408 durch Auswechselung mit dem von Herzog Ulrich am 2. Oktober 1408 gefangen genommenen Johann von Quitzow seine Freiheit wieder erhalten habe (Wusterw. S. 54). Herzog Johann saß also im Herbst 1408 noch im Gefängnis, und dennoch ist eine von ihm und Ulrich am 8. September 1408 ausgestellte Urk. vorhanden (R. I, 13, 78), in welcher die Brüder dem Kloster Himmelpforten den Ankauf eines Hofes bestätigen. Vergl. dazu Forsch. z. deutsch. Gesch. 17, 574.

Einreiten einer kleinen Truppschar in Kenntniss zu setzen, ohne ihr von dem Fluchtplane Mitteilung zu machen; denn sobald die Aufnahme des flüchtigen Herzogs durch die Reiter erfolgt war, mußte dieser auf dem kürzesten Wege nach Brandenburg geführt werden und in den frühen Morgenstunden vor den Thoren der Altstadt eintreffen und Einlaß begehren. War die Thorwache unvorbereitet auf das Erscheinen bewaffneter Reiter, so konnte es leicht geschehen, daß sie die Altstadt alarmierte und daß dem Herzoge der Eintritt in die Stadt verwehrt wurde. Ein solches Hemmnis aber mußte für ihn im Falle seiner Verfolgung durch Johann von Quitzow verderbenvoll werden. Andererseits war es notwendig, vor den Altstädtern das Geheimnis des Komplottes zu bewahren, da es zweifelhaft erschien, ob sie ein Vorhaben billigen und unterstützen würden, dessen Gelingen ihnen die Feindschaft Johannis von Quitzow zuziehen mußte. Nur eine List vermochte bei dieser Lage der Dinge zum Ziele zu führen. Am Morgen des 2. Februar war der Bürgermeister der Altstadt Klaus Schlunck eben damit beschäftigt, auf dem Walle eine Anzahl von Weiden fällen zu lassen, als ein Mitglied des neustädtischen Rates Klaus Plinde ihn aufsuchte, um ihm mitzuteilen, daß die Altstädter von einem feindlichen Angriffe bedroht seien und die neustädtische Bürgerschaft ihnen Hülfe zur Abwehr der Feinde anbiete. Er machte ihm ferner den Vorschlag, daß beide Kommunen am Abend bewaffnete Reiter als Wachtposten auf dem Wege nach Plaue aussenden sollten, damit der Feind sich nicht unbemerkt der Altstadt nähern könne. Der Bürgermeister Klaus Schlunck wunderte sich zwar über die Bereitwilligkeit der Neustädter zur Hülfeleistung, die man an ihnen — wie ein späterer Bericht an den Kurfürsten Friedrich bemerkt¹⁾ — gar nicht gewohnt war, nahm aber doch das Anerbieten derselben an. Gegen Abend zog in der That eine Schar von alt- und neustädtischen Reitern die Straße nach Plaue entlang, angeblich um auf einen Feind zu achten, in Wahrheit um den flüchtigen Herzog Johann aufzunehmen und nach Brandenburg zu geleiten.

So kam denn die Nacht des 2. Februar heran. Im Schlosse Plaue waren die Vorbereitungen zur Flucht Johannis so umsichtig getroffen, daß dieser unbemerkt sein Gefängnis verlassen, die Mauer

¹⁾ R. I, 9, 115.

übersteigen und die gefrorene Havel überschreiten konnte. In einem Gebüsche am jenseitigen Ufer hoffte er der ihm zugekommenen Weisung zufolge brandenburgische Reiter anzutreffen. Allein er verfehlte die richtige Stelle; die Reiter warteten an einem anderen Orte auf ihn. Die Nacht war eisig kalt, der Herzog in der leichten Kleidung der Gefangenen und barfuß. Die Fußbekleidung hatte er wahrscheinlich abgelegt, um ohne Geräusch die Mauer übersteigen zu können. Bald wurde es ihm unmöglich weiter zu gehen. Von der Kälte beinahe erstarrt und in seiner Hoffnung auf den Beistand seiner Freunde getäuscht, legte er sich in dem Gebüsche nieder, um den Morgen und menschliche Hülfe zu erwarten. —

Inzwischen aber hatte man in Plaue bemerkt, daß der Herzog entflohen war, und sofort traf Johann von Quitzow mit großer Umsicht alle Anstalten zur schleunigen Verfolgung desselben. Von der Vermutung ausgehend, daß Johann vor allem suchen würde nach Brandenburg zu gelangen, sandte er ein Reiterkommando unter der Führung seines Rottmeisters Götz Predöhl auf den Weg zur Stadt voraus, um ihn, noch ehe er das Thor erreiche, wieder einzufangen. Er selbst aber machte sich mit mehreren Dienern und Jägern und einigen Jagdhunden auf, die Umgebung des Schlosses zu durchsuchen und die Fährte des Herzogs ausfindig zu machen. Weil Johann nicht weit vom Schlosse war, so musste dieses Mittel zum Ziele führen. Gegen Morgen sah er seine Verfolger sich dem Gebüsche nähern, in welchem er sich versteckt hielt. Da er sich der Entdeckung nicht mehr entziehen konnte und die Kälte ihn fast überwältigte, so ging er den Suchenden entgegen, um sich selber ihnen auszuliefern. Er wurde wieder nach Plaue in sein Gefängnis zurückgeführt, später jedoch, als Johann von Quitzow erkannt hatte, daß sein Fluchtversuch von Brandenburg her unterstützt worden war, nach dem Schlosse Bötzw gebracht, damit er der bedenklichen Nähe der Brandenburger entrückt würde.

Für die Letzteren hatte der mißglückte Rettungsversuch noch ein sehr trübes Nachspiel. Wir sahen bereits, wie eine Truppe brandenburgischer Reiter auf dem Wege nach Plaue dahinzog, um, wie man ihnen aufgetragen hatte, einem Feinde aufzulauern, der im Dunkel der Nacht gegen Brandenburg marschieren würde. Gegen Morgen sahen sie in der That eine Schar von Berittenen sich nähern, welche sie für die erwarteten Feinde hielten und sofort angriffen.

Es waren die Quitzowschen Mannschaften unter Götz Predöhl, welche den Herzog Johann verfolgten und sich plötzlich in einen Kampf mit den Brandenburgern verwickelt sahen. Der Übermacht weichend zogen sie sich fechtend auf Plaue zurück, ehe sie aber noch das Schloß erreicht hatten, stürmte schon Johann von Quitzow mit anderen Mannschaften daher ihnen zur Hülfe. Mit Ungestüm warf er sich auf die Brandenburger, die sich bald zur Flucht wandten und der Stadt zueilten. Mehrere von ihnen waren getötet, andere gefangen genommen, und nicht wenige hatten ihre Waffen oder Pferde eingebüßt. Wie die Neustädter hatten auch die Altstadt schwere Verluste zu beklagen, welche unter den Letzteren um so größere Entrüstung hervorriefen, als sie sehr bald erfuhren, daß sie von den Neustädtern getäuscht worden waren und die nächtliche Expedition gar nicht einem Feinde ihrer Stadt, sondern der Rettung des Herzogs Johann gegolten hatte. Der Neustädter Rat hielt es jetzt für das Beste, sowohl der Altstadt wie auch Johann von Quitzow gegenüber jede Teilnahme an dem Fluchtversuche abzuleugnen und das Gefecht der brandenburgischen Reiter mit Götz Predöhl auf ein gegenseitiges Mißverständnis zurückzuführen. Jene hätten in dem Quitzowschen Kommando heranschleichende Feinde vermutet — so erzählt der Neustädter Engelbert Wusterwitz den Vorgang — und dieselben angegriffen, Johann von Quitzow dagegen in den Brandenburgern Mitbeteiligte bei dem Rettungsversuche zu erkennen geglaubt. Diese Darstellung der Sache wies Johann von Quitzow als eine unberechtigte mit der Erklärung zurück, daß Götz Predöhl noch während des Gefechtes den brandenburgischen Reitern mitgeteilt habe, daß er und seine Leute im Dienste Johans von Quitzow ständen, worauf jene den Kampf nur um so lebhafter fortgesetzt hätten¹⁾. Um dem Streite ein Ende zu machen, forderte endlich Johann von Quitzow, daß die Brandenburger durch einen Eid ihre Nichtbeteiligung an dem Rettungsversuche des Herzogs bezeugten. Wie man sieht, waren die von den Neustädtern getäuschten Ratsherren der Altstadt in der Lage, mit gutem Gewissen diesen Eid zu leisten; und nachdem dies geschehen war, gab ihnen Johann von Quitzow ihre Gefangenen ohne

¹⁾ Der sehr beachtenswerte Brief Johans v. Quitzow ist von Riedel zweimal abgedruckt, C. d. Br. I, 10, 15 und: Zehn Jahre u. s. w. S. 343.

Lösegeld zurück. Der Rat der Neustadt aber weigerte sich einen Reinigungseid abzulegen. Jener betrachtete daher die Neustädter als Mitschuldige an dem Fluchtversuche des Herzogs, behielt ihre Gefangenen zunächst in Plaue und gab sie erst gegen Zahlung eines Lösegeldes von 300 Schock b. Gr. frei.

Auch damit war die Sache noch keineswegs abgethan; sie rief vielmehr noch die größten Mißshelligkeiten zwischen der Alt- und Neustadt Brandenburg hervor. Wenn die Bürger der ersteren unmutsvoll sich beklagten, daß sie von dem Rate der Neustadt hintergangen seien, so beschuldigte dieser nun die Altstädter, daß sie eigenmächtig und ohne Rücksicht auf die zwischen den beiden Gemeinden bestehenden Verträge sich mit Johann von Quitzow geeinigt hätten. Im Jahre 1398 nämlich waren von den Schwesterstädten gemeinsame Bestimmungen hinsichtlich der Aufbringung von Truppen und Geld im Falle eines Krieges getroffen und dabei auch vereinbart worden, daß von den Kriegskosten, von Beute und Verlusten auf die Neustadt zwei Dritteile entfallen sollten und auf die minder begüterte Altstadt nur ein Drittel¹⁾. Diesem Verträge gemäß forderte jetzt der neustädtische Rat die Altstadt auf, ein Drittel des von ihm an Johann von Quitzow gezahlten Lösegeldes von 300 Schock b. Gr. zu übernehmen. Die Altstädter jedoch, welche infolge ihrer Eidesleistung ihre Gefangenen frei zurückerhalten hatten, wiesen dieses Ansinnen von sich ab, weil der neustädtische Rat sich geweigert habe, den Reinigungseid abzulegen, mithin auch allein die Folgen seines Verhaltens tragen müsse²⁾. Dieser kam in der That in eine üble Lage, indem er die Teilnahme an dem Fluchtversuche des Herzogs ableugnete und seine Schuldlosigkeit doch nicht durch einen Eid darthun konnte. In seinem Unmute darüber ging er so weit, die Altstädter als geheime Anhänger Johanns von Quitzow zu verdächtigen. Alte Streitfragen zwischen den beiden Gemeinden erwachten von neuem und wurden mit großer Schärfe und Leidenschaft von beiden Seiten erörtert. Hüben und drüben

¹⁾ R. I, 9, 76: Nheme wy jennige schaden — so scolle wy Rathmanne uth der Nyenstadt gelden twe pennige unde die Rathmanne uth der Aldenstadt scollen legeren unde gelden den drudden pennigk. ²⁾ Sie erklärten (R. I, 9, 115) nicht ohne einen Anflug von Ironie: Des vermude wy uns wol, weret, dat sy rades, willen und witschap unschuldig hedden gewest, sy hedden sik erer unschult geghen em (Joh. v. Q. so wol gebruket also wy.

geriet man schliesslich in eine so hochgradige Erbitterung, daß die Stadtbehörden, um offenen Feindseligkeiten vorzubeugen, am Gründonnerstage (13. April) 1408 die Thore gegen einander sperrten und niemanden ohne Erlaubnisschein passieren ließen. Dieser gegenseitige Blockadezustand währte bis zum 25. November jenes Jahres und wurde erst infolge der persönlichen Intervention des Markgrafen Jobst aufgehoben. Der Zwiespalt unter den Brandenburgern war damit aber keineswegs ausgeglichen, und noch im Jahre 1420 erschienen die Parteien klagend und sich gegenseitig beschuldigend vor dem Kurfürsten Friedrich, der dem langen Hader ein Ende machte ¹⁾.

Das traurige Schicksal des Herzogs Johann, welcher nach Bötzwow geführt unter der strengen Aufsicht Dietrichs von Quitzow im Gefängnis schmachtete, konnte nicht verfehlen, an den fürstlichen Höfen Norddeutschlands das größte Aufsehen und die lebhafteste Teilnahme zu erregen. Herzog Ulrich wies in besonderen Schreiben die Fürsten darauf hin, daß Dietrich von Quitzow den Herzog Johann nur durch einen Bruch des ihm zugesagten freien Geleites in seine Gewalt gebracht habe. Die gleiche Anschuldigung erhoben gegen ihn die Grafen von Lindow. Dietrich von Quitzow antwortete darauf nicht mit einer Verteidigung seiner Handlungsweise, sondern mit vagen Anklagen und Vorwürfen, indem er dem Herzoge Ulrich „viele Schnödigkeit und Bosheit“ zur Last legte. Daraus entwickelte sich eine für jene Zeit charakteristische Brieffehde, bei der man es von beiden Seiten darauf absah, die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu bestimmen. Ein Streitbrief dieser Art, von dem Fürsten Johann von Werle an den Rat von Berlin gerichtet, ist noch auf unsere Tage erhalten worden ²⁾. Der Fürst teilte darin zunächst dem Rate mit, daß Dietrich von Quitzow des Wort- und

¹⁾ Wenn man Rede und Gegenrede der beiden Gemeinden liest, wird man nicht umhin können, der ruhigen, eingehenden Darstellung der Altstädter in dem Hauptstreitpunkte, der Beteiligung an der Flucht des Herzogs, mehr innere Wahrheit zuzuerkennen als dem oberflächlichen und ausweichenden Berichte des neustädtischen Rates. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 261, Nr. 6. Der Brief ist am Sonntage Oculi geschrieben, trägt aber keine Jahreszahl. Da dem Inhalte nach Dietrich v. Q. den Gefangenen noch in seiner Gewalt hatte (oft hi hertoge Johann mit eren hefft oder nicht), so muß der Brief in das Jahr 1408 gesetzt werden, in welchem jener Sonntag auf den 18. März fiel.

Treubruches beschuldigt werde, welchen dieser von sich ablehne. Zur gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung der Frage, ob Dietrich den Herzog Johann „mit Ehren gefangen halte oder nicht“, habe er, der Fürst, jenen aufgefordert, sich an einem fürstlichen Hofe oder auf der Landesgrenze einzufinden und sich gegen die Beschuldigung zu verteidigen. Es sei ihm anheimgestellt den Ort der Zusammenkunft zu bestimmen, auch freies Geleit werde ihm zugesichert werden. Wenn er nicht erscheine, werde der Vorwurf, Verrat geübt zu haben, auf ihm ruhen bleiben. Indem der Fürst dem Rate von Berlin hiervon Kenntnis gab, ersuchte er ihn, dahin zu wirken, daß Dietrich von Quitzow sich zu der Rechtsverhandlung einfinden möchte.

Wie es scheint, ist Dietrich von Quitzow weder der Aufforderung des Fürsten von Werle noch dem Ersuchen des Berliner Rates nachgekommen, denn von einer Rechtsverhandlung mit ihm über die Gefangennahme des Herzogs Johann liegen Nachrichten nicht vor. Wenn man den unglücklichen Fürsten aus seinem Kerker befreien wollte, so genügte es nicht an das Rechts- und Ehrgefühl Dietrichs zu appellieren; man mußte zu den Waffen greifen, und dazu hatten die Fürsten wenn auch die Neigung, doch nicht die genügende Macht. In der Mark aber dachte man um so weniger an ein Einschreiten zu Gunsten des Gefangenen, als Dietrich noch im Laufe des Jahres 1408 sich ihnen als ein siegreicher Führer gegen räuberische Feinde erwies und sich dadurch ein wirkliches Verdienst um das Land erwarb. Seit dem Frühjahr 1408 nämlich hatte das Havelland wiederum unter den verwüstenden Einfällen magdeburgischer Stiftsvasallen unter der Führung Kunos von Wulffen auf Grabow zu leiden. Auch altmärkische Edelleute scheinen sich daran beteiligt zu haben, denn der Bischof Henning von Brandenburg führte um diese Zeit Klage darüber, daß magdeburgische und altmärkische Herren Kirchen, Klöster und Kirchhöfe in seinem Sprengel „schinden und rauben“, so daß er nicht zu den in Berlin stattfindenden Beratungen kommen könne ¹⁾. Da eilte Johann von Quitzow dem be-

¹⁾ R. I, 8, 385. Der Brief ist aus Ziesar am 8. Juni datiert, aber ohne Jahreszahl. Riedel setzte ihn in das Jahr 1408, worin ihm beizupflichten ist, denn Henning von Bredow unterzeichnete mit dem Ausdruck „bestätigter Bischof von Brandenburg“, was auf den Anfang seines bischöflichen Begimentes hindeutet.

drängten Havellande zu Hülfe und besiegte und tötete Kuno von Wulffen bei Gloina, einem Dorfe in der Nähe der kleinen Stadt Görzke. In dem Gefechte erhielt er selber einen Lanzenstich in das eine Auge, welches er infolge dessen auch einbüßte. Von dieser Verwundung kaum hergestellt, unternahm er um den Michaelistag 1408 in Gemeinschaft mit Johann Hoppenrade, dem Hauptmann des Bischofs Henning, einen Streifzug gegen Ulrich von Mecklenburg-Stargard. Hierbei aber verließ ihn das Glück, welches ihn so lange begleitet hatte. Am 2. Oktober wurde er von seinem Gegner bei der Stadt Lychen besiegt und gefangen genommen und sein Genosse Hoppenrade erschlagen. Man sollte meinen, daß nun sogleich Dietrich von Quitzow alles aufgeboten hätte, seinen Bruder, sei es durch einen Kriegszug, sei es durch Auswechslung mit Herzog Johann aus seinem Gefängnisse zu befreien; allein weder das eine noch das andere geschah, sondern Dietrich beteiligte sich, wie Wusterwitz die Sache darstellt ¹⁾, an einem Streifzuge des Bischofs Henning in das magdeburgische Land. Am 23. Oktober besiegten nach dem Berichte des Chronisten Dietrich und der Bischof die Magdeburgischen bei dem Dorfe Glinicke in der Nähe von Ziesar und nahmen an hundert Feinde gefangen; ein Bürger der Neustadt Brandenburg Heinrich Winter eroberte sogar eine Fahne, welche zum Andenken an diesen Sieg in der Katharinenkirche zu Brandenburg noch aufbewahrt wurde, als Wusterwitz seine Chronik verfaßte. Alle diese Thatsachen sind von dem Chronisten richtig angegeben, ihre Motivierung aber ist irrig und ihre Darstellung unzulänglich. Wusterwitz mißbilligt es, daß der Bischof „sich unterstanden habe, im Magdeburgischen zu streifen“, als ob derselbe einen Raubzug aus Beutegier unternommen hätte; er verschweigt gänzlich, daß jener sich im Zustande der Notwehr befand. Nicht im Magdeburgischen ferner, sondern bei dem bischöflichen Residenzschlosse Ziesar wurde gekämpft, über welches östlich hinaus bis Glinicke auf dem Wege nach der Stadt Brandenburg ein „starkes Heer“ vorgedrungen war. Die Heldenthat Heinrich Winters endlich beweist, daß auch Bürger der Stadt Brandenburg an dem Kampfe teilnahmen und die

¹⁾ S. 54: Des Montags nach St. Ursulentag hat sich herr Henning von Bredaw, bischoff zu Brandenburg, mit Diederichen von Quitzaw und anderen aus der Mark unterstanden, im Magdeburgischen lande zu streifen.

Bürgerschaft den Sieg freudig begrüßte. Aus dem allen ergiebt sich, daß im Herbste 1408 ein mächtiger Feind aus dem Elbegebiete in das Havelland vorgedrungen war und die Stadt Brandenburg bedrohte. In diesem gefährvollen Augenblicke eilte Dietrich von Quitzow mit den Seinen dem Bischofe und den Brandenburgern zu Hülfe und bewirkte durch den entscheidenden Sieg bei Glinicke die Befreiung der westlichen Mark von einem Feinde, der vor allem auf Raub und Plünderung bedacht und, schon von Johann von Quitzow einmal besiegt, mit verstärkten Heerhaufen erschienen war, um die eigene Niederlage und den Tod seines Führers Kuno von Wulffen zu rächen¹⁾. Dietrich vollendete damit das Werk seines Bruders, der mutvoll, aber nicht entscheidend bei Gloina gegen denselben Feind gestritten hatte. Die siegreichen Kämpfe bei Gloina und Glinicke gehören zu den ruhmvollsten und zugleich echt patriotischen Thaten der Quitzows und hoben die Macht und das Ansehen der Quitzowschen Familie in dem Maße, daß Jobst, als er im November 1408 nach langer Abwesenheit wieder in dem Kurlande erschien, dieselbe als die reichste und mächtigste der Mittelmark vorfand und sich genötigt sah, mit ihr in Verbindung zu treten. Damit schwand denn auch wohl die Besorgnis Dietrichs vor dem Einflusse des Herzogs Johann von Stargard bei Jobst, und er willigte endlich in die Freilassung des Gefangenen, um den eigenen Bruder der fast dreimonatlichen Kerkerhaft zu entreißen. Zu Weihnachten 1408 erfolgte die Auswechselung der beiden Gefangenen und, wie es scheint, auch ein Ausgleich aller zwischen der herzoglichen Familie und den Quitzows obwaltenden Streitpunkte, denn die Fehde zwischen den beiden Johann war beendet.

¹⁾ Unter den bei Glinicke gefangenen Feinden befanden sich auch ein Gerhard von Alvensleben und Bürger der Stadt Burg, für deren Befreiung um Ostern 1409 die Stadt Magdeburg an Bischof Henning und Dietrich von Quitzow die hohe Summe von 1600 Schock b. Gr. bezahlen mußte. Magdeburg war außer stande, das Geld sogleich aufzubringen und ersuchte daher die Bürger von Jüterbogk, die Bürgschaft dafür zu übernehmen. Heffter, Gesch. v. Jüterbogk, S. 214.

XVIII.

Die politische Thätigkeit Jobsts in Böhmen. Sein Zug gegen die Raubritter in der Niederlausitz.

Die lange Abwesenheit Jobsts von der Mark Brandenburg erklärt sich, wie oben schon angedeutet wurde, aus den großen Erfolgen seines ehrgeizigen Strebens nach persönlicher Geltung bei König Wenzel. Nach der Niederlage, welche Sigismund in dem Kampfe mit diesem erfahren hatte, und nach dem Tode Prokops stand Jobst ohne Nebenbuhler dem Könige zur Seite und durfte in dieser Stellung die begründete Hoffnung hegen, einst der Nachfolger seines Vetters auf dem böhmischen Throne zu werden. Daraus ergab sich für ihn von selbst die Aufgabe, die Politik Wenzels so zu leiten, daß das böhmisch-deutsche Königtum nach den schweren Einbußen, die es erlitten hatte, wieder zu Ehren und Ansehen gelangte. Das Ziel seines Strebens wurde damit ein umfassenderes und allgemeineres und Jobst im vollen Sinne ein Vertreter der luxemburgischen Hauspolitik, welche damals keine wichtigere Angelegenheit zu verfolgen hatte als die Verdrängung des Gegenkönigs Ruprecht. Die Macht desselben befand sich zwar im Niedergange, war jedoch immer noch bedeutend genug, die Luxemburger mit Sorge zu erfüllen und in Atem zu erhalten. Für sie kam es also besonders darauf an, Ruprecht Gegner zu erwecken und sich selber Anhänger unter den deutschen Fürsten zu schaffen. Nach beiden Richtungen hin ist die Regierung Wenzels 1407 und 1408 thätig gewesen, und alle ihre Maßnahmen lassen deutlich eine Mitwirkung Jobsts erkennen. Als sein Werk wird man es betrachten müssen, daß der König 1407 Unterhandlungen mit dem meißnischen Fürstenhause wegen Verheiratung seiner Nichte Elisabeth, der Tochter des verstorbenen Herzogs Johann von Görlitz, mit einem der meißnischen

Markgrafen anknüpfte, denn die Beziehungen der letzteren zu den Luxemburgern beruhten auf der Verwandtschaft des verstorbenen Markgrafen Wilhelm mit Jobst, den die Meißner auch in der Opposition gegen Wenzel unterstützt hatten. Der Plan zerschlug sich jedoch, teils weil die Meißner zu hohe Forderungen hinsichtlich der Mitgift der Prinzessin erhoben, teils weil ein Schwager Wenzels, Ernst von Baiern, die Verheiratung Elisabeths mit einem Mitgliede des Wittelsbachischen Hauses wünschte und anriet. — Ferner zeigte sich Jobst bemüht, den Marbacher Bund, welcher die Gegner Ruprechts vereinte, für König Wenzel zu gewinnen. Er gedachte zu dem Zwecke sich persönlich in das Reich zu begeben und kündigte am 28. Juli 1407 den Rothenburgern schon seine nahe Ankunft an; seine Reise jedoch unterblieb, weil die Verhandlungen mit dem meißnischen Fürstenhause wegen der Verheiratung Elisabeths auf Schwierigkeiten stießen¹⁾. — Auch in dem sogenannten Brabanter Erbfolgestreite, der um dieselbe Zeit auftauchte, stand Jobst, wie der Ausgang der Sache bezeugt, mitratend und mitwirkend auf Wenzels Seite. Das Herzogtum Luxemburg nebst Brabant und Limburg war einst dem Herzoge Wenzel, einem Bruder Karls IV., mit der Bestimmung überlassen worden, daß nach dessen Tode sämtliche Gebiete an die böhmischen Luxemburger zurückfallen, Brabant und Limburg jedoch der Witwe Wenzels, Johanna, bis zu deren Ableben verbleiben sollten. Diese Fürstin nun vermachte kurz vor ihrem am 1. December 1406 erfolgten Tode Brabant und Limburg an Anton von Burgund, den zweiten Sohn Philipps des Kühnen und Enkel ihrer eigenen Schwester Margarete. Das Verfahren der Herzogin-Witwe war ebenso eigenmächtig wie gesetzwidrig und wurde deshalb von beiden Gegenkönigen für ungültig erklärt, von Wenzel, weil er Brabant und Limburg als Eigentum seines Hauses zurückforderte, und von Ruprecht, weil er jene Gebiete als verfallene Reichslehen betrachtete, über welche der Träger der deutschen Krone zu verfügen habe. Der Letztere traf auch sofort alle Anstalten, um mit einer Truppenmacht seiner Erklärung Nachdruck zu geben. Ein Sieg in diesem Unternehmen wäre nicht nur ein materieller, sondern auch ein moralischer Gewinn für ihn gewesen. König Wenzel indessen kam ihm zuvor, indem er sich mit Anton gütlich zu einigen

¹⁾ Aschbach, Sigismund I, 270.

wufste. Beide kamen dahin überein, daß der Letztere die Prinzessin Elisabeth heiraten¹⁾ und samt seinem Bruder Johann von Burgund ein Heer gegen Ruprecht aufstellen, Wenzel hingegen auf Brabant und Limburg zu Gunsten seiner Nichte verzichten und Anton sogar das Recht zuerkennen sollte, das Herzogtum Luxemburg von Jobst, dem damaligen Inhaber desselben, um Geld auszulösen²⁾. Ein solches Zugeständnis wäre ohne die Zustimmung Jobsts ganz wertlos gewesen und zeugt aus dem Grunde für eine persönliche Beteiligung des Markgrafen an dem Abkommen.

Wie weit seinem Verdienste Entwurf und Ausführung dieser politischen Maßregeln zuzuschreiben sind, wird die urkundliche Geschichte des Hauses Luxemburg festzustellen haben; hier mag der Hinweis genügen, daß für ihn die verschlungenen Kombinationen der hohen Politik mehr und mehr an Reiz gewannen und die Regierung und Verwaltung seiner Nebenländer in dem gleichem Maße an Interesse verloren. In jenen sah er die Mittel, seine Zukunft glanzvoll zu gestalten, in diesen die Quelle verdrießlicher Sorgen und Mühen. Indessen behalten steuerzahlende Provinzen doch immer einen Wert, welcher der Fürsorge des Fürsten für ihr Gedeihen entsprechend steigt oder sinkt. Dieser Erkenntnis konnte sich auch Jobst um so weniger verschließen, als seine politische Thätigkeit bedeutende Geldmittel erforderte, deren Quelle seine Nebenländer sein mußten. Sein eigenes Interesse erforderte es, daß er sich nach vierjähriger Abwesenheit um die Lausitz und die Mark Brandenburg bekümmerte, in welchen sich unerträgliche Zustände entwickelt hatten und die markgräflichen Einnahmequellen zu versiegen schienen.

Wer die Entwicklung der märkischen Anarchie bis hierher verfolgt hat, vermag sich kaum vorzustellen, daß dieselbe anderswo noch überboten werden konnte; und doch war dies der Fall. Eine noch größere Unsicherheit des Lebens, des Eigentums und Verkehrs als in der Mark herrschte in der Niederlausitz. Der Adel dieser Landschaft stand an geistiger Bedeutung und politischer Macht dem märkischen nach, und die Hockeborn zu Priebus und die Köckritze zu Tiefenau, Sathain, Wildenau und Glaubitz halten keinen Vergleich mit den Quitzows, Rochows, Bredows u. a. aus. Auch die Städte-

¹⁾ Die Heirat fand am 1. Juli 1409 statt. ²⁾ Aschbach, Sigismund I, 272 u. fg.

entwicklung war hinter der märkischen zurückgeblieben, denn Guben, Kottbus und Luckau kamen an innerer Bedeutung Brandenburg, Berlin und Frankfurt nicht gleich und standen, durch ausgedehnte Wald- und Sumpfflächen getrennt, auch nicht unter einander in dem regen, fördernden Verkehr wie die märkischen Städte. Der Gegensatz zwischen Adel und Städten trat demzufolge hier nicht in langwierigen Fehden und denkwürdigen Kämpfen zu tage, sondern in den wüsten Formen des gemeinen Straßenraubes. Die Schlösser des niederen Adels waren nicht durch ihren Umfang und starken Mauerring bedeutsam, sondern durch ihre schwer zugängliche Lage hinter Sumpf und Moor. Leicht erbaut wurden sie leicht auch preisgegeben, wenn sie den Raubgesellen und ihrer Beute nicht mehr eine genügende Sicherheit zu bieten schienen. Das Raubrittertum in der Niederlausitz fand gerade in der Bodenbeschaffenheit des Landes den Antrieb zur Ausbreitung, bis das Raubwesen die Bevölkerung wie eine allgemeine Landplage bedrückte und sich Zustände entwickelten, welche dringend nach Abhülfe riefen. Da entschloß sich Jobst eine Säuberung der Lausitz von den Raubrittern vorzunehmen. Die Anregung dazu ging von den Landvögten der Ober- und Niederlausitz Otto von Kittlitz und Hinko Slawatz Birka von Duba aus. Der Letztere, von 1397 bis 1409 mit der Verwaltung der Niederlausitz betraut¹⁾, gehörte zu den Freunden Jobsts und bethätigte seine Anhänglichkeit an denselben nicht bloß durch eine getreue Amtsführung, sondern auch durch Darlehen, die er ihm gewährte. 1407 hatte ihm Jobst das Schloß und den Zoll zu Oderberg für 6000 Schock b. Gr. verpfändet²⁾. 1408 verbanden sich die beiden Vögte zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Räuber, und Jobst fand sich bereits im Mai in Guben ein, um sich persönlich an dem Unternehmen zu beteiligen. Zunächst trug er Sorge, daß die Bürger von Guben ihre Stadtbefestigung verstärkten³⁾; dann begab er sich nach Frankfurt, wo er am 10. Mai verweilte⁴⁾ und wahrscheinlich die märkischen Städte zur Teilnahme an dem Zuge bestimmte⁵⁾ und ferner einen Ausgleich zwischen den beiden ersten Standesherrn der Niederlausitz Johann von Bieberstein und seinem

¹⁾ Neumann, Gesch. der niederlaus. Landvögte II, 41 u. fg. ²⁾ v. Raumer, C. d. I, 12. ³⁾ Durch seinen Erlaß vom 2. Mai, Lausitz. Neues Magaz. 43, 297. ⁴⁾ R. I, 20, 11. ⁵⁾ Wusterwitz S. 53.

mit ihm hadernden Schwiegersohne Johann von Kottbus stiftete. Der Letztere erklärte am 16. Mai zu Guben, wohin sich Jobst zurückbegeben hatte, bei der von diesem herbeigeführten Einigung verbleiben zu wollen¹⁾, und die gleiche Erklärung gab am folgenden Tage auch Johann von Bieberstein ab²⁾. Die Aussöhnung der beiden Männer war des Kriegszuges wegen erforderlich, welcher der Unterstützung beider bedurfte und sie auch fand.

Während dieser Zeit hatten sich um Guben die Heerhaufen gesammelt, welche von Jobst und der Ober- und Niederlausitz gemeinsam angeworben waren. Im Juni brachen sie unter Jobsts Führung auf gegen die Burg Drebkau zwischen Spremberg und Kalau, einen sehr berüchtigten und ausnahmsweise festen Räubersitz in dem Gebiete Johanns von Kottbus. Wer damals die Burg inne hatte, ist nicht überliefert; wir wissen nur, daß sie 1395 im Besitze Johanns von Kottbus selber gewesen war³⁾. Wahrscheinlich machten Wasser und Sumpf sie schwer zugänglich, denn die Belagerung, von Jobst persönlich geleitet, währte den Sommer über bis in den Herbst hinein. Die lausitzischen Truppen zogen inzwischen ab und nahmen eine ganze Reihe minder fester Burgen ein. Die Erfolge der kriegerischen Aktion traten gegen das Ende des Sommers nach und nach hervor. Am 9. September unterwarfen sich Jobst die Ritter Nickel und Poppo von Köckritz mit dem Gelöbnis, die Mannen und Städte der Lausitz nicht wieder anzugreifen, sondern bei Jobst und seinen Vögten Recht zu suchen. Als Bürgen für ihren Gehorsam stellten sie Johann von Köckritz zu Tiefenau, Konrad von Köckritz zu Sathain und Heinrich von Büнау⁴⁾. Am 18. September ferner leisteten 12 niederlausitzische Edelleute, unter denen noch zwei Mitglieder der Familie Köckritz sich befanden, Poppo von Köckritz zu Glaubitz bei Großenhain und Heinrich von Köckritz zu Wildenau, dem Markgrafen von neuem das Gelübde des Gehorsams⁵⁾. Im November endlich fiel auch die Burg Drebkau den Belagerern in die Hände⁶⁾. Sie wurde bis auf den Grund zerstört, so daß man heute die Stelle nicht mehr zu bezeichnen vermag, auf welcher sie gestanden hat⁷⁾.

¹⁾ Laus. N. Mag. 46, 80. ²⁾ R. I, 20, 373, ohne Ortsangabe, wahrscheinlich auch aus Guben datiert. ³⁾ Worbs, Invent. dipl. Lusat. infer. 208. ⁴⁾ Ebd. S. 217. ⁵⁾ Ebd. a. a. O. S. 217. ⁶⁾ Wusterwitz S. 55. ⁷⁾ J. A. E. Köhler, Gesch. d. Oberlausitz, S. 124.

In der Lausitz hatte sich Jobst als Landesfürst gezeigt und bedeutsame Erfolge errungen. Die Köckritze, hier nicht minder gefürchtet als die Quitzows in der Mark, waren gedemütigt und den übrigen Raubrittern war ein heilsamer Schrecken eingeflößt worden. Damit aber glaubte Jobst für diese Landschaft genug gethan zu haben; sogleich nach dem Falle von Drebkau begab er sich in die Mittelmark, wo Not und Drangsal der Bevölkerung ebenfalls um Abhülfe riefen, sein Verhalten gegen den raublustigen Adel aber ein ganz anderes war, so daß er selbst die in der Lausitz erstrittenen Erfolge wieder in Frage stellte. Denn was nützte es schließlich, daß er hier das Unwesen der einheimischen Raubritter unterdrückt hatte, wenn die märkischen Herren über die Grenze gehen und in der Lausitz ungestraft plündern durften?¹⁾ — Im übrigen gewährte Jobst selber bei seinem Eintritt in die Mark mit Schrecken, wie sehr in den letzten Jahren das Elend der märkischen Bevölkerung gestiegen war. „Es ist zur selben Zeit groß Jammer und Klagen der armen Leute in der Mark gewesen“ — schreibt Wusterwitz, der 1409 in Brandenburg sich aufhielt, — „wegen der großen Unordnung und Unsicherheit, dadurch der Markgraf billig bewogen, sein armes Volk zu besuchen.“ Der Notschrei aber, der dem Markgrafen entgegen tönte, wurde nicht mehr von den „armen Leuten“ allein erhoben, sondern auch von der Geistlichkeit, welche von gänzlicher Verarmung bedroht, nicht mehr im stande war, ihren Beruf auszuüben.

In dieser traurigen Lage befand sich auch das wohldotierte Domkapitel zu Havelberg. Um der Auflösung desselben vorzubeugen, überwies ihm Jobst das Patronat über die Pfarrkirchen zu Kyritz und Perleberg und deren Rechte und Einkünfte, indem er zugleich erklärte, daß die Kirche zu Havelberg durch die von bösen Menschen ausgehenden Räubereien, Brandstiftungen und Entziehung von Gütern und Rechten verwüstet sei und man befürchten müsse, daß die Religion verfalle²⁾. Der Bischof Otto von Havelberg, welcher

¹⁾ Zeugnisse für derartige Plünderungszüge der Märker in die Lausitz bieten die Berliner Urkunden. In Berlin beklagte sich der Abt des Klosters Dobrilugk in der Niederlausitz, Lippold von Köckritz, daß die „Gesellen“ Dietrichs von Quitzow seinem Lehensmanne Peter Otto zu Kirchhain zwei Pferde weggeführt hätten (Fidicin Beitr. II, 107); Johann von Torgau zu Zossen ferner über Beraubungen seiner Leute durch Bewohner aus der Gegend von Spandau, Potsdam und Teltow (Fidicin II, 109). ²⁾ *Ecclesiam Havelbergensem demum nefandissimorum*

die markgräflische Schenkung zu bestätigen hatte, ergänzte die Worte Jobsts mit der Erklärung, daß durch die langen wilden Kriege und Räubereien, welche in seiner Diöcese mehr als anderswo gewütet hätten, die Landleute und die Kolonen seiner Domherren entweder getötet oder nach Zerstörung ihres Besitzes arm und nackt vertrieben seien oder wohl gar verstümmelt umher gingen und bettelten. Die Äcker, deren Erträge zum Unterhalte der Domherren dienen sollten, lägen unbebaut und wüste, so daß es diesen unmöglich sei ihrem Berufe und ihren Pflichten zu leben. Da die Fehden in der Havelberger Diöcese noch im Zunehmen begriffen seien¹⁾, so hätten die Geistlichen durch ihrer Hände Arbeit oder durch Betteln ihr Leben fristen müssen, wenn der Markgraf durch die Schenkung der beiden Kirchen nicht ihrer Not gesteuert hätte²⁾.

Die Gnadenerweise Jobsts und seine Schenkungen an Geistliche und Kommunen waren jedoch Linderungsmittel nur gegen die Symptome einer Krankheit, die im Körper des Staatswesens ihren Sitz hatte und darin immer weiter um sich griff, nicht Heilmittel der Krankheit selbst. Mit welchen Mitteln dem Grundübel zu begegnen sei, das hatte ihn die in der Lausitz eben bestandene Probe gelehrt; dessenungeachtet schlug er in der Mark ein Verfahren ein, welches die Leiden der Bevölkerung zu mehren, nicht aber zu vermindern geeignet war: er näherte sich den Quitzows in dem Augenblicke, da die Mittelmark sich mit allgemeinem Unwillen von denselben abwandte.

quorundam hominum — rapinis, incendiis aliisque bonorum et jurium direptionibus, occupationibus et persecutionibus gravibus nimis desolatam esse. Et religionis dissolutio satis prope imminet et timenda est, (R. I, 1, 38).

¹⁾ De die in diem crescunt et augentur. ²⁾ Auch die Domherren zu St. Nikolai in Stendal erhielten am 25. April 1409 von ihm Schenkungen propter varia dampna eisdem diversis rapinis et incendiis illata (R. I, 5, 166), ebenso am 19. August desselben Jahres auf Bitten des Dompropstes Nikolaus Welzin, welcher zugleich sein Leibarzt (magister in medicinis), Freund und Kaplan war (R. I, 5, 169). Über Welzin vergl. Götz, Gesch. d. Stadt Stendal, S. 275.

XIX.

Jobst in Verbindung mit den Quitzows. Die Opposition der Mittelmark gegen die Quitzows. Herzog Suantibor von Pommern-Stettin zum Statthalter der Mittelmark ernannt.

„Es ist ein wunderlich Ding gewesen, — bemerkt Wusterwitz ¹⁾ — daß die Quitzowen, die solches Jammers und Betrübnis die größte Ursach gewesen, dennoch die fürnehmsten Stellen an des Markgrafen Hofe gehalten und für andern allen angesehen worden gleich als seine andere Hand.“ Für die Geschichte der Quitzowschen Brüder bildete in der That der diesmalige Aufenthalt des Markgrafen in dem Kurlande ein epochemachendes Ereignis. Zum ersten Male, so viel wir wissen, trat Dietrich von Quitzow — sein Bruder schmachtete noch in der Gefangenschaft — mit Jobst zu Berlin ²⁾ in persönliche Berührung und geschäftlichen Verkehr. In den früheren Jahren hatten keinerlei Beziehungen zwischen ihnen bestanden, wenigstens urkundliche Beweise dafür sind nicht vorhanden. Das eigenmächtige Verhalten der Quitzows gegen die markgräflichen Statthalter machte eine Verbindung zwischen Jobst und jenen nicht möglich. Jobst mußte sie als seine Gegner betrachten und sie entweder bekämpfen oder stillschweigend dulden. Er that das Letztere, da er jenes nicht vermochte. In den Jahren seiner letzten Abwesenheit von der Mark waren die Quitzows jedoch zu

¹⁾ S. 55. ²⁾ Jobsts Ankunft in Berlin muß um die Mitte des November 1408 erfolgt sein. Am 22. Nov. überwies er hier einem Strausberger Hans Kolpin Hebungen in Klein-Kehnsdorf (R. I, 12, 79). Am 25. Novbr. schlichtete er den Streit zwischen der Alt- und Neustadt Brandenburg — wahrscheinlich auch in Berlin, denn am 30. Nov. verlieh er hier das Schulzenamt zu Brietzen den Bürgern dieser Stadt Heine Mortzan und Kuno Wittbriezen (R. I, 9, 398).

einer Macht gelangt, mit welcher Jobst nun zu rechnen hatte. Sie besaßen eine Reihe fester Plätze im Lande und in diesen wohlgeübte Kriegsleute unter tüchtigen Führern. In Plaue unter Johann von Quitzow diente Götz Predöhl aus einem rittermäßigen Geschlechte der Priegnitz, ein erprobter Kriegermann, der in der Geschichte der Quitzows oft genannt wird; in Bötzwow oder Köpenick stand Dietrich der Rottmeister Liebenau zur Seite¹⁾. Die Quitzows lebten ferner mit den vornehmsten adligen Familien der Mark in freundschaftlichen Verhältnissen. Mit den Bredows war Johann durch seine Gemahlin verwandt geworden; mit Apitz Schenck von Sidow zu Teupitz in der Niederlausitz Dietrich durch seine Verheiratung mit dessen Tochter Elisabeth²⁾. Kaspar Gans zu Putlitz zählte zu den besten Freunden der beiden Brüder. Diese Verbindungen hoben noch sehr wesentlich die Achtung vor der realen Macht, die sie in Händen hatten. 1409 zweifelte man bereits, ob selbst die Herzöge von Sachsen-Wittenberg im stande wären, der Kriegsgewalt der Quitzows Widerstand zu leisten³⁾. Über die Stellung märkischer Ritter und Edelleute waren sie damals schon weit hinaus. Trotz der Rauheit ihres kriegerischen Berufes fehlte es ihnen nicht an Sinn für den äußeren Prunk und Glanz, wie man ihn auf den Edelsitzen zu jener Zeit zu entfalten liebte⁴⁾, auch nicht an Achtung vor der kirchlich - wissenschaftlichen Bildung ihrer Tage. Ihr jüngster Bruder Heinrich lag in Paris den Studien ob⁵⁾ und hatte damit einen Lebensweg beschritten, der ihn zu hohen kirchlichen Würden führen konnte. Indessen nicht nur kriegerischer Ruhm und hohe Familienverbindungen erhoben das Bruderpaar weit über ihre Standesgenossen, sondern mehr noch ihr in glücklich durchkämpften Fehden wie durch ungerechtfertigte Raubzüge erworbener Reichtum. Ihr Name repräsentierte nicht nur eine hervorragende Kriegsgewalt, sondern auch eine Geldmacht im Lande, die um so mehr zu bedeuten hatte, als das Volk im ganzen verarmt war und der Landesherr immer des baren Geldes bedurfte. Mit dem ihm eigenen Handelsgeiste erkannte Jobst in den Quitzows die Leute, welche im stande seien ihm Geld zu verschaffen, und hierin muß geradezu der Ausgangspunkt des Einverständnisses gesucht werden,

¹⁾ Über die Namen dieser Männer vergl. Wusterwitz, S. 73, Anm. 2 und S. 94, Anm. 3. ²⁾ Ebd. S. 69. ³⁾ Ebd. S. 62. ⁴⁾ Ebd. S. 69. ⁵⁾ Ebd. S. 97.

das sich in Berlin sofort zwischen ihm und Dietrich von Quitzow anbahnte und seinen Ausdruck in dem Abschlusse von Geldgeschäften fand. Am 5. December 1408 verpfändete Jobst die Stadt Strausberg an Dietrich für 400 Schock b. Gr. und erlaubte ihm dabei sogar neben der Stadt eine Burg zu errichten¹⁾; am 28. Januar 1409 erfolgte die Verpfändung Rathenows an Dietrich und dessen aus der Gefangenschaft entlassenen Bruder Johann für 600 Schock²⁾ und im Sommer desselben Jahres endlich der Verkauf des Schlosses Friesack an Dietrich für 2000 Schock, von denen Jobst 200 Schock zur Einlösung des Schlosses von den Erben Balthasars von Schlieben verwendete³⁾. Es hatte den Anschein, als wollte Jobst die Mark stückweise veräußern und als würden die Quitzows ihn in dem Kurlande, wie man zu sagen pflegt, auskaufen. Indessen erwies sich sein Geldbedürfnis so groß, daß er für seine Besitzungen auch noch andere wohlhabende Käufer suchen mußte. Am 13. Januar 1409 verpfändete er zu Berlin dem Hochmeister des Johanniterordens das Schloß Zantoch an der Grenze von Polen, die Stadt Reppen, die Vogtei des Landes Sternberg und die Orbede der Stadt Drossen für 2700 Schock b. Gr.⁴⁾; ferner im Laufe des Sommers 1409 die Stadt Alt-Landsberg bei Berlin an Mitglieder der Familie von Krumensee, deren Güter in der Umgegend der Stadt lagen⁵⁾. Die Brüder Bernhard und Fritz von der Schulenburg erhielten am 13. Mai 1409 die Vogtei Salzwedel für 300 Schock, welche Jobst ihnen bereits schuldete⁶⁾; die Bürger der Neustadt Brandenburg am 22. September die markgräflichen Dörfer Päwesin und Zudam für den Kaufpreis von 200 Schock⁷⁾. Auch die Neubesetzung der altmärkischen Hauptmannschaft benutzte Jobst dazu, sich ein Darlehen von 1200 Schock von seiten des Bewerbers zu verschaffen. Bedenkt man end-

¹⁾ v. Raumer, C. d. I, 11. Nach Dietrichs Tode sollte Strausberg seiner Gattin Elisabeth als Leibgedinge verbleiben und nach deren Ableben an Johann von v. Q. übergehen. Männliche Erben Dietrichs scheinen 1408 nicht vorhanden gewesen zu sein, der ihm am 24. Juni 1410 geborene Sohn (Wust. S. 69) war wohl sein erstgeborener. ²⁾ v. Raumer, C. d. I, 10. ³⁾ Wusterwitz S. 58. ⁴⁾ R. I, 19, 144. In diese Zeit dürfte auch die datumlose Urkunde Jobsts für den Hochmeister (R. I, 11, 315 und Fidicin IV, 109) zu setzen sein, der zufolge der Letztere die Bede und den Wagendienst zu Mariendorf und Marienfelde bei Berlin erhielt. ⁵⁾ Berghaus, Landbuch d. Mark Brand. II, 406. Die betreffende Urkunde findet sich bei Riedel nicht vor. ⁶⁾ R. I, 5, 375. ⁷⁾ R. I, 9, 85.

lich, daß Veräußerungen von Einkünften, Rechten und Gütern in dieser Zeit stattgefunden haben, von denen wir infolge des Verlustes der betreffenden Urkunden keine sichere Kenntnis besitzen¹⁾, so wird man kaum fehlgreifen, wenn man die Geldsumme, die Jobst 1409 in der Mark aufbrachte, auf 10000 Schock b. Gr. veranschlagt; und dennoch befriedigte ihn dieselbe nicht. Er stellte vielmehr an die Stände der Mittel- und Altmark noch das Ansinnen, eine besondere Lehnsteuer aufzubringen und begründete sein Gesuch mit der Erklärung, daß er des Geldes zur Einlösung verpfändeter Schlösser und Güter bedürfe. Diese Begründung einer Landessteuer, vorgetragen in dem Augenblicke, da Jobst die Verpfändungen im großen Stile betrieb, mußte den Ständen wie ein Hohn erscheinen, aber nur die Vertreter der Neustadt Brandenburg und der Städte Brietzen und Belitz erhoben gegen die Forderung eine nennenswerte Opposition, indem sie darauf hinwiesen, daß Jobst schon 1403 eine Lehnsteuer zum Zwecke der Pfandeinlösungen eingefordert habe, aber mit dem Gelde nach Mähren gegangen sei. Sie erklärten zugleich, während die Majorität die Steuer bewilligte, daß sie auch ihren Beitrag zahlen würden, wenn man mit der Einlösung der verpfändeten Schlösser Ernst machte, bequemen sich aber schließlich zur Zahlung wie die übrigen Städte der Mittelmark²⁾. Auch die altmärkischen Stände, die nach Tangermünde berufen waren, fügten sich dem Willen Jobsts; doch scheint es auch hier zu lebhaften und langwierigen Erörterungen über die Steuervorlage gekommen zu sein, da Jobst über drei Monate — von Ende April bis um die Mitte des August — in Tangermünde verweilte. Erst am 4. September finden wir ihn wieder in Berlin, wo ihn wichtige Geschäfte noch bis zum 16. Oktober auf-

¹⁾ Nach R. II, 3, 194 waren am 12. Januar 1412, also vor dem Erscheinen des Burggrafen Friedrich in der Mark, noch verpfändet: das Schloß Köpenick an Berlin, das Schloß Trebbin an Johann von Torgau, Bötzw und Liebenwalde an Poppo von Holzendorf, der Zoll zu Liebenberg an Gerike von Arnim, das Schloß Liebenwalde an Lüdeke von Arnim. ²⁾ Wusterwitz S. 57 berichtet, daß die Neustadt Brandenburg allein 250 Schock b. Gr. zu zahlen hatte und ferner, daß die Opposition der drei Städte gegen die Lehnsteuer durch die Räte des Markgrafen beschwichtigt worden sei, welche die Privilegien „verkauften“. Jobst war nach R. I, 9, 86 damals begleitet von Johann von Torgau, dem Besitzer von Zossen, Erhard von Kunstadt und Kaspar von Dony. Als Landschreiber fungierte Johann von Waldow und neben ihm als Notar oder Protonotar Johannes Jagel, Kanonikus in Olmütz, der auch R. I, 5, 170 genannt wird.

hielten. Ehe er nach Böhmen heimkehrte, mußte die Verwaltung der Mark für die Zeit seiner Abwesenheit geregelt und vor allem die erledigte Stelle eines Hauptmannes der Mittelmark neu besetzt werden. Die letztere Aufgabe aber war nicht so leicht zu lösen, denn sie berührte das Interesse der Quitzows und deren Verhältnis zu Jobst und der Mittelmark.

In der Stellung der Quitzows zu Jobst und den Märkern hatte sich ein merkwürdiger Wechsel vollzogen. Aus unbotmäßigen Unterthanen waren sie die Vertrauensmänner des Markgrafen oder, wie der Volksmund sich ausdrückte, dessen „rechte Hand“ geworden, während sie die Sympathien der Bürgerschaft Berlins verloren hatten. Für Dietrich von Quitzow war Jobst 1409 „der gnädige Herr Markgraf“¹⁾, dieser hinwieder ersuchte jenen, dem Herzoge von Wolgast zu wehren, der einen Einfall in die Grafschaft Ruppin vorbereitete²⁾. Als es sich nun um die Besetzung der mittelmärkischen Hauptmannschaft handelte, lag für Jobst die Erwägung nahe genug, ob es nicht zweckdienlich sei, Dietrich oder dessen Bruder oder beide zugleich zum Schutze der Mittelmark auch offiziell durch Übertragung jenes Amtes zu verpflichten, nach welchem sie jahrelang selber getrachtet hatten. Ihr trotziger, kriegerischer Mut konnte zum Besten des Landes verwendet werden, wenn man den Brüdern große Rechte verlieh und Pflichten auferlegte, deren Ausübung ihnen Selbstbeherrschung und Mäßigung gebot; ja es war nicht unmöglich, daß beide sich vollkommen mit den Ordnungen des Staates versöhnten, wenn man ihnen in diesem ein Amt gewährte, das ihren Neigungen entsprach, und einen Rang zuerkannte, der ihren Ansprüchen genüge that. Allein wie sehr auch die Klugheit bei Jobst für die Erhebung der Quitzows zu Statthaltern der Mittelmark sprechen mochte, es gab politische Rücksichten für ihn und eine einflußreiche Partei in seiner Umgebung, welche das Gegenteil zu thun geboten. Zunächst wurde es für die Quitzows verhängnisvoll, daß Dietrich sich in Handel mit mehreren der Mark benachbarten und Jobst befreundeten Fürsten eingelassen und dadurch den Anlaß zu Beschwerden über sein Verhalten gegeben hatte. Selbst die Anwesenheit des Markgrafen in der Mark hatte Dietrich nicht abgehalten, kurz vor Ostern 1409 den Herzögen Rudolf und

¹⁾ R. I, 12, 12. ²⁾ R. II, 3, 171.

Albrecht von Sachsen-Wittenberg Fehde anzusagen, am Ostertage ¹⁾ (7. April) einen Streifzug in ihr Gebiet zu unternehmen und damit zwei Fürsten zu beleidigen, welche sich eben bereit erklärt hatten, die Reichspolitik Wenzels und Jobsts zu unterstützen. Schwere Klagen ferner über Beraubungen, mit denen Dietrich die Neumark und die Schiffer auf der Oder heimsuchte, hatte der Hochmeister Ulrich von Jungingen an die Stände der Mittel- und Altmark gelangen lassen ²⁾; und gerade um die Zeit, als Jobst aus der Altmark nach Berlin zurückkehrte, traf hier ein Schreiben des Herzogs Suantibor von Stettin ein, in welchem Dietrich beschuldigt wurde, ohne Mahnung und Recht pommersches Gebiet geplündert und verwüstet zu haben ³⁾. Alle diese Vergehen waren zwar außerhalb der Mark begangen worden, aber sie konnten die benachbarten Fürsten veranlassen, das Recht der Wiedervergeltung zu üben und dem Lande Schwierigkeiten zu bereiten. Dazu kam, daß in der Mark selbst sich Ankläger gegen die Quitzows erhoben. In der Umgebung Jobsts zu Berlin befand sich im September 1409 auch der Abt von Lehnin Heinrich Stich ⁴⁾, ein Prälat voll Klugheit, Besonnenheit und Würde und als ein Mann von lebhaftem Rechtsgefühl und edler Vaterlandsliebe der entschiedenste politische Gegner der Quitzows und daher seit Jahren bereits von Johann von Quitzow belästigt und bedroht. Dieser hatte noch neuerdings sich wieder einen Eingriff in die Rechte des Klosters Lehnin erlaubt, über welchen der Abt auch bei Jobst Beschwerde geführt haben wird. Im Jahre

¹⁾ Diese Zeitangabe bei Wusterwitz S. 61 ist vielleicht nicht ganz genau, denn am 13. April 1409 befand sich Dietrich v. Q. in der Heimat nach R. I, 12, 12.

²⁾ Riedel, Supplem.-Bnd. S. 258. Ulrich von Jungingen regierte als Hochmeister vom 16. Juni 1407 bis zu seinem Tode in der Schlacht bei Tannenberg a. 15. Juli 1410. Sein Schreiben aber trägt das Datum des 8. September 1410. Die Jahreszahl ist also unrichtig und der Brief in das Jahr 1408 oder 1409 zu setzen. Riedel bezeichnete das Original des Briefes als verletzt. ³⁾ Der Brief ist vom 19. Aug. 1409 (R. II, 3, 172). Im Eingange teilt der Herzog dem Rate zu Berlin mit: „Als gy wol weten, wo wy von unsem Oheime, dem Markgreven geschieden syn one ende unser dedinge, de uns wederfaren scholde to lichtmessen (2. Febr.) als nu was, dar wy ovel mede getaghert wente dusser tyd u. s. w. Danach scheint Suantibor persönlich mit Jobst in Berlin Verhandlungen gehabt zu haben, die sich vielleicht schon auf die Übernahme der märkischen Statthalterschaft bezogen. Erst im Herbste 1409 jedoch ging der Herzog auf das Anerbieten ein. Auch in betreff des Barnim war noch manches zu regeln. ⁴⁾ R. I, 9, 85 u. 86.

1291 war dem Kloster von dem Markgrafen Otto der Besitz des Havelwassers bei Plaue zum behufe der Fischerei auf ewige Zeit verliehen worden¹⁾; und gerade aus diesem Besitze vertrieb Johann die Lehniner Mönche unter dem Vorgeben, daß die Havel bei Plaue zum Eigentume des Schlosses gehöre. Der Wortlaut der Schenkungs-urkunde, die der Abt ihm in der Neustadt Brandenburg vorlegte, machte keinen Eindruck auf ihn; doch versprach er, da Dietrich von Quitzow sich für das Kloster verwandte, sich dem Urteile eines Schiedsgerichtes fügen zu wollen. Man wählte dazu von seiten des Klosters den Stadtschreiber der Neustadt Brandenburg Johann von Golwitz und den geistlichen Richter Engelbert Wusterwitz, dessen Chronik einen sehr eingehenden Bericht über den Streitfall enthält²⁾. Johann von Quitzow andererseits ernannte zu Schiedsrichtern zwei ihm befreundete rechtskundige Edelleute, Heinrich von Stechow³⁾ und Heinrich von Gröben. Die Prüfung der von beiden Seiten erhobenen Ansprüche ergab so zweifellos das bessere Recht des Klosters, daß die Richter einstimmig dasselbe anerkannten; Johann von Quitzow jedoch fügte sich dem Urteile nicht, und ebenso wenig vermochte ein Geldgeschenk von seiten des Abtes seine Hartnäckigkeit zu besiegen. Um das Kloster nicht neuen Gewaltstreichen aussetzen, mußte der Abt sich endlich entschließen, auf sein gutes Recht zu verzichten und einen bei Plaue von ihm errichteten Fischbehälter zu beseitigen. Somit nötigte ihn schon das eigene Interesse, gegen eine Machterweiterung der Quitzows seinen Einfluß geltend zu machen, der um so schwerer bei Jobst ins Gewicht fiel, als der Abt das Haupt der Ordnungspartei im Havellande war. Neben ihm aber wirkte im gleichen Sinne der Rat von Berlin, welchen Dietrich von Quitzow zum Gegner seines Hauses gemacht hatte.

Die Zeiten waren längst schon vorüber, in denen Berlin dem Sieger von Strausberg mit Begeisterung begegnete. Das Bündnis zwischen den wohlhabenden Kaufherren der Stadt und dem kriege-

¹⁾ R. I, 10, 217: Lehninensi monasterio contulimus proprietatem aquarum apud Plaue circumquaque jacentium jure hereditario perpetuo possidendam cum omni jure et libertate. ²⁾ S. 64 u. 65. Wusterwitz setzt den Rechtsstreit in das Jahr 1409, aber noch im J. 1410 währte er fort, wie das bei R. I, 10, 260 erwähnte Zeugenverhör beweist. ³⁾ Als Freund der Quitzows lehrt ihn das Schreiben bei Fidicin, Beitr. II, 99 kennen, als Rechtskundigen R. I, 10, 16.

rischen Edelmann, welches in schwerer Bedrängnis des Landes die besten Früchte getragen hatte, bestand äußerlich wohl noch fort, aber das gute Einvernehmen der Bundesgenossen war einer tiefen Verstimmung der Gemüter gewichen. Dietrich von Quitzow hatte in seinem Streben nach Grundbesitz ein Lebensinteresse Berlins verletzt, indem er sich 1407 des Schlosses und der Stadt Köpenick bemächtigte. Wir sahen bereits, welche Rolle der Besitz dieses Schlosses in der kommunalen und Handelspolitik Berlins spielte und wie Rat und Bürgerschaft 1394 kein Opfer scheuten, sich zu Herren der dabei befindlichen Zollstätte zu machen. Damals war es ihnen gelungen, wenigstens den Pfandbesitz des Schlosses und Zolles zu erwerben; einige Jahre später jedoch war Otto oder Offo von Schlieben, wahrscheinlich der Hofmeister Wilhelms von Meißen, im Besitze des Köpenicker Zolles, den er für 100 Schock b. Gr. an Berlin abtrat. Jobst erklärte sich am 13. Oktober 1398 mit diesem Abkommen einverstanden¹⁾, behielt sich aber das Recht vor, den Zoll gegen die gleiche Summe für sich einlösen zu dürfen. Noch in demselben Jahre soll Wilhelm von Meißen die Schlösser Köpenick und Saarmund durch Kauf an sich gebracht haben²⁾. Die weiteren Schicksale des ersteren bis zum Jahre 1407 sind nicht bekannt, und ebenso wenig erfahren wir etwas von den Geldabrechnungen, welche der Wechsel der Schloßsinhaber mit sich führen mußte. Kaum war jedoch im Februar 1407 der Markgraf Wilhelm gestorben, als sich die Quitzows durch einen Gewaltstreich des Schlosses und der Stadt Köpenick bemächtigten und Dietrich die Bürgerschaft nötigte, ihm die Huldigung zu leisten³⁾. Die Kunde von diesen Vorgängen mußte in Berlin das peinlichste Aufsehen erregen, denn jedermann sah voraus, daß Handel und Verkehr bald genug bei Köpenick Störung und Belästigung erfahren würden. Das Mißtrauen gegen die Quitzows fand aber noch eine Steigerung, als Dietrich sich auch in den Besitz von Strausberg setzte und von Jobst die

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 119. ²⁾ Wusterwitz S. 49 u. 50. Wahrscheinlich erwarb er es von Offo von Schlieben, worauf auch die Urkunde bei Fidicin, Beitr. IV, 58 hindeutet. Der Zolleinnehmer in Köpenick blieb ein Beamter Jobsts und empfing von diesem a. 13. Juli 1400 Befehle (R. I, 9, 80) ebenso wie der Zolleinnehmer in Potsdam, obwohl der Zoll am 6. Jan. 1400 an Wichard von Rochow verpfändet worden war (R. I, 11, 156). ³⁾ Dies ergibt die Urk. R. Supplem.-Bnd. S. 257.

Erlaubnis erhielt, dort ein Schloß zu erbauen. Rat und Bürgerschaft erkannten mit Schrecken, daß jener als Inhaber von Bötzow und Neumühle, Köpenick und Strausberg mit seinem Besitze die Stadt Berlin von drei Seiten her umfaßte, während Johann von Quitzow den zu ihr führenden südlichen Handelsweg von Saarmund aus beherrschte¹⁾. Die Gefahr wuchs, als die Quitzows auch die Gunst des Markgrafen gewannen und dieser keine Neigung verriet, ihnen Köpenick und Saarmund wieder zu entreißen. Da entschloß sich der Rat von Berlin zum selbständigen Handeln, um den Ring der Quitzowschen Burgen um die Stadt zu durchbrechen, und in kluger Berechnung der Umstände wählte er zum Kampfe dieselbe Waffe, mit welcher die Quitzows die Zuneigung Jobsts erobert hatten, die klingende Münze. Er erwarb von Jobst — wahrscheinlich im Herbst 1409 — den Pfandbesitz des Köpenicker Schlosses durch die Zahlung von 700 Schock b. Gr.²⁾ und erschütterte damit zugleich das gefährliche Einvernehmen, welches sich zwischen Jobst und den Quitzows angebahnt hatte. Jener mußte nun die Freigabe Köpenicks von Dietrich fordern und, wenn dieser sie verweigern sollte, die Partei Berlins ergreifen. Soweit gab Dietrich in der That dem Markgrafen nach, daß er am 17. Oktober 1409 auf die Stadt Köpenick verzichtete und die Bürgerschaft, die ihm hatte huldigen müssen, von jedem Gelöbnis entband³⁾. Dagegen zeigte er sich nicht geneigt das Schloß Köpenick zu räumen, und damit vollzog sich der Bruch zwischen ihm und der Gemeinde Berlin.

Das oppositionelle Verhalten Dietrichs machte es nun seinen Gegnern leicht, den Markgrafen zu überzeugen, daß die Erhebung

¹⁾ Mit welchem Mißtrauen die Städte auf die Burgbauten der Edelleute blickten, ergibt das Verhalten der Frankfurter um das Jahr 1400, als die Familie von Zenker im Dorfe Prädiko auf dem Barnim ein Schloß „zu des Landes Bestem“ erbauen wollte. Sofort beriefen die Frankfurter Abgeordnete von Berlin, Bernau und Eberswalde nach Müncheberg zu einer Beratung, ob der Schloßbau im Interesse des Landes liege. Den Berliner Ratsherren aber schrieben sie: „Auch Ihr, lieben Freunde, erkennet wol, daß mehr Schlösser und Festen im Lande sind, als dem Lande gut ist.“ R. Supplem.-Bd. S. 254. ²⁾ Eine Urk. über diesen Pfandkauf ist nicht erhalten. Sie wird ersetzt durch die Thatsache, daß der Burggraf Friedrich am 26. Sept. 1413 (R. I, 12, 15) das Schloß aus dem Besitze Berlins für 700 Schock b. Gr. löfte und dabei erklärte, daß diese Summe der Preis sei, um welchen Jobst dasselbe der Stadt Berlin verpfändet habe. ³⁾ R. Supplem.-Bd. S. 257.

der Quitzows zu Hauptleuten nicht dem Interesse der Mittelmark entspräche. So ernannte er denn weder Dietrich noch Johann, sondern einen Gegner derselben, den Herzog Suantibor von Stettin, zu seinem Stellvertreter¹⁾. Eine Rücksichtnahme auf die Quitzows dürfte vielleicht darin sich aussprechen, daß er am 16. Oktober wenigstens einen ihnen befreundeten Mann, Kaspar Gans zu Putlitz, zum Hauptmann der Priegnitz und Altmark bestellte. Freilich spielte auch hierbei wieder das Geld eine Rolle, denn Kaspar Gans gewährte dem Markgrafen ein Darlehen von 1200 Schock b. Gr., wofür ihm die Vogtei Arneburg und das markgräfliche Schloß zu Tangermünde überwiesen wurden. Jene Geldsumme scheint aber zum teil von den Quitzows aufgebracht zu sein, denn Jobst verpflichtete sich, dieselbe, wenn Kaspar Gans stürbe, an dessen Erben und Dietrich von Quitzow zurückzuzahlen²⁾. Man kann dem Markgrafen die Anerkennung nicht versagen, daß er zu Beschützern des Kurlandes wenigstens tüchtige Männer erlesen hatte. Reiche Lebenserfahrung stand dem greisen Herzoge von Pommern-Stettin zur Seite, ein energischer Wille und bewährte Tapferkeit zeichneten Kaspar Gans zu Putlitz aus³⁾. Indem Jobst ihnen die Verwaltung übergab, forderte er „mit angemessenem Befehle“, wie Wusterwitz erzählt⁴⁾, seine Unterthanen, „sonderlich die Quitzows“ auf, beiden auch Gehorsam und Treue zu erweisen. Bald darauf verließ er die Mark Brandenburg, die er nicht mehr betreten sollte. Er begab sich zunächst nach Böhmen, in dessen Hauptstadt bereits die Wogen der von Hufs eingeleiteten kirchlichen Reformbewegung hoch gingen. Schon im Mai 1409 hatten die deutschen Universitätslehrer und Studenten Prag verlassen, um in Leipzig eine neue Hochschule zu

¹⁾ Wusterwitz S. 58 u. 59. Der Bestallungsbrief für den Herzog ist nicht erhalten. Wie die Grafen von Lindow erhielt auch Suantibor wahrscheinlich die Orbede der Städte für seine Amtsverwaltung, denn am 8. December 1409 (in die conceptionis Mariae) erließ er der Stadt Berlin einen Teil der zu Weihnachten fälligen Orbede. R. II, 3, 172 hat das Schreiben des Herzogs irrthümlicher Weise auf den 15. August verlegt. Das richtige Datum hat Fidicin, Beitr. III, 290.

²⁾ R. I, 16, 37. ³⁾ Am 4. Sept. 1409 hatte Jobst dem Herrn zu Putlitz Schloß und Stadt Wittenberge als Lehen übertragen (R. I, 1, 306), vielleicht um ihn, dessen Herrschaft Putlitz auch ein mecklenburgisches Lehen war, worüber die Herzöge von Mecklenb.-Schwerin am 27. Dec. 1409 noch eine besondere Anerkennung von ihm forderten (R. I, 1, 307), zu einem zweifellos brandenburgischen Lehnsmanne zu machen. ⁴⁾ S. 59.

gründen, und offen schon waren Hufs und seine Anhänger mit dem Prager Erzbischofe Sbinko zerfallen¹⁾. Zwischen den kampfesmutigen nationalen und kirchlichen Parteien schwankte unklar und un schlüssig der König Wenzel hin und her, und es war notwendig, daß auch in Sachen der Reform sein gelehrter Vetter Jobst ihn mit seinem Rate unterstützte²⁾.

Für die Mark war dessen Abreise das Zeichen zur Erneuerung von Fehden und Kämpfen zwischen Adel und Städten, mit denen auch das gemeine Raubwesen zum Schrecken der Land- und Kaufleute sich wieder erhob. „Sobald der Markgraf hinwegkommen — erzählt Wusterwitz³⁾ — ist das Land widerumb voller Räuber worden, also daß je näher jemand der Mark kommen, je gefährlicher er gereiset oder gewandert hat, denn die Quitzowen haben auf offenbaren Straßsen geraubet.“ Dietrich und Johann dachten in der That nicht daran, sich den Anordnungen Jobsts zu fügen, der ihre Gewalt nicht gebeugt, sondern gestärkt und hinterher das Gemüt der Brüder erbittert hatte. Was sie, dem strafenden Arme der Gerechtigkeit entwachsen, in den nächstfolgenden Jahren gegen Recht und Gesetz begingen, war jedoch mehr als die Frevelthat gewöhnlicher Raubritter: eine Vergewaltigung der märkischen Städte im großen Stile, von welcher zunächst Berlin betroffen wurde.

¹⁾ Palacky III, 1, 234. ²⁾ Ebend. S. 251 u. fg. ³⁾ S. 59.

XX.

Berlin im Streite mit Dietrich von Quitzow.

Wenn der brandenburgische Kurstaat unter Jobsts Regierung 1409 so weit entartet war, daß man ihn als eine Musteranarchie hätte bezeichnen können, so hatten andererseits die Quitzows eine Hausmacht begründet und so wohl organisiert, daß sie einen Staat im Staate bildete. Autonome politische Bildungen dieser Art aber haben naturgemäß die Tendenz, sich weiter zu entwickeln und an die Stelle des historisch gegebenen Staatswesens zu treten, das sich zu behaupten sucht und im Kampfe unterworfen werden muß. Auch die Quitzows mußten auf der einmal beschrittenen Bahn weiter streben, nachdem sie der überlieferten Rechts- und Staatsordnung entwachsen waren. Sie hatten sich durch eigene Kraft über den Stand des Unterthanen erhoben, sich im Kampfe für das Vaterland Verdienste erworben, aber durch häufige Gewaltthaten sich selber von der Teilnahme an der Regierung des Landes ausgeschlossen und damit in eine Lage gebracht, die sich nur durch vermehrte Machtentfaltung behaupten ließ. In dieser Erkenntnis strebten sie nach der Begründung einer territorialen Herrschaft in der Mark, die sich auf den Besitz strategisch wichtiger Burgen und Orte stützen und ihnen auch einen politischen Einfluß sichern sollte. Im Besitze von Plaue, Rathenow und Friesack beherrschten sie das Havelland, von Köpenick, Bötzow und Strausberg aus den Barnim, während das Schloß Saarmund ihnen die Verbindung zwischen beiden Landschaften sicherte. Militärische Gesichtspunkte blieben auch bei ihren späteren Erwerbungen — z. B. des Schlosses Beuthen — maßgebend. Wie sich nach Erreichung ihres Zieles ihr Verhältnis zu dem Landesfürsten gestalten würde, das ist ihnen wohl selber nicht klar gewesen; an eine Verdrängung der Luxemburger aus der Mark haben sie, wie schon bemerkt, nicht gedacht, ohne Zweifel

aber war ihnen bewußt, daß ihre militärisch-politische Herrschaft neben der markgräflichen Regierung große Gefahren für ihr Haus in sich schloß, und gegen diese suchten sie eben in der Macht ihre Stütze. Im übrigen gab ihnen der Umstand ein Gefühl der Sicherheit, daß sie wenigstens von Jobst oder seinen Stellvertretern nicht viel zu befürchten hatten; die einzigen im Lande, die ihren Herrschgelüsten noch Opposition machten, das waren die Stadtgemeinden, deren Rechtssinn an den Quitzowschen Gewaltthaten Anstoß nahm. Die Folge davon war, daß nun die Quitzows ein wahres Einschüchterungssystem gegen die Städte so erfolgreich in Anwendung brachten, daß, wie der Verfasser des Lehniner Gedenkbuches erzählt¹⁾, „niemand von den Mannen oder Bürgern des Klosters wegen ein Pferd satteln oder ein Wort für das Kloster sprechen durfte, das gegen die Quitzows gewesen wäre.“ Vergebens boten 1410 die Herzöge von Sachsen-Wittenberg den märkischen Städten ihre Hülfe zu einer gemeinsamen Bekämpfung der Quitzows an; der Antrag fand kein Gehör, „denn die Städte“ — so berichtet Wusterwitz²⁾ — „sind fast alle hin und her mit der Quitzowen und ihres Anhanges Schlössern also umgeben gewesen, daß einer kaum ohne Gefahr seines Leibes hat dürfen spazieren gehen vor den Städten.“ Dieses System der Einschüchterung wurde nun von Dietrich von Quitzow in ganz besonderer Weise gegen Berlin angewendet, denn er wollte, wie derselbe Chronist sagt³⁾, bei dem „Haupte“ anfangen, „auf daß, wo er dasselbe unter seine Gewalt und Herrschaft gebracht, er auch der anderen Städte in der Mark desto eher könnte mächtig werden.“ Indessen traf er hier auf einen Gegner, der so leicht nicht einzuschüchtern war, vielmehr der Gewalt das gute Recht entgegenstellte und gegen den Friedensstörer den Ausspruch der Gerichte in das Feld führte. Nur in einem dringenden Falle griff die Bürgerschaft auch zu Schwert und Lanze, im wesentlichen aber war es ein Rechts-, nicht ein Waffengang, in welchem sie ihr Heil suchte. In dem wüsten Lärm der Fehden dieser Periode bildet der Proceß zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow eine Episode nicht nur von hohem Interesse, weil sich darin der gewaltthätige Sinn des Letzteren unverhüllt offenbart, sondern auch von politischer Bedeutung, weil gerade dieser Zwist für König Sigismund 1411 einen

¹⁾ R. I, 10, 418. ²⁾ S. 63. ³⁾ S. 73.

hervorragenden Beweggrund bildete, dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg die Einlösung der verpfändeten märkischen Schlösser anzupfehlen. Für die geschichtliche Darstellung aber bietet der Rechtsstreit ein kritisches Problem von besonderer Schwierigkeit, insofern die ihn betreffenden Akten und Briefe nicht vollzählig erhalten sind und viele der erhaltenen entweder jeglicher Datierung entbehren oder nur das Tagesdatum ohne eine Jahreszahl angeben¹⁾. Diese Beschaffenheit des Quellenmaterials bringt es mit sich, daß die einzelnen Phasen des Processes nicht mit chronologischer Genauigkeit festgestellt werden können. Andererseits läßt aber die auch mangelhafte Ueberlieferung deutlich erkennen, daß es sich in dem Processe um zwei Streitobjecte handelte, nicht bloß um den Besitz von Köpenick, sondern auch um eine Geldforderung Dietrichs von Quitzow an Berlin, deren Berechtigung Rat und Bürgerschaft nicht anerkannten. Indem nämlich die letzteren das Schloß für sich in Anspruch nahmen, brachte jener eine Gegenforderung vor, für die er, wie sich aus den Verhandlungen ergibt, zwar keinen genügenden Rechtsgrund besaß, aber doch mit großer Hartnäckigkeit eintrat. Wir haben es demnach mit einer Doppelklage und zwei Processen zu thun, die wir hier nach einander betrachten, obgleich einst über beide gleichzeitig verhandelt worden ist.

Die Geldforderung, welche Dietrich gegen Berlin erheben zu können glaubte, schrieb sich aus der Zeit seines Sieges über die Pommern bei Strausberg her. Als 1404 das Städteheer, welches er kommandierte, den Ort erobert hatte, war die pommersche Besatzung gefangen genommen und dann für ein hohes Lösegeld durch den Herzog Suantibor aus der Gefangenschaft losgekauft worden. Da die Städte des Barnim die Expedition gegen Strausberg auf ihre

¹⁾ Sie befinden sich unter den 23 undatierten Urkunden bei Riedel, Supplem.-Bd. S. 260—268 und bei Fidicin, Beitr. II, 97, 98, 99 und 102. Die Ergänzung der fehlenden Jahreszahlen kann von einigen sicheren Argumenten ausgehen. Mehrere Dokumente nennen als Inhaber der Mark einen König, also Sigismund, und als dessen Beamte im Kurlande Wend von Ileburg und Johann von Waldow, welche nach Wusterwitz S. 82 im März 1411 in Berlin die Huldigung der Stände für Sigismund entgegennahmen. Diese Dokumente gehören also in das Jahr 1411. Andere bezeichnen Suantibor als Statthalter der Mittelmark und Kaspar Gans zu Putlitz als Hauptmann und können daher in das Jahr 1410 oder 1411 gesetzt werden.

Kosten unternommen hatten, so betrachteten sie jenes Lösegeld auch als einen Teil der gemeinsamen Kriegsbeute, welcher zunächst als ein Kriegsschatz erhalten werden und, wie zu vermuten ist, nach Abschluß eines Friedens mit Pommern-Stettin so zur Verteilung gelangen sollte, daß auch Dietrich von Quitzow als der Führer des siegreichen Städtebundes einen Anteil erhielt. Das Lösegeld als Gemeinbesitz der Städte wurde dem Rate von Berlin zur Obhut übergeben, bis die Stände über die Verwendung desselben einen Beschluß gefaßt haben würden. Einer ganz anderen Ansicht war jedoch Dietrich von Quitzow. Wie gelegentliche Äußerungen in seinen Briefen ergeben, beanspruchte er als Eroberer von Strausberg das Lösegeld für die gefangenen Pommern für sich allein, obgleich er dem Städtebunde nur als besoldeter Heerführer gedient hatte. Schon früher, als er mit Berlin noch in gutem Einvernehmen lebte, forderte er den Rat auf, ihm „seine Pfennige von den Gefangenen“ zu zahlen, indem er sich zugleich darüber beschwerte, daß ihm in bezug auf dieses Geld „kein Ende werde.“ Er bat endlich den Rat um Übersendung von 10—12 Wispel Roggen nach Bötzow und um Abzug des Betrages dafür von dem Lösegelde¹⁾. Seine Mahnungen wurden natürlich dringender, als die Streitfrage wegen des Besitzes von Köpenick aufgetaucht war; und nun mußte es über seinen Anspruch zu gerichtlichen Verhandlungen kommen. Wahrscheinlich wandte sich Berlin mit einer Beschwerde an Jobst, denn dieser meldete am 24. Februar 1410 den Ständen der Mittelmark, daß „etwas Zwietracht“ zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow ausgebrochen sei; er bat sie, im Verein mit Suantibor die Sache beizulegen²⁾. Der milde Ausdruck des Markgrafen für die streitige Angelegenheit spricht dafür, daß dieselbe Dietrichs Geldforderung und nicht den Streit um das Köpenicker Schloß betraf, der von vorn herein mehr politischer als rechtlicher Natur war. Die Entscheidung des Herzogs Suantibor, die vielleicht im Frühjahr 1410 erfolgte, als jener zu einer in Brück bei Potsdam stattfindenden Ständeversammlung persönlich in die Mittelmark gekommen war, fiel zu Gunsten Berlins aus. Dietrich von Quitzow beruhigte sich dabei aber nicht, sondern suchte auf dem Wege der Vermittelung, wozu er die Hülfe des Spandauer Rates erbat, zu seinem Ziele zu

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 265, Nr. 16. ²⁾ Ebend. S. 257.

gelangen. Auf seinen Wunsch begaben sich einige Spandauer Ratsherren nach Berlin, erhielten hier jedoch einen ablehnenden Bescheid, von welchem sie sogleich nach ihrer Rückkehr Dietrich Mitteilung machten¹⁾. Ihr Schreiben, dem leider jegliche Zeitangabe fehlt, bildet das wichtigste Dokument, welches über den ganzen Rechts- handel erhalten ist. Die Ratsherren meldeten darin also, daß sie wegen der „Pfennige von den strausbergischen Gefangenen“ in Berlin gewesen seien und vernommen hätten, daß die „Pfennige“ sich dort noch befänden, wie es mit dem Herzoge von Stettin vereinbart (gedynget) sei. Über das Geld könne jedoch nur von seiten der „Mannen und Städte“, die auch ihren Anteil daran hätten, eine Bestimmung getroffen werden. In Berlin habe man erklärt, daß Dietrich zu dem Zwecke eine Ständerversammlung berufen möge. Dem Berliner Rate liege es ganz fern, ihm das Geld „zu sperren oder ihn daran zu hindern.“ Im Gegenteil wünsche derselbe, mit ihm freundlich über die Sache zu verhandeln und mit ihm wieder in „Gunst und Freundschaft“ zu kommen. Das Verhalten des Berliner Rates in der streitigen Angelegenheit war somit ein durchaus gesetzmäßiges. Weder beanspruchte er das Geld für Berlin allein, noch wollte er es dem eigenmächtigen, begehrliehen Quitzow ausliefern; es sollte nach einem Beschlusse der Stände an die Edelleute und Städte verteilt werden, die es gemeinsam erworben hatten. Wenn es Dietrich nur um die Auszahlung seines Anteils und nicht um den Besitz des Ganzen zu thun gewesen wäre, so würde er den Weg beschritten haben, der ihn nach der Weisung des Rates leicht zum Ziele führen mußte.

Über die Höhe der umstrittenen Geldsumme enthalten die bisher benutzten Dokumente keine Angabe. Zum Glücke bietet hier der Chronist Wusterwitz eine erwünschte Ergänzung, indem er erzählt²⁾, daß Berlin 1410 von Dietrich von Quitzow bei dem Herzoge Suan- tibor um die Summe von 1300 Schock b. Gr. verklagt worden sei, welche die Stadt ihm früher als Schutzgeld verheißsen, aber nicht bezahlt habe. Der Kläger jedoch habe seinen Anspruch nicht be- gründen können und sei deshalb mit seiner Klage von Suantibor abgewiesen worden. Wie der Chronist durch die Angabe einer be-

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 260, Nr. 3. ²⁾ S. 74 u. 75.

stimmten Summe die Urkunden ergänzt, so berichtigen diese hinwieder eine irrige Meinung, daß es sich in dem Processe um ein Dietrich von Quitzow verheißenes Schutzgeld gehandelt habe¹⁾.

Der Unwille Dietrichs über den Berliner Rat, der sich seinen Ansprüchen auf das Lösegeld mit Entschiedenheit und Erfolg entgegenstellte, wurde nun aber noch gesteigert durch den Verlust des Schlosses Köpenick oder wenigstens des Zolles daselbst, den die Bürgerschaft Berlins nicht mehr entrichtete. Für den Ausfall desselben suchte Dietrich sich durch Kontributionen schadlos zu halten, welche er in den ländlichen Besitzungen der Stadt von den Bauern gewaltsam eintrieb. Das Dorf Lichtenberg, welches Berlin 1391 als Eigentum erworben hatte, und das Dorf Blankenburg auf dem Barnim, welches der Familie Brügge gehörte²⁾, erhielten von ihm gefährliche Drohbriefe. „Wisset, Schulze und Bauern zu Lichtenberg“ — so lautet ein derartiges Schreiben — „wenn Ihr nicht von Stunde an mit Euren Wagen zu Bötzwow erscheint, mir Holz zuführt und 10 Schock gute böhmische Groschen mitbringt für die Rente (pflicht), die mir Eure Herren in Berlin zu Köpenick genommen haben, so will ich Euch Alles nehmen, was Ihr habet“³⁾. So trieb denn der Konflikt, die Gemüter mehr und mehr erregend, der offenen Fehde entgegen, welche der Rat von Berlin zu vermeiden suchte, da er noch immer an der Hoffnung auf eine friedliche Einigung mit dem Gegner festhielt. Aber auch dieser selbst war nicht in der Lage, sofort die Waffen gegen Berlin zu ergreifen, denn noch währte die Fehde mit den Herzögen von Sachsen-Wittenberg, in die er sich 1409 gestürzt hatte, und nicht immer war in den Kämpfen der Erfolg auf seiner Seite. Bei einem Einfalle in das wittenbergische Gebiet, den er gegen Ende des Mai 1410 samt Albrecht von Holzen-dorf und Johann von der Hagen auf dem Schlosse Mühlburg unweit Friesack unternahm, erlitt er eine vollständige Niederlage;⁴⁾ Johann von der Hagen ferner wurde getötet und Albrecht von Holzendorf

¹⁾ Wusterwitz schilderte den Proceß nicht nach aktenmäßsigem Material, sondern seinem eigenen Ausdrücke zufolge „wie damals die gemeine Sage ging“. Auffallend ist es ferner, daß er des Streites um das Köpenicker Schloß mit keiner Silbe gedenkt. So fern lagen dem Brandenburger damals die Verhältnisse des nahen Berlins. ²⁾ Fidicin, Beitr. II, 80. ³⁾ R. Supplem.-Bd. S. 266, Nr. 18. Der gleichlautende Drohbrief an Blankenburg (a. a. O.) enthielt die Forderung von 16 Schock b. Gr. ⁴⁾ Wusterwitz S. 68.

mit 11 Reitern gefangen genommen. Die Feindseligkeiten Dietrichs gegen die wittenbergischen Herzöge hatten aber noch die weitere Folge, daß die Letzteren gegen die Quitzows und andere fehdelustigen Edelleute der Mark bei dem Herzoge Suantibor und den märkischen Ständen eine Klage vorbrachten und eine gerichtliche Verurteilung der Ruhestörer forderten. Suantibor berief daher die Stände nach dem Orte Brück unweit Potsdams und des früher wittenbergischen Beltitz, wo die Herzöge von Wittenberg nicht selten residierten. Dort erschien auch Herzog Rudolf persönlich, um zu erklären, daß er sich dem Rechtsspruche der Stände hinsichtlich seiner Klage fügen werde¹⁾; allein seine Gegner waren bereits der Autorität des Gerichtes entwachsen und Suantibor und die Stände der Verklagten nicht mehr „mächtig“, d. h. ohne Macht, dieselben der gerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen. Auch die Aufforderung der Herzöge an die märkischen Städte, mit ihnen gegen die Rechtsverweigerer unter den Edelleuten zu Felde zu ziehen, deren auch Wusterwitz gedenkt, verhallte wirkungslos, denn die Furcht vor den Quitzows lastete wie ein Bann auf allen Gemütern.

Während jene Recht und Macht im Lande beugten, schien der Himmel selbst die Stellung ihres Hauses in eine ferne Zukunft hinaus begründen zu wollen. Am 24. Juni 1410 wurde Dietrich von

¹⁾ In einem Schreiben des Herzogs Albrecht an die Ratsherren der märkischen Städte (Fidicin, Beitr. II, 94) heisst es: Also (hat) der hochgeborn furste Er Rudolf zu Sachsen, unser lieber Bruder, mit dem hochgeborn fursten Ern Swantebur, hertzogen zu Stettin, dem unser oheim Markgraffe Jost die Marke empholen hat, unserm lieben oheim, und mit euch muntlichen geredt in kegenwertigkeit der Mannen der Marke nulezt zu Brücke, das die Gans von Putlist, Dytherich von Qwytzow, die von Breidow, die von Uchtenhayn, die dar die mechtigsten sien in der nuwen und alden Marke, unser viande wider glich und recht sien u. s. w. Der Brief ist vom Freitage nach Divisionis Apost. (15. Juli), aber ohne Jahreszahl. Da er Suantibor als Statthalter und Jobst noch als Lebenden bezeichnet, so kann er nur 1410 geschrieben sein, denn im Juli 1409 war Suantibor noch nicht Statthalter und im Juli 1411 Jobst schon gestorben. Die Zeit der Ständerversammlung zu Brück ist nur im allgemeinen zu bestimmen. Herzog Albrecht erwähnt nämlich in jenem Schreiben, daß sein Bruder Rudolf selbst die Städte aufgefordert habe, ihm gegen diejenigen Edelleute Hülfe zu leisten, die „Gleich und Recht“ verweigerten. Ein Schreiben dieses Inhaltes, vom Freitage nach St. Bonifacius (5. Juni) aus Beltitz datiert, aber ohne Jahreszahl, findet sich bei Fidicin, Beitr. IV, 63. Es hat also auch schon den Tag zu Brück zur Voraussetzung, und danach dürfte dieser um den Beginn des Frühlings 1410 zu setzen sein.

Quitow ein Sohn geboren, bei dessen Taufe im Schlosse Friesack alle Mitglieder der Familie versammelt waren, um an den prunkvollen Festlichkeiten teil zu nehmen, mit denen das Familienereignis gefeiert werden sollte. Nach Beendigung derselben brach die ganze Gesellschaft nach Tangermünde auf zu einer Tauffeier bei Kaspar Gans zu Putlitz, welchem ebenfalls ein Sohn geboren war. Als man aber bei der Rückkehr von Tangermünde nach Friesack über die Elbe fuhr, schlug der Kahn um, in welchem Dietrich von Quitow, sein Bruder Konrad und sein Schwiegervater Apitz Schenk von Sidow sich befanden. Dietrich und sein Schwiegervater retteten sich mit Hülfe von Pferden, die wohl dem Fahrzeuge nachgezogen wurden, an das Ufer; Konrad von Quitow aber und 23 Diener fanden im Strome ihren Tod¹⁾. Das Volk sah in dem Unglücksfalle ein Gottesgericht, aber es rührte sich nicht gegen die Quitows. Auch diese selber wurden durch den Unfall nicht milder gestimmt, und Dietrichs Verhältnis zu Berlin, zu dem wir uns zurückwenden, gestaltete sich immer unfreundlicher.

Im Bewußtsein seiner großen Verantwortlichkeit hatte der Berliner Rat bis dahin nicht nur jede Gewaltmaßregel gegen Dietrich vermieden, sondern auch dahin gewirkt, daß der Herzog Suantibor in dem Hause eines Bürgers Karptzow zu Spandau eine Vermittelung zwischen der Stadt Berlin und ihrem Gegner anbahnte. Man war übereingekommen, alle Irrungen beizulegen und Frieden zu halten, so lange der Herzog Suantibor Vorsteher der Mark sei²⁾. Im Vertrauen auf diese Einigung überließ man sich in Berlin um so mehr dem Gefühle der Sicherheit, als Dietrich während des Sommers 1410 seinen Aufenthalt in Friesack genommen hatte. Da aber trat plötzlich im Osten ein Ereignis ein, welches jenen in den Barnim zurückrief: die Niederlage des deutschen Ordens im Kampfe gegen die Polen bei Tannenberg am 15. Juli 1410, die in der Mark wie bei Jobst die Befürchtung wachrief, daß die Polen sich der an den Orden 1402 verkauften Neumark bemächtigen könnten. Jobst erkannte auch sofort, daß der Orden in seiner augenblicklichen Bedrängnis zu unterstützen sei, war aber nicht in der Lage, selber etwas zu unternehmen, da er in dieser Zeit — König Ruprecht war am

¹⁾ Wusterwitz S. 70 setzt den Unfall um die Zeit der Schlacht bei Tannenberg, also um den 15. Juli 1410. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 262, Nr. 8.

18. Mai gestorben — sich um die deutsche Krone bewarb¹⁾. Er sandte daher am 13. August Johann von Waldow an den Rat von Berlin mit einem Schreiben²⁾, in welchem es heisst: „Da Ihr leider nun gehört von der Niederlage wegen der Christenheit in Preussen, haben wir dem ehrsamem Johansen Waldow, unserm lieben Getreuen, empfohlen mit Euch zu reden von den Sachen, wie wir die vornehmen; darum begehren wir von Euch, daß wenn Ihr etwas besseres in der Sache vornehmen möget, Ihr uns davon ohne Säumen unterweiset, daß wir uns darnach richten mögen“. Ohne Zweifel hätte er es gern gesehen, daß von der Mark aus eine Diversion gegen Polen unternommen würde, zu welcher Berlin ganz besonders mitwirken sollte und konnte. Auch der Orden selber soll mit einem Gesuche um Hülfe sich an die Märker und an den mächtigsten Edelmann unter ihnen, an Dietrich von Quitzow gewendet und dieser sie auch zugesagt haben. Im September wenigstens war in der Mark die Meinung verbreitet, daß er eine Truppenschar mit der er an Berlin vorüberzog, nach Preussen habe führen wollen³⁾. Allein gerade in diesem Augenblicke machte der lange verhaltene Ingrimme Dietrichs gegen Berlin sich in offener Gewaltthat gegen die Bürgerschaft Luft. Als er mit seinen Reitern in die Nähe der Stadt gekommen war, bemächtigten sich dieselben plötzlich der Herden, welche vor den Stadthoren weideten, und führten sie nach dem Schlosse Bötzw. Die Bürger, schnell zu den Waffen gerufen, eilten den Räubern nach, erlitten aber in einem Gefechte, daß sich zwischen ihnen und den Truppen Dietrichs entspann, eine vollständige Niederlage. Mehrere aus der Bürgerschaft fanden den Tod, andere wurden verwundet und noch andere endlich gerieten in Gefangenschaft. Unter den Letzteren befanden sich 16 namhafte Bürger, welche mit Pferden und Waffen Dietrich in die Hände gefallen, also wahrscheinlich von der feindlichen Übermacht umzingelt worden waren. Einem derselben, Nikolaus Wynfs aus einer alten und wohlhabenden Familie Berlins, liefs

¹⁾ Um persönlich an dem polnisch-preussischen Kriege teilnehmen zu können, soll Jobst sogar um Verlegung des auf den 1. Sept. 1410 anberaumten Termines zur Königswahl gebeten haben. Vergl. Adolf Kaufmann, die Wahl König Sigismunds v. Ung. z. röm. Könige, Prag 1879, S. 22. ²⁾ Fidicin, Beitr. IV, 55. ³⁾ Wusterwitz, S. 72.

Dietrich durch seinen Rottmeister Lübenau sogar eiserne Fußfesseln anlegen¹⁾).

Der Verlust der Herden und die Niederlage der Bürgerschaft waren für die Stadt so herbe Schläge, daß sie jedem Gedanken, dem Orden in Preußen Hülfe zu leisten, wenn man ihn überhaupt gehegt hatte, ein Ende machten. Aber auch für Dietrich von Quitzow war es jetzt unmöglich außer Landes zu ziehen, wenn er nicht seine Besitzungen auf dem Barnim der erregten Gemeinde preisgeben wollte. Ob er vereint mit den märkischen Städten dem Orden noch eine wirksame Hülfe hätte bringen können, mag zweifelhaft erscheinen; immerhin aber beraubte die Fehde zwischen Dietrich und Berlin die deutschen Ritter der einzigen Unterstützung, die ihnen im Kampfe mit Polen aus den deutschen Landen hätte werden können.

Sobald man sich in Berlin von dem ersten Schrecken erholt hatte, wandte sich der Rat an Dietrich mit einer Beschwerde, daß er die von Suantibor verabredete Einigung gebrochen, Berlin beraubt, einige Bürger ermordet und anderen, wie der Ausdruck lautet, die Knochen zerhauen habe. Man erwarte, so heißt es ferner, daß er alles zurückgebe, was er geraubt habe, und wegen „Mord und Knochenzerhauen“ Ersatz leiste²⁾. Ein datumloses Schreiben Dietrichs an den Rat, welches im Rathaus-Archiv zu Berlin im Original erhalten ist³⁾, darf als Antwort auf jene Beschwerdeschrift betrachtet werden, denn es berührt fast alle Klagepunkte derselben. „Wisset Ratsleute“ — so schreibt Dietrich — „wenn Ihr schreibt, daß gedinget sei, daß ich mit Euch in guter Freundschaft sitzen soll, so weiß ich auch, was da verabredet worden ist; es wird mir jedoch auf keine Weise so von Euch gehalten, wie es vereinbart worden ist. Auch was Ihr schreibt, daß ich Euch selber ein Gelöbnis gethan hätte, das ist nicht der Fall; ich habe Euch nichts zugesagt und kann Euch daher strafen, wie man unedele Leute strafen soll, die unedele Dinge schreiben. Könnte ich von dem Euren noch vielmehr habhaft werden, so würde ich das mit Ehren wohl behalten.“ — Das war nicht nur eine Zurückweisung der von Berlin erhobenen

¹⁾ Wusterwitz S. 73. Der Herdenraub und das Gefecht fanden nach Wusterwitz in den ersten Tagen des September 1410 statt. ²⁾ R. Supplem.-Bnd. S. 260, No. 8. ³⁾ Fidicin, Beitr. II, 102.

Beschwerden, sondern auch eine Absage, durch welche die offene Fehde erklärt wurde. Unter diesen Umständen rief der Rat die Entscheidung des in Prag weilenden Markgrafen Jobst an, welcher bereits am 15. September 1410 eine Untersuchung der Sache anordnete. Er erwiderte an demselben Tage dem Rate¹⁾, daß nachdem er in Erfahrung gebracht habe, „daß Dietrich von Quitzow vor ihrer Stadt gewesen sei“, der Bischof von Lebus und Johann von Waldow den Auftrag erhalten hätten in seinem Namen mit Dietrich „ernstlich zu reden“. Er, der Markgraf, werde ohne Säumen in die Mark kommen und dem Streite ein Ende machen. Es ist dasselbe charakterlose Eingreifen in die Angelegenheit, mit dem er zu allen Zeiten die märkischen Wirren behandelt hat. Indem er die sachliche Untersuchung nicht den ordentlichen Gerichten, sondern zwei Unterhändlern übertrug, welche eine Vermittlung anbahnen sollten, machte er die vorliegende Rechtsfrage zu einer Machtfrage zwischen Berlin und den Quitzows und zu einem Gegenstande des Bietens und Feilschens von seiten der Parteien, so daß jeder Ausgleich der Stadt ein Opfer auferlegt und Dietrich einen Gewinn gebracht hätte. Sein Versprechen aber, „ohne Säumen“ in die Mark zu kommen, war am 15. September eine Unwahrheit in seinem Munde, deren er sich bewußt gewesen sein muß, denn er hatte sich damals dem Erzbischofe Johann von Mainz gegenüber verpflichtet, die auf ihn fallende Königswahl anzunehmen²⁾, und diese Wahl, die am 1. Oktober erfolgte, mußte politische Verwickelungen herbeiführen, die ihm eine Reise in die Mark unmöglich machten.

So standen denn im Herbste 1410 die Bürger Berlins und die Quitzows als politische Parteien einander gegenüber, und die Bevollmächtigten Jobsts, die sich im Oktober oder November in Berlin einfanden, verkehrten zwischen ihnen wie diplomatische Unterhändler zwischen feindlichen Feldlagern. Der Rat von Berlin meldete Dietrich von Quitzow, der mit seinem Bruder in Bötzow verweilte, daß markgräfliche Kommissarien mit ihm zu verhandeln wünschten, und erhielt als Antwort: „Wisset, Ihr ehrbaren Ratsleute, daß wir gern mit Euch unterhandeln, daran dem Lande und Euch wohl liegen mag. Wollet Ihr mit dem Bischofe von Lebus zu uns reiten bis

¹⁾ R. Supplem.-Bnd. S. 258. ²⁾ Ad. Kaufmann, a. a. O. S. 32 u. 33.

vor Bötzw, so soll das ohne Arglist geschehen, sicher hinzu und zurück. Wollet Ihr das aber nicht thun, so reitet uns eine Meile näher und sendet uns Geleitsmänner, die uns ungefährdet zu Euch und wieder zurückbringen“¹⁾). Schon der Wunsch der Parteien sich persönlich einander zu nähern, rief bei dem Mißtrauen, mit dem sie sich gegenseitig betrachteten, nicht geringe Bedenken wach; um wie viel schwieriger mußten sich die Verhandlungen selber gestalten, die zu einer Einigung führen sollten. Denn daß es zu einer Begegnung der Parteien, sei es vor Berlin oder vor Bötzw, gekommen ist, unterliegt wohl keinem Zweifel; das Mandat der Bevollmächtigten Jobsts erforderte sie. In hinsicht der gefangenen Bürger Berlins, deren Befreiung dem Rate besonders am Herzen liegen mußte, scheint sie auch nicht erfolglos gewesen zu sein, da die Gefangenen später keinen Gegenstand der Verhandlung mehr bilden. In der Hauptsache aber — das ergibt sich aus der Fortdauer des Streites — wurde ein Ausgleich nicht erzielt. Berlin und Dietrich beanspruchten nach wie vor das Schloß Köpenick und verharrten daher in dem Zustande der Fehde.

Da Jobsts Kommissarien den Ausgleich nicht erzielt hatten, so mußte der Rat von Berlin andere Mittel und Wege ersinnen, um die Stadt aus ihrer schwierigen Lage zu befreien; und man darf ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er alle Freunde der Ordnung und des Rechtes in Bewegung zu setzen wußte, damit sie sich der Sache Berlins annähmen. Er rief fast zu gleicher Zeit die Vermittlung der märkischen Stände, die Verwendung angesehener Edelleute bei Dietrich von Quitzow und die richterliche Entscheidung des Herzogs Suantibor an und hatte wenigstens die Genugthuung, sie alle hülsbereit und dienstwillig zu finden, wenn auch ihr guter Wille keinen sachlichen Erfolg hatte und bei einzelnen sich mehr in freundlichen Worten als in ergebnisvollem Wirken offenbarte.

Wenn die bedrängte Bürgerschaft nach Rat und Beistand von außen verlangte, so waren vor allem die Städte des Barnim zu ihrer Unterstützung verpflichtet, deren Vorort Berlin bildete und deren Interessen es so oft vertreten hatte. In der That wurde die Hülfe jener Städte auch in Anspruch genommen; aber der Rat von Eberswalde, dessen eingehende Erwiderung auf das Gesuch Berlins er-

¹⁾ R. Supplem.-Bnd. S. 260, No. 4.

halten ist, erklärte den Berliner Ratsherren: „Dafs Dietrich von Quitzow Euch grofsen Schaden gethan hat, das ist uns kläglich leid. Auch begehrt Eure Ehrwürdigkeit, liebe Herren und günstige Freunde, von uns Rat und Hülfe zu wissen. Was Ihr Euch von uns versprechen dürft, das wisset Ihr, liebe Herren. Was unsers Herrn Hauptmann (Suantibor) und sein Land gemeinsam beschliessen und thun wollen, davon wollen wir uns nicht abwenden, sondern Euch gern helfen und raten nach unserm Vermögen und Eifer gemäß der Hülfe und dem Rate des ganzen Landes.“¹⁾ Eberswalde war also zur Unterstützung Berlins bereit, aber nur in Gemeinschaft mit anderen Städten, um nicht durch ein selbständiges Handeln die Aufmerksamkeit und den Zorn der Quitzows auf sich zu lenken. Die Antwort der übrigen Städte des Barnim wird kaum mutvoller und entschlossener gelautet haben. Wer wollte es da dem Berliner Rate verargen, wenn er bei so traurigen Aussichten die Freunde Dietrichs von Quitzow um ihre Verwendung für Berlin anging und sich sogleich an den mächtigsten und einflußreichsten derselben, an Kaspar Gans zu Putlitz, wendete. Dieser erwiderte das Gesuch des Rates in der freundlichsten Weise, indem er seine Fürsprache zusagte und im besonderen noch versprach, „das Beste zu helfen, das er vermöchte²⁾.“ Um den gleichen Dienst wurde auch der Vogt von Lebus Kaspar von Bonin ersucht, welcher aus Friedland in der Neumark zurückschrieb, dafs er Dietrich schriftlich gebeten habe, Berlin „Gleich und Recht“ hinsichtlich des Schlosses Köpenick nicht zu versagen und von der Fehde abzustehen³⁾. — Auch diese Vertröstungen indels erwiesen sich leer und nichtig, denn die Freunde Dietrichs änderten die Sachlage durch ihre Fürsprache nicht.

Nach so vielen erfolglosen Bemühungen hatte der Rat von Berlin endlich das Glück Freunde zu finden, welche sich der Sache mit thatkräftigem Ernste annahmen; das waren die Ratsherren der Stadt Frankfurt. Das lebendige Interesse der Frankfurter an der Bei-

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 102. Auch die Antwort der Ratsherren von Brandenburg ist vorhanden (R. Suppl.-Bd. S. 265, No. 15), lautet aber weniger verbindlich als die der Eberswalder. Jene erklären nur, nach dem Begehr der Stadt Berlin „gern an Dietrich schreiben zu wollen.“ ²⁾ R. Suppl.-Bd. S. 262, No. 7. ³⁾ Fidicin, Beitr. II, 98. Die Briefe der beiden Edelleute sind ohne Datum.

legung des Streites hatte einen doppelten Grund: zunächst war es der Ausdruck ihrer langjährigen Freundschaft mit Berlin, und dann gebot es ihnen die Rücksicht auf ihren Handel, welcher durch die Fehde um das Schloß Köpenick beeinträchtigt wurde. Ihren Bemühungen nun, welche auch der in Frankfurt anwesende Johann von Waldow unterstützte, gelang es, die mittelmärkischen Stände zu einer Versammlung in ihrer Stadt zu bewegen und ebenso Dietrich von Quitzow zu bestimmen, daß er sein Erscheinen daselbst zusagte. Am 17. Januar 1411 meldeten sie nach Berlin, daß sie die Abgeordneten dieser Stadt bis zum nächsten Dienstage (20. Januar) in Frankfurt erwarteten, ferner daß Johann von Waldow bei ihnen sei, aber bald abzureisen wünsche; die Berliner möchten daher eilen, zumal da langes Säumen auf Reisen nicht nütze sei¹⁾. Auf diese Einladung begaben sich nun die damaligen Bürgermeister Berlins Hans Danewitz, Jakob Nabel und Thomas Hedeke eiligst nach Frankfurt.

Sehr eigentümlich war um diese Zeit das Verhalten ihres Gegners Dietrich von Quitzow. In einem am 23. Januar ausgefertigten Schreiben²⁾ an die Viergewerke in Berlin — es waren die Fleischer, Tuchmacher, Schuhmacher und Bäcker — führte er heftige Beschwerde über die drei Bürgermeister der Stadt, welche ihm versprochen hätten, sich nicht in die Verhältnisse zu Köpenick zu mischen und es doch thäten. Er erklärte ferner, daß er zu Verhandlungen bereit sei, aber nicht in Berlin, sondern in Spandau, wohin er am 1. März³⁾ kommen würde. Des Tages zu Frankfurt gedenkt er mit keiner Silbe, und dennoch war er in Frankfurt mit den Bürgermeistern Berlins zu gleicher Zeit anwesend und hat daselbst auch mit ihnen in Unterhandlungen gestanden. Indem er also mit den Viergewerken Berlins, welche einen bedeutenden Anteil an der Stadtverwaltung hatten⁴⁾ und oft den „Herren“ im Rate Opposition machten, in Verbindung trat und sich zu besonderen Verhandlungen mit ihnen in Spandau bereit erklärte, suchte er die Zünfte für sich zu gewinnen, um hinterher den Rat desto leichter

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 265, No. 17, ohne Jahreszahl datiert vom Sonnabend vor Fabian u. Sebastian (20. Jan.) ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 260, No. 5, ebenfalls ohne Jahreszahl datiert Freitags vor Pauli (Convers.) ³⁾ Ebd. am Sondage zu allen mannen Vasten, d. h. am Sonntage Invocavit, der 1411 auf den 1. März fiel. ⁴⁾ Fidicin, Beitr. III, 65.

bekämpfen zu können. Indessen hatte er damit zunächst keinen Erfolg und so begab er sich denn doch nach Frankfurt, wie er später zu erklären für nötig hielt, nicht zu der Ständerversammlung, sondern in Privatangelegenheiten, wobei er aber die Gelegenheit benutzt habe, auch mit den Abgeordneten Berlins zu verhandeln.

Über den Verlauf der Ständerversammlung in Frankfurt, deren Beratungen erst im Februar begannen oder sich bis in diesen Monat ausdehnten, liegen nun mehrere Berichte vor und unter diesen auch der officiële, aus Frankfurt datierte Bericht der drei Bürgermeister an den Rat von Berlin¹⁾, den wir hier zuerst berücksichtigen. Die Bürgermeister also meldeten: „Wir thun Euer Ehrsamkeit zu wissen, daß wir in Frankfurt vor Herren, Mannen und Städten gewesen sind, wo Dietrich von Quitzow sich auch eingefunden hat. Wir erbaten uns darauf die Klage, welche Dietrich gegen uns Köpenicks wegen zu haben glaubte, und wollten uns dem Erkenntnis der Herren, Mannen und Städte fügen. Das aber wollte Dietrich nicht annehmen und versagte uns das Recht, wie Herren, Mannen und Städte das wissen. Er meinte, er wolle uns übervorteilen, und wollte sich gänzlich halten an den Propst von Berlin, Herrn Waldow²⁾, und an den Bischof von Lebus. Das nahmen wir an und wollten das auch thun. Indessen ritt Dietrich davon und hat das nicht wollen inne halten, wie das die Herren, Mannen und Städte wissen, die auf dem Tage gewesen sind“. —

Diesem Berichte zufolge, der den Eindruck einer sachgemäßen Darstellung macht, scheint Dietrich eine richterliche Entscheidung seiner Klage gegen Berlin überhaupt gefürchtet und darum geflissentlich verhindert zu haben, ein Verhalten, welches nicht für sein gutes Gewissen und die Zweifellosigkeit seiner Ansprüche zeugt. Indem die Bürgermeister ihr Bedauern über die Erfolglosigkeit ihrer Mission äußern, gedenken sie zugleich einer Agitation, welche sich gegen ihr Verhalten in der Köpenicker Frage in der Bürgerschaft Berlins bemerkbar machte und von Dietrich von Quitzow entweder angeregt war oder schlaun Sinnes für seine Zwecke ausgebeutet wurde. Wir sahen bereits, wie er sich mit den Zünften der Stadt unmittelbar in Verbindung setzte, um mit ihnen besonders zu verhandeln. Die

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 267, Nr. 21. ²⁾ Er war der Nachfolger des im Herbste 1410 gestorbenen Propstes Ortwin.

Bürgermeister fürchteten daher, daß die Bürgerschaft des langwierigen Haders müde und zu einem faulen Frieden mit ihrem Gegner geneigt werden könnte. Sie baten demnach die Ratsherren, mit den Bürgern zu sprechen und sie zur Standhaftigkeit zu ermahnen, da sie, die Bürgermeister, in betreff Köpenicks so handelten, wie ihnen der Wille der Gemeinde vorgeschrieben habe ¹⁾. „Sorget für uns“, so bitten sie dringend, „und lasset Dietrich nicht Trennung zwischen uns und Euch stiften“. Am Schlusse ihres Berichtes erklären sie sich bereit mit Dietrich von Quitzow sogar vor den Richterstuhl König Sigismunds, ihres gnädigen Herrn, zu gehen ²⁾, und endlich entschuldigen sie ihre schleunige Abreise damit, daß sie gern hätten zu rechter Zeit (thu maten) wollen in Frankfurt sein, nachdem sie erfahren, daß Dietrich dort anwesend sei.

Infolge dieser Berichterstattung verbreitete sich in Berlin das Gerücht, daß Dietrich aus Frankfurt „entflohen“ sei, und bald kam es auch diesem selber zu Ohren. Er wurde dadurch veranlaßt, auch seinerseits mit einem Berichte über die Vorgänge in Frankfurt hervortreten, den wir hier ebenfalls seinem Wortlaute nach berücksichtigen, da er für die Denk- und Handlungsweise Dietrichs sehr bezeichnend ist. Wiederum waren es die Zünfte in Berlin, an welche er sich mit den Worten wendete ³⁾: „Wisset, Gemeinde und Gewerke, daß mir kund geworden ist, daß Eure Bürgermeister, die mit Schanden flüchtig geworden sind aus Eurer Stadt ⁴⁾, Euch sollen geschrieben haben, daß ich ihnen von dem Tage (zu Frankfurt) sollte entflohen sein. Das lügen die meineidigen Schälke. Ich hatte keinen Tag in Frankfurt angenommen, von dem ich ihnen entfliehen mochte; auch war ich eines Tages (d. h. Gerichtstages) willen nicht dorthin. Sie sandten zwar Leute zu mir; doch wollte ich hinsichtlich meine Angelegenheit bei dem Bischofe von Lebus und Herrn Waldow bleiben. Infolgedessen sandten sie zu dem Bischofe und ich that dasselbe; aber ich mußte am Montage in der

¹⁾ „Wy hebben an Copenick anders uicht gedan, wan na jwer allir rade.“ ²⁾ Aus dieser Äußerung erhellt, daß an Stelle des am 18. Jan. 1411 gestorbenen Jobst bereits Sigismund Inhaber der Mark geworden war, weshalb oben angenommen wurde, daß die Verhandlungen der Stände in Frankfurt bis in den Februar gewährt haben.

³⁾ R. Supplem.-Bd. S. 262, 10. ⁴⁾ Diese Bemerkung scheint sich auf die schleunige Abreise der Bürgermeister von Berlin nach Frankfurt zu beziehen, welche diese selber vor den Ratsherren zu erklären und zu entschuldigen für nötig hielten (s. ob.).

Woltzow sein bei den Mannen des Herzogs von Sachsen. Jenes geschah des Sonnabends. Wäre der Bischof gekommen, so wäre mir das lieb gewesen. Indessen empfahl ich meine Sache anderen Leuten und ließ meinen Schreiber dort zum Antworten, bis die Herren auf und davon ritten, wie sie mir selber bekennen müssen. Wenn sie eine Entscheidung hätten herbeiführen können, so hätte ich das gern gesehen. Wenn von dort jemand flüchtig geworden ist, so mögen sie (die Bürgermeister) es gewesen sein. Dafs sie mir das zuschreiben, das lügen sie.“

Indessen diese tendenziöse Darstellung der Frankfurter Verhandlungen, welche die Schuld der Unverträglichkeit von ihm abwälzen sollte, verfehlte gänzlich ihres Zweckes. Die Bürgerschaft, welche inzwischen über die Vorgänge in Frankfurt einen Bericht auch von der Ständerversammlung selbst erhalten hatte, nahm sich mit Entschiedenheit ihrer Bürgermeister an und erwiderte Dietrich in betreff der gegen diese erhobenen Vorwürfe ¹⁾: „Dafs Ihr unsere Bürgermeister so schwer beschuldigt, daran thut Ihr ihnen unrecht, denn wie Ihr und sie von Frankfurt geschieden, das haben wir aus der Herren und der Städte Briefe wohl vernommen, — die wir Euch gern wollen lesen lassen, wenn wir mit Euch zu einem Tage auf der Gerichtsstätte (tegeliche stede) zusammen kommen. Dafs unsere Bürgermeister über Euch etwas Absonderliches sollen geschrieben haben, nämlich dafs Ihr von dem Tage zu Frankfurt sollt entflohen sein, das ist uns nicht bekannt und Ihr habt das von ihnen nicht erlitten. Auch wisset Ihr wohl, dafs Ihr unser Vieh genommen habt in gutem Frieden (geschefft). Würdet Ihr uns dafür Ersatz leisten, so nähmen wir das gern an.“

So war denn der Versuch Dietrichs, die Gemeinde Berlin in sich zu spalten und mit Hülfe der Gewerke die Festigkeit der Bürgermeister zu erschüttern, gänzlich fehlgeschlagen. Rat und Bürgerschaft hielten in der Verteidigung ihres Rechtes getreu zusammen. Dietrich von Quitzow sah eine Gemeinde vor sich, welche die Nachteile der ihr aufgenötigten Fehde beklagte, aber auch mutig ertrug und im übrigen auf dem Standpunkte des Rechts verharrte. Es

¹⁾ R. Supplem.-Bd. S. 262, Nr. 9. Der erste Satz dieses Schreibens ist nicht ganz klar, da einige Zeilen im Original, wie Riedel bemerkt, durchstrichen und unleserlich sind.

hätte nun die Staatsgewalt, die nach Jobsts Ableben zunächst noch von Suantibor vertreten wurde, die letzte Entscheidung auf Grund der bestehenden Gesetze fällen und mit ihrer Macht durchführen müssen, allein den Quitzows gegenüber erwies sich der Herzog von Stettin nicht minder ohnmächtig als die früheren Statthalter Jobsts. Wie tief ihn auch die Eigenmächtigkeit Dietrichs verletzen und die Bedrängnis Berlins bekümmern mochte¹⁾, so war er doch nicht im stande gegen den Edelmann und für die Stadt mit Waffengewalt einzuschreiten. Der Berliner Rat hatte ihm Abschriften mehrerer Drohbriefe Dietrichs mit der Bitte um Hülfe zugesandt; Suantibor aber antwortete darauf am 24. Februar 1411²⁾, daß er die Drohbriefe erhalten habe und „der Lande Schaden und Gebrechen“ sehr bedaure. Durch wichtige Geschäfte sei er augenblicklich verhindert in die Mark zu kommen, werde sich aber nach deren Erledigung hier sogleich efinden. Im übrigen weiß er den Ratsherren nur den Rat zu erteilen: „Könnt Ihr Euch in Betreff Dietrichs so lange enthalten bis zu der Zeit, da wir kommen, so trachtet dem nach, denn was uns Dietrich thut, das müssen wir also hinnehmen.“ Ein passives Geschehenlassen alles dessen, was Dietrich von Quitzow unternahm, wurde Berlin empfohlen, damit es nicht noch Schlimmeres zu erdulden bekäme. Suantibor mußte um so mehr dazu raten, als er selber sich in der Lage sah, dies Mittel Dietrich gegenüber anwenden zu müssen. Dieser hinwieder beklagte sich bei dem Herzoge über die Plünderungszüge pommerscher Edelleute in das märkische Gebiet. „Es ist mir zu viel“, so schrieb er ihm einst³⁾, „was mir alle Tage von Euren Mannen geschieht. Sie berauben und verbrennen mir meine Kirchhöfe — und meine Knechte werden mir ermordet. Ich soll Euch verantwortlich (juwer feylich) sein und verliere das Meine alle Tage durch die Eurigen. Auch weiß ich niemanden, welcher die Mark so sehr beraubt wie Eure eigenen Mannen“. — Waren diese Vorwürfe berechtigt, wie kaum zu bezweifeln ist, so begreift es sich, daß der Herzog, der seine eigenen Leute nicht in Ordnung

¹⁾ Vergl. Wusterwitz, S. 62. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 264, Nr. 13. Der Brief ist datiert: am Dienstage in dem Fastelabend, aber ohne Jahreszahl. Er setzt die Fehde zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow voraus und kann somit nur 1411 geschrieben sein. Jener Dienstag fiel 1411 auf den 24. Febr. ³⁾ Ebend. S. 263, Nr. 11.

zu halten wußte, auf Dietrich von Quitzow auch nicht einmal einen moralischen Einfluß auszuüben vermochte und Letzterer die Ermahnungen desselben zum Frieden in den Wind schlug. Suantibor hatte ihn ersucht, „um der Lande Bestes willen“ persönlich in Berlin zu erscheinen, wenn er selbst dort eintreffen würde; Dietrich aber erwiderte ¹⁾: „In Berlin reite ich nicht ein. — Auch was Euer Gnaden in betreff Köpenicks schreibt, daß mein Bruder und ich davon Abstand nehmen sollen, das kann ich nicht thun. Über meinen Bruder habe ich keine Gewalt“. — Nach den erfolglosen Verhandlungen in Frankfurt hatten auch die mittelmärkischen Stände eine Beschwerde gegen Dietrich, „der alles Recht ablege“, bei Suantibor eingereicht, erhielten aber von diesem am 10. März auch nur den wenig tröstlichen Bescheid ²⁾, daß er, der Herzog, zwar an Dietrich geschrieben, dieser jedoch die Briefe ruhig eingesteckt habe. Indessen gedenke er jetzt den Ständen „mit Macht“ zu helfen.

So waren denn alle rechtlichen Mittel gegen den Friedensstörer erschöpft, und die Obrigkeit vor die Wahl gestellt, entweder auf ihre Gewalt ihm gegenüber zu verzichten oder zum Schwerte zu greifen. Ob sie das letztere mit Aussicht auf Erfolg wagen durfte, kann mit recht bezweifelt werden. Suantibor hatte doch nur ein persönliches, nicht ein politisches Interesse an dem Frieden in der Mark, und der ständischen Kriegführung fehlte es an einer einheitlichen, kräftigen Leitung. Wie sehr waren beiden die Gegner dadurch überlegen, daß bei ihnen ein fester, sicherer Wille die Truppenleitung beherrschte, daß sie im Felde besiegt, sich in schwer einzunehmende Burgen ³⁾ zurückziehen und die Belagerer durch eine hartnäckige

¹⁾ Ebd. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 264, Nr. 14, ein Schreiben aus Stettin ohne Jahreszahl vom Dienstage nach Reminiscere, der im Jahre 1411 auf den 10. März fiel. ³⁾ Die Zahl der Quitzowschen Burgen war um diese Zeit noch durch die Erwerbung des Schlosses Beuthen an der Nuthe bei Saarmund von Seiten Johannis von Quitzow vermehrt worden. Beuthen hatte einem Edelmann Kuno von Ziesar gehört, welchem es am 15. September 1410 von Heinrich von Isenburg und Johann von Treskow aus dem Magdeburgischen durch einen Überfall entrissen wurde. Johann von Quitzow, der die Festsetzung magdeburgischer Stiftsvasallen auf dem Teltow ungern sah, bewog diese, Beuthen an Kuno von Ziesar für die Zahlung von 700 Schock b. Groschen zurückzugeben und trat zugleich als Bürge für den Letzteren ein. Da die Räuber jedoch auf Beuthen auch einen von Kuno von Ziesar geheim gehaltenen Schatz von 1300 Schock b. Gr. entdeckt und mit sich genommen hatten, so war jener nicht im

Verteidigung ermüden konnten. Indessen die Märker blieben davor bewahrt, sich in einen ungleichen Kampf mit den Quitzows einlassen zu müssen. Der Tod des Markgrafen Jobst hatte in der politischen Lage des Kurstaates eine Wendung herbeigeführt, welche zunächst noch einmal die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Streites um das Schloß Köpenick eröffnete.

stande, die Summe von 700 Schock zu zahlen. Unter diesen Umständen zahlte Johann v. Q. das Geld, übernahm aber dafür auch das Schloß Beuthen. Wusterwitz, S. 76.

XXI.

Jobsts Königswahl und Tod.

Seit der Abreise aus der Mark im Oktober 1409 hatte Jobst das brandenburgische Gebiet nicht mehr betreten, obwohl nicht nur die Fehde um Köpenick sondern mehr noch ein Streit zwischen Kaspar Gans zu Putlitz und den Herzögen von Mecklenburg-Stargard um die Hauptmannschaft in der Priegnitz seine Anwesenheit daselbst dringend notwendig gemacht hatten¹⁾. Für eine Geldforderung, welche die Herzöge auf grund ihrer früheren Dienste in der Priegnitz an Jobst erhoben, war ihnen von diesen das Schloß Lenzen und der Zoll in Schnackenburg an der Elbe überlassen worden²⁾. Jedoch müssen sie noch weitere Forderungen gehabt haben, denn als Kaspar Gans zu Putlitz 1409 zum Hauptmann der Priegnitz ernannt worden war, weigerten sie sich, diesem die Verwaltung der Priegnitz zu überlassen. Jobst beschuldigte sie am 27. September 1410, daß sie seinem Statthalter das Land „vor-enthielten“, erklärte aber zugleich, daß, wenn sie Lenzen und die Priegnitz freiwillig räumten, er keine Ansprüche gegen sie ihres eigenmächtigen Verhaltens wegen erheben wollte, allerdings auch von ihren Ansprüchen „ledig und los“ sein sollte³⁾. Jobst erlebte

¹⁾ Eine vor kurzem von Götze in den märk. Forsch. 14, 272 veröffentlichte Schenkungsurk. Jobsts vom 10. Aug. 1410 für einen Geistlichen ist zwar zu Tangermünde ausgestellt, kann aber nicht als Beweis für die Anwesenheit Jobsts daselbst dienen, weil derselbe nach R. I, 5, 170 und I, 15, 207 am 9. August und 4. Sept. in Prag verweilte. Die Urkunde kann sehr wohl nur im Auftrage Jobsts in Tangermünde ausgefertigt sein. ²⁾ Dies erwähnt auch Sigismund in einem Schreiben vom 30. Juni 1411 b. R. I, 3, 411. ³⁾ „So wollen wir die hern von Mekelenburg vorder nicht umme jennigherleige thedunge von der Prignicz wegen antheutugen

es also noch, daß fremde Fürsten einer nicht berichtigten Geldschuld wegen einen Teil seines Landes gleichsam mit Beschlag belegten und zu ihrem eigenen Vorteile verwalteten ¹⁾. Der Priegnitz fehlte somit eine geordnete Administration, und Kaspar Gans zu Putlitz mußte 1410 seine Thätigkeit auf die Altmark beschränken ²⁾. Unter solchen Umständen würde ein ehrliebender Fürst zum Schwerte gegriffen haben, um sich als Herrn in seinem Hause zu zeigen; Jobst begnügte sich damit, einem schwächlichen Unmute in Worten Ausdruck zu geben, denn sein vom Größenswahn verleiteter Geist strebte um diese Zeit höheren Dingen nach, dem Phantome der deutschen Königswürde.

Der Tod Ruprechts von der Pfalz am 18. Mai 1410 hatte keineswegs dem deutschen Reiche die Einheit und den Frieden wiedergebracht, deren es so lange entbehrte, denn die Oppositionspartei der vier rheinischen Fürsten dachte nicht daran, jetzt Wenzel als den alleinigen deutschen König anzuerkennen. Sie betrachtete vielmehr den deutschen Thron als erledigt und war bereit für Ruprecht einen Nachfolger zu erwählen. Sobald es sich indeß darum handelte, welcher Fürst zum Gegenkönige Wenzels zu erheben sei, hörte die Einigkeit der rheinischen Kurfürsten auf. Der Pfalzgraf Ludwig, ein Sohn Ruprechts, wollte mit dem Erzbischofe Johann von Mainz, dem heftigen Gegner seines verstorbenen Vaters, nichts zu thun haben und schloß sich an Werner von Trier an, während der Main-

edder anthedingen lassen von unsern wegen, so vorder wir aller anthedinghen von den hern wegen auch schollen ledigh und los sein, die sie czu uns haben mögen.“
R. I, 4, 410.

¹⁾ Damit hängt es auch wohl zusammen, daß die Edelleute aus dem Stargardischen Räubereien in der Mark verübten. Sigismund ersuchte am 22. Juli 1411 die Herzöge, dergleichen nicht zu dulden (R. II, 3, 183). ²⁾ Zur Charakteristik dieses Mannes hat Wusterwitz S. 59 einen Beitrag geliefert, indem er erzählt, daß jener „mit Gewalt den Söhnen des früheren Bürgermeisters der Neustadt Brandenburg Arnold Friesack, Sigismund und Arnold, den zwischen Rathenow und Havelberg belegenen umfangreichen Pretziner oder Gülpsee entrissen habe, der über 50 Jahre im Besitze der Familie Friesack gewesen war. Die Brüder Sigismund und Arnold führten über Kaspar Gans zu Putlitz Klage bei Suantibor von Pommern, den märkischen Ständen und bei Jobst selber, ohne wieder in den Besitz des Sees zu gelangen. Über den Proceß giebt es leider kein aktenmäßiges Material, so daß man die Ansprüche des Verklagten an den See nicht zu beurteilen vermag. Wusterwitz allerdings trägt kein Bedenken, denselben der schreiendsten Rechtsverletzung anzuklagen.

zer den Erzbischof Friedrich von Köln für sich gewann. Die Oppositionspartei war demnach in sich selbst gespalten, aber hinwieder einig in der Überzeugung, daß man einen Thronkandidaten unter den Mitgliedern des luxemburgischen Hauses suchen müsse, von denen nur Sigismund und Jobst in betracht kommen konnten. Sobald man die moralischen Eigenschaften beider ins Auge faßte, mußte jener als der würdigere erscheinen; wenn man aber das Parteiinteresse in den Vordergrund stellte, so empfahl es sich, Jobst auf den Schild zu erheben, da die Wahl desselben leichter durchzusetzen war als die des Königs von Ungarn. Jobst nämlich verfügte als Kurfürst über die brandenburgische Kurstimme, konnte als Freund Wenzels die böhmische Stimme für sich gewinnen und stand damals in freundschaftlichen Verbindungen auch mit dem Kurhause von Sachsen-Wittenberg. Sein Verhältniß zu Wenzel hinderte ihn allerdings, zunächst offen mit seinen Absichten auf die deutsche Krone hervorzutreten. Als Johann von Mainz im Juni 1410 ihn und Rudolf von Sachsen zu einer Königswahl auf den 1. September 1410 einlud, erwiderten beide ablehnend, sie hätten noch einen „lebenden König“. Bald darauf aber folgten andere Schreiben von Jobst und Rudolf von Sachsen, welche die Eröffnungen des Mainzer Erzbischofes weniger entschieden zurückwiesen und weitere Verhandlungen zur Folge hatten. Um vieles bereitwilliger als Jobst zeigte sich Sigismund, die Krone anzunehmen. Zuerst hatten sich die Kurfürsten von der Pfalz und von Trier an ihn gewendet; im Juli oder August aber traten auch die Kurfürsten von Mainz und Köln mit ihm in Unterhandlung. Die letzteren jedoch stellten Forderungen an ihn, welche er nicht glaubte bewilligen zu können. Er sollte einen Reichsvikar nur mit Zustimmung der Kurfürsten ernennen, am Rheine weder neue Zölle einführen, noch bestehende aufheben und endlich Mailand dem Reiche wieder gewinnen¹⁾. Als Sigismund diese Bedingungen zu erfüllen sich weigerte, legten die Kurfürsten von Mainz und Köln sie Jobst vor, und dieser trug kein Bedenken sie anzunehmen. Inzwischen aber hatten die Kurfürsten von der Pfalz und von Trier sich für Sigismund unter Beistimmung des kürzlich gewählten Papstes Johann XXIII. entschieden und dessen Wahl auf den 20. September 1410 angesetzt. Da die übrigen Kurstimmen

¹⁾ Ad. Kaufmann, a. a. O. S. 22 u. fg.

in keiner Weise für Sigismund zu gewinnen waren, so trat dieser plötzlich mit der ganz widerrechtlichen Erklärung hervor, daß er, nicht Jobst, Kurfürst von Brandenburg sei und über die brandenburgische Kurstimme zu verfügen habe¹⁾. Zugleich sandte er den Burggrafen Friedrich von Nürnberg als Abgeordneten nach Frankfurt, damit er hier die brandenburgische Stimme verträte; und dieser stimmte am Wahltage gleich den Kurfürsten von der Pfalz und von Trier für Sigismund. Die Wahl geschah unter Mißachtung fast aller vorgeschriebenen Rechtsformalitäten und gegen den Protest der Kurfürsten von Mainz und Köln, die auch das Wahlergebnis als ungültig betrachteten und zu einer Neuwahl schritten. Jobst war es inzwischen gelungen — wir wissen nicht, durch welches Mittel — Wenzel dahin zu bestimmen, daß er ihm die böhmische Kurstimme zu geben versprach. Jener sandte daher schnell zwei Abgeordnete nach Frankfurt, welche für ihn die böhmische und die brandenburgische Kurstimme abgeben sollten. Mit diesen Abgeordneten traten am 1. Oktober 1410 die Kurfürsten von Mainz und Köln zusammen und erwählten Jobst zum Könige. Am Abend desselben Tages traf in Frankfurt auch ein Abgeordneter ein, welcher die Zustimmung des Kurfürsten von Sachsen zur Wahl Jobsts überbrachte. Da die letztere bereits vollzogen war, so hatte die sächsische Stimme keine Gültigkeit mehr; aber auch wenn sie in Wegfall kam, hatte Jobst dennoch die Majorität der Kurfürsten für sich.

Er stand damit am Ziele seines lange verhaltenen Ehrgeizes, er war König der Deutschen; aber welch ein zweifelhaftes Glück stellte die Krone dar, die ihm zugefallen war! Wohl hatte er vor Sigismund die rechtmäßige Erwählung voraus; die Behauptung seiner neuen Würde jedoch hing nicht von dem größeren Rechte, sondern von dem Erfolge der Waffen ab. Und nicht nur mit einem Gegenkönige hatte er zu rechnen, sondern auch mit einem Nebenkönige, mit

¹⁾ Die Erklärung Sigismunds gegen Jobst, „der sich vermessen, ein Markgraf und Kurfürst von Brandenburg zu sein“ (R. II, 3, 173), ist ein wahres Gewebe von Unwahrheit und Rechtsverdrehung. Unter den Beweisen für Sigismunds Kurwürde wird sogar angeführt, daß dieser 1402 die Neumark verkauft und an Pommern-Stettin einen „merklichen“ Teil der Mark verpfändet habe! Daß Jobst wirklicher Besitzer des Kurlandes geworden und 1397 auch als Kurfürst von Wenzel bestätigt worden war (R. II, 3, 143), sowie daß er die Neumark niemals besessen hat, das alles wird mit Stillschweigen übergangen.

Wenzel, der bei seiner unberechenbaren Sinnesart ihm ebensowohl Schwierigkeiten bereiten als Unterstützung gewähren konnte und zunächst gar nicht daran dachte, seinem Vetter ohne weiteres den Thron einzuräumen. Schon am 4. Oktober erklärte er schriftlich den Nürnbergern, daß er noch im Besitze des Reiches sei und sich nach wie vor als römischen König betrachte¹⁾. Wenn Jobst seine materiellen Mittel erwog, so mußte er sehr bald zu der Überzeugung kommen, daß unter den drei gleichzeitigen deutschen Königen er am wenigsten die Aussicht habe, einmal die allgemeine Anerkennung seiner königlichen Würde zu erlangen. In der That dachte er auch nach wenigen Monaten schon daran, sich der Krone wieder zu entledigen. Aus einem Briefe des Burggrafen Friedrich vom 14. December 1410²⁾ ersehen wir, daß Jobst nach Ofen zu Sigismund zu reisen gedachte zur Anbahnung eines Vertrages, welcher diesem den Besitz des Königtums sichern sollte. Zu einer Zusammenkunft der beiden Vettern aber kam es nicht mehr, wahrscheinlich weil Jobst, dessen Lebenskraft dahin siechte, nicht mehr im stande war die beabsichtigte Reise zu unternehmen. Mit dem 12. December 1410 schließt die Reihe der von ihm erlassenen brandenburgischen Urkunden³⁾; am 18. Januar 1411 beendete er sein Leben zu Brünn im 60. Jahre⁴⁾. Seine Besitzungen fielen Wenzel und Sigismund zu, da weder von Jobst noch von Prokop nähere Erben vorhanden waren. Mähren und die Lausitz wurde mit Böhmen vereinigt, die Mark Brandenburg erhielt einen neuen Herrn in König Sigismund.

Jobsts Hinscheiden war ein Glück für das Reich, welches einen gewählten König weniger zählte, und besonders für die Mark, welche unter seiner Regierung Ordnung, Macht und Ansehen verloren hatte.

¹⁾ Ad. Kaufmann, a. a. O. S. 33. ²⁾ Ebd. S. 36. Der Brief ist von Höfler ediert in den Font. rer. Austr. I, 6, 2. ³⁾ An diesem Tage schenkte er dem Bischofe Johann von Lebus, „seinem teuersten Freunde“, Sonnenburg nebst einigen Dörfern, R. I, 20, 250. ⁴⁾ Daß Jobst am 18. Januar 1411 gestorben ist, hat Jansen (Frankfurt. Reichskorrespondenz I, 191) nachgewiesen. Nach Wusterwitz, S. 82 starb er am 16. Jan. (am Freitage negst für St. Antonii des Beichtigers Tag). In meiner Angabe des Wusterwitz ist irrtümlich der 17. Jan. gesetzt. Nach dem Brev. Chron. Boem., welches Palacky III, 1, 261 citiert, war der St. Antoniustag selber (der 17. Jan.) Jobsts Todestag. Daß Jobst vergiftet worden, wie dieselbe Quelle besagt, ist eine durch nichts zu begründende Behauptung.

Namentlich in den letzten Jahren hatte sich seine Regierung zu einem System gewissenloser Ausnutzung entwickelt, das man auf wirtschaftlichem Gebiete als Raubbau brandmarkt. Die staatliche Auflösung und politische Versumpfung war infolge dessen so weit vorgeschritten, daß die Märker selbst sich nicht mehr aus dem trostlosen Zustande zu erheben vermochten. Der Streit zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow giebt den Beweis, daß die Mächtigen im Lande sich ungestraft über Recht und Gesetz zum Nachteile der Schwächeren hinwegsetzen durften. Indessen gerade in dem Ausgange jenes Konfliktes zeigte sich zuerst und unzweideutig die Wendung zum Besseren, welche allen unerwartet in den Geschicken der Mark Brandenburg Jobsts Tod herbeigeführt hatte.

XXII.

Der Ausgang des Streites zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow.

Wie in der Darstellung dieses Streites zuletzt erwähnt wurde, hatte Suantibor am 10. März den mittelmärkischen Ständen erklärt, daß er jetzt bereit sei ihren Beschluß „mit Macht“ durchführen zu helfen. Allein während das herzogliche Schreiben an die Stände expediert wurde, war in Berlin ein Abgesandter König Sigismunds, Wend von Jleburg aus lausitzischem Adelsgeschlechte, mit dem Auftrage erschienen, in Gemeinschaft mit dem Berliner Propste Johann von Waldow die märkischen Stände nach Berlin zu berufen und ihnen die Übernahme der Landesregierung durch König Sigismund zu verkünden. Diese Staatshandlung fand unter herkömmlichen Formen am 22. März 1411 statt¹⁾. Die Stände begrüßten mit Freude und Hoffnung den Regierungswechsel, der eine Besserung der öffentlichen Zustände verhieß, und beschlossen, daß eine Deputation von Ständemitgliedern unter der Führung des Hauptmanns Kaspar Gans zu Putlitz nach Ofen reisen und dem Könige im Namen des Landes die Huldigung leisten sollte. Wend von Jleburg hatte jedoch noch einen zweiten Auftrag von dem Könige erhalten, er sollte auch den Streit zwischen Berlin und Dietrich beilegen, von welchem Sigismund bereits Kenntnis erhalten hatte. Schon am 16. März 1411 erließ er in Gemeinschaft mit Johann von Waldow an Dietrich in freundlichem Tone die Aufforderung, von der Fehde gegen Berlin abzustehen und die streitige Angelegenheit der Entscheidung des Brandenburger Schöffenstuhles anheim zu stellen²⁾. „Wir haben mit Kaspar Gans zu Putlitz verabredet“ — so lautet das Schreiben der

¹⁾ Wusterwitz S. 82. ²⁾ R. Supplem.-Bd. S. 267, No. 22. Das Schreiben ist datiert: am Dienstage vor Lätare, welcher 1411 auf den 16. März fiel.

Bevollmächtigten — „wie auch unser Herr der König uns befohlen hat, einen Frieden zwischen Euch und den beiden Städten Berlin und Kölln zu machen, da sich die Städte vor der Landschaft und uns, den Vertretern des Königs von Ungarn, zu Gleich und Recht erboten haben, wie denn der König uns das in sonderheit befohlen hat, daß Ihr mit den genannten Städten Frieden haltet bis auf den nächsten St. Michaelistag, daran Ihr unserem Herrn, dem Könige, zu willen thut. Ist Euch das zu Sinne, so schreibt uns einen Friedebrief, durch den die Städte bewahret seien. Ebenso wollen wir Euch auch der Städte Friedebrief verschaffen. Auch, lieber Dietrich, er bieten sich die Städte, hinsichtlich des Rechtes bei dem Rate der beiden Städte Brandenburg zu verbleiben mit Klage und Widerrede von beiden Seiten, wie sich das gebühret, da das Land und sie gemeiniglich ihr Recht von dort holen“. — In der Hoffnung, daß Dietrich dieser Aufforderung nachkommen werde, ersuchten ihn die Kommissarien, den Ratsherren von Berlin davon Nachricht zu geben, worauf dieselben sich nach 14 Tagen vor dem Gerichte in Brandenburg einfinden würden. Für sich selber erbaten sie eine Beantwortung ihres Gesuches, welche Dietrich dem Überbringer ihres Schreibens zustellen möchte. Auch das Antwortschreiben, welches Dietrich dem Boten mitgab, ist uns erhalten¹⁾. Es ist kurz gefaßt und lautet ausweichend und unentschieden. Dietrich erklärte sich zwar bereit, wie Berlin bei dem Rechte der Stadt Brandenburg zu verbleiben, lehnte es aber rundweg ab, die Fehde gegen Berlin bis zum Michaelistage einzustellen oder Eid und Schwur von seiten der Berliner anzunehmen. Er bat schließlich Wend von Jleburg und Johann von Waldow, seine „günstigen Gönner“, die Stadt anzuhalten, daß sie ihm bezahle, was sie ihm schuldig sei. Könne das nicht erzielt werden, so müsse er vor „Herren und guten Leuten“ so lange Klage führen, bis er die Schuld jener „abgemahnt“ habe.

Die Anerkennung des Schöffengerichtes zu Brandenburg, das einzige Zugeständnis, zu welchem Dietrich sich herbeiliess, hatte so lange nur einen theoretischen Wert, als er sich weigerte die Streitsache dem Urteile der Schöffen zu überlassen²⁾; und da er auch die Bewilligung eines Waffenstillstandes ablehnte, so war man der Lösung der Frage um keinen Schritt näher gekommen. Das Verhältnis der

¹⁾ R. Suppl.-Bd. S. 268, No. 23. ²⁾ Von wem der Rechtsentscheid bei v. Raumer C. dipl. I, 84 herrührt, vermag ich nicht anzugeben.

beiden Parteien zu einander blieb ein gespanntes und bedrohliches, zumal da mit dem Regierungswechsel in der Mark auch die Statthalterschaft des zur Hülfe bereiten Suantibor ein Ende genommen hatte; dessen ungeachtet zeigte man in Berlin keine Neigung Rechte preis zu geben, um zu einem Frieden zu gelangen. Es scheint vielmehr, als wenn Rat und Bürgerschaft um diese Zeit entschlossen waren, sogar den offenen Kampf mit den Quitzows aufzunehmen, denn die Deputation der Ständemitglieder, welche unter Kaspar Gans zu Putlitz zur Huldigung nach Ofen reisen sollte und sich in Frankfurt versammelt hatte, richtete an Berlin die dringende Mahnung, noch einmal den Weg der gütlichen Verhandlung mit dem Gegner einzuschlagen, mindestens sich so lange vorsichtig zu verhalten, bis sie, die Abgeordneten, aus Ungarn zurückgekehrt sein würden. „Lasset alle Dinge stehen in Güte, denn wir hoffen, daß unser Herr der König sich darin bewähren wird, daß alle Dinge zu einem guten Ende kommen“¹⁾.

Die Abgeordneten, welche mit solchem Vertrauen zu der Klugheit und Gerechtigkeitsliebe des Königs Sigismund nach Ofen reisten, sahen hier dasselbe vollkommen gerechtfertigt, da jener nicht bloß,

¹⁾ Fidicin, Beitr. II, 97. Der Brief, ohne Jahreszahl, ist datiert aus Frankfurt vom Montage nach dem heil. Kreuzzage und unterzeichnet von den Abgeordneten der Städte Brandenburg, Frankfurt, Berlin, Stendal, Soltwedel u. a. Daß er in das Jahr 1411 gehört, ergibt der Inhalt zweifellos. Für die Bestimmung des Tages kommen zwei Kreuzzage in betracht, von denen der eine auf den 3. Mai und der andere auf den 14. September fiel. Der Montag nach dem h. Kreuzzage würde im Jahre 1411 also entweder der 4. Mai oder der 21. September gewesen sein. Da nun die Magdeburger Schöffen-Chron. z. J. 1411 die Abreise der märkischen Huldigungsdeputation nach Ofen in den Anfang des Mai verlegt und eine Urkunde Sigismunds selbst (R. II, 3, 193) die Anwesenheit der Deputierten in Ofen um Pfingsten (31. Mai) bezeugt, so wird man das Schreiben auf den 4. Mai verlegen müssen. An den 21. September ist um so weniger zu denken, als dann die Absendung einer zweiten Deputation nach Ofen angenommen werden müßte, von der wir nichts wissen, und ferner jener Tag selbst ein vielgenannter Heiligkeitag, der des Matthäus, ist, der selber wohl in der Datierung genannt worden wäre. — Im übrigen sei hier noch erwähnt, daß ein an einem 2. Februar ohne Hinzufügung der Jahreszahl geschriebener Brief des Frankfurter Rates mit der Bitte an Berlin, einen Ausgleich mit Dietrich von Quitzow zu suchen (Fidicin II, 103), sich kaum in das Jahr 1411 einreihen läßt, weil darin auch die Meldung steht, daß die Herzöge von Pommern-Stettin und von Mecklenburg sich zu einem Einfall in die Mark verbündet hätten, was für die Zeit der Statthalterschaft Suantibors nicht gut denkbar ist.

wie Jobst, die Klagen über die Not ihres Landes anhörte, sondern auch sofort die Mittel in Erwägung zog, der märkischen Anarchie ein Ende zu machen. Vom 30. Juni bis zum 22. Juli war er den zahlreichen für die Mark erlassenen Urkunden zufolge¹⁾ unausgesetzt mit der Regelung der brandenburgischen Verhältnisse beschäftigt, obgleich er in denselben Wochen die Verhandlungen wegen seiner nochmaligen korrekteren Wahl zum römischen Könige mit Wenzel und den Kurfürsten zu leiten hatte²⁾. Indem nun die Abgeordneten dem Könige die traurige Lage der Mark schilderten, mußten sie auch die Fehde zwischen Berlin und den Quitzows zur Sprache bringen und als einen Herd dauernder Beunruhigung für das ganze Land darstellen. Da der Streit sich aber um den Besitz einer markgräflichen Zollstätte drehte, auf welche die beiden Parteien nur vorübergehend ein Anrecht erworben hatten, so lag es auf der Hand, daß aller Hader sofort ein Ende nehmen würde, sobald der Landesfürst das Schloß Köpenick einlöste und als sein Eigentum zurücknähme. Dieser Ausweg lag so nahe, daß man sich wundern muß, weshalb nicht schon Jobst ihn beschritten hat. Ohne Zweifel hat er so gut wie Sigismund ihn gekannt, aber darin zeigte sich eben der Unterschied dieser beiden Persönlichkeiten, daß nur der Letztere das Zweckmäßige auch zu thun entschlossen und im stande war. Als die märkischen Deputierten sich schon zur Abreise von Ofen anschickten, berief Sigismund sie eines Tages zu sich, um ihnen zu eröffnen, daß er den Burggrafen Friedrich von Nürnberg angewiesen habe, als Hauptmann der Mark alle verpfändeten markgräflichen Besitzungen einzulösen und in seine Verwaltung zu nehmen¹⁾. Wenngleich er die Pfandeinlösung als eine allgemeine Maßregel ankündigte, so

¹⁾ Vergl. R. C. d. Registerband 1, S. 488, 19 Urkunden. ²⁾ Ad. Kaufmann, a. a. O. S. 38. Die zweite Wahl Sigismunds erfolgte am 21. Juli 1411. ³⁾ Dies erzählt Sigismund selbst in einem an den Berliner Rat am 15. Januar 1412 gerichteten Schreiben (R. I, 12, 13), in welchem es heißt: Wenn wir den hochgeborn Burggrafen zu Nuremberg — zu unserm obersten hauptmanne und vorweser unser Mark zu Brandenburg gesetzt — und im auch ernstlich bevolhen und volle macht und gewalt gegeben haben, daß er alle und igliche Slofs, Stete und anders, das von derselben Mark versetzt, verpfennt oder sunst in Amptmanns weys jemand bevolhen synd, lösen und zu seinen händen nemen sülle und müge, als wir das auch den machtboten, die von der obgenanten Mark und ewer aller wege nechste bey uns gewest synt und huldung getan hebben, an üch und andre zu brengen müntlich bevolhen haben.

scheint doch die ganze Eröffnung zunächst auf die Beilegung des Konfliktes zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow berechnet gewesen zu sein, denn das Schloß Köpenick war das erste Pfandobjekt, dessen Einlösung der König ausdrücklich anbefahl und, wie wir sehen werden, mit dem größten Ernste betrieb, bevor noch der Burggraf Friedrich in der Mark erschienen war. Wie wenig Sigismund im Sommer 1411 überhaupt an eine sofortige generelle Pfandeinlösung dachte, geht schon daraus hervor, daß er selber dem in Ofen anwesenden Kaspar Gans zu Putlitz und dessen Schwager Hartwig von Bülow das Schloß Lenzen für 1500 Schock b. Gr. versetzte¹⁾. Im übrigen aber kann ein Zweifel daran nicht obwalten, daß er in der allgemein durchgeführten Pfandeinlösung das richtige Mittel zur Wiederherstellung seiner landesfürstlichen Macht in Brandenburg erkannt hatte und entschlossen war, es so bald als möglich zu benutzen.

Gegen Ende des Juli 1411 kehrte die märkische Deputation aus Ungarn in die Heimat zurück²⁾ und erstattete hier Bericht über die von dem Könige angeordnete Pfandeinlösung und die Ernennung des Burggrafen Friedrich zum Statthalter der Mark. Man kann sich denken, mit welchen Empfindungen sowohl die Bürgerschaft Berlins als auch Dietrich von Quitzow die Kunde vernahm, daß der König das viel umstrittene Schloß Köpenick als sein Eigentum zurückfordern werde. Wie zwei Gegner verblüfft einander gegenüberstehen, wenn sie plötzlich erkennen, daß sie zwecklos mit einander gestritten haben, so erging es jetzt der Stadt Berlin und ihrem Widersacher. Eben noch im heftigen Streite mit einander begriffen, sahen beide den Gegenstand desselben ihrer Hand entrissen und jahrelange Bemühungen umsonst verschwendet. Daß ihre Fehde damit ein Ende nahm und gleichsam in sich selber erlosch, das ist selbstverständlich, aber nicht minder, daß keine Partei mit dieser unerwarteten Lösung des Streites zufrieden war. Die Quitzows freilich haben sich um den Besitz des Schlosses Köpenick, so viel wir wissen, nicht weiter bemüht, da die bevorstehende allgemeine Pfandeinlösung sie mit einem viel schwereren Verluste, dem ihrer wichtigsten Burgen und

¹⁾ R. I, 3, 411. ²⁾ Nach der Magd. Schöffenchron. z. J. 1411 am Jakobitage (den 25. Juli).

Ortschaften, bedrohte; in Berlin dagegen traten Mißmut und Oppositionslust offen zu tage. Im Gefühle ihres ordnungsmäßig erworbenen Anrechtes auf das Schloß hatten Rat und Bürgerschaft wohl nichts anderes gewünscht und erhofft als die einfache Anerkennung ihres von den Quitzows angefochtenen Besitzes, und sahen sich nun in dieser Hoffnung getäuscht. Die Zurücknahme des Schlosses durch den König erschien als eine reaktionäre Maßregel zur Stärkung der landesfürstlichen Gewalt und zur Schwächung der kommunalen Selbständigkeit; kurz man beschloß, der königlichen Weisung zum trotze die Herausgabe des Schlosses zu verweigern. Am 21. Juli hatte der Burggraf Friedrich, der durch Reichsgeschäfte behindert nicht sogleich das Hoflager Sigismunds verlassen konnte, Wend von Jleburg zu seinem Unterhauptmann in der Mark mit der Weisung ernannt, die Pfandeinlösung vorzunehmen¹⁾; als dieser jedoch in Berlin seinem Auftrage gemäß die Einlösung des Schlosses in das Werk setzen wollte, lehnte man sein Anerbieten ab. Da erließ Sigismund selbst am 15. Januar 1412 an den Berliner Rat den gemessenen Befehl „ohne Verzug und Widersprechen“ das Schloß dem Burggrafen oder seinem Unterhauptmann auszuliefern²⁾; allein die Stadt blieb bei ihrer Weigerung, und es bedurfte erst des persönlichen Erscheinens des Burggrafen, um die Auslösung des Schlosses zu erwirken.

Indessen scheint jener königliche Befehl bei dem einsichtigeren Teile der Bevölkerung und besonders bei den Bürgermeistern, welche die Folgen der Verweigerung des Gehorsams zu ermessen im stande waren, nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Während aber die einen zur Nachgiebigkeit rieten, beharrten die anderen um so entschiedener in ihrer Opposition gegen die Anordnung des Königs, so daß es zu einem Zwiespalt und zu Gährungen in der Bürgerschaft Berlins kam. Um die Osterzeit 1412 verband sich ein Teil der Bürger unter der Führung zweier Männer, Andreas Stroband und Köpenick, in einem der Klöster der Stadt zur Beseitigung der Bürgermeister³⁾. Die dürftigen Nachrichten über diesen Vorgang

¹⁾ Raumer, C. d. I, 43. Eine zweite Ernennungsurk. stellte ihm der Burggraf am 27. Sept. 1411 aus (R. III, 1, 45), und zugleich verlieh er ihm das Dorf Kriele im Havellande (R. I, 7, 52) und die Anwartschaft auf das Schloß Golzow bei Brandenburg (R. I, 10, 136). ²⁾ R. I, 12, 13. ³⁾ Einen Erfolg hatten die

geben freilich über den Anlaß und den Zweck desselben keinen Aufschluß, so daß es unberechtigt erscheinen mag, ihn mit der Zurückforderung des Köpenicker Schlosses in Verbindung zu bringen; indessen war es gerade diese Angelegenheit, welche im Frühjahr 1412 die Gemeinde in Spannung und Atem versetzte und außerdem noch die principielle politische Frage berührte, ob man den Burggrafen Friedrich überhaupt als Statthalter der Mark zu betrachten habe. Diese Frage war um so schwieriger zu entscheiden, als der Herzog Suantibor auch nach Jobsts Tode fortfuhr, als Hauptmann die Mark zu regieren¹⁾, und als solcher von den meisten Städten und dem Adel anerkannt wurde. Unter diesen Umständen war es kaum zu vermeiden, daß die Bürgerschaften sich in Parteien spalteten, von denen wohl die zahlreichere dem Pommernherzog, die einsichtigere jedoch in anbetracht der königlichen Verordnung dem Burggrafen anhing. Auch in Berlin konnten sich die Behörden nicht verhehlen, daß die Nichtbeachtung des königlichen Willens für sie persönlich und für die Gemeinde insgesamt eine Gefahr in sich schloß; indem sie aber die Bürgerschaft in diesem Sinne zu beeinflussen suchten, verloren sie deren Anhänglichkeit, so daß anarchische Bestrebungen in der Stadt einen bereiten Boden fanden. — Wie in Berlin rief auch an anderen Orten die Ungewissheit über die Zukunft des Landes politische Gährungen hervor, denn Sigismund sah sich veranlaßt, am 14. Januar 1412 ein Manifest an sämtliche Bewohner der Mark zu erlassen, um sie zum Gehorsam gegen seine Befehle zurückzurufen. „Da es seit Menschengedenken

Ruhestörer nicht. Sie verfielen sogar dem geistlichen Gerichte des Brandenburger Bischofes, weil sie während der Osterzeit und an einem heiligen Orte ihre geheime Verbindung geschlossen hatten. Der Brandenburger Offizial übertrug 1412 die Untersuchung gegen sie dem rechtskundigen Engelbert Wusterwitz, dem Verfasser der märk. Chronik. Das an diesen gerichtete Schreiben (R. Supplem.-Bd. S. 269) bemerkt, daß die Angeklagten *illicitas conjurationes, confederationes et conspirationes contra consules et publicam utilitatem opidi Berlinensis fecerunt* und zwar in loco sacro et tempore Dominice passionis, quo minime jurare licet. Eine Beziehung auf diesen Vorgang enthält auch die Notiz in dem Berliner Stadtbuche z. J. 1412, daß dem Bischofe eine Geldsumme gezahlt sei pro eo quod communitas civium se conspiraverunt in clastro per juramenta (Fidicin, Beitr. I, 233).

¹⁾ Noch am 19. November 1411 forderte er von Berlin die fällige Steuer ein (Fidicin, Beitr. III, 290).

nicht anders gewesen ist,“ so beginnt der König seine Erklärung, „als daß die Einwohner des würdigen Kurfürstentums unserer Mark zu Brandenburg ihrem Markgrafen bis zum Tode allezeit getreulich und unbeweglich gehorsam gewesen und geblieben sind, darum ist unser königliches Gemüt durch das, was uns neulich zu Ohren gekommen ist, um so mehr beschwert und betrübt worden, als der genannten Einwohner feste Treue und demütiger Gehorsam gegen unsere Vorfahren die Markgrafen größer gewesen ist und jetzt wider unsere Ordnung, Gebot und Meinung Ungehorsam und Unwille, der wir uns, zumal nach den vorgegangenen Dingen, nicht versehen haben, in der Mark bewiesen werden.“ Nach diesen einleitenden Worten macht er den Märkern den Vorwurf, daß sie gegen seinen und des Burggrafen Befehl Wend von Jleburg als Unterhauptmann nicht anerkannt, sondern „mit eigenem Mutwillen“ den Herzog Suantibor zum Hauptmann „aufgeworfen“ hätten und noch als Verweser des Landes betrachteten, ein Verhalten, wie es unter den Unterthanen deutscher Fürsten „unerhört“ sei. Er ermahnt sie dringend, des Huldigungseides eingedenk zu sein und zum Gehorsam zurückzukehren. Dieses Manifest wurde den einzelnen Städten und den Ständen zugesandt¹⁾, während die Edelleute, welche sich im Pfandbesitz markgräflicher Güter und Zölle befanden, wie Dietrich und Johann von Quitzow, Johann von Torgau, Poppo von Holzen-dorf, Bitke von Arnim und Wichard von Rochow in Potsdam eine besondere Aufforderung empfangen²⁾, die Anträge Wends von Jleburg behufs der Pfandeinlösung anzunehmen.

Auch diese ernste Erklärung des Königs blieb ohne Erfolg. Es ist nicht bekannt, daß Wend von Jleburg auch nur eine der vielen von Jobst verpfändeten Besitzungen wieder eingelöst habe. So wenig wie Berlin auf das Schloß Köpenick, wollte der Adel auf seinen mannigfachen Pfandbesitz Verzicht leisten. Die Mark befand sich ihrem Landesfürsten gegenüber im Zustande der passiven Revolution, und die markgräfliche Autorität, unter Jobst machtlos aber doch anerkannt, schien unter Sigismund auch den Rest von Bedeutung verloren zu haben. Im Innern des Landes währte die

¹⁾ Das der kleinen Stadt Trebbin zugeschickte Exemplar ist erhalten (R. I, 10, 493) und mit dem an die Stände gerichteten (R. II, 3, 192) im wesentlichen gleichlautend. ²⁾ R. II, 3, 194 und 195.

gewaltthätige Herrschaft des Adels über die Bewohner fort¹⁾, und mit Trauer bemerkt der märkische Chronist zum Jahre 1411 über die Erfolglosigkeit der Hoffnungen, die man auf Sigismund gesetzt hatte: „Es ist aber wenig Hülfe erfolgt, sondern die Mark ist in ihrem Jammer und Elende immer fort geblieben, wie sie zuvor gewesen.“ Es war die höchste Zeit, daß endlich der Burggraf Friedrich selber sich in die Mark begab und die politische Reorganisation derselben persönlich unternahm.

¹⁾ Wusterwitz S. 84.

XXIII.

Das Ende der märkischen Anarchie.

Am 8. Juli 1411 hatte Sigismund den Burggrafen Friedrich in anbetracht seiner „mannigfaltigen Dienste und Werke“ und „im Vertrauen auf seine Vernunft“ zum obersten Hauptmann und Verweser der Mark Brandenburg mit allen Rechten und Pflichten, wie ein „jeglicher wahrer Markgraf“ sie ausüben würde, ernannt und ihm 100 000 ungar. Goldgulden als Lohn und Ersatz für die Mühe und die Kosten verheißten, die er würde aufwenden müssen, um die Mark aus dem „krieglichen und verderblichen Wesen“ zu erretten¹⁾. Bis Sigismund oder seine Nachkommen diese Summe bezahlt hätten, sollte die Mark selber mit ihren Zinsen und Renten dem Burggrafen als Unterpfand dienen. Bereits am 25. August 1411 wurde jene Summe um die Hälfte erhöht, da Sigismund dem ältesten Sohne des Burggrafen Friedrich mit Namen Johann, als dieser sich mit Barbara, der Tochter des Herzogs Rudolf von Sachsen-Wittenberg, einem Wunsche des Königs gemäß verlobte, ein Geschenk von 50 000 Goldgulden machte²⁾. Auch dieses Geld zahlte Sigismund den Verlobten nicht in barer Münze, sondern durch Überweisung der Orte Potsdam, Trebbin, Saarmund, Plaue, Mittenwalde, Brietzen und Belitz, deren Steuerertrag ihnen zufallen sollte. Die finanzielle Seite dieser Verleihungen war den märkischen Geschichtsschreibern schon des nächsten Jahrhunderts so wenig verständlich, daß sie von einem Verkaufe der Mark an den Burggrafen redeten, woran gar nicht zu denken ist. Man begreift die Finanzoperation sogleich, wenn man die Art und Weise betrachtet, wie Jobst seine Anlehen aufnahm. Er übergab seinen Gläubigern Schlösser und Städte als

¹⁾ R. II, 3, 178—181. ²⁾ R. II, 3, 184.

realen Pfandbesitz zur Sicherstellung sowohl des Kapitals als auch der Zinsen, welche letzteren aus den Erträgen der verpfändeten Besitzungen entnommen wurden. In ähnlicher Weise verfuhr im obigen Falle auch Sigismund, indem er erklärte, dem Burggrafen eine hohe Geldsumme schuldig zu sein, bis zu deren Abzahlung diesem die Mark als Unterpfand dienen sollte. War die Form der Übertragung des Kurlandes an Friedrich demnach weit entfernt davon, ein Verkauf zu sein, so stellte sie andererseits doch auch nicht ein bloßes Pfandgeschäft dar, denn sie schloß auch ein wichtiges politisches Moment in sich. Ein Anrecht an die ihm verheißene Geldsumme sollte der Burggraf erst durch ein hingebungsvolles Wirken für die Mark erwerben; und ferner hatte Sigismund die Geldsumme so hoch bemessen, daß die vorbehaltene Wiedereinlösung der Mark durch die geldarmen Luxemburger auch in den nächsten Generationen sehr unwahrscheinlich war und der Burggraf also die Aussicht auf einen dauernden Besitz des Kurlandes für sich und seine Nachkommen gewann. Unter diesen Umständen trat er in der Mark nicht nur mit einer viel höheren Autorität auf als die Statthalter vor ihm, sondern auch mit einem viel regeren Antriebe hier Ordnung, Ruhe und Gedeihen zu schaffen, denn er war sich bewußt, daß der Erfolg seiner Thaten ihm selber oder doch einst seinen Erben zu gute kommen würde.

Am 21. oder 22. Juni 1412 traf er in der Stadt Brandenburg ein, begleitet von den Herzögen Rudolf und Albrecht von Sachsen-Wittenberg, den Grafen von Schwarzburg und einem stattlichen Gefolge fränkischer Ritter. Er wurde von der Bevölkerung, dem Bisthofschofe und der Geistlichkeit achtungsvoll begrüßt und aufgenommen, mußte aber sehr bald erkennen, welche schwierige Aufgabe in der Reorganisation des Landes seiner harrte, denn darüber kann heute kein Zweifel mehr obwalten, daß der gesamte Adel und ein großer Teil der Städte des Kurlandes ihm feindlich gesinnt waren. Zunächst trat er den Märkern als ein Fremder gegenüber, als ein Mann von anderer Mundart, Sitte und Lebensanschauung, während die früheren Statthalter als Norddeutsche der märkischen Denkweise näher gestanden hatten. Sodann aber kündigte sein Erscheinen die Durchführung eines politischen Programmes an, welches in den Besitzverhältnissen vieler Edelleute eine derartige Umwälzung herbeiführen mußte, daß es schien, als sollte die gesamte Regierung Jobsts aus der bran-

denburgischen Geschichte gestrichen und ausgelöscht werden. In der That hatte Sigismund Verfügungen getroffen, mit denen er, auf die Zeit seiner früheren Herrschaft über die Mark zurückgreifend, die Rechte einzelner Edelleute verletzte. Welche Veränderungen waren nicht seit 1388 mit Plaue vorgegangen, welches Lippold von Bredow inne gehabt und auf Johann von Quitzow vererbt hatte; und doch hatte Sigismund mit souveräner Nichtachtung der Ansprüche des Letzteren das Schloß samt „allen Rechten, Ehren, Herrlichkeiten, Lehen, Gerichten und Zöllen“ dem Sohne des Burggrafen überwiesen. Schon diese Verfügung kam einer Kriegserklärung an die Quitzows gleich. Nicht minder schwer verletzt als die Quitzows mußte sich Wichard von Rochow fühlen, auf dessen Stammschloß Golzow der Burggraf seinem Freunde Wend von Jleburg eine Anwartschaft für den Fall erteilt hatte, daß Wichard kinderlos sterben sollte. Das Erbrecht der Anverwandten desselben war damit ohne Rechtsgrund außer Kraft gesetzt, und dies Verfahren geeignet, in noch weiteren Kreisen Unmut und Unzufriedenheit über das neue Regiment zu erzeugen. Eine Kränkung seines Hauses konnte darin auch Kaspar Gans zu Putlitz erblicken, dessen Tochter Anna mit Wichard von Rochow vermählt war. Es begreift sich leicht, daß derselbe als Schwiegervater des Letzteren und als Freund der Quitzows um so mehr ein entschiedener Gegner des Burggrafen wurde, als König Sigismund selber ihm mit besonderer Achtung begegnete und ihn noch zu Michaelis 1411 zum Hauptmann der Priegnitz bestellt hatte ¹⁾. Mit den Putlitz, Rochows und Quitzows standen aber die adligen Familien nicht nur der Mittel- sondern auch der Altmark in nahen Beziehungen, und auch die Letzteren, wie die von Alvensleben, von der Schulenburg und andere, sahen in der Pfandeinlösung eine Beeinträchtigung ihrer Rechte. Der mächtigste Stand des Kurlandes also, der Adel, befand sich an der Spitze der Oppositionspartei, welche der Burggraf jetzt seiner Autorität unterwerfen mußte. Daß Macht und Gewalt allein dazu nicht ausreichten, selbst wenn sie ihm im ausgiebigsten Maße zu Gebote gestanden hätten, das war ihm von vornherein klar. Es bedurfte daneben auch der politischen Klugheit und der diplomatischen Geschicklichkeit. Glücklicher Weise hatte er sich während seiner langen staatsmännischen Lauf-

¹⁾ R. I, 3, 412.

bahn die Fähigkeit erworben, Menschen und Verhältnisse zu beurteilen und zu behandeln, jene für sich zu gewinnen und diese seinen Zwecken dienstbar zu machen. Im Vertrauen auf diese Fähigkeit unternahm er die schwierigste politische Aufgabe, die ihm das Leben gestellt hat, und in ihrer geschickten Lösung hat er sich als ein Meister in der Staatskunst bewährt.

Da er nicht bloß als Statthalter des Königs in die Mark gekommen war, sondern auch als Pfandinhaber des Landes wie einst der Markgraf Jobst, so war er gleich diesem berechtigt von den Märkern die Huldigung zu fordern. Zu diesem Zwecke berief er die Stände auf den 10. Juli nach Brandenburg. Die Zwischenzeit bis zu diesem Tage benutzte er dazu, die nahe gelegenen Städte zu besuchen und hier Rat und Bürgerschaft zum Gehorsam zu verpflichten. Es ist beachtenswert, daß er von Brandenburg aus, obgleich andere Städte ihm näher lagen, zunächst nach Berlin eilte. Am 6. Juli bestätigte er der Stadt ihre Privilegien¹⁾, und am 7. Juli leistete ihm die Gemeinde den Huldigungseid²⁾. Schwerlich war ihm ein festlicher Empfang dabei bereitet, denn die Köpenicker Frage bedrückte die Gemüter; indessen scheint dieselbe überhaupt nicht zur Sprache gebracht zu sein, da der Burggraf schon am folgenden Tage Berlin wieder verließ. Am 8. Juli war er in Spandau, am 9. in Nauen und am 10. traf er wieder in Brandenburg ein, um hier die berufene Ständerversammlung zu eröffnen. Es geschah unter dem Gefühle einer schmerzlichen Enttäuschung, denn nur aus dem Teltow, dem Lande Sternberg und dem Bistume Lebus hatten sich die Vertreter des Adels eingefunden und mit ihnen die Abgeordneten der meisten Städte und die Bischöfe von Brandenburg, Lebus und Havelberg³⁾. Nicht erschienen war dagegen der Adel

¹⁾ Fidicin, Beitr. III, 291. ²⁾ v. Raumer C. d. I, 66 enthält ein Verzeichnis der Tage, an denen die einzelnen märkischen Städte gehuldigt haben. Berlin steht mit *Feria quinta vigil. Kiliani* obenan. ³⁾ Am 12. Aug. 1412 erklärte Sigismund selbst, daß seine „lieben getreuen Bischöfe“ dem Burggrafen gehuldigt hätten (R. I, 3, 415). Der Bischof Otto von Havelberg hatte es gethan, trotzdem Kaspar Gans zu Putlitz und die Quitzows ihm drohend geschrieben hatten, daß er „ihrer Freundschaft würde entbehren und sie ihn würden angreifen müssen,“ wenn er sich dem Burggrafen anschlosse (R. I, 1, 309). Sternberg und Lebus, wo der Einfluß des Bischofes Johann maßgebend war, standen schon im Aug. 1411 mit dem Burggrafen in freundlichem Verkehr nach v. Raumer C. d. I, 131.

aus dem Barnim, dem Glyn¹⁾, dem Havellande²⁾, der Priegnitz und der Altmark. Als Vertreter der letzten beiden Landschaften hatte sich nur Kaspar Gans zu Putlitz eingefunden, um die Erklärung abzugeben, daß die Stände der Priegnitz und Altmark über die Huldigungsfrage erst unter sich in Beratung treten wollten und er deshalb um eine Abschrift der königlichen Vollmachten bitten müsse, welche der Burggraf mitgebracht habe. Die Abschrift wurde ihm übergeben, ihr Inhalt aber von den von ihm berufenen Ständen nicht für überzeugend erklärt und demzufolge der Beschluß gefaßt, daß der altmärkische Landschreiber und Notar Peter Grochwitz sich nach Ofen begeben, dem Könige gewisse Fragen vorlegen und die Antwort darauf „heimlich“ zurückbringen sollte. Sigismund jedoch erteilte ihm a. 12. August nicht eine „heimliche“, sondern eine offene, heute noch urkundlich zu lesende Antwort³⁾, welche uns einen Einblick in die Verhandlungen der altmärkischen und priegnitzischen Stände gewährt. Danach hatte Kaspar Gans zu Putlitz der Versammlung erklärt, daß der König ihm während seiner Anwesenheit in Ofen die Auslieferung der verpfändeten Schlösser nicht anbefohlen habe; und in gleichem Sinne hatten sich auch andere Mitglieder der nach Ofen gesandten Huldigungsdeputation, wie Fritz von der Schulenburg, Gerhard von Alvensleben und Dietrich von Runtorf geäußert, damals die Inhaber der Vogteien Salzwedel, Gardelegen und Arneburg. Auf grund dieser Eröffnungen hatten denn auch nicht bloß die Edelleute, sondern auch die Vertreter der Städte sich gegen die sofortige Anerkennung des Burggrafen ausgesprochen. Sigismund erwiderte ihnen nun, jene Edelleute hätten seinen Befehl entweder „vergessen oder wollten ihn vergessen und nicht wissen“; die Stände sollten sofort den Burggrafen anerkennen. Auch dieser erneute Befehl hatte zunächst keinen Erfolg, denn der König mußte die gleiche Weisung im September wiederholen⁴⁾. Noch entschiedener als in der Altmark und Priegnitz war die Opposition gegen den Burggrafen im Havellande, dessen Edelleute unter dem Einflusse der Quitzows standen. Wichard von Rochow auf Golzow und Achim von Bredow teilten mit diesen die gleiche Ge-

¹⁾ Noch am 12. Aug. 1412 forderte Sigismund die Stände dieser beiden Landschaften auf, dem Burggrafen zu huldigen (R. II, 3, 198). ²⁾ Wusterwitz S. 85.

³⁾ R. I, 3, 414. ⁴⁾ R. I, 17, 100 u. I, 3, 413.

sinnung und schlossen sich lieber an Kaspar Gans zu Putlitz als an den Burggrafen an¹⁾. In dem Kreise dieser havelländischen Ritter ist die spöttische Bezeichnung Friedrichs als „Tand von Nürnberg“ aufgekommen, und Johann von Quitzow war es, der die Äußerung that, er würde kein Schloß herausgeben, auch wenn es ein ganzes Jahr hindurch Burggrafen von Nürnberg regnete²⁾. Den Quitzows lag der Gedanke an Nachgiebigkeit noch so fern, daß sie die Mauern ihrer Schlösser mit den damals gerade in Aufnahme kommenden Geschützen — Büchsen nennt sie Wusterwitz³⁾ — armierten und daran dachten, nicht nur dem Burggrafen Widerstand zu leisten, sondern ihn auch aus der Mark zu verdrängen. Mit dem Adel der Altmark und Priegnitz zusammen bildeten die Edelleute des Havelgebietes eine Oppositionspartei, welche unter der geschickten Leitung des Herrn zu Putlitz eine feste Organisation erhielt und von Verhandlungen mit dem Burggrafen nichts mehr wissen wollte. Die mißvergnügten Ritter erklärten, Kaspar Gans zu Putlitz sei ihnen „Markgraf genug“⁴⁾.

Wie bedrohlich für den Burggrafen aber auch die Haltung dieser Adelspartei sich gestalten mochte, so hatten doch andererseits seine persönliche Erscheinung und sein Vertrauen erweckendes Wesen ihm Anhänger in der Mark erworben, deren Zahl sich von Tag zu Tag mehrte. Nach der Huldigungsfeier in Brandenburg trat er eine Huldigungsreise durch die Mittelmark bis Frankfurt an, und er hatte die Genugthuung in allen Städten, die er berührte, einen freundlichen Empfang und die gewünschte Anerkennung zu finden. Durch sein leutseliges Auftreten und nicht minder durch die unentgeltliche Bestätigung der Privilegien der Kommunen⁵⁾ überwand er das Mißtrauen, welches die Bürger gegen seine Person wie gegen seine Absichten anfänglich gehegt hatten. Im übrigen erkannten diese sehr bald, daß die Wiederbegründung eines kraftvollen Regimentes in der Mark das Übergewicht des Adels über die anderen Stände brechen und dadurch Ruhe und Frieden in das Land zurückführen müsse. Eben so wenig entging es ihnen, daß die Pfandeinlösung nicht sowohl die Städte als vielmehr den Adel mit einem Verluste

¹⁾ Wusterwitz S. 85. ²⁾ Ebend. S. 86 u. Magd. Schöff.-Chron. z. J. 1412.

³⁾ Wusterwitz S. 87. ⁴⁾ Magd. Schöff.-Chron. a. a. O. ⁵⁾ Vergl. Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 77 u. S. 339, Anm. 14.

bedrohte, da die Edelleute in ungleich höherem Maße als die Kommunen markgräfliche Besitzungen und Rechte an sich gebracht hatten. In der Erkenntnis, daß der Burggraf durch die Beschränkung der Macht des Adels ihr eigenes Interesse fördere, schlossen sich jenem die Bürgerschaften bald mit lebhaften Sympathien an. — Nicht minder bedeutsam für das glückliche Gelingen der Reorganisation des Landes wurde der Anschluß der gesamten Geistlichkeit an Friedrich. Für diese war im allgemeinen schon das Verhalten der Bischöfe maßgebend, die zur Huldigungsfeier in Brandenburg sich eingefunden hatten; aber es ist bekannt, daß der Burggraf auch geschäftige Vertreter seiner Sache unter den Geistlichen gefunden hat. Von unschätzbarem Werte für ihn waren die treuen Dienste des klugen Abtes Heinrich Stich von Lehnin, welcher sein hohes Ansehen unter den Edelleuten des Havellandes gegen den Einfluß der Quitzows geltend machte und die Opposition gegen das neue Regiment in ihrem Mittelpunkte bekämpfte¹⁾. Man darf wohl einen Erfolg seiner persönlichen Bemühungen darin erblicken, daß bereits am 14. September 1412 Mitglieder der im Havelgebiete ansässigen adligen Familien Knoblauch, Retzow, Arnim, Bardeleben, Döberitz, Ribbeck, Lindow, Markow u. a. sich in Berlin einfanden, um dem Burggrafen zu huldigen²⁾. Gleich dem Abte von Lehnin stand auch der Guardian der Franziskaner im grauen Kloster zu Berlin auf Friedrichs Seite, denn wichtige Urkunden übergab dieser dem Klosterarchive zur Aufbewahrung³⁾.

Während aber die Sache des Burggrafen in den Städten und unter den Geistlichen täglich mehr Freunde fand und selbst einzelne Edelleute herbeieilten, um von jenem die Bestätigung ihres Besitzes und ihrer Privilegien zu erbitten, trat unerwartet ein Ereignis ein, welches alle diese Erfolge wieder in Frage stellte, ein Einfall der Söhne des Herzogs Suantibor in die Mark. Auch der Pommernherzog hatte märkische Landesteile als Pfandinhaber in besitz und außerdem noch Geldforderungen an die Mark für die Verwaltung des Statthalterpostens. Nach Sigismunds Geheiß sollte Friedrich auch die pommerschen Pfandrechte ablösen, die Suantibor zu bewahren wünschte, und zur Befriedigung der Forderungen, welche

¹⁾ Wusterwitz S. 86. ²⁾ Riedel, a. a. O. S. 79 und S. 342. ³⁾ v. Raumer, Cod. dipl. I. 47.

dieser erheben konnte, fehlten alle Mittel. Nimmt man hinzu, daß Suantibor sich auch nach dem Ableben Jobsts noch als Verweser der Mark betrachtete und unter dem Adel einen Anhang besaß, so ergibt sich, daß jener Anlaß genug zu einem kriegerischen Vorgehen gegen Friedrich und gegründete Aussicht auf einen siegreichen Erfolg hatte. Nach einer Notiz der märkischen Chronik¹⁾ sollen die Mitglieder der Adelsopposition, besonders die Quitzows, den Herzog zu dem Einfalle bewogen haben, und diese Mitteilung verdient um so mehr Beachtung, als die Pommern unter der Führung der Söhne Suantibors Otto und Kasimir nicht in den offenen Barnim vordrangen, sondern durch das sumpfige Havelgebiet bei Kremmen in das Havelland zu gelangen suchten, wo die Besitzungen der Bredows, Rochows und Quitzows lagen. Die Gefahr für den Burggrafen war groß, wenn es den Pommern gelang, sich mit seinen Gegnern unter den Edelleuten in Verbindung zu setzen. Um dies zu verhindern, eilte er mit einer Truppschar zur Verteidigung des Kremmer Dammes herbei, über welchen die aus der Uckermark heranziehenden Feinde ihren Weg nehmen mußten, wenn sie die Sumpfwiesen und Moorflächen an der mittleren Havel passieren wollten. Der Kremmer Damm hatte in jenen Tagen also — wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf — die Bedeutung der Thermopylen für das Havelland; auch eine an Zahl geringe Mannschaft konnte hier einem überlegenen Feinde erfolgreichen Widerstand leisten. Die Truppschar des Burggrafen war auf keinen Fall bedeutend, aber genügend zur Verteidigung des Passes. Sie bestand aus den fränkischen Rittern, welche mit ihm in die Mark gekommen waren, den Kontingenten einzelner Städte und den Mannschaften des Erzbischofs Günther von Magdeburg, der auf grund eines am 19. September 1412 mit Friedrich in Wittenberg abgeschlossenen Bündnisses²⁾ auch mit ins Feld gerückt war. Der Zu-

¹⁾ Wusterwitz, S. 87. ²⁾ R. II, 3, 200 und 201. Von einer Teilnahme märkischer Edelleute am Kampfe zu Gunsten der Pommern ist nichts bekannt, beachtenswert aber die Thatsache, daß die Quitzows, Kaspar Gans zu Putlitz, Wichard von Rochow u. Achim von Bredow im jetzigen Kreise Jerichow, der damals zum Erzstifte Magdeburg gehörte, Plünderungen unternahmen, als die Pommern gegen die Mark heranrückten (vergl. R. II, 3, 285 u. 286). Das sieht wie eine Diversion zu Gunsten der Letzteren aus, um den Erzbischof an der Unterstützung Friedrichs zu hindern.

sammenstoß mit den Pommern erfolgte am 24. Oktober und muß mehrere Tage hindurch gewährt haben, denn es war nicht eine Schlacht oder ein Gefecht im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern ein Verteidigungskampf gegen wiederholte Angriffe. Für ein mehrtägiges Streiten um den Besitz des Dammes zeugen im übrigen auch die Quellen. Am 24. Oktober fand der Graf Johann von Hohenlohe bei Kremmen den Tod¹⁾; den 27. Oktober nennt eine magdeburgische Urkunde als den Tag des Kampfes²⁾, und noch am 28. Oktober soll der Ritter Philipp von Utenhofen gefallen sein³⁾. Über den Verlauf des Kampfes liegt nur eine dürftige Notiz in einer Berliner Urkunde vor⁴⁾. Einer Aufforderung des Burggrafen entsprechend hatten Berlin und Köln ihre Mannschaften „zu gleichem Frommen (Gewinn) und Schaden“ nach Kremmen ziehen lassen und die Berliner einen „Schaden von 5 Schock Groschen“ erlitten, die Köllner aber einen Gewinn davon getragen. Darauf forderten die Berliner Anteil an dem Gewinn der Köllner und Teilnahme der Letzteren an dem Verluste Berlins. Die Köllner setzten dieser Forderung Widerstand entgegen, und der Rat von Berlin wandte sich deshalb mit einer Beschwerde an den Burggrafen. Diese Notiz ist insofern von Bedeutung, als sie die Annahme einer Niederlage Friedrichs bei Kremmen ausschließt, denn bei einem unglücklichen Ausgange des Streites würde der Verlust der Berliner schwerlich so gering ausgefallen sein, wie er oben angegeben ist, und noch weniger würden die Köllner nur Gewinn davon getragen und keinen Verlust erlitten haben. In der Hauptsache war der Erfolg auf seiten des Burggrafen: der Feind wurde bei Kremmen aufgehalten und zog sich in die Uckermark zurück. An eine Verfolgung desselben durfte

¹⁾ Diesen Tag (St. Columbanus) nennt Wusterwitz S. 87, und damit übereinstimmend auch eine Inschrift auf dem Grabdenkmale des Grafen Joh. von Hohenlohe in der Klosterkirche zu Berlin (Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 107). ²⁾ R. II, 3, 306: Dornach an sonte (d. h. sanct, nicht Sonntag, wie an dieser Stelle bei Riedel gelesen wird) symonis und jude avende (27. Okt.), alze unser her (der Erzbischof) und ohme (der Burggraf) gestrettin hatte mit dem herzogen von Stettin u. s. w. Vergl. dazu Riedel, Zehn Jahre S. 351. ³⁾ Nach Wusterwitz S. 87 starb dieser Ritter ebenfalls am 24. Oktober 1412. Eine Grabinschrift in der Klosterkirche zu Berlin aber nannte, wie Angelus, Annal. March. S. 190 berichtet, den 28. Oktober als Tag seines Todes (Simonis und Judae Gedächtnistag). Noch ein dritter fränkischer Ritter fiel bei Kremmen, Krafft von Leutersheim. Die Grabstätte desselben ist jedoch nicht bekannt. ⁴⁾ Fid. Beitr. II, 178.

Friedrich nicht denken; schon am 1. November war er nach Berlin zurückgekehrt ¹⁾).

Das mutvolle Auftreten Friedrichs gegen den äußeren Feind verfehlte nicht Eindruck auf seine Gegner im Innern zu machen. Die Städte der Altmark und der Priegnitz lösten ihre Verbindung mit der adligen Oppositionspartei und leisteten ihm die geforderte Huldigung, jene im November und diese im folgenden Monat ²⁾). Am 11. November erschien er persönlich in Tangermünde und fand hier wie auch in den übrigen Städten der Altmark und der Priegnitz, die er besuchte, eine freundliche Aufnahme. Die widersetzlichen Edelleute, wie die Quitzows, Johann von Uchtenhagen, Peter und Achim von Bredow, Wichard von Rochow, Albrecht und Werner von Holzendorf, waren wegen ihres Ungehorsams gegen die Befehle Sigismunds inzwischen vor das königliche Hofgericht zu Ofen beschieden ³⁾); und diese Citation wie der Umschwung in der Gesinnung der Stadtgemeinden machten doch einzelne Edelleute bedenklich über die Folgen ihrer Opposition. Sie suchten sich dem Burggrafen zu nähern und Frieden mit ihm zu schließen. Die Familie der Bredows war ihm gegenüber schon lange nicht mehr einig in ihrer

¹⁾ Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 350 nach ungedruckten Urkk. Diese Angabe ist nicht vereinbar mit der a. a. O. S. 106 ausgesprochenen Behauptung, daß der Burggraf sich aus Trauer über den Verlust der drei fränkischen Ritter auf mehrere Tage in die Einsamkeit des Karthäuserklosters zu Frankfurt zurückgezogen habe und erst anfangs des November wieder in Berlin erschienen sei. Hierauf wurde Riedel durch die Urk. Friedrichs v. 28. Oktober 1412 (R. I, 20, 12) geführt, kraft welcher die Frankfurter Karthäuser das Recht erhielten, bis zu 30 Schock b. Gr. Grundzins in der Mark zu erwerben. Da die Urk. Frankfurt als Ausstellungsort nennt, so folgerte R. daraus eine Anwesenheit Friedrichs daselbst am 28. Okt., und um doch einen Grund für dieselbe anzugeben, ließ er ihn die Einsamkeit der Karthause aufsuchen. Abgesehen aber von der Unmöglichkeit, daß Friedrich am 27. Okt. mit dem Erzbischofe Günther vereint in Kremen kämpfte und am nächsten Tage schon etwa 15 Meilen davon in Frankfurt gewesen sein soll, welche Vorstellung müßten wir uns von der militärischen Begabung desselben machen, wenn er, der Befehlshaber, vom Schlachtfelde in ein Kloster eilen konnte, um in unrühmlichem Schmerze das Schicksal gefallener Helden zu betrauern! — Alle diese Unwahrscheinlichkeiten fallen dahin, sobald wir wissen, daß um diese Zeit der Ausstellungsort einer fürstlichen Urk. nicht mehr unbedingt gleichbedeutend mit dem Aufenthaltsorte des Fürsten ist. Nicht der Burggraf, sondern nur seine Kanzlei befand sich am 28. Okt. in Frankfurt. ²⁾ Die Anregung dazu war von Gardelegen in der Altmark ausgegangen, R. Supplem.-Bd. S. 53. ³⁾ Vergl. R. C. d. Registerbd. I, 493.

Haltung; wie der Bischof Henning von Bredow hatte sich auch Hasso von Bredow, der frühere Besitzer von Friesack, ihm angeschlossen¹⁾. Im Frühjahr 1413 finden wir auch Werner von Holzendorf, einen Freund der Quitzows, im Gefolge Friedrichs²⁾. Die Reihen des widersetzlichen Adels lichteten sich, und unter den Genossen der Quitzows riß die Fahnenflucht ein. Diese selber erkannten endlich die Notwendigkeit einer Änderung ihrer Stellung zu dem Burggrafen und fanden, als sie sich mit Kaspar Gans zu Putlitz demselben näherten, ein freundliches Entgegenkommen. In den ersten Tagen des April 1413 erschienen die Häupter der Opposition in Berlin, um Friedrich die Huldigung zu leisten, und hierdurch bewirkten sie, daß dieser ihnen in betreff ihres Pfandbesitzes weitreichende Zugeständnisse machte. Am 4. und 5. April schloß er mit ihnen einen Vertrag³⁾, dem zufolge sie ihm zunächst Rathenow⁴⁾, Strausberg und das Schloß Saarmund gegen Annahme eines Schuldscheines herausgeben, das Schloß Plaue aber so lange behalten sollten, bis er dasselbe für 2500 Schock b. Gr. würde einlösen können⁵⁾. Er selbst erhöhte noch die später zu zahlende Auslösungssumme, indem er den Quitzows beträchtliche Hebungen aus den Mühlen der Stadt Brandenburg zuwies, ihnen ferner erlaubte, in Plaue noch Neubauten bis zum Werte von 200 Schock b. Gr. auszuführen, welche Summe einst ebenfalls abzulösen sein würde, und endlich ihnen sogar versprach, bei der Auslösung das in ihren Scheunen befindliche wie auf ihren Feldern auf dem Halme stehende Getreide ankaufen zu wollen. Die Auslösung würde also die Zahlung von beinahe 3000 Schock b. Gr. erfordert haben, und die Höhe dieser Summe verbürgte den Quitzows einen fernerer langen Besitz des Schlosses, sofern sie die daran geknüpfte Bedingung erfüllten, dasselbe dem Burggrafen „gegen jedermann in allen Nöten, Kriegen und Geschäften offen zu halten.“ Wie Plaue, so blieben auch Friesack und Beuthen in ihren Händen⁶⁾. — Am 5. April traf Friedrich

¹⁾ R. I, 7, 138. ²⁾ R. I, 12, 240. ³⁾ Von der Huldigung der Quitzows und des Herrn zu Putlitz redet auch Wusterwitz S. 91; den eigentlichen Beweis dafür ergeben mehrere Urkunden bei v. Raumer, C. d. I, 47—49. ⁴⁾ Als Inhaber dieser Stadt verpflichteten sich die Quitzows nach R. I, 7, 430 ausdrücklich zur Unterthänigkeit gegen den Burggrafen und ferner, ihm mit Rathenow „zur Losunge zu sitzen.“ ⁵⁾ R. I, 10, 19. ⁶⁾ Urkunden in betreff Friesacks sind nicht vor-

auch mit Kaspar Gans zu Putlitz ein Abkommen, indem er gegen die Zahlung von 1200 Schock b. Gr. das Schloß Tangermünde zurücknahm und jenem 800 Schock für die Verwaltung der Hauptmannschaft zuerkannte¹⁾. Eine Bürgschaft für die richtige Ausführung dieses Vertrages übernahmen außer den Quitzows Schenck Albrecht von Sidow, Achim von Bredow, Werner und Albrecht von Holzendorf, Dietrich von Runtorf und Wilke von Arnim²⁾, welche sämtlich den Burggrafen anerkannt haben mußten, wenn er sie als Bürgen annehmen konnte. Da wir ferner in der Osterzeit 1413 auch Hans von Uchtenhagen und Wichard von Rochow auf Golzow im Gefolge Friedrichs erblicken³⁾, so ergibt sich, daß die Oppositionspartei gesprengt war und ihre Führer sich, wenn auch widerwillig, dem neuen Regimente gefügt hatten. Die Bedeutung dieses politischen Erfolges erweist der Umstand, daß der Burggraf jetzt in den Stand gesetzt war, diejenigen Edelleute, welche eine gütliche Einigung hinsichtlich ihres Pfandbesitzes mit ihm nicht eingehen wollten, mit den Waffen zum Gehorsam zu zwingen.

Vier Meilen südwestlich von Berlin lag das markgräfliche Schloß Trebbin, welches Jobst um 300 Schock b. Gr. an den Hauptmann der Landschaft Brietzen Johann von Torgau und dieser wiederum für die gleiche Summe an die Brüder Friedrich, Heinrich und Johann von Maltitz verpfändet hatte⁴⁾. Am 12. Jan. 1412 hatte Sigismund von Johann von Torgau die Räumung Trebbins gefordert⁵⁾, wozu dieser sich auch bereit erwies; allein er selber mußte das Schloß erst von den Maltitz auslösen, und diese verweigerten nicht nur dessen Zurückgabe, sondern belästigten auch durch Räubereien die Bewohner des Teltow und die Mönche zu Lehnin. Gegen sie mußte also Gewalt angewendet werden, und kaum hatte Friedrich den Berliner Vertrag mit den Quitzows abgeschlossen, als er auch den havelländischen Adel zur Heeresfolge gegen Trebbin aufbot. Mit Genugthuung sah er, wie die Edelleute sich beeilten ihrer Pflicht zu genügen. Von dem Schlosse Beuthen her kamen Dietrich und Johann von Quitzow, von Golzow Wichard von Rochow und mit diesen Matthias und Achim von Bredow, Henning von Stechow

handen; Beuthen war kein markgräfliches Schloß, weshalb Friedrich dessen Räumung überhaupt nicht fordern konnte.

¹⁾ v. Raumer, C. d. I, 47. ²⁾ A. a. O. ³⁾ v. Raumer, C. d. I, 49 und R. II, 3, 266. ⁴⁾ Wusterwitz S. 90. ⁵⁾ R. I, 10, 492.

u. a. Edelleute¹⁾. Friedrich selber und Johann von Torgau führten Truppen herbei. Trebbin wurde belagert, und zu Ostern 1413 (23. April) mußten die Maltitze das Schloß ausliefern und sich selber als Gefangene ergeben²⁾. Gerade im Vertrauen auf die Quitzows, sagt Wusterwitz, hätten sie die Herausgabe Trebbins verweigert; und nun sahen sie sich eben von denjenigen angegriffen, von denen sie Hülfe erwartet hatten. In diesem Wechsel der Verhältnisse offenbarte sich der günstige Umschwung, der in der Lage des Burggrafen um Ostern eingetreten war; aber noch hatte der Letztere die schmerzliche Erfahrung zu machen, daß die Unterwerfung des Adels unter seine Herrschaft eine rückhaltslose nicht gewesen war und nur die Waffengewalt sie zu erzielen vermochte.

Daß die Edelleute es mit dem Gelöbnis der Unterthänigkeit nicht sehr streng nahmen, ist leicht zu erklären. Zunächst fehlte es dem Burggrafen an den nötigen Geldmitteln, um seine Gegner unter ihnen aus ihrem Pfandbesitz vollständig zu depossedieren. Die 150 000 Gulden, die Sigismund ihm verliehen hatte, standen auf einem Schuldschein und nützten ihm daher nichts. Der Geldmangel aber hatte zur Folge, daß er nun auch seinerseits den Pfandinhabern, die ihren Besitz ihm abtraten, Schuldscheine ausstellen oder Teilzahlungen verheißten, oder daß er endlich die eingelösten Pfandschaften sofort wieder verpfänden mußte. Von dem letzteren Mittel machte er sogar einen recht häufigen Gebrauch. Das von Dietrich von Quitzow für 400 Schock b. Gr. eingelöste Strausberg z. B. verpfändete er um den gleichen Preis an Albrecht von Holzendorf³⁾ und das Schloß Köpenick, welches von Berlin am 26. September 1413 geräumt wurde, am 11. November an Werner von Holzendorf, der die 700 Schock b. Gr. hergab, mit denen Berlin abgefunden wurde⁴⁾. Friedrich gewann dabei zwar den Vorteil, Städte und Schlösser seinen Gegnern zu entwinden und sie Männern übergeben zu können, auf deren Treue er glaubte rechnen zu dürfen; aber der moralische Eindruck, den die schnelle Pfandeinlösung

¹⁾ R. II, 3, 266. ²⁾ Wusterwitz S. 91. ³⁾ R. I, 12, 83. ⁴⁾ Auch Berlin hatte anfänglich nur einen Pfandschein von 700 Schock für die Räumung des Schlosses erhalten. Von einer Abfindung Dietrichs v. Q. war bei dieser Gelegenheit keine Rede, ein Beweis, daß er an Köpenick keinerlei wirkliches Anrecht besaß.

hervorgerufen hätte, wurde durch ein solches Verfahren nicht erzielt und ebenso wenig der politische Zweck, der in der Wiedergewinnung aller landesherrlichen Rechte bestand, vollkommen erreicht. Dem Adel konnte es scheinen, als ob der Burggraf in die Bahnen Jobsts einlenkte, was seinem Ansehen nachteilig sein mußte. Es begreift sich daher, daß jener nicht daran dachte seine bisherige Selbstständigkeit so weit aufzugeben, daß er sich allen Gesetzen und Verordnungen des neuen Regenten fügte, am wenigsten demjenigen Gesetze, welches seine Fehdelust beschränken sollte. Im August 1412 hatte der Burggraf im Namen Sigismunds einen allgemeinen Landfrieden für die Mark verkündigt ¹⁾, und dieses Gesetz sollte nun der Prüfstein werden, ob und wie weit sich der Adel mit der neuen Ordnung der Dinge versöhnt hatte. Es ergab sich sehr bald, daß er nicht gesonnen war sich dem Landfriedensgebote zu fügen; ja von den Quitzows darf man behaupten, daß sie nicht einmal im Stande waren dem Gesetze zu gehorchen, denn die Erhaltung ihrer Burgbesatzungen in Plaue, Friesack u. Beuthen und ihrer sonstigen Mannschaften nötigte sie zu Raub- und Beutezügen, um Geld und Lebensmittel zu gewinnen ²⁾. Wie sie durch das Fehdewesen emporgekommen waren, so vermochten sie sich auch nur durch dasselbe in ihrer Stellung zu erhalten. „Der Fluch der bösen That“ hielt sie auf der einmal betretenen Bahn fest.

Die Plünderungszüge der Quitzows und ihrer bekannten Freunde, von denen wir jetzt noch zu reden haben, gingen indes nicht auf Beutemacherei allein aus, sondern verfolgten auch Zwecke der Politik. Der alte Gegensatz zwischen den Quitzows und dem Erzbischofe Günther von Magdeburg war von neuem erwacht und hatte sich dadurch besonders geschärft, daß Günther und die Grafen von Schwarzburg Friedrichs Erscheinen in der Mark sympathisch begrüßten. Nachdem jene bereits vorher die wohlhabenden Dörfer des Erzstiftes mit Raub und Plünderung heimgesucht hatten, erschienen sie am 21. August 1412 von den Bürgern von Rathenow unter-

¹⁾ R. II, 3, 195. ²⁾ Die Zahl der Quitzowschen Kriegsleute scheint gerade um diese Zeit eine Erhöhung erfahren zu haben, denn außer den früher schon genannten Rottenführern Götz Predöhl und Lübenau besaßen sie jetzt deren noch andere, von denen erwähnt werden Otto Schlegel und Achillius (R. II, 3, 266) oder Achillies (R. II, 3, 297) und Klaus von Klöden (R. II, 3, 301).!

stützt vor dem Schlosse Milow, das seit der unglücklichen Belagerung durch Lippold von Bredow im Besitze der Erzbischöfe gewesen war, und steckten es in Brand¹⁾. Damit war dem Erzstifte der einzige feste Stützpunkt zerstört, den es noch an der Havel besaß. Vier Wochen später schloß Günther mit dem Burggrafen den Wittenberger Vertrag, in welchem der Letztere sich verpflichtete, den Erzbischof vor allen Angriffen märkischer Unterthanen zu schützen. Diese Bestimmung war in erster Linie gegen den havelländischen Adel gerichtet, aber so lange wertlos, als Friedrich selber von dem Letzteren befehdet wurde. Nachdem endlich die Quitzows und ihre Genossen sich zur Huldigung bequemt hatten, durfte er hoffen, daß sie sich dem Landfriedensgesetze fügen und auch den Wittenberger Vertrag respektieren würden; aber auch in dieser Erwartung sah er sich gänzlich getäuscht. Während er mit seinen Truppen und dem Gefolge des havelländischen Adels im April 1413 Trebbin belagerte, verließen eines Tages die Quitzows und Wichard von Rochow das Lager, um einen Plünderungszug in das zum Magdeburger Erzstifte gehörende Gebiet der Abtei Zinna zu unternehmen. Sie überfielen bei dieser Gelegenheit das Dorf Hennigkendorf und plünderten es rein aus, wie der Erzbischof Günther in einer Klageschrift erklärte, ihm selber „zu Schaden, Haß und Hohn“²⁾. Nicht nur Pferde und Rinder schleppten sie fort, sondern auch das Hausgerät der Einwohner und sogar Frauenkleider. Den Raub brachten sie nach Beuthen in Sicherheit und darauf kehrten sie zu dem Belagerungscorps zurück. Der Frevel wurde vor den Augen des Burggrafen begangen, aber dieser war nicht im stande ihn zu bestrafen; er mußte es geschehen lassen, daß die Vasallen des Erzbischofes das Rächeramt für solche Thaten übernahmen und eine wilde Fehde sich erhob, welche mit gleicher Verwüstung das märkische und das magdeburgische Land traf. Mit einer wahren Zerstörungslust warfen sich jetzt die märkischen Edelleute auf die Unterthanen des Erzbischofs. In der Mitte des Mai griffen Johann von Quitzow, Wichard von Rochow und Achim von Bredow den Flecken Tuchen an, wobei 8 Scheunen verbrannt wurden. Am 22. Mai fielen die Quitzows mit

¹⁾ Anno Dom. XII des Sunabends nach unser lieben frowen taghe wortzwie (Wurzweih, den 15. Aug.), R. II, 3, 303. ²⁾ R. II, 3, 267.

Kaspar Gans zu Putlitz und Wichard von Rochow in das Zinnasche Gebiet und plünderten die bei Luckenwalde gelegenen Dörfer Barde-
nitz, Pechül, Mehlsdorf, Felgentreu, Frankenfelde und Grüna so voll-
ständig aus, daß der Erzbischof Günther den Verlust der Bewohner
auf beinahe 1000 Schock b. Gr. berechnete¹⁾. Am 6. Juni wurde
von jenen Roder von Treskow, ein Vasall des Erzbischofs, heim-
gesucht und am 9. Juni das Dorf Klein-Wusterwitz überfallen. Gegen
Ende des Juni verbrannte Wichard von Rochow den Eisenhammer
zu Scharfenbrück, eine Besitzung des Abtes zu Zinna. Am 1. Au-
gust überfielen Mannschaften Johanns von Quitzow unter Führung
der Rottmeister Klaus von Klöden und Götz Predöhl den Ort Genthin,
plünderten in den Häusern und steckten sie in Brand²⁾. Auch die
Mühle ging in Flammen auf und selbst die Kirche sollte dieses
Schicksal teilen, als die Bürger sich zu einer Geldzahlung bequemen,
damit sie verschont würde. Während Genthin brannte, verheerten
Dietrich und Johann von Quitzow das benachbarte Altenplathe³⁾.
Am Michaelistage (29. September) unternahmen der Erstere und
Wichard von Rochow abermals einen Streifzug in das Gebiet von
Zinna, welcher die Abtei selber und die Dörfer Neu-
hof, Werder, Grüna und Wilmersdorf traf⁴⁾. Was diesen Plünderungszügen einen
besonders widerwärtigen Charakter verlieh, das war die gewaltthätige
und rücksichtslose Behandlung, welche dabei die sogenannten „armen
Leute“ erfuhren. Um sich vor einer Plünderung bis zu Ostern 1413
zu schützen, zahlten im Anfange dieses Jahres die Bewohner des
Dorfes Neu-Klytzke den Quitzows 15 Schock b. Gr., dann für ihre
Sicherheit bis Pfingsten dieselbe Summe an die Quitzows, Kaspar
Gans zu Putlitz und Gerhard von Alvensleben und endlich für die
Zeit bis Michaelis den Quitzows eben so viel Geld, und dennoch
raubten die Letzteren ihnen Pferde im Werte von 8 Schock b. Gr.⁵⁾

¹⁾ Die detaillierte Schadenrechnung, welche der Erzbischof später dem Mark-
grafen Friedrich überreichte (R. II, 3, 264 u. fgde.) und welcher die obigen An-
gaben entnommen sind, ist an der Stelle, wo dieses Plünderungszuges gedacht wird,
so lang, daß der Herausgeber der märk. Urk. es ermüdend fand alle Einzelheiten
abdrucken zu lassen. Er bricht die Rechnung mit der Bemerkung ab: „Das lange
Verzeichnis geht in dieser Weise fort.“ ²⁾ Es geschah nach R. II, 3, 301 Anno
D. 1413 in die St. Petri ad vincula (1. Aug.) ³⁾ Dyt is geschen nu van Petri ad
vincula obir sobin jar vorgangen, schrieb 1420 der Erzb. Günther (R. II, 3, 299).
⁴⁾ R. II, 3, 273—275. ⁵⁾ Ebd. S. 302.

Noch übler kam etwas später das Dorf Alten-Klytzke fort, welches den Quitzows und deren Freunden 14 Schock b. Gr. für eine Friedensfrist zahlte. Sobald diese jedoch abgelaufen war, erschien Dietrich von Quitzow, steckte das Dorf in Brand und ebenso das Getreide auf dem Felde, und dann schleppte er aus dem verwüsteten Dorfe alles weg, „was da war“¹⁾. — Übersieht man den Bericht des Erzbischofs, in welchem die Tage jedes Raubeinfalles angegeben sind, so müssen die Quitzows und ihre Genossen seit Ostern 1413 fast ununterbrochen auf Streifzügen begriffen gewesen sein und eine Beute zusammengerafft haben, welche nach Tausenden von Schock Groschen zählte. Es war natürlich, daß für diese Gewaltthätigkeiten der Erzbischof endlich Wiedervergeltung übte. Von dem Abte von Zinna und den Bürgern von Magdeburg und Jüterbogk unterstützt fiel er im Anfang des November 1413 in das mittelmärkische Gebiet südlich von Brandenburg, die Zauche, ein, um die Dörfer dieser Landschaft zu verwüsten. Die Bauern verloren ihr Vieh und ihre Habe, und selbst die Bürger von Brandenburg erlitten dabei Verluste²⁾, die adligen Herren aber, die eigentlichen Urheber der feindlichen Invasion, wußten sich hinter den Mauern ihrer Schlösser der Rache des Erzbischofes zu entziehen. Hiernach war also in der Mark ein Zustand eingetreten, der an die schlimmsten Zeiten des Markgrafen Jobst erinnerte, und man muß sich billig wundern, weshalb der Burggraf nicht 1413 bereits zum Schwerte gegen die Übelthäter gegriffen hat. Indessen erkennt man leicht den Grund seiner Zögerung: ein Kampf mit dem märkischen Adel hätte ohne Zweifel die Folge gehabt, daß die Herzöge von Pommern-Stettin, mit denen noch kein Friede geschlossen war, ihren Einfall in das brandenburgische Gebiet erneuerten; und dieser Gefahr durfte der Burggraf sich nicht aussetzen. Ehe er zum Äußersten gegen die Edelleute schritt, mußte er zunächst mit benachbarten Fürsten politische Verbindungen geknüpft haben, welche ein Gegengewicht wider die drohende Haltung der Stettiner Herzöge boten. Daß ihm diese politische Aufgabe gelungen ist, das hat seine Stellung in der Mark in hervorragender Weise befestigt.

¹⁾ R. II, 3, S. 303. ²⁾ Für die Verheerungen, welche die Mark durch den Erzbischof und seine Vasallen erlitt, stellte Friedrich auch seinerseits eine Schadenrechnung auf (R. II, 3, 328—361).

Zunächst war es für ihn ein großer Gewinn, daß Herzog Ulrich von Mecklenburg-Stargard, der frühere Statthalter der Priegnitz, sich kurz vor Ostern 1413 entschloß für ein Jahrgehalt von 600 Schock b. Gr. in Friedrichs Dienste zu treten¹⁾; ein zweiter, daß er in freundschaftliche Beziehungen zu dem fürstlichen Hause von Pommern-Wolgast treten konnte. Dazu verhalf ihm seine ältere Schwester Veronika, welche mit dem 1405 gestorbenen Herzoge Barnim VI von Wolgast verheiratet gewesen war und 1413 die Erziehung ihrer Söhne Wartislaw IX und Barnim VII leitete, während für diese ihr Schwager Wartislaw VIII die Regierung führte. Wie bekannt, waren die Wolgaster Herzöge mit denen von Pommern-Stettin mitbeteiligt an dem Pfandbesitze der ukermärkischen Orte Prenzlau, Strasburg, Boitzenburg und Zehdenick, auf den die Letzteren nicht verzichten wollten. Am 26. Juli 1413 aber huldigte Strasburg dem Burggrafen²⁾, und dies wäre schwerlich geschehen, wenn die Herzöge von Wolgast und Stettin noch gemeinsam sich dagegen erklärt hätten. Der Vorgang läßt vielmehr die Vermutung zu, daß zwischen den Ersteren und dem Burggrafen bereits ein freundliches Einvernehmen bestand und dasselbe von der Herzogin-Witwe angebahnt war und erhalten wurde. Dem Einflusse dieser Fürstin wird man es auch zuschreiben dürfen, daß gegen Ende des Jahres das gute Einvernehmen einen noch offenkundigeren Ausdruck in einer Verlobung von Friedrichs Tochter Margarete mit Wartislaws gleichnamigem Sohne fand.³⁾ — Inzwischen hatten sich aber auch, vielleicht unter Mitwirkung des Herzogs Ulrich, freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Burggrafen und dem Schweriner Hofe entwickelt. Auch hier war es eine Witwe, Agnes, die Gemahlin des verstorbenen Herzogs Albrecht, der eine zeitlang König von Schweden gewesen, welche einen maßgebenden Einfluß auf die Politik des Landes übte. Diese nun suchte für ihren unmündigen Sohn Albrecht die zukünftige Gemahlin ebenfalls unter den Töchtern des Burggrafen. Auf einer Zusammenkunft mit dem Letzteren zu Perleberg am 19. Juni 1413 erklärte sie sich dafür, daß Friedrichs Tochter Cäcilie nach einigen Jahren mit ihrem Sohne Albrecht ver-

¹⁾ R. II, 3, 205. ²⁾ Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 126 u. fgde. ³⁾ Die Verlobung fand am 19. Nov. 1413 zu Neu-Ruppin in Gegenwart der Grafen von Lindow und des Herzogs Ulrich von Meckl.-Stargard statt (v. Raumer, C. d. I, 53).

mählt würde.¹⁾ — Diese Verbindungen sicherten die Nordgrenzen der Mark und gaben Friedrich einen Rückhalt gegen die Gefahr eines Angriffes von seiten der Herzöge von Stettin. Im übrigen war er bemüht auch den Osten und Südosten der Mark zu sichern. Mit dem deutschen Ritterorden in Preußen, der noch Besitzer der Neumark war, unterhielt er freundliche Beziehungen²⁾, und mit dem Herzoge Heinrich von Glogau schloß er am 1. August zu Frankfurt einen Vertrag zur gemeinschaftlichen Verfolgung der Räuber, welche die Grenzen der beiderseitigen Länder unsicher machen würden³⁾. Im Westen der Mark hatte er seine besten Freunde und Bundesgenossen, die Herzöge von Sachsen-Wittenberg und den Erzbischof von Magdeburg, und in der Lausitz an der Südgrenze der Mittelmark treue Anhänger an zwei Standesherrn Johann von Bieberstein zu Sorau und Beeskow und Johann von Torgau zu Zossen. Als das Jahr 1413 sich seinem Ende näherte, waren die auswärtigen Verhältnisse der Mark soweit geregelt, daß Friedrich von keiner Seite her eine Einmischung in die märkischen Angelegenheiten zu befürchten brauchte. Dadurch hatte er die Adelspartei, welche ihm im Innern des Landes widerstrebte, isoliert und sie aller Aussicht auf Unterstützung von außen her beraubt. Während er so von fern her den Schlag vorbereitete, der sie zur Unterwerfung nötigen sollte, erfuhr sie auch in sich selber eine erhebliche Schwächung, indem sie plötzlich ihres Hauptes und angesehensten Führers beraubt wurde.

Unbekümmert um den Burggrafen hatten die renitenten Edelleute ihre Plünderungszüge durch das Gebiet des Erzbischofs Günther und auch in die Besitzungen ihrer Gegner im Inlande fortgesetzt. Noch am 30. November drang Johann von Quitzow bis Ferchland nahe der Elbe vor. Der erzbischöfliche Hauptmann Gerhard von Plote, der sich ihm entgegenstellte, wurde geschlagen und gefangen genommen, und Peter Kotze, ein zweiter Befehlshaber des Erzbischofs, welcher Johann bei der Rückkehr nach Plaue an dem kleinen Havelnebenflusse Stremme einholte und angriff, geriet samt seinen Mannschaften ebenfalls in Gefangenschaft⁴⁾. Dieser Erfolg Johanns von

¹⁾ v. Raumer a. a. O. S. 54. ²⁾ Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 130 u. fgde.

³⁾ R. II, 3, 207. ⁴⁾ So dürfte der Verlauf der Sache gewesen sein, wenn man den Bericht bei Wusterwitz S. 93 durch die Angaben des Erzbischofs Günther bei R.

Quitow wurde indessen noch an demselben Tage durch einen Verlust wett gemacht, der seine Partei traf. Am 30. November befand sich Kaspar Gans zu Putlitz auf einem Plünderungszuge gegen die Besitzungen des brandenburgischen Bischofs Henning von Bredow, den er wahrscheinlich nur wegen seiner Hinneigung zu dem Burggrafen befehdete. Als er aber das Dorf Dalgow bei Spandau berührte, fiel er dem bischöflichen Hauptmann Johann von Redern in die Hände, der ihn erst nach Pritzerbe und dann auf das Schloß Ziesar als Gefangenen brachte¹⁾. Der politisch bedeutendste Mann unter den Gegnern Friedrichs war damit aus dem Wege geräumt; und wie hoch der Letztere diesen Vorfall in Anschlag brachte, das beweist sein jetzt erfolgender unerwarteter Übergang zum Angriffe auf die Quitzows und Wichard von Rochow, die letzten Vertreter der Oppositionspartei.

Am 8. December 1413 schloß der Burggraf in Zerbst einen Vertrag mit dem Erzbischofe Günther zum Zwecke eines gemeinsamen Kampfes gegen die genannten Edelleute, und zugleich verabredeten sie den zu befolgenden Kriegsplan²⁾. Ihre ursprüngliche Absicht ging dahin, mit vereinten Kräften zuerst Plaue und Rathenow zu belagern und einzunehmen, um gesicherte Havelübergänge zu gewinnen, und dann erst die Schlösser Friesack, Golzow und Beuthen anzugreifen. In betreff des Schlosses Plaue brachte der Erzbischof bei dieser Gelegenheit auch die alten Anrechte seines Erzbistums zur Sprache, die Friedrich anzuerkennen nicht umhin konnte. Man

II, 3, 310 und 311 ergänzt. Nach dem ersteren wurde Gerhard von Plote ebenfalls wie Peter Kotze an der Stremme gefangen genommen, nach dem anderen bei Ferchland.

¹⁾ Er blieb hier 3 Jahre hindurch bis 1416, auch nach dem Tode des Bischofs Henning, in Gewahrsam. Von Unterhandlungen hinsichtlich seiner Freilassung für ein an den Bischof zu zahlendes Lösegeld ist niemals die Rede gewesen. Seine Freiheit erhielt er auch nicht einmal von Hennings Nachfolger im Bistume, sondern erst infolge eines Vertrages mit Friedrich selbst (verg. Wusterw. S. 105). Demnach war er in Ziesar nicht sowohl ein [bischöflicher als vielmehr ein Staatsgefangener, was auf einen besonderen Vertrag zwischen Friedrich und dem Bischofe Henning hinsichtlich seiner Person schließen läßt. Darauf dürfte sich auch die Angabe in einem an den Rat zu Brandenburg gerichteten Schreiben Dietrichs von Quitow beziehen, daß der Burggraf Kaspar Gans verraten habe. Es heißt dort: „Ick mut em (dem Burggrafen) ower schrywen, wu hy den Gancz vorraden heft, alze dat lyder war is.“ (Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 362). ²⁾ R. II, 3, 210—212.

einigte sich daher zu der Vertragsbestimmung, daß die Verwaltung des eroberten Schlosses zunächst ein von beiden kriegführenden Teilen ernannter Hauptmann führen, König Sigismund aber um die Erlaubnis zur Zerstörung Plaues gebeten werden sollte. Wenn diese nicht erlangt werden könnte, dann sollte der Burggraf die Anrechte des Erzbischofs mit 1250 Schock b. Groschen ablösen und Plau allein besitzen. Die übrigen gemeinsam eroberten Schlösser sollten zwar als Gemeinbesitz betrachtet werden, Friedrich jedoch das Recht haben dem Erzbischofe für seinen Anteil eine entsprechende Geldzahlung zu leisten¹⁾. Diese Bestimmungen sind im wesentlichen inne gehalten worden, während der zu Zerbst verabredete Kriegsplan durch den Hinzutritt noch anderer Fürsten zu der Zerbster Koalition eine gänzliche Änderung erfuhr.

Von Zerbst aus begab sich der Burggraf nach Tangermünde, um einen zweiten Schritt in der Vorbereitung des Unternehmens zu thun. Der Erzbischof Günther nämlich war eben in eine heftige Fehde mit dem altmärkischen Adel, besonders mit denen von der Schulenburg, von Alvensleben und von dem Knesebeck verwickelt worden, und es galt daher diese seine Gegner zur Gewährung des Friedens oder einer längeren Waffenruhe zu bewegen, damit er freie Hand zum Kampfe gegen die Quitzows bekäme. In der That gelang es Friedrich die altmärkischen Edelleute zu bestimmen, daß sie am 28. December dem Erzbischofe einen Waffenstillstand bis zu Ostern 1414 bewilligten²⁾. Gleich darauf eilte er nach Berlin zurück, um die Rüstungen zum Kampfe zu betreiben. Die dazu nötigen Geldmittel wußte er durch Anleihen aufzubringen. Am 31. December entlieh er zu Berlin von Albrecht Quast 200 Schock b. Gr. bis zum nächsten 2. Februar³⁾, und am 7. Jan. 1414 von den Brüdern Hen-

¹⁾ So verschrieb Friedrich dem Erzbischofe am 15. April 1414 350 Schock b. Gr. für dessen Mitwirkung bei der Eroberung von Beuthen, nachdem der Letztere, wie jener erklärt, „uns seines theiles, den er daran gewonnen, gantzlichen hat abgetreten.“ (v. Raumer, C. d. I, 58.) ²⁾ Der Vertrag ist bei R. II, 3, 225 datiert am 28. December 1414. Da man in jener Zeit aber die Jahre von Weihnachten und nicht vom 1. Jan. ab rechnete, so gehört die Vertragsurkunde, wenn man die heutige Jahresberechnung zu grunde legt, noch in das Jahr 1413. Bei Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 358, Anm. 15 ist die Datierung berichtigt. ³⁾ Auch diese Urk., bei R. I, 4, 512 mit der Jahreszahl 1414 versehen, gehört aus demselben Grunde in das Jahr 1413.

ning und Konrad von Schlabberndorf und deren Vormund Peter von Bredow 800 Schock zu 10 % auf ein Jahr¹⁾. Die Schuldscheine, welche er seinen Gläubigern darüber ausstellte, sind wegen der darin genannten Zeugen und Bürgen beachtenswert. In dem ersteren sind als solche vorwiegend Bürger von Berlin genannt, nämlich Tile Parcy²⁾, Hans Danewitz, Thomas Hedeke, die aus der Zeit des Konfliktes mit Dietrich von Quitzow bekannten Bürgermeister, und Jakob Rostock; in dem anderen erscheinen außer den drei letztgenannten und mehreren Edelleuten die Frankfurter Ratsherren Tyle von Jlow, Hans Beyer, Peter Dhowe, Heinz Geese, Paul Groß und Martin Wynfs³⁾. Die Anwesenheit derselben in Berlin und ihr Verkehr mit dem Burggrafen stehen ohne Zweifel in Beziehung zu den Vorbereitungen für den Kriegszug, an welchem die Frankfurter sich so lebhaft beteiligten, daß ihnen „die Herfahrt vor Friesack“ 538^{1/2} Schock b. Gr. kostete⁴⁾. Die merkwürdigste Person unter den Bürgen aber ist jedenfalls „Ehr Heinrich von Quitzow“, der Bruder Dietrichs und Johanns von Quitzow, welchen die Urkunde sogar an erster Stelle nennt. Man darf wohl fragen, wie dieser Geistliche, den vier Wochen später der Burggraf bei Plaue gefangen nahm, eine Bürgschaft für ein Darlehen übernehmen konnte, das zur Kriegsrüstung gegen die Quitzows verwendet werden sollte. Ist es denkbar, daß er von den Dingen nichts wußte, die gegen seine Familie geplant wurden? Man muß wohl annehmen, daß gerade die Gefahr, die seinen Brüdern drohte, ihn nach Berlin getrieben und er als Unterhändler bei Friedrich sich eingefunden habe. Dann aber wird man aus seiner Bürgschaftsleistung auch weiter schließen dürfen, daß am 7. Januar für die Quitzows noch Aussicht auf einen Frieden mit dem Burggrafen vorhanden war und Heinrich von Quitzow Zugeständnisse gemacht hatte, die ihn hätten begründen können, aber von seinen Brüdern hinterher nicht angenommen wurden. Schon die nächste Woche muß in dieser Frage die Entscheidung gebracht haben,

¹⁾ R. I, 7, 350. ²⁾ Vielleicht der bei Fidicin, Beitr. II, 117 mit Albrecht Quast zusammen erwähnte Tile Paris. ³⁾ Mehrere von diesen Ratsherren werden auch bei Wohlbrück, Lebus II, 226 u. fgde. erwähnt, aber mit einer Namensform, die es zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Namen in der Urk. R. I, 7, 350 richtig gelesen sind. Heinz Geese hier heißt bei Wohlbr. II, 228: Heinz Jeser, und Peter Dhowe bei Riedel kommt bei Wohlbrück II, 236 als Peter Dehne vor. ⁴⁾ R. IV, 1, 323.

denn die Rüstungen zum Kampfe nahmen ihren Fortgang und waren gegen Ende des Januar vollendet. Auch neue Bundesgenossen hatte der Burggraf inzwischen gesucht und gefunden, den Herzog Rudolf von Sachsen-Wittenberg, die Äbte von Lehnin und Zinna und Johann von Torgau; und der Beitritt dieser zu dem Zerbster Vertrage ermöglichte nun eine Änderung des Kriegsplanes, welche von vornherein die grössere Gewähr eines Erfolges in sich schloß. Zur Verständigung über den Gang der Operationen fand noch am 28. Januar eine Zusammenkunft Friedrichs ¹⁾ mit dem Erzbischofe und dem Herzoge Rudolf in Zerbst statt ²⁾. Wenn am 8. December die gleichzeitige Belagerung von nur zwei festen Plätzen, von Plaue und Rathenow, ins Auge gefaßt worden war, so konnte nun dem Herzoge Rudolf im besonderen die Umschließung der Burg Golzow, und Johann von Torgau sowie den Äbten die des Schlosses Beuthen zugewiesen werden. Der gleichzeitige Angriff, der die Macht des Feindes von vornherein zersplitterte, sollte am 6. Februar beginnen. Wenn man bedenkt, daß die militärischen Dispositionen dazu in nicht mehr als acht Tagen ordnungsgemäß ausgeführt wurden, so kann man der damaligen Kriegsführung die Anerkennung nicht versagen, daß sie damit Tüchtiges geleistet hat.

Während die Fürsten mit diesen Anordnungen beschäftigt waren, erschien unerwartet in Zerbst Dietrich von Quitzow, um noch in letzter Stunde mit dem Burggrafen persönlich zu verhandeln. Er kam jedoch keineswegs wie ein Gebeugter, sondern nur um die Erklärung abzugeben, daß er jetzt bereit sei, sich in betreff der wider ihn erhobenen Beschuldigungen der gerichtlichen Entscheidung der Stände zu fügen. Man würde es kaum glauben, daß darin sein äußerstes Zugeständnis gelegen habe, wenn wir es nicht von ihm selber wüßten, denn er hat nach seinem Sturze in einem an die märkischen Städte gerichteten Manifeste sein Verhalten in Zerbst zu rechtfertigen gesucht ³⁾. In diesem Schriftwerke nun teilt er mit, daß der Burggraf ihm in Zerbst habe sagen lassen, daß er ihm auf jene Erklärung hin einen Gerichtstag vor den Herren, Mannen und

¹⁾ Am 24. Januar befand dieser sich noch in Berlin (R. I, 12, 84), am 26. Januar, von den Grafen Heinrich von Schwarzburg und Ulrich von Lindow begleitet, in Brandenburg (R. I, 4, 90). ²⁾ Magd. Schöff.-Chron. z. J. 1414. ³⁾ Abgedruckt b. Riedel, Zehn Jahre, S. 362.

Städten anberaumen werde¹⁾; aber — so bemerkt Dietrich weiter — „den Gerichtstag, den er meinte, den beraumte er mir vor Friesack an ohne Rücksicht auf seine Ehre und stillschweigend (?), ehe die Seinen davor lagen.“ Hiernach zu urteilen lehnte der Burggraf es ab ihn persönlich zu empfangen; den endgültigen Bescheid wenigstens liefs er ihm durch eine dritte Person sagen. Der Bescheid mufs, wie auch Dietrich von Quitzow ihn aufgefaßt zu haben scheint, im ironischen Sinne gemeint gewesen sein: der überwundene Edelmann würde vor Friesack seine Richter finden; denn jedes Verhandeln vor Gericht hätte die militärischen Vorbereitungen der Fürsten unterbrochen und verzögert und folglich nur den Quitzows einen Nutzen gebracht. Vor Friesack sehen wir uns wieder! das war des Burggrafen letzter, würdiger Bescheid an den Gegner, der nun heimwärts eilte, um sich zur mannhaften Verteidigung zu rüsten. Er selber übernahm das Kommando in Rathenow und Friesack, sein Bruder Johann in Plaue, Götz Predöhl in Beuthen und Wichard von Rochow in seiner eigenen Burg Golzow.

Mit dem Anfange des Februar begannen die Truppen der Verbündeten sich um jene vier Orte zusammen zu ziehen. Am zahlreichsten war ohne Zweifel diejenige Truppenschar, welche die Belagerung der Stadt Rathenow unter dem persönlichen Befehle des Burggrafen ausführen sollte. Zu ihr stiefsen daher auch die namhaftesten Fürsten und Herren mit ihren Mannschaften, wie Fürst Balthasar von Werle, Graf Ulrich von Lindow, Johann von Bieberstein, der meifsnische Ritter Otto Pflug²⁾, Besitzer der Herrschaft Strehla an der Elbe und Hofmarschall des Markgrafen Friedrich von Meifsen, und endlich Bertram Hase, Besitzer der Herrschaft Neutorgelow. Dazu kamen die Kontingente der Städte, wie Berlins und Frankfurts, und der Bischöfe, so dafs man die Truppenschar, welche Rathenow umschlofs, nach mehreren Tausenden berechnen darf, während zur Belagerung der drei Schlösser an Zahl geringere Streitkräfte genügten.

¹⁾ Und so ick vor der teyt by deme Borchgrewen was to Czerwest, dar hy my secken lyt, hy welde my ein Dach ledken in der Marke vor mynes heren hern, mannen und steden. — Den rechtdach, den hy meynde, de leyde hy my vor Fryzeke unvorwaret syne ere und stille swigende, er dy synen dar vor legen. A. a. O. ²⁾ Diese Namen nennt Wusterwitz S. 94. Dafs die Truppen Friedrichs vor Rathenow dirigiert wurden, berichtet der Erzbischof Günther R. II, 3, 276.

Als die Truppen Friedrichs den Belagerungsring um Rathenow vollendet hatten, ergriff die Bürger bange Furcht, denn sie hatten entweder die Mühen einer langen Verteidigung zu ertragen oder die Schrecknisse einer Eroberung zu erdulden, welche nach damaligem Kriegsgebrauche die Plünderung und Zerstörung ihres Ortes nach sich zog. Diesen Leiden und Gefahren setzte sie ein ganz zufälliger Umstand aus, die Verpfändung Rathenows an die Quitzows, welche nicht einmal dem Interesse der Bürgerschaft entsprochen hatte und die aufzuheben der Burggraf seine Truppen aussandte. Wer wollte es ihnen verdenken, wenn sie in dieser Bedrängnis ihr Schicksal von dem der Quitzows trennten und der Aufforderung des brandenburgischen Rates dem Burggrafen zu huldigen und ihm die Thore zu öffnen, bereitwillig Folge leisteten? Sie sandten einige Ratsherren nach Brandenburg, und der neustädtische Bürgermeister reiste mit ihnen während der folgenden Nacht weiter nach Berlin, wo der Burggraf noch verweilte¹⁾. Dieser nahm am 5. Februar ihre Eröffnungen mit Freude entgegen und erklärte sich bereit, das Pfandrecht der Quitzows an ihre Stadt nach Maßgabe eines Rechtsspruches der Stände abzulösen, damit sie von aller Haftpflicht für die von jenen gezahlte Pfandsumme entbunden würden²⁾. Darauf sandte er mit ihnen Bertram von Bredow, einen Bruder des Bischofs Henning von Brandenburg, zur Entgegennahme der Huldigung nach Rathenow, und am nächsten Tage folgte er selber. Am 9. Februar war er persönlich in Rathenow und erteilte hier der Bürgerschaft die Bestätigung ihrer Privilegien³⁾.

Diese Wendung der Dinge war nun sofort von entscheidender Bedeutung für das Schicksal Dietrichs von Quitzow, welcher sich in der Burg Friesack befand. Die Ergebung Rathenows machte das gesamte Belagerungsheer des Burggrafen frei, und dieses wurde von ihm sogleich vor das etwa 3 Meilen entfernte Friesack geführt. Die Festigkeit dieser Burg beruhte vor allem auf der Unzugänglichkeit ihrer sumpfigen Umgebung. Sie war im Norden durch den Rhin, im Osten durch das Friesacker und havelländische Luch und im Süden durch Sümpfe gedeckt, welche erst in neuerer Zeit künstlich trocken gelegt worden sind. Wenn Dietrich gehofft hatte, daß die Belagerung Rathenows den Burggrafen so lange aufhalten würde,

¹⁾ Wusterwitz S. 95. ²⁾ R. I, 7, 431. ³⁾ Ebend.

bis der Frühling die Sümpfe in seeartige Untiefen verwandelte, so sah er sich darin gründlich getäuscht. Ohne Schwierigkeiten zu finden scheint das Belagerungscorps den noch gefrorenen Grund und Boden überschritten zu haben¹⁾. Da erkannte Dietrich, daß Friesack nicht zu halten sei, und am 10. Februar, bevor noch die Burg gänzlich umschlossen sein konnte, verließ er sie in heimlicher Flucht. Er eilte zunächst nach Bötzw, welches damals Werner von Holzen-
dorf inne hatte; und dieser, obgleich er sich äußerlich als ein Anhänger des Burggrafen erwies, gewährte ihm eine so freundliche Aufnahme, daß gegen ihn später die Anklage wegen Bruches der Lehnstreue erhoben werden konnte. Die Besatzung von Friesack, von ihrem Führer verlassen, öffnete dem Burggrafen freiwillig das Burgthor²⁾.

Während diese Ereignisse sich vollzogen, hatten Friedrichs Verbündete auch die Belagerung von Golzow, Beuthen und Plaue begonnen. Die Burg Golzow leistete den geringsten Widerstand schon nach wenigen Tagen ergab sich Wichard von Rochow dem Herzoge Rudolf auf Gnade und Ungnade³⁾. Plaue hingegen und

¹⁾ Ein Zeitgenosse des Burggrafen, welcher dessen Sieg über die Quitzows dichterisch verherrlicht hat, gedenkt der Witterung um den 6. Febr. 1414 mit den Worten:

Dat weder was gar ungestaltdt,
It regende, snyde und was gar kalddt.

Abgedr. b. Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 167. ²⁾ Die hier gegebene Darstellung der Ereignisse weicht erheblich von Wusterwitz' Bericht S. 95 ab, dem zufolge Friedrich bereits am 6. Febr. mit Balthasar von Werle, Ulrich von Lindow, Johann von Bieberstein und Otto Pflug die Belagerung von Friesack begonnen haben soll. Da Friedrich am 5. Febr. noch in Berlin verweilte, so ist das nicht gut möglich gewesen. Wusterw. ferner weiß nichts von der Umschließung Rathenows, die schon am 8. Dec. beschlossen und, wie der Erzbischof (R. II, 3, 276) bezeugt, auch wirklich von Friedrichs Truppen begonnen wurde. Gerade die drohende Belagerung war es, welche die Bürger von Rathenow zwang dem Burggrafen zu huldigen. Zu der Umschließung der Stadt aber gebrauchte dieser ohne Zweifel die ganze Truppenmacht, die ihm zu Gebote stand. Wenn er nun nach Wusterwitz mit den oben genannten Führern vor Friesack erschien, so kann das nur geschehen sein, nachdem ihm Rathenow die Thore geöffnet hatte, also höchstens am 9. oder 10. Febr. ³⁾ Nach der Magd. Schöff.-Chron. z. J. 1414 begann die Belagerung von Golzow am 7. Febr. und erfolgte die Übergabe am 3. Tage, also am 10. Febr.; nach Wusterwitz S. 96 fing jene schon am 5. Febr. an und erfolgte diese erst, nachdem die Beschießung von Plaue sich wirksam erwiesen hatte.

namentlich Beuthen wurden mit größter Tapferkeit mehrere Wochen hindurch verteidigt. Die erstere Burg besaß 14 Fuß dicke Mauern¹⁾ und war durch ihre Lage zwischen der Havel und dem Plaueschen See schwer zugänglich. Der Erzbischof Günther, welchem ihre Belagerung oblag, machte in der ersten Woche gar keine Fortschritte in seinen Unternehmungen. Da zog der Burggraf mit seinen Truppen ihm zu Hülfe. Er brachte gegen die Mauern des Schlosses ein schweres Belagerungsgeschütz in Anwendung, welches er sich von dem Markgrafen Friedrich von Meissen-Thüringen geliehen hatte²⁾; und dies gab den Ausschlag. Wie unvollkommen auch die Büchsen in jener Zeit sein mochten, so wirkten doch die aus ihnen geworfenen Steinkugeln in die Ferne, und alle Tapferkeit der Belagerten und alle Festigkeit der Mauern wurde vor ihnen zu Schanden. Auch der Mauerring von Plaue ging bald in Stücke, und wenn das Schloß vermöge seiner Lage auch noch längere Zeit verteidigungsfähig blieb, so mußte Johann von Quitzow doch die Aussichtslosigkeit des Widerstandes gegen die Belagerer erkennen. Er beschloß daher, mit seinem in Plaue weilenden Bruder Heinrich heimlich zu entfliehen, um wenigstens Leben und Freiheit zu retten. In der dritten Woche der Belagerung verließ er von seinem Bruder und einem Diener Lüdike oder Dietrich Schwalbe begleitet das Schloß, um sich durch die Belagerungstruppen hindurch zu schleichen, wobei er erkannt und mit seinen Begleitern gefangen genommen wurde. Über die näheren Umstände dieses Fluchtversuches liegen mehrere von einander sehr bedeutend abweichende Berichte vor. Nach Wusterwitz³⁾ suchten am 26. Febr. die drei Flüchtlinge zu Pferde zu entkommen, wurden aber von Leuten aus der Stadt Brandenburg erkannt und von Mannschaften des Grafen Heinrich von Schwarzburg verfolgt, so daß sie die Pferde verließen und in ein Gebüsch eilten, um sich zu verbergen. Bald jedoch waren sie von den Verfolgern entdeckt und ergriffen. Man brachte sie als Gefangene in die Kirche des Ortes Plaue und legte sie hier in den Stock. Die

¹⁾ Wusterwitz, S. 96. ²⁾ Die Bezeichnung des Geschützes mit dem Namen die „faule (d. h. träge, schwere) Grete“ findet sich in Wusterwitz' märk. Chron. nicht vor, sondern wird erst in Buchholz' Gesch. der Kurmark Brand. erwähnt (vergl. Klöden, Quitzows III, 315). Der Ausdruck scheint eine generelle Bezeichnung für schwere Geschütze gewesen zu sein. Die Braunschweiger besaßen im Beginn des 15. Jahrhunderts ein Geschütz, welches die „faule Metze“ hieß. ³⁾ S. 97.

Magdeburger Schöffen-Chronik andererseits erzählt, daß Johann und Heinrich von Quitzow sich, nachdem sie das Schloß verlassen hatten, zunächst im Havelrohre verborgen hielten. Lüdeke Schwalbe führte ihnen darauf Pferde zu. Als jedoch Johann das seinige, einen starken Hengst, besteigen wollte, wurde dasselbe scheu und entlief. Einer der Wächter, der Schulze des Dorfes Schmitsdorf bei Rathenow, dadurch aufmerksam gemacht, eilte hinzu, fand einen Pferderiemen und eine Tasche, die er als Eigentum Johanns von Quitzow erkannte, und meldete die Sache im Lager. Man eilte sofort den Flüchtlingen nach und nahm sie bald auch gefangen. — Peter Becker in seiner Zerbster Chronik endlich erzählt, daß Johann von Quitzow auf einem Kahne die Havel hinab habe flüchten wollen und dabei in Gefangenschaft geraten sei ¹⁾.

Man ersieht aus diesen verschiedenartigen Berichten, daß die Tradition, aus der sie geschöpft sind, sofort nach dem Ereignis zwar eine mannigfache Gestaltung angenommen hat, in der Hauptsache aber glaubwürdig ist: Johann von Quitzow suchte um den 26. Februar zu entfliehen und kam dabei in die Gewalt der Belagerer. Schon am nächsten Tage befanden sich der Burggraf und der Erzbischof im Besitze von Plaue, denn beide bestellten am 27. Febr. den altmärkischen Edelmann Günther von Bartensleben zum Hauptmann des Schlosses ²⁾. Die Besatzung erhielt freien Abzug und überlieferte den Fürsten einen noch für Monate ausreichenden Proviant an Fleisch, Speck, Bier und Met. Gleich darauf ergab sich auch Götz Predöhl mit dem Schlosse Beuthen dem Befehlshaber der Belagerungstruppen Johann von Torgau, der ihm und seinen Mannschaften ebenfalls einen freien Abzug gewährte. Damit war das Schicksal der Quitzows für immer entschieden: die neue Kriegswaffe, das Feuerrohr und die Kugel, hatte der Fürstenmacht den Sieg über das Rittertum verliehen. Der Fall von Plaue hat

¹⁾ Zur Beurteilung dieser verschiedenen Relationen vergl. Wusterwitz S. 97, Anm. 2. ²⁾ R. II, 3, 213. Im übrigen muß hier erwähnt werden, daß Klöden (Quitzows, III, 415) auf grund einer Urk. mitteilte, daß der Burggraf am 25. Febr. 1414, also in der Zeit, als Johann von Quitzow seinen Fluchtversuch machte, sich in der Altmark befunden und mit Edelleuten unterhandelt habe, welche den Erzbischof Günther befehdeten. Jene Urk. indessen (bei v. Raumer, C. d. I, 58) trägt das unrichtige Datum in die Invocavit 1414 und ist in Wahrheit, wie Riedel (Zehn Jahre u. s. w. S. 358) nachgewiesen hat, am 28. December 1413 ausgestellt.

dadurch eine allgemeine denkwürdige Bedeutung gewonnen, daß er die volle Überlegenheit des Belagerungsgeschützes über die damaligen Mittel der Burgverteidigung offenbar machte. Es war fortan ein ungleicher Kampf, den das Ritterschwert mit der Geschützkugel führte, und Johann von Quitzow fiel darin als ein erstes Opfer wie ein Jahrhundert später Franz von Sickingen als ein letztes.

Wir könnten hiermit unsere Erzählung schließen, denn der Sturz des Schreckensregimentes der Quitzows war dasjenige Ereignis, welches in der Mark die Zeit Jobsts beendigte und die der Hohenzollern einleitete. Wir müssen jedoch ein Schriftstück über den Fall von Plaue noch berücksichtigen, jenes schon erwähnte Manifest Dietrichs an die märkischen Städte, welches zwar in tendenziöser Weise den Vorgang entstellt, aber auch über einen thatsächlichen Punkt mehr Licht verbreitet und im übrigen für die Sinnesart des Verfassers charakteristisch erscheint¹⁾. In diesem Manifeste nun lesen wir: „Der Burggraf kam mit meinem Bruder Johann hinsichtlich Plaues überein, daß mein Bruder ihm das überliefern sollte, dann wollte er ihm Beuthen und all sein auf Plaue befindliches bewegliches Eigentum (gereyde) belassen und mein Bruder sollte seines Gefängnisses ledig sein. Als der Burggraf Plaue inne hatte, da befahl er, meinen Bruder frei zu lassen, aber er nahm ihn auf der Stelle wieder gefangen; auch behielt er Beuthen für sich und hielt meinem Bruder alles das nicht, wofür er Plaue überliefert bekommen hatte.“ — Diese Erklärung im ganzen muß zwar als eine gehässige Verleumdung des Burggrafen bezeichnet werden, die erste Behauptung aber, daß Plaue nicht erobert, sondern auf grund eines Vertrages zwischen dem gefangenen Johann von Quitzow und den Fürsten den Letzteren übergeben worden sei, verdient Beachtung und Glauben, da sie durch urkundliche Zeugnisse gestützt werden

¹⁾ Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 157 hat dem thatsächlichen Inhalte des Quitzowschen Manifestes zu wenig Beachtung geschenkt, weil, wie er sich ausdrückt, „die verleumderische Natur dieser ungereimten Anklage übereinstimmenden Berichten gegenüber zu klar zu tage liegt, als daß wir sie einer Widerlegung zu würdigen hätten.“ Das ist nicht vorsichtig genug geurteilt, denn ein politisches Manifest pflegt wohl mit einer einseitigen und tendenziösen Auffassung der Thatsachen geschrieben zu werden, aber selten Thatsachen vorzubringen, die nicht geschehen sind. Ein solches Schriftstück bedarf daher einer ganz besonders eingehenden Prüfung, damit Wahres und Falsches geschieden werde.

kann. Im Jahre 1420 erklärte der Erzbischof Günther, daß er und Graf Heinrich von Schwarzburg 1414 sich verbürgt hätten, daß Johann von Quitzow weder mit dem Tode noch mit ewigem Gefängnis bestraft werden solle und ferner, daß er demselben 1416, als er ihn aus seinem Gefängnisse in Calbe entließ, damit er den Burggrafen bekämpfte, eine den Besitz von Plaue betreffende Schrift zurückgegeben habe¹⁾. Hieraus ergibt sich, daß der gefangene Johann von Quitzow, dem das Äußerste drohte, sich zu Unterhandlungen mit den beiden Fürsten verstand und, um dem Tode oder dem noch schlimmeren Schicksale einer lebenslänglichen Gefangenschaft zu entgehen, auf Plaue verzichtete und selber dessen Übergabe am 27. Februar 1414 veranlaßte²⁾. Ohne dieses Zugeständnis von seiner Seite würde ihm schwerlich von seinen Gegnern Schonung seines Lebens und nur zeitweise Haft zugesichert worden sein. Jene Erklärung des Erzbischofes macht nun aber auch den Vorwurf der Treulosigkeit hinfällig, den Dietrich gegen den Burggrafen erhob. Wäre Johann von Quitzow 1414 wider Recht und Vertrag der Freiheit beraubt und nach Calbe als Gefangener abgeführt worden, so hätte der Erzbischof ohne Zweifel eine solche Thatsache erwähnt, als er 1420 genötigt war die von ihm angeordnete Freilassung Johanns vor der Welt zu rechtfertigen. Die Anklage auf Treubruch würde ferner nicht den Burggrafen allein, sondern auch den Erzbischof getroffen haben, da die Verbündeten gemeinsam über das Schicksal Johanns von Quitzow zu bestimmen hatten, nachdem der Fluchtversuch desselben mißglückt war, und gerade der Erz-

¹⁾ Der Erzbischof erklärte (R. II, 3, 381): „Wir sprechen je darczu, daß wir Hansen von Quitzow ledig und los gegeben haben (scil. 1416), wenn er uns mit rechte also nicht zugestellt und verpflichtet waz, daß wir in in ewigen gefengnissen behalden adir liblich verterbin solldin — als auch deme Marggraffen Frederich wol wissentlich ist, daß wir und Graffe Heinrich (v. Schwarzburg) im vor den lib geredet haben.“ (Über die zwischen Friedrich und dem Erzbischof 1416 ausgebrochene Fehde, welche den Letzteren veranlaßte Johann von Quitzow frei zu lassen und als Bundesgenossen anzunehmen, vergl. Riedel in den märk. Forsch. V, 186 u. fg.). Ferner bemerkte der Erzbischof a. a. O. S. 383, „daß die leddig und loslassunge Hanses v. Q. und die widdergift des breffes obir das Slofs Plawe gesachet und ersprungen ist von obirtredunge der verbundnisse, die uns von dem Marggraffen Frederich geschen ist.“ ²⁾ Nach Wusterwitz S. 98 scheint es, als ob die Besatzung selbständig das nicht mehr verteidigungsfähige Plaue übergeben hätte.

bischof die Gefangenhaltung Johanns übernahm¹⁾. Betrachten wir endlich die Art und Weise, in welcher der Burggraf den Treubruch vollzogen haben soll, so ergibt sich, daß die Schilderung, welche Dietrich von Quitzow davon entwirft, auf der Benutzung einer sagenhaft überlieferten Form des Eidbruches beruht. Friedrich soll Johann von Quitzow für die Übergabe von Plaue die Freiheit verheissen und auch gewährt, den Befreiten aber wiederum gefangen genommen, d. h. den Eid dem Worte nach gehalten und dem Sinne nach gebrochen haben. Solche Züge einer ganz äußerlichen Auffassung des Eides kannte nicht nur das Mittelalter, sondern auch bereits das Altertum²⁾. Am meisten wird man durch Dietrichs Darstellung an das Verfahren des Mainzer Erzbischofs Hatto erinnert, als es 906 galt, den unbeugsamen Adalbert von Babenberg zu Falle zu bringen. Wie die Sage erzählt, ging Hatto persönlich zu Adalbert, um ihn zu Verhandlungen in das Lager des Königs einzuladen, wobei er ihm eidlich eine sichere Rückkehr in seine Burg verhiess. Sobald sie die Burg verlassen hatten, kehrte Hatto mit ihm noch einmal zurück, um zu frühstücken. Damit hatte er seinen Eid dem Wortlaute nach erfüllt. Als er dann mit Adalbert im Lager erschien, ließ er ihn ohne Bedenken ergreifen und hinrichten. Mit derselben Gewissenlosigkeit, wenn auch geringerer Schlaueit soll nun der Burggraf gegen Johann von Quitzow verfahren sein, aber die Behauptung hält vor dem Erweise nicht stich, daß dem Letzteren nicht die Freiheit, sondern die nur zeitweilige Haft von den Fürsten zugestanden worden ist. — Nicht minder hinfällig ist endlich auch der letzte Anklagepunkt in Dietrichs Manifest, daß der Burggraf das Schloß Beuthen gegen den Vertrag Johann von Quitzow vorenthalten habe, denn die Verheißung der Rückgabe Beuthens müßte nicht bloß von dem Burggrafen, sondern auch von dem Erzbischofe ausgesprochen worden sein, der nach dem Zerbster Vertrage vom 8. December 1413 Mitbesitzer der eroberten Schlösser war und am 15. April 1414 sein Besitzrecht an Beuthen für 350 Schock b. Gr. an seinen Verbündeten verkaufte³⁾.

¹⁾ Da das Manifest der Teilnahme des Erzbischofs an dem behaupteten Vertrage mit keiner Silbe gedenkt, so scheint es erst 1416 verfaßt zu sein, als die Quitzows die Verbündeten des Erzbischofs gegen Friedrich waren. ²⁾ Vergl. Cicero de offic. III, 32. ³⁾ R. II, 3, 217.

Wenn dieser irgend eine Verpflichtung in betreff des Schlosses gegen Johann von Quitzow nicht erfüllt hätte, so würde der Erzbischof diesen Umstand auch in seiner Erklärung vom Jahre 1420 zur Sprache gebracht haben, als er sich verpflichtet fühlte seine frühere Verbindung mit den Quitzows zu rechtfertigen.

Aus dem allen ergibt sich, daß Dietrichs Manifest an die märkischen Städte nichts anderes als der schmähliche Erguß eines Überwundenen gegen den Sieger ist, dem ohne grund Wort- und Rechtsbruch zur Last gelegt wird. Der Burggraf allein soll in treuloser Weise das Unheil verschuldet haben, welches 1414 die Quitzows betroffen hat. Daß der Erzbischof Günther an allen militärischen Unternehmungen desselben und an allen Verhandlungen mit Johann von Quitzow teil genommen hat, wird absichtlich verschwiegen. Jener allein ist „stillschweigend“ vor die Quitzowschen Schlösser gezogen, um sie zu erobern; jener allein hat Johann von Quitzow die Freiheit zugesichert und hinterher entzogen; jener allein ihm die Rückgabe von Beuthen verheißten und sein Versprechen nicht gehalten. Um den Zweck dieser Verleumdungen zu begreifen, muß man das Manifest mit den Vorgängen des Jahres 1416 in Verbindung bringen, als die Quitzows im Bunde mit dem Erzbischof Günther verheerend in die Mark einfielen, um ihre frühere Stellung wieder zurück zu erobern. Damals sollte offenbar das Manifest den Burggrafen in den Augen der märkischen Bevölkerung zu einem treulosen Fürsten stempeln und dessen Ansehen untergraben. Zu dem Angriffe mit dem Schwerte gesellten die Quitzows noch den Angriff mit der Feder; aber auch dieser doppelte Ansturm vermochte die fürstliche Stellung des Burggrafen in der Mark nicht mehr zu erschüttern. Kaiser Sigismund erwirkte den Rücktritt des Erzbischofs Günther von dem Bündnisse mit den Quitzows, und damit schwand für diese die letzte Hoffnung auf die Wiedererlangung ihrer früheren Besitzungen dahin. Schon ein Jahr darauf 1417 beschloß Dietrich von Quitzow sein ruheloses Dasein als ein Geächteter fern der Heimat, während sein Bruder Johann sein Heil in der Unterwerfung unter die Gewalt des Burggrafen suchte und fand. Mit der Erwerbung des Schlosses Plaue war der Stern der Quitzows emporgestiegen und mit dem Falle jener Feste erlosch auch sein Schimmer.

Die Einnahme von Plaue beendete für die Mark nicht nur die traurige Zeit des Markgrafen Jobst, sondern auch das Jahrhundert

politischer Ohnmacht, welches der Tod Waldemars eingeleitet hatte. Der Burggraf Friedrich nahm jetzt die von den Anhaltinern in der Mark begonnene Kulturarbeit wieder auf, und eine lange Reihe hohenzollerscher Regenten setzte sie mit einem Erfolge fort, den wir heute mit freudigem Staunen überblicken. Das Landesgebiet zwischen der Elbe und Oder, welches politisch gänzlich zerrüttet und materiell verkommen dem Burggrafen zufiel, ist unter der Pflege seiner kurfürstlichen und königlichen Nachfolger zum Mittelpunkte eines großen selbständigen Staatswesens und jetzt des neuerstandenen deutschen Reiches geworden. Dem Ahnherrn der Dynastie fiel die schwere Aufgabe zu, verrottete Zustände zu beseitigen, unter den Trümmern politischer Mißbildungen aufzuräumen und den Boden für eine staatliche Neuschöpfung zu ebenen. Es war ein Wirken unter fortwährenden Kämpfen und Sorgen, mehr noch für die Zukunft als die damalige Gegenwart. Nicht bei allen Zeitgenossen fand der Burggraf daher Anerkennung und Beifall. Der Bürgerstand begriff zuerst die Bedeutung seines Regiments, weil er die nächsten Wirkungen desselben, die Wiederherstellung von Recht und Ordnung im Lande, empfand und dankbar anerkannte. In diesem Stande begegnen uns daher auch die ersten Äußerungen der Hochachtung und Verehrung für die Person des Burggrafen. Bald nach der Besiegung der Quitzows verherrlichte ihn in der Stadt Brandenburg ein volkstümlicher Dichter Nikolaus Upschlacht als den Fürsten „von hoher Art“, den Gott selber „mit des ganzen Himmels Rat“ erweckt habe, um der Mark den Frieden wieder zu schenken¹⁾. Der Rat von Perleberg ließ 1417 einen Bürger in das Gefängnis führen, weil er öffentlich bei einem Glase Bier „unnütze Worte“ gegen Friedrich geredet hatte²⁾. Den bürgerlichen Kreisen endlich entstammte der Chronist Engelbert Wusterwitz, welcher als Zeitgenosse des Burggrafen dessen Wirksamkeit in der Mark beschrieben und in seiner märkischen Chronik diesem Fürsten ein Ehrendenkmal für alle Zeiten gesetzt hat.

¹⁾ Sein Gedicht ist abgedruckt bei Riedel, Zehn Jahre u. s. w. S. 164—168.

²⁾ R. I, 1, 175.

Personen-Verzeichnis.

- Agnes, Herzogin von Mecklenb.-Schwerin S. 235.
- , Gemahlin Johannis v. Quitzow, S. 83.
- Albert von Querfurt, Erzbischof v. Magdeb., kämpft um Plaue S. 25; erobert Schloß Milow S. 26; schließt Frieden mit Lippold v. Bredow S. 27; erobert Rathenow S. 53; wird böhm. Kanzler S. 54; reißt nach Frankreich S. 55; giebt Rathenow frei S. 55; erwirbt Möckern S. 61; verbindet sich mit den Quitzows S. 105; stirbt S. 125.
- Albert (Albrecht), Graf zu Lindow-Ruppin S. 15, 60, 61.
- Albrecht, Herzog v. Mecklenburg-Schwerin u. König v. Schweden S. 64, 65, 69, 111, 145,
- , Herzog v. Sachs.-Wittenberg S. 177, 219.
- , Herzog v. Österreich S. 44, 46, 117, 143.
- , Fürst v. Anhalt S. 145.
- v. Alsleben, Jordan S. 118.
- v. Alvensleben, Busso S. 61, 118, 119.
- , Friedr. S. 53, 55, 128.
- , Gerhard S. 222, 233.
- Angelus, Andreas S. 114.
- Anna, Gemahlin Wichards von Rochow S. 220.
- Anton von Burgund S. 166.
- Appelmann, Martin S. 117.
- v. Arnim, Bitke S. 216.
- , Wilke S. 229.
- v. Arnstein, Walter, Gerhard, Günther S. 59.
- Balthasar, Fürst zu Werle, S. 111, 241.
- Barbara, Herzogin v. Sachs.-Wittenberg S. 218.
- v. Barby, Wipert S. 149.
- Bardeleben, Hermann S. 80.
- Barnim, Herzog v. Pommern-Wolgast S. 84, 235.
- v. Bartensleben, Günther S. 134, 245.
- Becker, Peter, Chronist S. 245.
- Bernhard, Herzog v. Braunsch.-Lüneburg S. 30.
- Beyer, Hans S. 239.

- v. Blankenburg, zu Wolfshagen S. 42.
 —, Hasso S. 69.
 v. Bieberstein, Johann S. 52, 92, 168, 236, 241.
 —, Ulrich S. 92.
 Bogislaw, Herzog von Pommern-Stettin S. 18, 77, 137.
 Bonifacius IX, Papst S. 27, 70.
 v. Bredow, Achim S. 222, 227, 229, 232.
 —, Bertram S. 242.
 —, Hasso S. 82, 108, 109, 147.
 —, Henning S. 22, 41.
 —, —, Bischof v. Brandenburg S. 149, 162.
 —, Koppeke S. 22.
 —, Lippold, Marschall d. Markgraf. Otto und Vogt der Uckermark S. 22; Hauptmann der Mittelmark v. 1384—1388 S. 23; kämpft um Plaue mit dem Erzbischof v. Magdeb. S. 25; Rücktritt von der Hauptmannschaft 1388 S. 27; belagert Schloß Milow (39); wird gefangen genommen; wieder befreit; zum zweiten Male Hauptmann der Mittelmark S. 36—39; erwirbt Boitzenburg S. 41; reißt nach Prag und Brünn S. 55; Zerwürfnis mit Jobst 1399 S. 70—73; verbindet sich mit d. Erzbischof v. Magdeburg S. 81; Rücktritt von der Hauptmannschaft S. 82; sein Brief an d. Rat von Berlin S. 84; sein Tod S. 85.
 v. Bredow, Matthias S. 229.
 —, Peter S. 22, 41, 82, 227, 237, 239.
 Brizeke, Otto S. 149.
 v. Brunna, Peter, Erzbischof von Magdeburg S. 23.
 v. Bülow, Hartwig S. 213.
 —, Heinrich S. 144.
 Cäcilie, Tochter des Burggrafen Friedrich S. 235.
 v. Chastolowitz, Potho S. 20, 33, 39.
 zu der Dame, Heinrich S. 25.
 Danewitz, Hans, Bürgermeister v. Berlin S. 196, 239.
 Dhowe, Peter S. 239.
 Dietrich, Bischof v. Brandenburg S. 15, 15, 41.
 —, Bischof v. Havelberg S. 101.
 v. Duba, Hinko, Slawatz, Birka, S. 168.
 Dues, Busso, Hauptmann d. Altmark S. 19.
 Elisabeth, Tochter Herzogs Joh. von Görlitz S. 48, 165 u. fg.
 —, Schwester Jobsts u. Gemahlin Wilhelms von Meissen S. 52.
 —, Gemahlin Dietrichs v. Quitz. S. 173.
 Elsholz, pommer. Hofschreiber, S. 114.
 Enut, Kuno S. 62.
 Erich, Herz. v. Sachs.-Lauenburg S. 31, 128.
 Ernst, Herz. von Baiern S. 144, 166.
 —, Herzog von Österr. S. 117.

- Fahrenholz, Augustin S. 16.
 Friedrich, Burggraf zu Nürnberg,
 wird Statthalter der Mark S.
 218; erstes Erscheinen in Bran-
 denburg S. 219; findet Oppo-
 sition unter dem Adel, Aner-
 kennung bei einzelnen Städten
 und den Geistlichen S. 221 u.
 fg.; im Kampfe mit Pommern-
 Stettin S. 224 — 226; findet
 Anerkennung bei den Städten
 der Altmark und Priegnitz S.
 227; sein Vertrag mit den
 Quitzows S. 228; belagert das
 Schloß Trebbin S. 229, ver-
 kündigt ein Landfriedensgesetz
 für die Mark S. 231; seine
 Schutzbündnisse mit benach-
 barten Fürsten S. 235; Ver-
 trag zu Zerbst mit dem Erz-
 bischof von Magdeburg S. 237
 u. fg.; rüstet zum Kampfe ge-
 gen die Quitzows S. 238 u. fg.;
 der Angriff auf den renitenten
 Adel S. 241 u. fg.; sein Sieg
 S. 245 u. fg.
 —, Erzbischof von Köln S. 105
 u. fg.
 —, Herzog v. Braunschw.-Lüneb.
 S. 30, 35.
 —, v. Merseburg, Verweser d. Erz-
 stiftes Magdeburg S. 24.
 Geese, Heinz S. 239.
 Gerhard, Bischof v. Hildesheim
 S. 34.
 v. Gersdorf, Henzo, Dompropst zu
 Brandenburg S. 62, 79.
 Gertrud, Enkelin Albrechts des
 Bären S. 59.
 v. Gnoyen, Thitzo S. 139.
 v. Golwitz, Johann S. 178.
 Gregor IX, Papst S. 9.
 — XI, Papst S. 3.
 v. Gröben, Heinrich S. 178.
 Groß, Paul S. 239.
 Günther, Graf zu Barby S. 25.
 —, Graf zu Lindow-Ruppin S. 61;
 befiehlt d. Bisch. v. Brandenb.
 S. 62; von Jobst unterworfen
 S. 68; in Fehde mit der Mit-
 telmark S. 71; schließt Frie-
 den S. 108; im Bündnis mit
 Mecklenburg u. Pommern; Zug
 in den Barnim S. 112 u. fg.;
 wird samt seinen Bruder Ulrich
 „Helfer“ der Mark S. 147.
 —, Graf v. Schwarzburg, Hauptm.
 der Alt- u. Mittelmark S. 124
 u. fg., 129, 134, 147, 219.
 —, —, Coadjutor des Erzstiftes
 Magdeb. S. 124; Erzbischof v.
 Magdeburg S. 125, 145, 225,
 231, 237, 240, 244. 249.
 Hacke, Hans S. 148.
 v. d. Hagen, Johann S. 188.
 —, Otto S. 82.
 Hase, Bertram S. 241.
 Hedeke, Thomas, Bürgermeister
 v. Berlin S. 196, 239.
 v. Heinitz, Jan S. 148.
 Heinrich, Bischof v. Brandenburg
 S. 52, 149.
 —, Herzog v. Braunschw.-Lüneb.
 S. 30.

Heinrich, Herz. v. Glogau S. 236,
—, Graf v. Schwarzburg S. 124
u. fg., 129, 134, 147, 219,
244.

Henning, Bisch. v. Brandenburg
S. 149, 162.

v. Holzendorf, Albrecht S. 188,
227, 230.

—, Bertram, S. 135.

—, Poppo S. 216.

—, Werner S. 227, 230, 243.

v. Hockeborn zu Pribus S. 167.

Hoppenrade, Johann S. 163.

Hoym, Gerh., Vater u. Sohn S. 38.

v. Jleburg, Wend S. 209, 214,
220.

v. Jlow, Tile S. 239.

v. Jsenburg, Heinrich S. 213.

Jobst, Markgraf v. Mähren, sein
Name S. 1; Charakterbild, Über-
nahme der Mark Brandenburg,
S. 6—8; erstes Erscheinen in d.
Mark S. 18; seine Beamten in d.
Mark S. 19; Verhalten gegen
die Herzöge v. Braunschweig-
Lüneburg S. 31; überläßt Plaue
dem Erzbischof v. Magdeburg
S. 32; auf dem Landtage zu
Berlin 1391 S. 33; Rückkehr
nach Böhmen S. 34; Streit m.
König Wenzel S. 44—48; wird
Kurfürst von Brandenburg und
Herzog v. Görlitz S. 48; ver-
pfändet die Mark an Wilhelm
von Meissen S. 49 u. 50; Ver-
trag mit dem Erzbischofe Al-
bert von Magdeburg wegen

Rathenow S. 55; seine Expe-
dition gegen Boitzenburg S. 66
bis 68; unterwirft die Grafen
v. Lindow-Ruppin S. 68; Land-
frieden S. 69; erobert Lenzen
S. 70; Briefwechsel mit den
märkischen Ständen S. 71—73;
Konflikt mit Lippold v. Bredow
S. 83; seine Beziehungen zu
Berlin S. 91, 96—98; Aufent-
halt in Dresden 1400 S. 104;
in Berlin 1401 S. 105 u. fg.;
Vertrag mit den Grafen von
Lindow-Ruppin S. 108; Rück-
kehr nach Böhmen S. 109; mit
Wenzel verbündet gegen Rup-
recht von der Pfalz S. 110;
gegen Sigismund S. 116; Ver-
trag mit Wilhelm von Meissen
S. 117; Waffenstillstand mit
Sigismund S. 121; Aufenthalt
in der Lausitz u. in der Mark
1403 S. 126 u. 127; ernennt die
Grafen v. Schwarzb. zu Haupt-
leuten d. Altmark S. 128; Friede
mit Erich von Sachsen-Lauen-
burg S. 128; ernennt d. Schwarz-
burger zu Hauptleuten auch
der Mittelmark S. 129; Rück-
kehr nach Böhmen S. 131;
neuer Streit mit Sigismund
S. 137; Erfolge über Sigismund
S. 143—144; überträgt 1406
den Grafen von Lindow-Rupp.
den Schutz der Mark S. 147;
seine politische Thätigkeit für
Wenzel 1406—1408 S. 165
u. fg.; Feldzug in der Lausitz

S. 169; befreundet sich mit d. Quitzows S. 174 u. fg.; verpfändet märk. Besitzungen S. 174 u. 175, 180; ernennt zu märk. Hauptleuten Suantibor v. Pomern-Stettin und Kaspar Gans zu Putlitz S. 187; will den deutsch. Ritterorden 1410 unterstützen S. 190; sucht d. Streit zwischen Berlin und Dietrich von Quitzow beizulegen S. 186 u. 193; Ausgleich mit den Herzögen von Mecklenb.-Stargard S. 203; bewirbt sich um die deutsche Königskrone S. 204 u. fg.; seine Erwählung zum Könige S. 206; sein Tod S. 207.

Johann, Graf zu Barby, S. 25, 38.

—, Herzog v. Görlitz S. 1, 5, 44, 45, 46, 52.

—, Bischof v. Havelberg S. 28, 33.

—, Graf von Hohenlohe S. 226.

— von Kottbus, Statthalter der Mark Brandenburg um 1374, S. 19, 169.

— IV, Bischof v. Lebus, Hauptmann der Mittelmark S. 85, 106, 107, 111, 115, 116, 173, 193.

—, Herzog v. Mecklenb.-Schwerin S. 145.

— I, Herzog v. Mecklenb.-Stargard S. 64.

— II, Herzog v. Mecklenb.-Stargard, bemächtigt sich d. Schlosses Boitzenburg S. 66; siegt über die Märker am Karrenberge S. 76; schließt mit ihnen

Frieden und übernimmt den Schutz der Priegnitz S. 111; wirkt für den Frieden in der Mittelmark S. 113; nimmt Dietrich v. Quitzow gefangen S. 118; übernimmt den Schutz der Mark S. 119; schlägt Johann v. Quitzow S. 123; seine Geldforderung an Jobst S. 130; wird von den Quitzows gefangen genommen S. 153; sucht aus Plaue zu entfliehen S. 154 u. fg.; seine Befreiung aus dem Gefängnis S. 164; Ausgleich mit Jobst S. 203.

Johann, Markgraf, Sohn d. Burggrafen Friedrich von Nürnberg S. 218.

— von Nassau, Erzbischof von Mainz S. 144, 204 u. fg.

—, Graf von Querfurt S. 25.

—, Fürst v. Werle S. 111, 161.

— von Torgau S. 218, 229, 236 u. fg.

— XXIII, Papst S. 205.

Johanna, Herzogin v. Luxemburg S. 166.

Josephus, Flavius, jüd. Schriftsteller S. 6.

v. Jungingen, Konrad, Hochmeister des deutschen Ordens, S. 117,

—, Ulrich S. 177.

Karl IV, deutscher Kaiser S. 3, 4, 23.

Karre, Heine, Bürger in Berlin S. 62.

- Karptzow, Bürger in Spandau S. 190.
 Kasimir, Herz. v. Pommern-Stett. S. 225.
 Kerselitz, Stephan S. 149.
 v. Kittlitz, Otto S. 168.
 v. Klöden, Klaus S. 233.
 v. Köckritz, Heinrich, Johann, Konrad, Nikolaus und Poppo S. 169.
 v. Königsmark, Hüner, Hauptm. der Altmark S. 19, 34, 35.
 —, Koppe S. 106.
 —, Redekin S. 106.
 Köpenick, Bürger in Berlin S. 214.
 v. Kracht, Werner S. 71, 79.
 Kotze, Peter S. 236.
 v. Krumbdsdorf, Leuthold, Hauptmann der Altmark S. 19.
 v. Krummensee S. 174.
 v. Kunersdorf, Czaslau S. 126.
- Lange, Dietrich, Propst zu Stendal S. 110.
 Lehmann, Klaus, Bürger in Prenzlau S. 150.
 v. Leutersheim, Krafft S. 226.
 Linckern, Benedikt S. 16.
 Ludwig, Rheinpfalzgraf S. 204.
 — der Römer, Markgraf v. Brand. S. 21.
 Lübenau, Rottmeister Dietrichs v. Quitz. S. 173, 192.
 v. Lüderitz, Kuno S. 146.
- Magnus, Herz. von Braunschweig-Lüneb. S. 30.
 Mallin, Klaus S. 57.
 v. Maltzahn, Lüdecke S. 41.
 v. Maltitz, Friedr., Heinr. und Johann S. 229.
 Manteuffel, Heinrich S. 118.
 Margarete, Königin von Schweden u. Norwegen S. 64 u. 65.
 —, Tochter des Burggraf. Friedrich S. 235.
 Moltke S. 57.
- Nabel, Jakob, Bürgermeister von Berlin S. 196.
 v. Neuendorf, Ludw. S. 71, 79, 123, 124.
- Ortwin, Propst von Berlin S. 25, 27, 39, 51, 93.
 Otto, Bischof von Havelberg S. 156, 170.
 —, Bischof von Minden S. 56.
 —, Herz. v. Pomm.-Stett. S. 225.
 — II, Markgr. v. Brand. S. 178.
 — IV, Markgraf von Brand. S. 89.
 — (der Finne), Markgr. von Brand. S. 3, 14, 22, 90.
- Parcy, Tile S. 239.
 Pausin, Nikolaus, Bürger zu Brandenburg S. 27.
 Pflug, Otto S. 241.
 Plinde, Klaus, Bürger zu Brandenburg S. 157.
 v. Plote, Edelleute, S. 11.
 —, Gerhard S. 236.
 Predöhl, Götz S. 158, 159, 173, 233, 241, 245.

Prokop, Markgraf von Mähren S. 1, 43—48, 70, 104, 143.

Putlitz, Herren zu, Busso und Johann S. 25.

—, Kaspar Gans S. 140, 144, 173, 181, 203, 204, 209, 213, 223, 228, 229, 233, 237.

Quast, Albrecht S. 238.

Quibe, Andreas S. 38.

von Quitzow, Edelleute in der Priegnitz, Herkunft, Familienverhältnisse, älteste Mitglieder und erste Besitzungen S. 99 u. fg.

—, Dietrich, Sohn Kunos von Q. auf Kleetzke S. 101; erwirbt nebst seinem Vater und seinem Bruder Johann den Pfandbesitz von Sandow 1401 S. 105; verbündet mit dem Erzstifte Magdeburg, Einfall in den Barnim S. 114; am Thürberge gefangen genommen S. 118; überfällt Graf Günther von Schwarzburg an der Elbe S. 134; im Bündnis mit den Städten des Barnim gegen die Pommern S. 136; erobert Strausberg und Bötzw S. 138 und 139; sein Verhältnis zu Berlin S. 140 und zum Abte von Lehnin S. 151 u. 184; gewinnt Köpenick und Saarmund S. 152, 153; nimmt Herzog Johann von Meckl.-Starg. gefangen S. 153; verteidigt dessen Gefangennahme

Heidemann, Mark Brandenburg.

S. 161, siegt bei Glinicke S. 163; seine Beziehungen zu Jobst 1408 u. 1409 S. 174 u. fg.; in Fehde mit den Herzög. v. Sachs.-Wittenb. S. 176, 177 u. 188; sein Zerwürfnis mit Berlin S. 179 u. fg.; seine Klage gegen die Stadt S. 185 u. fg.; verunglückt auf d. Elbe S. 190; will nach Preußen dem deutsch. Orden zu Hülfe ziehen S. 191; raubt den Berlinern ihre Herden S. 191; in Fehde mit Berlin S. 192 u. fg.; gegen den Burggrafen Friedrich v. Nürnberg S. 216 u. fg.; Rüstung gegen denselben S. 223; einigt sich mit dem Burggrafen Friedrich S. 228; unterstützt dessen Angriff auf Trebbin S. 229; seine Fehde mit dem Erzbischof Günther v. Magd. S. 231 u. fg.; verhandelt mit dem Burggrafen zu Zerbst S. 240 u. fg.; flieht aus Friesack S. 243; sein Tod S. 249.

—, Heinrich S. 103, 173, 239, 244.

—, Klaus S. 103.

—, Konrad S. 103, 190.

—, Kuno, Besitzer von Kleetzke S. 31, 80, 100, 105.

—, Johann, Sohn Kunos, vermählt mit Agnes, einer Tochter Lippolds v. Bredow S. 83; erhält Plaue S. 83; erwirbt den Mitbesitz von Sandow S. 105;

- im Bündnis mit dem Erzstifte Magdeb. S. 106; bei Brandenburg besiegt S. 123; von den Städten des Barnim zum Hauptmann erwählt S. 135; gegen den Abt von Lehnin S. 140 u. fg. u. S. 178, 184; gewinnt Köpenick und Saarmund S. 152 u. 153; nimmt Herzog Johann von Mecklenb. - Stargard gefangen S. 153; vereitelt dessen Fluchtversuch S. 158; besiegt und tötet Kuno von Wulffen S. 163; wird von Herzog Ulrich v. Meckl.-Stargard gefangen genommen S. 163; seine Freilassung S. 164; seine Beziehungen zu Jobst 1409 S. 174 u. fg.; gegen Sigismund und den Burggrafen Friedrich von Nürnberg S. 216 u. fg.; Rüstung gegen denselben S. 223; Vertrag mit dem Burggrafen Friedrich S. 228; unterstützt dessen Angriff auf Trebbin S. 229; befiehlt den Erzbisch. v. Magd. S. 213 u. fg.; verteidigt Plaue gegen den Burggrafen S. 241 u. fg.; seine Flucht und Gefangennahme S. 244 u. fg.; Dietrichs Manifest für ihn S. 246 u. fg.
- v. **Redern**, Johann S. 237.
- Reichenbach, Heinrich, Bürger in Berlin S. 62, 94.
- v. **Rochow**, Wichard, auf Golzow S. 79, 123, 126, 222, 227, 229, 232, 241, 243.
- v. **Rochow**, Wichard, zu Potsdam S. 216.
- Rostock, Jakob S. 239.
- Rudolf, Herz. v. Sachs. - Wittenberg S. 144, 149, 176, 219, 240.
- v. **Runtorf**, Dietrich S. 222, 229.
- Ruprecht von der Pfalz S. 45, 105, 110, 144, 149, 165, 166, 190.
- Sbinko**, Erzbisch. v. Prag S. 182.
- v. **Schlabberndorf**, Michael und Peter S. 15.
- , Henning u. Peter S. 239.
- v. **Schlieben** (Schliewen), Balthasar, Hauptmann der Mittelmark S. 80, 85, 118.
- , Hans S. 80.
- , Otto S. 19, 62, 117, 179.
- Schlunck**, Klaus, Bürgermeister der Altst. Brandenburg, S. 157.
- Schröder**, Ulrich, Priester S. 27.
- v. **der Schulenburg**, Bernd und Hans S. 150,
- , Fritz S. 222.
- Schwalbe**, Dietrich S. 244.
- v. **Sopiw**, Apitz, Schenck S. 173, 190.
- , Albrecht S. 229.
- Sigismund**, Graf von Anhalt S. 25, 41, 145, 146.
- , Markgraf von Brandenburg und König von Ungarn, verpfändet die Mark an Jobst v. Mähr. S. 1—5; Vertrag mit dem Erzstifte Magdeb. wegen Plaue S. 24; Regent in Böhmen S. 27; nimmt König Wenzel

- gefangen 1402 S. 116; Konflikt mit Jobst S. 116; verkauft die Neumark S. 117; Vertrag mit den Herzögen v. Österr. S. 117; Waffenstillstand mit Jobst S. 121; neuer Streit mit Jobst 1404 S. 137; erkrankt vor Znaim, kehrt nach Ungarn zurück S. 143; seine Bewerbung um die deutsche Krone S. 205; seine Erwählung zum deutschen Könige S. 206 u. 212; erhält die Mark Brandenburg S. 207; seine Bemühungen um Wiederherstellung der Ordnung in der Mark S. 210 u. fg.; ernennt den Burggrafen Friedrich von Nürnberg zum Statthalter der Mark S. 218; wirkt für dessen Anerkennung S. 222 u. fg.; löst das Bündnis zwischen dem Erzbisch. Günther und den Quitzows S. 249.
- Sparre, Tilo S. 62.
- Spilner, Heinrich, Jobsts Protototar S. 67.
- Stajus, Stadtschreiber zu Frankf. a. O. S. 122.
- v. Stechow, Heinrich (Henning), S. 178, 229.
- v. Steinfurt, Hasso S. 118.
- Stephan, Herz. v. Baiern, S. 45.
- Stich, Heinrich, Abt von Lehnin, S. 135, 136, 177, 223.
- v. Strele, Reinhard, Hauptmann der Mittelmark S. 19, 22.
- Stroband, Andreas, Bürger in Berlin S. 214.
- Suantibor, Herzog von Pomm.-Stettin, zieht König Wenzel zu Hülfe S. 44; erwirbt Beeskow S. 52; seine Einmischung in die Verhältnisse der Uckermark S. 75—77; Einfall in den Barnim 1402 S. 112—115; im Kampfe mit Dietrich von Quitz. S. 138; klagt über denselben bei Jobst S. 177; wird Statthalter der Mark S. 181 verwirft Dietrichs v. Quitzow Klage gegen Berlin S. 186; vermittelt zwischen beiden S. 190 u. fg.; behauptet die märk. Statthalterschaft auch nach Jobsts Tode S. 215.
- Thomas von Amanatis, päpstl. Nuntius S. 3.
- v. Treskow, Johann S. 53, 118, 123, 149.
- Trübe, s. Quibe.
- v. Uchtenhagen, Heinicke S. 14.
- , Johann S. 227.
- v. Uetze, Hartwig S. 118.
- Ulrich, Graf v. Lindow - Ruppin S. 61, 62, 68, 71, 108, 112, 113, 147, 241.
- , Herzog v. Mecklenb. - Stargard S. 66, 76, 111, 119, 144, 145, 155, 161, 235.
- Upschlacht, Nikolaus S. 250.
- v. Utenhofen, Philipp S. 226.

- Veronika, Herzogin v. Pomm.-Wolgast S. 235.
 Vitalienbrüder S. 65.
- Waldemar, Fürst von Anhalt S. 146.
 —, Markgraf v. Brand. S. 23.
 v. Waldow, Johann S. 97, 191, 193, 196, 197, 209.
 v. Wardenberg, Tilo S. 37, 95, 96.
 Wartislaw, Herz. v. Pomm.-Wolgast S. 235.
 Wenzel, Herz. v. Sachsen S. 15.
 —, Herz. v. Luxemburg, Bruder Karls IV. S. 166.
 — IV., König v. Böhmen, genehmigt die Verpfändung der Mark Brand. an Jobst S. 1; entscheidet über den Besitz v. Plaue S. 30; Schiedsrichter zwischen Jobst und dem Erzbisch. v. Magd. S. 39; im Konflikt mit Jobst S. 43—48; seine Absetzung durch die rheinisch. Kurfürsten S. 104; von Sigismund gefangen genommen S. 116 u. 131; seine Flucht aus Wien S. 132; im Kampfe mit Sigismund S. 137; im Einvernehmen mit Jobst S. 165 u. fg.; fördert Jobsts Bewerbung um die deutsche Krone S. 206; erhält nach Jobsts Tode Mähren und die Lausitz S. 207.
- Werner, Erzbisch. von Trier S. 204 u. fg.
 v. Wettin, Nickel S. 123.
 Wiklef, Johann S. 6.
 Wilhelm, Herzog v. Braunsch.-Lüneb. S. 30.
 —, Herzog v. Österr. S. 117.
 —, Markgraf v. Meissen, der Einäugige, gegen König Wenzel S. 44; mit Jobst verbündet S. 44 u. 45; dessen Mitregent in Brandenburg S. 49; vermittelt einen Ausgleich zwischen Jobst und dem Erzbisch. v. Magd. S. 55; Landfrieden mit Meckl.-Schwerin S. 56; erobert Schloß Boitzenburg S. 68; mit Jobst in Berlin S. 105—108; sein Vertrag mit Jobst wegen Übernahme der Mark Brand. S. 117 stirbt S. 148.
- Windeck, Eberhard S. 6.
 Winter, Heinrich S. 163.
 v. Wulffen, Kuno S. 71, 79, 113, 162, 163.
 v. Wulkow, Johann S. 19.
 Wusterwitz, Engelbert S. 6, 37, 178, 250.
 Wynfs, Nikolaus S. 191.
 —, Martin S. 239.
- v. Zassen S. 14.
 Zicker, Hans S. 18.
 Zülke, Hans S. 130.

Berichtigung.

Statt Liebenau S. 173 lies Lübenau.

Im Verlage von W. Weber ist erschienen:

- Bagmihl, J. T.**, Pommersches Wappenbuch, gezeichnet und mit Beschreibung der Wappen und historischen Nachweisen versehen. 5 Bde. 4 to. 1843—55. Mit 351 Kupferstichen, mehrere tausend Wappen und Siegelabbildungen enthaltend. 75 Mark.
- Bernhardi, Wilh.**, Matteo di Giovenazzo. Eine Fälschung des 16. Jahrhunderts. gr. 4 to. 1868. M. 1,50.
- Blätter, Berliner**, f. Münz-, Siegel- u. Wappenkunde. 6 Bände, jeder Band von 3 Heften, mit Kupfertafeln. 1862—73. à Heft 4 M. Die vier letzten à 4,50 und 5,50.
- Bohlen, J. von**, Geschichte des adlichen, freiherrlichen und gräflichen Geschlechts von Krassow. 2 Theile, nebst 28 Taf. Abbildungen. 4 to. 1853. 17 M.
- Dannenberg, H.**, Pommerns Münzen im Mittelalter. Mit vier Kupfertafeln. 4 to. 1864. M. 4,50.
- Deter, Chr. G. Joh.**, Geschichtsabriss für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. Theil I. Alte Geschichte. 1871. 60 Pf. — Theil II. Mittlere Geschichte. 1871. 40 Pf. — Theil III. Neuere Geschichte. 1871. 80 Pf.
- Fabricius, Ferd.**, Das älteste Stralsunder Stadtbuch. [1270—1310] 4 to. 1872. 12 M.
- Fabricius, G. A.**, Urkunden zur Geschichte des Fürstenthums Rügen unter den eingeborenen Fürsten, mit erläuternden Abhandlungen über die Entwicklung der rügensen Zustände. 4 Bde. m. 8 Taf. 4 to. 1841—69. M. 46,80.
- Studien zur Geschichte der wendischen Ostseeländer. 2 Hefte. I. Der Congress zu Helsingfors. — II. Die Herrschaft d. Herzöge von Pommern zu Danzig und deren Ausgang. 8 vo. 1856—1859. 5 M.
- Fischel, Ed.**, Die Verfassung Englands. Zweite verb. Aufl. 1864. 7 M.
- Fischer, Ernst**, Michael Caspar Lundorp, der Herausgeber der Acta publica. Ein deutscher Publicist aus dem Anfange des XVII. Jahrhunderts. 4 to. 1870. M. 1,60.
- Frantz, C.**, Vorschule zur Physiologie der Staaten. 1857. 3 M.
- Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht. 1859. 5 M.
- Hüppe, Siegfr.**, Verfassung der Republik Polen. 8 vo. 1867. 6 M.
- Jasmund, J. von**, Aktenstücke zur orientalischen Frage. Nebst chronologischer Uebersicht. 3 Bde. 1855—59. 16 M.
- Jenkner, H.**, Ueber die Wahl König Wenzels. Dissertat. inaug. 8 vo. 1854. 1 M.
- Jungfer, H.**, Untersuchung der Nachrichten über Friedrichs I. griechische und romanische Politik bis zum Wormser Reichstage. 8 vo. 1874. 1 M.

- Mannhardt, W.**, Germanische Mythen. Forschungen. gr. 8^o. 1858. 12 M.
- Meinberg, Herm.**, das Gleichgewichtssystem Wilhelms III. und die englische Handelspolitik. 1863. 1 M.
- Minutoli, General-Lieutenant von**, Der Feldzug der Verbündeten im Jahre 1792. Mit einem Plane der Kanonade von Valmy. 1847. 5 M.
- Minutoli, Jul. von**, Das Kaiserliche Buch des Markgrafen Albert Achilles. Kurfürstliche Periode von 1470 - 1486 etc. Nebst 3 lith. Beilagen. 1850. M. 7,50.
- Müller, Ferd. H.**, Historisch-geographische Darstellung des Stromsystems der Wolga. 1839. 9 M.
- Munch, P. A.**, Aufschlüsse über das päpstliche Archiv, herausg. von Dr. Gust. Storm a. d. Dänischen übers. von Dr. S. Löwenfeld. (Separat-Abdr. der Archivalisch. Zeitschr. Bd. IV.) Lex. 8. 1880. M. 1,80.
- Pallmann, R.**, Die Schlacht bei Großbeeren und General v. Bülow. Ein Beitrag zum Quellenstudium der neueren preussischen Geschichte. Mit einem Schlachtplan. 4 to. 1872. M. 1,20.
- Potthast, A.**, Bibliotheca historica medii aevi. Wegweiser durch die Geschichtswerke des europäischen Mittelalters von 375—1500, nebst Anhang: Quellenkunde für die Geschichte der europäischen Staaten während des Mittelalters. 1862. gr. 8 vo. 18 M.
- Bibliotheca historica medii aevi. Supplement. Nebst einer Zeitfolge der römischen Päpste, sowie der deutschen Kaiser und Könige. Verzeichnis der Heiligen, ihrer Tage und Feste, sowie sämtlicher deutschen Bischöfe gr. 8 vo. 1868. 9 M.
- Rethwisch, C.**, Westpreussens Wiederaufleben unter Friedrich dem Großen. 4 to. 1872. 1 M.
- Rohrscheidt, Fr. W. v.**, Preussens Staatsverträge. Lex. 8. 15 M.
- Trendelenburg, F. A.**, Zum Gedächtniß Friedrichs des Großen. 1851. M. —,40.
- Machiavell und Antimachiavell. 1855. M. —,40.
- Friedrich der Große und sein Staatsminister von Zedlitz. 1858. M. —,60.
- Treskow, A. v.**, Leben des Prinzen Ruprecht von der Pfalz, Anführer der Cavallerie Carls I. von England gegen die Puritaner. 2. Aufl. 1857. 2 M.
- Sir Thomas Fowell Buxton, Bart. Ein Bild des engl. Lebens im Parlament, in der Stadt und auf dem Lande. Entworfen nach: „Memoirs of Sir Th. Fowell Buxton, Bart., edited by his son, Charles Buxton, Esqu. B. A.“ 8 vo. 1854. M. 2,50.
- Zermelo, Th.**, August Ludwig Schlözer, ein Publizist im alten Reich. 4 to. 1875. M. 1,20.



Heidemann, Julius

Die Mark Brandenburg unter Jobst von Mähren

Berlin 1881

Bor. 81 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11575189-7